**Deutscher Bundestag**
**11. Wahlperiode**

**Drucksache 11/7014**

26. 04. 1990

Sachgebiet 7810

# Unterrichtung

## durch die Bundesregierung

## Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 1990 bis 1993

Inhaltsverzeichnis



*Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 521 — 6048 (90) — vom 25. April 1990.*

Seite



**TEIL III**

Seite

## Kurzübersicht

Dieser Rahmenplan enthält die zur Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe durchzuführenden Maßnahmen mit den ihnen zugrundeliegenden Zielvorstellungen. Die nachstehende Zusammenfassung gibt einen groben Überblick über die Förderungsmöglichkeiten. Einzelheiten über die Gegenstände der Förderung, den Kreis der möglichen Zuwendungsempfänger, die Zuwendungsvoraussetzungen sowie Art, Umfang und Höhe der Förderung sind in den Förderungsgrundsätzen enthalten. Dazu erlassen die Länder Durchführungsbestimmungen in Form von Landesrichtlinien. Die Bewilligung erfolgt durch die Länder.

In den Finanztableaus sind Planansätze über den Umfang der einzelnen Maßnahmen enthalten.

Der Rahmenplan 1990 sieht die Förderung in folgenden Bereichen vor:

### Grundsätze für die Förderung der agrarstrukturellen Vorplanung

Die agrarstrukturelle Vorplanung ist eine Entscheidungshilfe für den effizienten mit anderen Bereichen abgestimmten Einsatz von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur nach dem GemAgrG und ergänzender Maßnahmen. Sie ist auf die Ziele der Raumordnung und der Landesplanung auszurichten und soll zur Bildung sachlicher und räumlicher Schwerpunkte bei der Verbesserung der Agrarstruktur beitragen. Ihre Aussagen können sich auf thematische Schwerpunkte beschränken. Die notwendigen Erhebungen werden in Gemeinden und Betrieben durchgeführt. Analyse und Gutachten werden in einem Bericht dargestellt. Die agrarstrukturelle Vorplanung wird durch Zuschüsse gefördert, die von der Größe des Untersuchungsgebietes abhängig sind.

Nähere Einzelheiten:


— Grundsätze siehe Seite 19

— Finanztableau siehe Seite 121


### Grundsätze für die Förderung der Flurbereinigung

Die Flurbereinigung kann durch Zuschüsse und Darlehen gefördert werden. Die Zuwendungen können gewährt werden für Vorarbeiten, den Landzwischenerwerb und die Finanzierung der Ausführungskosten. Ausführungskosten entstehen insbesondere

— bei Maßnahmen zur

= wertgleichen Abfindung und

= Herstellung gemeinschaftlicher Anlagen,

— bei Maßnahmen, die mit Rücksicht auf den Umwelt- und den Denkmalschutz erforderlich sind,

— bei Maßnahmen der Dorferneuerung sowie

— bei allen sonstigen Arbeiten zur Wahrnehmung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Teilnehmer.

Nähere Einzelheiten:


— Grundsätze siehe Seite 20

— Finanztableau siehe Seite 121


### Grundsätze für die Förderung des freiwilligen Landtausches

Der freiwillige Tausch ländlicher Grundstücke im Wege des Eigentumswechsels oder des Besitzüberganges aufgrund eines Pachtvertrages wird durch Zuschüsse gefördert. Gefördert werden können die *Vorarbeiten bis zu 3 500 DM,* die Aufwendungen, die den Tauschpartnern infolge der Inanspruchnahme eines zugelassenen Helfers entstehen sowie die Aufwendungen, die ihnen darüber hinaus nach Maßgabe des Tauschplanes zur Last fallen. Der Zuschuß zur Helfervergütung ist von der Zahl der Tauschpartner und der Tauschbesitzstücke abhängig. Die sonstigen Kosten, die bis zu 75 % erstattet werden können, dürfen für Folgemaßnahmen zur Instandsetzung der neuen Grundstücke nur bis zu 950 DM je ha als zuschußfähig anerkannt werden.

Nähere Einzelheiten:


— Grundsätze siehe Seite 22

— Finanztableau siehe Seite 121


### Grundsätze für die Förderung der Dorferneuerung

Die Maßnahmen der Dorferneuerung sind 1984 neu in den Rahmenplan aufgenommen und dienen der Verbesserung der Agrarstruktur. Förderungsfähig sind in erster Linie Maßnahmen zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse und Maßnahmen zur Erhaltung und Gestaltung land- und forstwirtschaftlicher oder ehemals land- und forstwirtschaftlich geprägter Bausubstanz mit ortsbildprägendem Charakter. Außerdem können Maßnahmen gefördert werden, die geeignet sind, land- und forstwirtschaftliche Bausubstanz an die Erfordernisse zeitgemäßen Wohnens und Arbeitens anzupassen, vor äußeren Einwirkungen zu schützen oder in das Ortsbild bzw. in die Landschaft einzubinden.

---

Hinweis:
Alle Änderungen der Förderungsgrundsätze gegenüber dem Rahmenplan 1989 bis 1992 sind durch Kursivdruck sowie eine schraffierte Linie neben dem Text hervorgehoben.

Die Maßnahmen werden nur in Gemeinden oder Ortsteilen mit landwirtschaftlicher Siedlungsstruktur, in Weilern und landschaftsbestimmenden Gehöftgruppen und Einzelhöfen gefördert.

Für die Finanzierung der Maßnahmen können Zuschüsse bis zu 30 % der Kosten, bei öffentlichen Maßnahmen bis zu 60 % der Kosten gewährt werden.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 24

— Finanztableau siehe Seite 121

## Grundsätze für die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in der Landwirtschaft

### Das einzelbetriebliche Investitionsförderungsprogramm (EFP)

Im Rahmen dieses Programms können Investitionen von Haupterwerbslandwirten als Einzelunternehmer oder als Mitglieder einer Kooperation zur strukturellen Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs gefördert werden.

In die Förderung einbezogen sind betriebliche Investitionen für diversifizierende Tätigkeiten im Bereich Direktvermarktung und Freizeit und Erholung. Förderungsfähig sind auch Maßnahmen mit Umweltschutz- und Tierschutzrelevanz, sofern diese im Zusammenhang mit betrieblichen Investitionen erfolgen.

*Die Förderung von Kooperationen ist ab 1990 verbessert. Die Zuwendungshöhe orientiert sich künftig an der Zahl der an der Kooperation beteiligten Mitgliedsbetriebe, allerdings innerhalb durch EG-Recht vorgegebener Obergrenzen.*

Die Betriebsinhaber, für die eine Förderung in Betracht kommt, müssen beruflich qualifiziert sein, eine Buchführung nachweisen und dürfen bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschreiten.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 26

— Finanztableau siehe Seiten 121—122

### Agrarkreditprogramm (AKP)

Im Rahmen des Agrarkreditprogramms können Investitionen von Haupt- und Nebenerwerbslandwirten zur Rationalisierung oder Arbeitserleichterung im landwirtschaftlichen Betrieb sowie Investitionen im Wohnhausbereich gefördert werden. Die der Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte dieser Landwirte dürfen jedoch eine bestimmte Höhe nicht überschreiten.

Entsprechend dem EFP können auch betriebliche Investitionen im Bereich Direktvermarktung sowie Freizeit und Erholung und Maßnahmen mit Umweltschutz- und Tierschutzrelevanz, sofern diese im Zusammenhang mit betrieblichen Investitionen erfolgen, gefördert werden.

*Die Förderung von Kooperationen wird auch im AKP angeboten.*

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 32

— Finanztableau siehe Seite 122

### Investitionshilfen zur Energieeinsparung

Im Produktionsbereich können Investitionen für bauliche und technische Wärmedämmung und Regeltechnik in beheizten Betriebsgebäuden gefördert werden. Förderungsfäig sind u. a. auch Wärmerückgewinnungs-, Solar-, Biomasse- sowie Wind- und Wasserkraftanlagen, ferner Umstellungen der Heizanlagen von Heizöl auf Fernwärme, Biomasseverfeuerung und in Unterglasgartenbaubetrieben auch auf Gas und Kohle. Ziel ist die Einsparung fossiler Energiearten sowie die Überleitung auf kostengünstige und umweltfreundliche Energien.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 35

— Finanztableau siehe Seite 121

### Prämien für die erstmalige Niederlassung von Junglandwirten

Durch die Niederlassungsprämie für junge Landwirte (hauptberufliche Landwirte unter 40 Jahre) soll den jungen Landwirten die erstmalige Niederlassung im landwirtschaftlichen Betrieb erleichtert werden.

Sie beträgt ab 1990 bis zu *15 000* DM.

Die Gewährung der Niederlassungsprämie setzt u. a. Investitionen des Junglandwirts im landwirtschaftlichen Betrieb und/oder im Wohnhaus von mindestens 35 000 DM voraus.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 37

— Finanztableau siehe Seite 121

### Ländliche Siedlung

Durch Maßnahmen der ländlichen Siedlung können gefördert werden

— im öffentlichen Interesse und in bestimmten benachteiligten Gebieten die Entwicklung bestehender Betriebe zu Landauffangbetrieben, soweit es sich nicht um Investitionen in den Bereichen der Milchvieh- und Schweinehaltung handelt (für das Gebiet des Schwarzwaldprogramms gilt die letztgenannte Einschränkung nicht),

— der vorsorgliche Ankauf von Grundstücken (Bodenzwischenerwerb) zur Erleichterung strukturverbessernder Vorhaben im ländlichen Raum.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 37

— Finanztableau siehe Seite 122

### Grundsätze für die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe in benachteiligten Gebieten

VERBESSERTE INVESTITIONSFÖRDERUNG

Im Rahmen der Förderung einzelbetrieblicher Investitionen erhalten landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten eine gegenüber anderen Gebieten günstigere Zinsverbilligung von bis zu 2 %-Punkten, die bei jungen Landwirten um jeweils 1 %-Punkt erhöht werden kann.

Innerhalb einer Kooperation können Investitionen im Bereich der gemeinschaftlichen Futtermittelproduktion und zur Verbesserung gemeinsam genutzter Weiden und Almen gefördert werden.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 42

— Finanztableau siehe Seite 121

AUSGLEICHSZULAGE

Die Ausgleichszulage wird in allen benachteiligten Gebieten der Bundesrepublik Deutschland (rd. 6,3 Mio. ha LF) gewährt.

Eine Ausgleichszulage erhalten grundsätzlich landwirtschaftliche Unternehmer zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und zum Ausgleich für ständige natürliche Nachteile, wenn 3 ha ihrer landwirtschaftlich genutzten Fläche in benachteiligten Gebieten liegen und sie sich verpflichten, die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit mindestens fünf weitere Jahre auszuüben. Die Ausgleichszulage wird für Rindvieh, Pferde, Schafe und Ziegen in Verbindung mit der Futterfläche, sowie für andere landwirtschaftlich genutzte Flächen — mit Ausnahme von Weichweizen, Wein, Zuckerrüben, Intensivkulturen sowie Flächen, für die eine Stillegungsprämie gezahlt wird — gewährt. Sie beträgt je nach Region zwischen 55 und 240 DM/GV oder ha, wobei jedoch höchstens eine Großvieheinheit (GV) je ha Futterfläche förderungsfähig ist. In Gebieten mit besonders ungünstigen natürlichen Bedingungen können bis zu 286 DM/GV oder ha gezahlt werden.

*Für die vor dem 18. Juni 1989 mit Genehmigung aufgeforsteten, bisher ausgleichszulagenberechtigten Flächen, kann die Zahlung der Ausgleichszulage für maximal 20 Jahre weitergewährt werden.*

*Für zwischen dem 18.06.1989 und dem 31.12.1990 mit Genehmigung aufgeforstete Flächen wird eine Aufforstungsbeihilfe nach Maßgabe der VO (EWG) Nr. 1609/89 des Rates gewährt, deren Höhe sich nach dem für die jeweilige Fläche vorgesehenen Betrag der Ausgleichszulage bemißt. Die Beihilfe kann ab dem Zeitpunkt der Aufforstung für maximal 20 Jahre gezahlt werden.*

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 42

— Finanztableau siehe Seite 121

### Grundsätze für die Förderung im Bereich der Marktstrukturverbesserung

Zur Anpassung der Vermarktung land- und fischwirtschaftlicher Erzeugnisse in bezug auf Menge, Qualität und Art des Angebots an die Markterfordernisse können vorhandene oder neu zu schaffende Absatzeinrichtungen und Unternehmen des Handels sowie der Be- und Verarbeitung, und zwar in der Regel Erstabnehmer, gefördert werden:

- Molkereien, durch Stillegungsbeihilfen und Beihilfen zu Arbeitnehmerabfindungen,
- Einrichtungen für die Erfassung und Lagerung von Lein sowie Einrichtungen zur Herstellung, Lagerung und Vermarktung von Leinfasern durch Investitionsbeihilfen,
- Kellereien des bestimmten Anbaugebietes Mosel-Saar-Ruwer durch Investitionsbeihilfen,
- Vermarktungseinrichtungen für frisches Obst und Gemüse, Einrichtungen zur Herstellung von Naßkonserven durch Investitionsbeihilfen,
- Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen durch Investitionsbeihilfen,
- Seefischmärkte durch Investitionsbeihilfen oder Stillegungsbeihilfen und Arbeitnehmerabfindungen,
- Einrichtungen zur Be- und Verarbeitung von Kartoffeln durch Investitionsbeihilfen,
- sonstige Vorhaben zur Verarbeitung und Vermarktung land- und fischwirtschaftlicher Erzeugnisse nach der Verordnung (EWG) Nr. 355/77 durch Investitionsbeihilfen.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 46

— Finanztableau siehe Seite 122

### *Grundsätze für die Förderung der Vermarktung nach besonderen Regeln erzeugter landwirtschaftlicher Erzeugnisse*

*Mit dieser Maßnahme wird die überbetriebliche Vermarktung von alternativ erzeugten landwirtschaftlichen Produkten unterstützt, indem der Zusammenschluß derart wirtschaftender Betriebe zu Erzeugerzusammenschlüssen gefördert wird. Solche Erzeugerzusammenschlüsse können einerseits Startbeihilfen für die angemessenen Aufwendungen zur Gründung und Organisation erhalten. Andererseits können Erstinvestitionen von Erzeugerzusammenschlüssen als auch von Unternehmen des Handels oder der Be- und Verarbeitung gefördert werden, sofern sie sich auf nach*

*besonderen Regeln erzeugte landwirtschaftliche Produkte beziehen.*

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 51

— Finanztableau siehe Seite 123

### Grundsätze für die Förderung auf Grund des Marktstrukturgesetzes

Durch das Marktstrukturgesetz wird der Zusammenschluß landwirtschaftlicher Betriebe zu Erzeugergemeinschaften oder zu Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften gefördert. Anerkannten Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen können zur Erleichterung ihrer Gründung Startbeihilfen und Investitionsbeihilfen gewährt werden. Investitionsbeihilfen können auch Unternehmen des Handels und der Be- und Verarbeitung land- und fischwirtschaftlicher Produkte erhalten, wenn sie unter bestimmten Voraussetzungen mit Erzeugergemeinschaften oder deren Vereinigungen langfristige Lieferverträge eingehen.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 54

— Finanztableau siehe Seite 123

### Grundsätze für die Förderung von Erzeugerorganisationen und Erzeugergemeinschaften nach EG-Recht

Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse nach der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 und anerkannte Erzeugerorganisationen für fischwirtschaftliche Erzeugnisse nach der Verordnung (EWG) Nr. 3796/81 können Startbeihilfen erhalten.

Nähere Einzelheiten:

— Hinweis siehe Seite 58

### Grundsätze für die Förderung wasserwirtschaftlicher und kulturbautechnischer Maßnahmen

Im Rahmen der wasserwirtschaftlichen und kulturbautechnischen Maßnahmen werden unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Umwelt- und Naturschutzes und der Landschaftspflege schwerpunktmäßig gefördert

- der Ausgleich des Wasserabflusses durch die Anlage von Talsperren, Hochwasserrückhaltebekken, Speicherbecken, Seen, Teichen, durch Anlagen zur Wasserüberleitung in wasserarme Flußgebiete sowie durch Anlagen zur Grundwasseranreicherung,
- zentrale Abwasseranlagen (Kanalisationsleitungen und Kläranlagen) in ländlichen Gemeinden,
- zentrale Wasserversorgungsanlagen in ländlichen Gemeinden,
- Schutzmaßnahmen gegen die zerstörende Wirkung von Wasser und Wind, insbesondere durch naturnahen Gewässerausbau zur Verhütung von Hochwasserschäden und durch Wildbachverbauung, ferner durch Maßnahmen gegen den Bodenabtrag durch Wasser und Wind einschließlich Schutzpflanzungen,
- der Neubau und die Befestigung von ländlichen Wegen zur besseren Erschließung landwirtschaftlicher Nutzflächen,
- Anlagen zur Aufbereitung und landwirtschaftlichen Verwertung von Abfällen und Klärschlamm,
- Vorarbeiten für die vorgenannten Maßnahmenbereiche.

Träger der Vorhaben können die Bundesländer und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sein. Zuschüsse werden bis zu 70 % der als förderungsfähig ermittelten Kosten gewährt. Niedrigere Höchstsätze bestehen für Dränung (30 %), landbautechnische Maßnahmen (30 %), Beregnung (50 %) und Vorhaben des ländlichen Wegebaues bei geringerer Ausbaudichte (40 %). Ansonsten wird die Förderung des ländlichen Wegebaues auf Vorhaben des EG-Sonderprogramms für die Bundesrepublik Deutschland beschränkt.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 59

— Finanztableau siehe Seite 123—124

### Grundsätze für die Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen

#### Waldbauliche Maßnahmen

Für Vorarbeiten, Erstaufforstung, Jungwuchspflege, Umbau nicht standortgerechter oder ertragsschwacher Bestockungen in standortgerechten Hochwald, waldbauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur von Jungbeständen, Wertästung, Trennung von Wald und Weide, Anlage von Schutzpflanzungen und Feldgehölzen sowie Nachbesserungen von geförderten Pflanzungen können land- und forstwirtschaftliche Unternehmer, anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und sonstige Betriebsinhaber Zuwendungen erhalten.

Ebenfalls gefördert werden können Maßnahmen, die aufgrund neuartiger Waldschäden notwendig werden. Dazu zählen Vor- und Unterbau, Bodenschutz- und Meliorationsdüngung und Wiederaufforstung nach vorzeitiger, waldschadensbedingter Endnutzung. Bei Vorhandensein neuartiger Waldschäden können die Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur von Jungbeständen auch mehrfach gefördert werden. Die Höhe der Zuwendungen beträgt zwischen 50 und 85 % der förderungsfähigen Kosten je nach Maßnahme und Baumart.

Die Anlage von Einrichtungen zur langfristigen Lagerung von Holz dient der wirtschaftlichen Stabilisierung der Forstbetriebe insbesondere bei umfangreichen Zwangseinschlägen. Ihre erstmalige Anlage wird mit bis zu 40 % der förderungsfähigen Kosten bezuschußt.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 62

— Finanztableau siehe Seite 124

FORSTWIRTSCHAFTLICHER WEGEBAU

Der Neubau bzw. die Befestigung bisher nicht oder nicht ausreichend befestigter forstwirtschaftlicher Wege einschließlich der notwendigen Vorarbeiten kann im Privat- und Körperschaftswald mit bis zu 70 % der förderungsfähigen Kosten gefördert werden.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 66

— Finanztableau siehe Seite 124

FORSTWIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENSCHLÜSSE

Für die erstmalige Beschaffung von Forstmaschinen und -geräten sowie für die Anlage von Holzaufbereitungsplätzen und den Bau von Betriebsgebäuden kann anerkannten forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen ein Zuschuß bis zu 40 % der förderungsfähigen Kosten gewährt werden. Die Kosten für Verwaltung und Beratung dieser Zusammenschlüsse werden in den ersten 20 Jahren nach der Anerkennung bezuschußt, wobei die Höhe der Zuwendung von anfangs 40 % schrittweise auf 20 % der Kosten zurückgeht. *Bei Zusammenschlüssen mit überdurchschnittlicher Ausstattung mit Jungbeständen kann die Förderung von Verwaltung und Beratung jedoch zeitlich ausgedehnt werden.*

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 67

— Finanztableau siehe Seite 124

## Grundsätze für die Förderung von Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung

Für die Durchführung von Milchleistungsprüfungen, Kontrolltätigkeiten bei der Schweinemast, bei der Aufzucht von Sauen in Ferkelerzeugerbetrieben, bei der Rindermast und bei der Mast von Lämmern und Jungmasthammeln kann an die Kontrollringe ein nach Tierarten in unterschiedlicher Höhe festgelegter Zuschuß zu den jährlich laufenden Kosten gewährt werden.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 69

— Finanztableau siehe Seite 124

## Grundsätze für die Förderung von Landarbeiterwohnungen und Grundsätze für die Förderung durch Anpassungshilfen für ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer

LANDARBEITERWOHNUNGSBAU

Zwecks Erhaltung eines Stamms fachlich qualifizierter Arbeitnehmer in der Landwirtschaft, können landwirtschaftliche Arbeitnehmer — nicht der Hofnachfolger sowie Personen, die mit dem Arbeitgeber im ersten oder zweiten Grad verwandt oder verschwägert sind — beim Bau, Kauf oder bei der baulichen Verbesserung eines Familienheimes oder einer Eigentumswohnung durch nach dem Lebensalter gestaffelte Zuschüsse gefördert werden.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 71

— Finanztableau siehe Seite 125

ANPASSUNGSHILFE

Die Anpassungshilfe können ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer in Anspruch nehmen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb oder Teile eines landwirtschaftlichen Betriebs in erheblichem Umfang stillgelegt werden. Weiterhin kann die Anpassungshilfe diesen Arbeitnehmern auch bei Arbeitsplatzverlust im Zusammenhang mit umfangreicheren Maßnahmen zur Produktionseinschränkung oder zur rationelleren Gestaltung des Betriebes gewährt werden.

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 74

— Finanztableau siehe Seite 124

## *Grundsätze für die Gewährung einer Umstellungshilfe*

*Die Gewährung einer Umstellungshilfe eröffnet Landwirten die Möglichkeit, ihren Betrieb auf eine Bewirtschaftungsweise mit geringerem Arbeitsbedarf umzustellen. Dadurch werden die Voraussetzungen geschaffen, an einer beruflichen Umschulung zur Vorbereitung auf eine außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit teilzunehmen:*

*Die Förderung erfolgt in Monatsbeträgen (850,— DM + Kinderzuschlag) für die Dauer der beruflichen Bildungsmaßnahme.*

Nähere Einzelheiten:

— Grundsätze siehe Seite 76

— Finanztableau siehe Seite 125

### Grundsätze für die Förderung von Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an den Küsten der Nord- und Ostsee sowie an den fließenden oberirdischen Gewässern im Tidegebiet gegen Sturmfluten (Küstenschutz)

Die Maßnahmen des Küstenschutzes dienen der Erhöhung der Sicherheit an den Küsten der Nord- und Ostsee sowie an den fließenden oberirdischen Gewässern im Tidegebiet gegen Sturmfluten. Sie umfassen

- den Neubau, die Verstärkung und Erhöhung von Hochwasserschutzwerken einschließlich notwendiger Befestigungsarbeiten und des Baues von Deichverteidigungswegen,
- die Anlage von Sperrwerken und sonstigen Bauwerken in der Hochwasserschutzlinie,
- den Bau von Buhnen und ähnlichen Anlagen,
- Vorlandsicherungen und Vorlandarbeiten vor scharliegenden Seedeichen.

Außerdem sind die Vorarbeiten für die vorgenannten Maßnahmen förderungsfähig.

Träger der Maßnahmen können die Küstenländer und andere im Bereich der Nord- und Ostseeküste bestehende Körperschaften des öffentlichen Rechts sein. Die Zuschüsse betragen bis zu 100 % der als förderungsfähig ermittelten Kosten.

Nähere Einzelheiten:

- Grundsätze siehe Seite 77
- Finanztableau siehe Seite 125

# Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055)

§ 1

## Gemeinschaftsaufgabe

(1) Zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes werden als Gemeinschaftsaufgabe im Sinne des Artikels 91a Abs. 1 des Grundgesetzes wahrgenommen:

1. Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft durch
   a) rationellere Gestaltung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe,
   b) Anpassung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe an die Marktentwicklung *),
   c) Ausgleich natürlicher Standortnachteile,
   d) sonstige Maßnahmen, die unter besonderer Berücksichtigung der bäuerlichen Familienbetriebe für die gesamte Land- und Forstwirtschaft bedeutsam sind;
2. Maßnahmen zur Neuordnung ländlichen Grundbesitzes und Gestaltung des ländlichen Raumes durch Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur nach dem Flurbereinigungsgesetz einschließlich von Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes;
3. wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen;
4. Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur in der Land-, Fisch- und Forstwirtschaft durch
   a) Förderung von Zusammenschlüssen land-, fisch- und forstwirtschaftlicher Erzeuger,
   b) Errichtung, Ausbau, Zusammenfassung und Stillegung von Vermarktungseinrichtungen zur Rationalisierung und Verbesserung des Absatzes land-, fisch- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse;
5. Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an den Küsten der Nord- und Ostsee sowie an den fließenden oberirdischen Gewässern im Tidegebiet gegen Sturmfluten (Küstenschutz).

(2) Eine für Maßnahmen gemäß Absatz 1 erforderliche Vorplanung ist Bestandteil der Gemeinschaftsaufgabe.

*) Nach Artikel 8 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1053) tritt § 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b mit Ablauf des 30. Juni 1993 außer Kraft.

§ 2

## Allgemeine Grundsätze

(1) Die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe dient dazu, eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft zu gewährleisten und ihre Wettbewerbsfähigkeit im Gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaft zu ermöglichen sowie den Küstenschutz zu verbessern. Dabei sind die Ziele und Erfordernisse der Raumordnung, Landesplanung sowie des Umweltschutzes und des Tierschutzes zu beachten.

(2) Bei der Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe sollen räumliche und sachliche Schwerpunkte gebildet werden. Bei den Maßnahmen ist ökologischen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Im übrigen sind die Maßnahmen mit anderen öffentlichen Neuordnungs- und Entwicklungsmaßnahmen abzustimmen.

§ 3

## Förderungsarten

Die finanzielle Förderung kann in der Gewährung von Zuschüssen, Darlehen, Zinszuschüssen und Bürgschaften bestehen.

§ 4

## Gemeinsamer Rahmenplan

(1) Für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe wird ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt.

(2) Der Rahmenplan ist für den Zeitraum der Finanzplanung aufzustellen, jedes Jahr sachlich zu prüfen, der Entwicklung anzupassen und fortzuführen. Die mehrjährige Finanzplanung des Bundes und der Länder ist zu berücksichtigen.

§ 5

## Inhalt des Rahmenplans

(1) Der Rahmenplan bezeichnet die jeweils in den einzelnen Haushaltsjahren durchzuführenden Maßnahmen mit den ihnen zugrundeliegenden Zielvorstellungen. Er weist die Arten der Förderung, nach Ländern getrennt, sowie die vom Bund und von jedem Land für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe im nächsten Jahr bereitzustellenden und für die folgenden Jahre des Planungszeitraums jeweils vorzusehenden Mittel aus.

(2) Der Rahmenplan enthält ferner für die Maßnahmen Förderungsgrundsätze, in denen insbesondere der Verwendungszweck der Mittel, die Förderungsvoraussetzungen und die Art und Höhe der Förderung näher bestimmt werden.

§ 6

**Planungsausschuß**

(1) Für die Rahmenplanung bilden die Bundesregierung und die Landesregierungen einen Planungsausschuß. Ihm gehören der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als Vorsitzender sowie der Bundesminister der Finanzen und ein Minister (Senator) jedes Landes an. Eine Vertretung ist zulässig.

(2) Die Stimmenzahl des Bundes entspricht der Zahl der Länder. Jedes Land hat eine Stimme.

(3) Der Planungsausschuß beschließt mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen.

(4) Der Planungsausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 7

**Anmeldung zum Rahmenplan**

(1) Bis zum 1. März jedes Jahres schlagen die Länder dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die von ihnen vorgesehenen Maßnahmen zur Aufnahme in den Rahmenplan vor. Mit der Anmeldung gilt die Zustimmung des Landes gemäß Artikel 91a Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes als erteilt. Die Zustimmung kann bis zur Beschlußfassung über den Rahmenplan widerrufen werden.

(2) Die Anmeldung enthält Angaben über

1. die Art und den Umfang der jährlich durchzuführenden Maßnahmen sowie
2. die voraussichtlichen Kosten, getrennt nach Maßnahmen, Kostenträgern und Haushaltsjahren.

Die angemeldeten Maßnahmen sind zu begründen. Aus der Begründung muß ersichtlich sein, daß die Maßnahmen wirtschaftlich und zweckmäßig sind.

(3) Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten legt die Anmeldungen der Länder und seine eigenen Vorschläge dem Planungsausschuß zur Beschlußfassung vor.

(4) Für Anmeldungen zur Änderung des Rahmenplans gelten die Absätze 1 bis 3 sinngemäß.

§ 8

**Verfahren nach Beschluß über den Rahmenplan**

Der Planungsausschuß leitet den Rahmenplan der Bundesregierung und den Landesregierungen zu. Die Bundesregierung und die Landesregierungen nehmen die für die Durchführung des Rahmenplans im nächsten Jahr erforderlichen Ansätze in die Entwürfe ihrer Haushaltspläne auf.

§ 9

**Durchführung des Rahmenplans**

(1) Die Durchführung des Rahmenplans ist Aufgabe der Länder.

(2) Die Landesregierungen unterrichten die Bundesregierung und den Bundesrat auf Verlangen über die Durchführung des Rahmenplans und den allgemeinen Stand der Gemeinschaftsaufgabe.

§ 10

**Erstattung**

(1) Der Bund erstattet vorbehaltlich des Artikels 91a Abs. 4 Satz 4 des Grundgesetzes jedem Land die ihm in Durchführung des Rahmenplans entstandenen Ausgaben in Höhe von

60 v. H. bei Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben a, c und d und Nr. 2 bis 4 und bei der dazu erforderlichen Vorplanung (§ 1 Abs. 2) sowie

70 v. H. bei Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b und Nr. 5 und bei der dazu erforderlichen Vorplanung (§ 1 Abs. 2) *).

(2) Der Bund leistet bis zur voraussichtlichen Höhe des nach Absatz 1 von ihm zu erstattenden Betrages entsprechend dem jeweiligen Stand der Maßnahme und der bereitgestellten Haushaltsmittel Vorauszahlungen an das Land. Zur Feststellung des Mittelbedarfs teilen die Länder dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Höhe der verausgabten Mittel sowie den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Maßnahmen mit.

§ 11

**Rückzahlung und Verzinsung der Bundesmittel**

(1) Beträge, die vom Zuwendungsempfänger zur Tilgung und Verzinsung erhaltener Darlehen oder zum Ausgleich der auf Grund übernommener Bürgschaften erstatteten Ausfälle gezahlt werden, sind vom Land anteilig an den Bund abzuführen.

(2) Der Bund kann zugewiesene Bundesmittel von einem Land zurückfordern, wenn die festgelegten Bedingungen ganz oder teilweise nicht erfüllt werden.

*) Nach Artikel 8 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1053) tritt § 10 Abs. 1 hinsichtlich der Worte „Nr. 1 Buchstabe b und" mit Ablauf des 30. Juni 1993 außer Kraft.

(3) Beträge, die vom Zuwendungsempfänger wegen Nichterfüllung der Bedingungen zurückgezahlt werden, leitet das Land in Höhe des Bundesanteils einschließlich der anteiligen Zinsen an den Bund weiter.

(4) Die an den Bund nach den vorstehenden Absätzen abzuführenden Beträge sind vom Land in Höhe von 2 v. H. über dem für Kassenkredite des Bundes geltenden Zinssatz der Deutschen Bundesbank zu verzinsen, im Falle des Absatzes 2 vom Zeitpunkt der Auszahlung der Bundesmittel an, im Falle der Absätze 1 und 3 vom Beginn des zweiten auf den Eingang des Betrages beim Land folgenden Monats.

§ 12

(Überleitungsvorschrift)

§ 13

**Berlin-Klausel**

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 14

(Inkrafttreten)

## Geschäftsordnung des Planungsausschusses für Agrarstruktur und Küstenschutz

Der Planungsausschuß für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" hat sich nach § 6 Abs. 4 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" folgende Geschäftsordnung gegeben:

### I. Organisation des Planungsausschusses

§ 1

**Bezeichnung**

Der Planungsausschuß führt die Bezeichnung „Planungsausschuß für Agrarstruktur und Küstenschutz" (PLANAK).

§ 2

**Mitglieder**

Jedes Land teilt dem Vorsitzenden mit, welcher Minister (Senator) Mitglied des Planungsausschusses ist und wer dieses Mitglied im Planungsausschuß vertritt.

§ 3

**Vorsitz**

Der Vorsitzende (oder sein Vertreter) führt die Geschäfte des Planungsausschusses nach Maßgabe dieser Geschäftsordnung; er leitet die Sitzungen des Planungsausschusses.

Der PLANAK wählt ohne Aussprache einen Minister (Senator) zum Vertreter des Vorsitzenden.

§ 4

**Unterausschuß**

(1) Der Planungsausschuß setzt zur Vorbereitung seiner Beratungen und Beschlußfassung einen Unterausschuß ein.

(2) Der Unterausschuß setzt sich aus einem Beauftragten des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als Vorsitzendem sowie aus je einem Beauftragten der übrigen Mitglieder des Planungsausschusses zusammen.

### II. Verfahren der Anmeldung zum Rahmenplan

§ 5

**Anmeldung**

(1) Der Planungsausschuß beschließt über die Form und den Umfang der Anmeldung nach §§ 5 und 7 GemAgrG.

(2) Die Länder übersenden dem Vorsitzenden ihre Anmeldung zum Rahmenplan in fünffacher Ausfertigung, den übrigen Mitgliedern des Planungsausschusses in zweifacher Ausfertigung.

§ 6

**Widerruf**

Eine Zustimmung gemäß § 7 Abs. 1 GemAgrG wird durch Erklärung gegenüber dem Vorsitzenden widerrufen; die Erklärung soll in schriftlicher Form abgegeben werden. Der Vorsitzende setzt die übrigen Mitglieder des Planungsausschusses von der Erklärung in Kenntnis.

### III. Verfahren des Planungsausschusses

§ 7

**Sitzungsort**

Der Planungsausschuß tagt am Sitz des Vorsitzenden. Der Planungsausschuß kann Ausnahmen beschließen.

§ 8

**Einberufung**

(1) Der Vorsitzende beruft den Planungsausschuß nach Bedarf ein. Der Planungsausschuß ist mindestens einmal jährlich einzuberufen; er ist außerdem einzuberufen, wenn es ein Mitglied des Planungsausschusses verlangt.

(2) Der Vorsitzende bereitet die Sitzungen vor. Hierzu werden die vom Vorsitzenden und von den

übrigen Mitgliedern vorgeschlagenen Beratungsgegenstände in einer Tagesordnung zusammengestellt.

(3) Der Vorsitzende fügt der Einladung zu den Sitzungen des Planungsausschusses die Tagesordnung mit Unterlagen sowie etwaige Stellungnahmen und Empfehlungen des Unterausschusses bei.

(4) Die Einladung mit Unterlagen soll den Mitgliedern des Planungsausschusses spätestens vierzehn Tage vor der Sitzung zugehen.

§ 9

**Beschlußfähigkeit**

(1) Vor Eintritt in die Beratungen stellt der Vorsitzende die Ordnungsmäßigkeit der Einladungen und die Beschlußfähigkeit fest. Der Planungsausschuß ist beschlußfähig, wenn der Bund und mindestens sieben Länder vertreten sind.

(2) Über nicht mit der Einladung mitgeteilte Tagesordnungspunkte darf nur beschlossen werden, wenn kein Mitglied widerspricht; § 11 gilt in diesem Falle nicht.

§ 10

**Beratung und Beschlußfassung**

(1) Jedes Mitglied des Planungsausschusses kann zu den Beratungsgegenständen Anträge stellen. Sind zu demselben Gegenstand mehrere Anträge gestellt worden, so ist über den weitestgehenden Antrag zuerst abzustimmen. Im Zweifelsfalle entscheidet der Vorsitzende, welcher Antrag der weitestgehende ist.

(2) Über Anträge zur Geschäftsordnung ist vor Erledigung der Sachanträge abzustimmen.

(3) Vor der Abstimmung stellt der Vorsitzende die erforderliche Stimmenmehrheit fest.

§ 11

**Auslegung der Geschäftsordnung und Abweichung von der Geschäftsordnung**

Über Meinungsverschiedenheiten bei Auslegungen der Geschäftsordnung entscheidet der Planungsausschuß; über Abweichungen von der Geschäftsordnung ist ein einstimmiger Beschluß des Planungsausschusses erforderlich.

§ 12

**Allgemeine Verfahrensgrundsätze**

(1) Die Sitzungen des Planungsausschusses sind nicht öffentlich.

(2) Jedes Mitglied des Planungsausschusses kann zu den Sitzungen höchstens drei Berater hinzuziehen. Der Planungsausschuß kann weitere Personen zulassen. Er kann zu den einzelnen Beratungsgegenständen Sachverständige heranziehen und — soweit erforderlich — Berichterstatter bestellen.

§ 13

**Umlaufverfahren**

(1) Hält der Vorsitzende die mündliche Beratung einer Angelegenheit für nicht erforderlich, so kann der Beschluß auf schriftlichem Wege gefaßt werden (Umlaufsache).

(2) Der Vorsitzende teilt den Gegenstand der Beschlußfassung, einen Entscheidungsvorschlag und den Zeitpunkt, bis zu dem ein Votum zu dem Entscheidungsvorschlag beim Vorsitzenden eingegangen sein muß, schriftlich mit. Der Zeitpunkt nach Satz 1 muß mindestens 3 Wochen nach dem Tag des Abgangs der Mitteilung liegen; der Abgangstag muß amtlich belegt sein. Ablehnung des Entscheidungsvorschlags sowie Stimmenthaltung sind schriftlich zu erklären; Schweigen gilt als Zustimmung.

(3) Widerspricht ein Mitglied innerhalb der Frist nach Absatz 2 schriftlich der Durchführung des Umlaufverfahrens, so setzt der Vorsitzende die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Planungsausschusses.

§ 14

**Sitzungsniederschrift**

(1) Über die Sitzungen des Planungsausschusses wird von einem vom Vorsitzenden bestellten Schriftführer eine Niederschrift aufgenommen. Die Niederschrift ist vertraulich. Die Vertraulichkeit kann vom Planungsausschuß durch Beschluß aufgehoben werden.

(2) Die Niederschrift muß enthalten:

a) die Namen der Teilnehmer,

b) die behandelten Beratungsgegenstände,

c) eine kurze Darstellung des Verlaufs der Verhandlung und der abgegebenen Erklärungen,

d) die Anträge,

e) die Beschlüsse,

f) das zahlenmäßige Ergebnis der Abstimmung.

Die Niederschrift ist vom Schriftführer und vom Vorsitzenden zu unterzeichnen und sodann den übrigen Mitgliedern zu übersenden. Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn die Mitglieder nicht innerhalb von drei Wochen nach Eingang schriftlich Einwen-

dungen erheben. Werden Einwendungen erhoben, so entscheidet der Planungsausschuß.

§ 15

**Verfahren des Unterausschusses**

(1) Der Unterausschuß bereitet die Beschlüsse des PLANAK vor.

(2) Er wendet die für das Verfahren des Planungsausschusses geltenden Bestimmungen entsprechend mit der Maßgabe an, daß jedes Mitglied fünf Berater hinzuziehen kann.

(3) Der Unterausschuß kann dem Planungsausschuß Stellungnahmen und Empfehlungen zu den ihm zugewiesenen Beratungsgegenständen abgeben. Kommen im Unterausschuß Stellungnahmen oder Empfehlungen nicht einstimmig zustande, so stellt der Vorsitzende des Unterausschusses fest, welche Mitglieder abweichende Auffassungen vertreten.

# A. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" für den Zeitraum 1990 bis 1993

Der Planungsausschuß für Agrarstruktur und Küstenschutz, dem der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als Vorsitzender, der Bundesminister der Finanzen sowie die elf Minister und Senatoren für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Länder angehören, hat in Ausführung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" vom 3. September 1969 (BGBl. I S. 1573) in der Fassung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055) folgenden gemeinsamen Rahmenplan beschlossen:

## TEIL I

## Einführung

**1.** Durch Artikel 91a GG wurde die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zur Gemeinschaftsaufgabe erklärt. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe, deren Durchführung den Ländern obliegt, wirkt der Bund mit, da sie für die Gesamtheit bedeutsam ist und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beiträgt. Bund und Länder tragen bei der Gemeinschaftsaufgabe gleichermaßen Verantwortung. Diese Verantwortung dokumentiert sich in einer gemeinsamen Planung und Finanzierung der Maßnahmen.

**2.** In Ausführung von Artikel 91a GG ist am 3. September 1969 das Gesetz über eine Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG; BGBl. I S. 1573) erlassen worden. Es ist am 1. Januar 1970 in Kraft getreten und wird, geändert durch Gesetz vom 23. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2140), seit dem 1. Januar 1973 mit dem Ziel durchgeführt, eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft zu gewährleisten und deren Eingliederung in den Gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaften zu erleichtern sowie den Küstenschutz zu verbessern. Mit dieser sehr allgemeinen Zielsetzung in Verbindung mit dem Artikel 91a GG hat der Planungsausschuß die Einzelmaßnahmen ausgewählt, die unter den Anwendungsbereich der GemAgrG fallen sollen.

Durch Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1053) ist der Ziel- und Aufgabenkatalog der Gemeinschaftsaufgabe erweitert worden.

Im Zuge der Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik müssen daher auch in der Gemeinschaftsaufgabe neue Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Existenz der Betriebe unter veränderten Marktbedingungen und auch in standortlich benachteiligten Gebieten sichern. Sie sollen gleichzeitig zu einer Verbesserung der Umweltbedingungen im ländlichen Raum führen und damit auch die Ressourcen der landwirtschaftlichen Betriebe langfristig sichern helfen.

Um das Ziel einer Verbesserung und langfristigen Sicherung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft zu erreichen, sind die strukturellen und ökologischen Rahmenbedingungen des ländlichen Raumes zu verbessern.

Hierzu bedarf es neuer bzw. teilweise geänderter Förderungsmaßnahmen, um den landwirtschaftlichen Betrieben die Anpassung an die Marktentwicklung zu erleichtern und sie in die Lage zu versetzen, langfristig wirksame Schritte zur umweltverträglichen Entwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung zu unternehmen.

Die neu eingeführten Maßnahmen zur Anpassung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe an die Marktentwicklung treten mit Ablauf des 30. Juni 1993 außer Kraft. Neubewilligungen können auf dieser gesetzlichen Grundlage nach diesem Zeitpunkt nicht mehr ausgesprochen werden.

**3.** Für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben wird von Bund und Ländern ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt. Der gemeinsame Rahmenplan ist für den Zeitraum der mehrjährigen Finanzplanung aufzustellen, jedes Jahr sachlich zu prüfen und der Entwicklung anzupassen.

Der Rahmenplan enthält die Maßnahmen, die in den einzelnen Haushaltsjahren durchgeführt werden, und gibt die Förderungsarten (Darlehen, Zuschüsse, Zinszuschüsse) sowie die Zielvorstellungen der einzelnen Maßnahmen an. Außer den Mitteln und Maßnahmen muß der Rahmenplan auch allgemeine Grundsätze für die Vergabe der ausgewiesenen Mittel enthalten, um eine einheitliche Förderung der Maßnahmen zu gewährleisten.

Der Rahmenplan wird auf Grund von Anmeldungen der Länder und Vorschlägen des Bundes aufgestellt. Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft

und Forsten nimmt die Anmeldungen entgegen und legt sie mit seinen eigenen Vorschlägen dem Planungsausschuß vor. Die Anmeldungen müssen Art und Umfang der Maßnahmen und die voraussichtlichen Kosten enthalten. Außerdem sind die angemeldeten Maßnahmen zu begründen.

**4.** Die Bundesregierung und die Landesregierungen haben zur Aufstellung des Rahmenplans einen Planungsausschuß gebildet, in dem der Bund durch den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Bundesminister der Finanzen und die Länder durch je einen Minister (Senator) vertreten sind. Dem Bund stehen ebenso viele Stimmen zu wie den 11 Ländern zusammen. Es wird mit einer Mehrheit von drei Vierteln aller Stimmen Beschluß gefaßt, so daß zu einer Beschlußfassung 17 Stimmen erforderlich sind.

Der Planungsausschuß hat die Förderungsgrundsätze, die Anmeldungen der Länder und die Vorschläge des Bundes zu überprüfen und durch Beschluß über deren Aufnahmen in den Rahmenplan zu entscheiden. Bei dieser Aufgabe sollen räumliche und sachliche Schwerpunkte gebildet werden.

Zwischen allen Maßnahmen, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" durchgeführt werden, erfolgt eine enge Koordinierung.

**5.** Es besteht Einigkeit zwischen Bund und Ländern darüber, daß Aufgaben, die nicht überwiegend der Agrarstrukturverbesserung, sondern der Erhaltung der Kulturlandschaft, der Landschaftspflege und Erholungsfunktion der Landschaft oder dem Tierschutz dienen, nicht als Gemeinschaftsaufgabe anzusehen sind und daher allein aus Landesmitteln finanziert werden können. Die Länder unterrichten den Planungsausschuß über die Abgrenzung derartiger Aufgaben gegenüber den Gemeinschaftsaufgaben.

Unabhängig von der unterschiedlichen Zuordnung müssen bei der Durchführung agrarstruktureller Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe die Erfordernisse der Raumordnung, Landesplanung sowie des Umweltschutzes und des Tierschutzes beachtet werden, um die strukturellen sowie ökologischen Rahmenbedingungen des ländlichen Raumes zu verbessern. Im Rahmen der Förderung soll verstärkt dazu beigetragen werden, eine mit ökologisch wertvollen Landschaftselementen vielfältig ausgestattete Landschaft zu erhalten und zu schaffen, den Erosionsschutz zu sichern und den Tierschutz zu verbessern.

Maßnahmen mit der Folge der Umwandlung oder einer sonstigen wesentlichen Beeinträchtigung seltener oder ökologisch wertvoller Biotope gemäß § 20c BNatSchG dürfen nicht gefördert werden. Andere wertvolle Landschaftsbestandteile sollen nicht beeinträchtigt werden.

Als solche können in Betracht kommen:

- Feuchtgebiete
- Trockenbiotope
- für die Biotopvernetzung bedeutsame Landschaftsbestandteile
- natur- und kulturhistorisch bedeutsame Landschaftsbestandteile.

Bund und Länder weisen auf den notwendigen Schutz der im Interesse des Naturschutzes und der Landschaftspflege erhaltenswerten Landschaftsbestandteile hin. Die Erhaltung der Landschaftsbestandteile ist mit anderen Interessen und Belangen abzuwägen.

**6.** Gehen die Anmeldungen der Länder erheblich über die Mitfinanzierung des Bundes hinaus, wie sich dies zur Zeit insbesondere bei der Förderung von zentralen Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen zeigt, bleibt die Anwendung der Förderungsgrundsätze auf die regionalen Schwerpunkte beschränkt, die vom Planungsausschuß auf Vorschlag der Länder beschlossen werden.

**7.** Von den in diesem Rahmenplan beschlossenen Ansätzen kann nach vorheriger Abstimmung mit dem Bund dann abgewichen werden, wenn die Abweichung die im Rahmenplan für die einzelnen Maßnahmen festgelegten Ziele nicht wesentlich verändert. Abweichungen über diesen Rahmen hinaus bedürfen der Zustimmung des Planungsausschusses. Die vorherige Zustimmung des Bundes ist bei Umschichtungen innerhalb der einzelnen Maßnahmengruppen nicht erforderlich. Bei Umschichtungen zwischen den einzelnen Maßnahmengruppen ist die vorherige Zustimmung des Bundes einzuholen, sofern der umzuschichtende Betrag 2% des Landesanteils am Gesamtvolumen des Rahmenplans oder 20% je Maßnahmegruppe übersteigt. Umschichtungen, die den Küstenschutz und die Ausgleichszulage betreffen, sind in jedem Fall vorher mit dem Bund abzustimmen.

Werden durch Umschichtungen zu Lasten der Ausgleichszulage die in Übersicht 1, Spalte 9a (Seite 118), aufgeführten Mindestbeträge um mehr als *10*% unterschritten, sind diese Umschichtungen nur zulässig, wenn die entsprechenden Mittel zur Verstärkung der Ausgleichszulage in anderen Ländern eingesetzt werden. Die Länder teilen dem Bund unmittelbar nach Quartalsende mit, welche Umschichtungen im abgelaufenen Quartal vorgenommen wurden.

**8.** Die Zweckbindungsfristen für die nach den Rahmenplänen 1973 bis 1979 geförderten Maßnahmen werden einheitlich auf

- zwölf Jahre für Grundstücke, Bauten und bauliche Anlagen
- fünf Jahre für technische Einrichtungen, Maschinen und Geräte

festgesetzt.

Bei Maßnahmen zur Stillegung von Ackerflächen, der Extensivierung bei Überschußerzeugnissen, der Umstellung der Erzeugung auf nicht überschüssige Erzeugnisse, der endgültigen Aufgabe von Rebflächen, zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit *sowie bei Förderung durch eine Umstellungshilfe* können Ausnahmen gemacht werden; dies gilt auch für die entsprechenden Regelungen in den Förderungsgrundsätzen dieses Rahmenplanes.

## Teil II

# Förderungsgrundsätze

### Grundsätze für die Förderung der agrarstrukturellen Vorplanung

#### 1. Zuwendungszweck

Die agrarstrukturelle Vorplanung wird als Entscheidungshilfe für den effizienten mit anderen Bereichen abgestimmten Einsatz von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur nach dem GemAgrG und ergänzender Maßnahmen gefördert.

Die Vorplanung soll zur Bildung sachlicher und räumlicher Schwerpunkte bei der Verbesserung der Agrarstruktur beitragen.

#### 2. Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung ist die Erarbeitung von Vorschlägen über die Art und den Umfang geeigneter Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur sowie den Zeitpunkt ihrer Durchführung. Dabei ist die Vorplanung auf die Ziele der Raumordnung und der Landesplanung auszurichten. Insbesondere sind die regionale Wirtschaftsstruktur, die Infrastruktur, die Belange von Natur- und Umweltschutz, Landschaftsplanung sowie Freizeit und Erholung, die voraussichtliche Bodennutzung und Landeskultur, die Notwendigkeit von Dorferneuerungen und die landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Erwerbssituation zu berücksichtigen und deren voraussichtliche Entwicklung aufzuzeigen. Die Aussagen der Vorplanung können sich problemorientiert auf thematische Schwerpunkte beschränken.

#### 3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungen können die von den Bundesländern mit der agrarstrukturellen Vorplanung beauftragten nicht staatlichen Stellen erhalten.

#### 4. Zuwendungsvoraussetzungen

Zuwendungen können gewährt werden, wenn die nach Landesrecht zuständige Stelle aufgrund einer agrarstrukturellen Rahmenplanung oder sonstiger Strukturdaten und Entwicklungen Ordnungs- und Entwicklungsmaßnahmen für erforderlich hält.

#### 5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

**5.1.**

Zu den Kosten der Vorplanung werden folgende Zuschüsse gewährt:

Nach der Gesamtfläche des Vorplanungsgebietes

bis zu 5 000 ha ein Festbetrag in Höhe von 25 000,— DM zuzüglich bis zu 8,00 DM/ha

*ab 5 000 ha bis zu 20 000 ha 13,00 DM bis 10,00 DM/ha und*

*ab 20 000 ha bis zu 6,00 DM/ha*

*Vorstehende Zuschußsätze umfassen Aufwendungen für erforderlich werdende Betriebserhebungen und Kartierungen.* Sie sind Höchstsätze und jeweils durch Interpolation festzulegen.

**5.2.**

Das Land kann Ausnahmen von den Zuschüssen nach 5.1. zulassen.

**5.3.**

Die für die gewährten Zuschüsse zu zahlende Umsatzsteuer wird zusätzlich erstattet.

#### 6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

**6.1.**

Die Ergebnisse der Vorplanung einschließlich der Vorschläge sind zusammenfassend darzustellen; sie haben eine Wertung zu enthalten, inwieweit der erzielbare Erfolg die notwendigen Investitionen und sonstigen Aufwendungen gesamtwirtschaftlich rechtfertigt und ob und wie die geplanten Maßnahmen umweltverträglich und im Einklang mit der angestrebten regionalen Entwicklung gestaltet werden können.

6.2.

Die im Rahmen der Vorplanung notwendigen Erhebungen enthalten Angaben zu überregionalen Planungen, sonstigen Planungen, soweit sie für die betreffenden Gemeinden konkretisiert sind, sowie Angaben zur Infrastruktur und zur Struktur der Land- und Forstwirtschaft.

Insbesondere werden erfaßt:

- die Altersstruktur der Bevölkerung,
- die Wohnbevölkerung nach dem Hauptunterhalt der Ernährer,
- die Erwerbspersonen nach den Wirtschaftsbereichen,
- die Berufspendler,
- die Katasterfläche,
- die Eigentumsverteilung und die Bewirtschaftungsstruktur,
- die landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betriebe, deren Struktur und Entwicklung,
- die Bodennutzung,
- die Viehhaltung,
- die agrarischen Einzelmaßnahmen,
- der Stand der Bauleitplanung,
- die ausgewiesenen und geplanten Wasserschutzgebiete nach Schutzzonen mit Erfassung der Standortunterschiede in bezug auf den Gewässerschutz gemäß den Richtlinien des Deutschen Vereins für das Gas- und Wasserfach e.V. (DVGW),
- schutzwürdige Oberflächengewässer (Fließwässer und stehende Oberflächengewässer),
- die ausgewiesenen und geplanten Naturschutzgebiete und sonstigen Naturschutzobjekte einschließlich erdgeschichtlich bedeutsamer Formationen und Landschaftsstrukturen,
- die bisherigen Ergebnisse der Landschaftsplanung, oder falls eine Landschaftsplanung noch nicht vorliegt, die Biotopkartierung,
- die Bodenbelastung (z. B. erosionsgefährdete Flächen) und
- die Bewirtschaftungsauflagen.

6.3.

Bei der zusammenfassenden Darstellung und Wertung der Ergebnisse sind insbesondere folgende Belange gegeneinander abzuwägen:

1. Vorgaben der Raumordnung und Landesplanung,
2. überörtlich bedeutsame Großprojekte,
3. Landwirtschaft,
4. Forstwirtschaft,
5. Städtebau und Dorferneuerung,
6. Naturschutz und Landschaftspflege,
7. Freizeit und Erholung,
8. Gewässer- und Bodenschutz.

6.4

Projektgebundene Vorarbeiten können nur nach den für die jeweiligen Maßnahmen geltenden Grundsätzen gefördert werden.

## Grundsätze für die Förderung der Flurbereinigung

### 1. Zuwendungszweck

1.1.

Die Förderungsmittel können verwendet werden für die Finanzierung der Neuordnung ländlichen Grundbesitzes und die Gestaltung des ländlichen Raumes durch Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur einschließlich von Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes.

1.2.

Zuwendungsfähig sind die Aufwendungen für Vorarbeiten (Zweckforschungen, Untersuchungen, Erhebungen), soweit sie nicht Verfahrenskosten (§ 104 FlurbG) sind, der Landzwischenerwerb nach § 26c FlurbG sowie die Ausführungskosten (§ 105 FlurbG).

1.3.

Ausführungskosten sind insbesondere:

1.3.1.

die zur wertgleichen Abfindung notwendigen Maßnahmen,

1.3.2.

die wegen einer völligen Änderung der bisherigen Struktur eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes erforderlichen Maßnahmen (§ 44 Abs. 5 FlurbG),

**1.3.3.**

die Herstellung der gemeinschaftlichen Anlagen und die Instandsetzung der neuen Grundstücke,

**1.3.4.**

die nach § 37 Abs. 1 und 2 FlurbG mit Rücksicht auf den Umweltschutz, den Naturschutz und die Landschaftspflege, den Boden- und den Gewässerschutz sowie den Denkmalschutz erforderlichen Maßnahmen,

**1.3.5.**

Maßnahmen der Dorferneuerung,

**1.3.6.**

der Ausgleich für Wirtschaftserschwernisse und vorübergehende Nachteile (§ 51 FlurbG), Geldabfindungen (§ 44 Abs. 3 Satz 2, § 50 Abs. 2 FlurbG) sowie Geldentschädigungen, soweit diese Verpflichtungen nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind,

**1.3.7.**

der Landzwischenerwerb,

**1.3.8.**

die beim Landzwischenerwerb entstehenden Verluste, soweit sie der Teilnehmergemeinschaft bei der Verwendung der Flächen entstehen,

**1.3.9.**

die Zinsen für die von der Teilnehmergemeinschaft zu einem angemessenen Satz aufgenommenen Kapitalmarktdarlehen,

**1.3.10.**

die der Teilnehmergemeinschaft bei Vermessung, Vermarkung und Wertermittlung der Grundstücke entstehenden Kosten sowie der ihr entstehende Verwaltungsaufwand,

**1.3.11.**

die Vergabe von Arbeiten zur Wahrnehmung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Teilnehmer (§ 18 Abs. 1 FlurbG).

**1.4.**

Die Entwässerung und der Tiefumbruch von Grünland, die Umwandlung von Grünland in Acker und gegebenenfalls dessen anschließende Entwässerung sowie die Umwandlung von Ödland in landwirtschaftliche Nutzfläche und gegebenenfalls deren anschließende Entwässerung dürfen grundsätzlich nicht gefördert werden.

## 2. Zuwendungsempfänger

**2.1.**

Teilnehmergemeinschaften, deren Zusammenschlüsse, Wasser- und Bodenverbände und ähnliche Rechtspersonen sowie einzelne Beteiligte.

## 3. Zuwendungsvoraussetzungen

**3.1.**

Der Anordnung einer Flurbereinigung oder einer beschleunigten Zusammenlegung soll eine agrarstrukturelle Vorplanung nach Maßgabe der für sie geltenden besonderen Bestimmungen vorausgehen.

## 4. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

**4.1.**

Zuwendungen können als Zuschüsse und öffentliche Darlehen gewährt werden.

**4.2.**

Die öffentlichen Darlehen sind nach höchstens zwei tilgungsfreien Jahren mit mindestens 3% jährlich zu tilgen. Die Tilgungsbeträge sind halbjährlich nachträglich am 15. Mai und 15. November jedes Jahres zu leisten.

**4.3.**

Für den Landzwischenerwerb nach 1.3.7. können öffentliche Darlehen bis zur vollen Höhe der Kosten gewährt werden. Sie dürfen nicht unterverteilt werden und sind spätestens nach Ablauf von drei Jahren nach der Ausführungsanordnung zurückzuzahlen.

Beim Landzwischenerwerb durch Zusammenschlüsse von Teilnehmergemeinschaften ist das Darlehen spätestens 25 Jahre nach Darlehensaufnahme zurückzuzahlen. Eine zwischenzeitliche Unterverteilung an die Mitgliedsteilnehmergemeinschaften ist zulässig.

4.4.

Bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausführungskosten ist von den Kosten auszugehen, die der Teilnehmergemeinschaft nach Abzug der Zuschüsse und sonstiger Leistungen Dritter zu den Ausführungskosten als Verpflichtung verbleiben.

4.5.

Die Eigenleistung der Teilnehmergemeinschaft richtet sich nach deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Sie darf bei Flurbereinigungen sowie bei beschleunigten Zusammenlegungsverfahren 20% und bei Weinbergflurbereinigungen 25% der zuwendungsfähigen Ausführungskosten nicht unterschreiten; die nach Landesrecht zuständige Behörde kann im Einzelfall Ausnahmen zulassen.

## Grundsätze für die Förderung des freiwilligen Landtausches

### 1. Zuwendungszweck

Der freiwillige Landtausch kann gefördert werden, um ländliche Grundstücke zur Verbesserung der Agrarstruktur in einem schnellen und einfachen Verfahren zusammenzulegen.

### 2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden können

2.1.

*Vorarbeiten*

2.2.

Aufwendungen, die den Tauschpartnern nach Maßgabe des Tauschplanes zur Last fallen (in Verfahren nach dem FlurbG, vgl. § 103 g FlurbG). Insbesondere für Folgemaßnahmen, die zur Instandsetzung der neuen Grundstücke oder zur Herstellung der gleichen Bewirtschaftungsmöglichkeit wie bei den abgegebenen Grundstücken notwendig sind, soweit die Aufwendungen den Tauschpartnern entsprechend dem im Flurbereinigungsverfahren üblichen Maß nicht selbst zugemutet werden können. Hierzu gehören auch Vergütungen an Helfer.

### 3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungen können erhalten

3.1.

*die von den Bundesländern mit Vorarbeiten beauftragten nicht staatlichen Stellen.*

3.2.

die Tauschpartner unter den Voraussetzungen der Nr. 4.2.

### 4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1.

*Zuwendungen für Vorarbeiten können gewährt werden, wenn zur Beurteilung über Realisierbarkeit und Zweckmäßigkeit eines freiwilligen Landtausches zusätzliche Informationen benötigt werden und die nach Landesrecht zuständige Stelle einem entsprechenden Antrag zustimmt.*

4.2.

Der freiwillige Landtausch kann gefördert werden

4.2.1.

in einem selbständigen Verfahren nach § 103 a Abs. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG)

4.2.2.

in Verbindung mit einem Flurbereinigungsverfahren oder beschleunigten Zusammenlegungsverfahren nach den §§ 103 j und 103 k FlurbG

4.2.3.

durch Eigentumswechsel auf privatrechtlicher Grundlage und

4.2.4.

durch Tausch von Pachtland.

4.3.

Die Förderung des freiwilligen Landtausches ist ausgeschlossen in Verfahren

**4.3.1.**

mit Eigentumswechsel, soweit die Tauschbesitzstücke innerhalb des Geltungsbereichs eines Bebauungsplanes liegen, es sei denn, diese Besitzstücke sind für land- oder forstwirtschaftliche Nutzungen festgesetzt oder werden gegen außerhalb des Geltungsbereichs eines Bebauungsplanes gelegene land- oder forstwirtschaftlich genutzten Besitz getauscht;

**4.3.2.**

mit Eigentumswechsel auf privatrechtlicher Grundlage,

- wenn eine Vermessung oder Folgemaßnahmen notwendig sind, es sei denn, die Länder lassen in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zu;
- wenn mehr als drei Tauschpartner beteiligt sind;

**4.3.3.**

mit Eigentumswechsel auf privatrechtlicher Grundlage oder mit Tausch von Pachtland, wenn die Tauschbesitzstücke in einem Flurbereinigungs- oder Zusammenlegungsgebiet liegen, es sei denn, daß die Ausführungsanordnung nach den §§ 61 oder 63 FlurbG erlassen ist;

**4.3.4.**

mit Tausch von Pachtland, wenn die Pachtdauer weniger als zwölf Jahre beträgt, es sei denn, daß die Tauschflächen der Förderung der Stillegung von Akkerflächen unterliegen. In diesen Fällen genügt als Pachtdauer die für die Stillegung geforderte Dauer.

## 5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

**5.1.**

Die Zuwendungen (Vergütungen) werden als Zuschüsse gewährt.

**5.2.**

Umfang und Höhe der Zuschüsse werden für die einzelnen Gegenstände der Förderung wie folgt festgelegt:

**5.2.1.**

*Für Vorarbeiten können Zuschüsse nach Vereinbarung auf der Grundlage des in Auftrag gegebenen Leistungsumfangs bis zur Höhe von 3.500,— DM gewährt werden.*

**5.2.2.**

Für Aufwendungen der Tauschpartner kann der Zuschuß bis zu 75 % der zuwendungsfähigen Kosten betragen. Als zuwendungsfähig anerkannt werden die nachgewiesenen Kosten nach Nr. 2.2., für Folgemaßnahmen jedoch nur 950,— DM je ha getauschte Fläche. Eigene Arbeitsleistungen der Zuwendungsempfänger können mit 80 v. H. des Betrages, der sich bei Vergabe der Leistungen an einen Unternehmer (ohne Berechnung der Umsatzsteuer) ergeben würde, berücksichtigt werden.

Die Zuwendungen für Sachleistungen darf die Summe der baren Ausgaben nicht überschreiten.

**5.2.3**

Die Helfervergütung richtet sich nach der Anzahl der Tauschpartner und der Tauschbesitzstücke, den Eigentumsverhältnissen an den Tauschbesitzstücken *sowie den Vorarbeiten.*

**5.2.3.1.**

Der Höchstbetrag für die Helfervergütung ist nach folgender Formel zu errechnen:

$$HV = (2\ TP + TB)\ .\ [275 - 0{,}2\ .\ (2\ TP + TB)] + 500$$

HV = Helfervergütung (Zuschuß in DM)

TP = Anzahl der Tauschpartner

TB = Anzahl der Tauschbesitzstücke

bis zu einer Anzahl an Tauschpartnern und Tauschbesitzstücken, die den Wert (2 TP + TB) = 500 ergeben; für jeden weiteren Tauschpartner erhöht sich die Helfervergütung um 100 DM, für jedes weitere Tauschbesitzstück um 50 DM.

**5.2.3.2.**

Bei Verfahren mit Tausch von Pachtland beträgt die Helfervergütung 60% des nach Nr. 5.2.3.1. zu errechnenden Betrages.

**5.3.**

Als Tauschbesitzstück gilt eine zusammenhängende Fläche, die aus mehreren Flurstücken bestehen kann, es sei denn, sie werden durch Dritten gehörende Wege oder Gewässer getrennt. Es dürfen auch Besitzstücke berücksichtigt werden, die von den Tauschpartnern aus Anlaß des freiwilligen Landtausches zum Zwecke der besseren Zusammenlegung oder der Aufstockung zugekauft oder gepachtet werden, soweit der Helfer hierfür nicht anderweitig eine Vergütung oder ähnliche Leistung erhält.

### 6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

**6.1.**

Die Tauschpartner können sich beim freiwilligen Landtausch eines zugelassenen Helfers bedienen. Aufgaben der Helfer sind insbesondere:

**6.1.1.**

in Verfahren nach dem FlurbG den nach § 103 c Abs. 1 FlurbG erforderlichen Antrag zu stellen,

**6.1.2.**

in Verfahren mit Eigentumswechsel auf privatrechtlicher Grundlage oder mit Tausch von Pachtland

— in Verhandlungen mit den Tauschpartnern einen Tauschplan aufzustellen,

— die Einverständniserklärungen der betroffenen Rechtsinhaber herbeizuführen,

**6.1.3.**

in allen Verfahren

— die Bewilligung der Zuschüsse nach Nr. 5. zu beantragen,

— die auszuführenden Folgemaßnahmen nach Nr. 2.2. vorzuschlagen und mit Kostenvoranschlägen der Flurbereinigungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen,

— die Verwendungsnachweise zu führen.

**6.2.**

Wird der freiwillige Landtausch in Verbindung mit einem Flurbereinigungs- oder beschleunigtem Zusammenlegungsverfahren durchgeführt, kann ein Helfer nur eingeschaltet werden, wenn die Flurbereinigungsbehörde einwilligt.

## Grundsätze für die Förderung der Dorferneuerung

### 1. Zuwendungszweck

**1.1.**

Die Förderungsmittel können verwendet werden für die Finanzierung von Maßnahmen der Dorferneuerung zur umfassenden Verbesserung der Agrarstruktur. Vor allem sind die Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie die Lebensverhältnisse der bäuerlichen Familien zu verbessern.

### 2. Gegenstand der Förderung

**2.1.**

Zuwendungsfähig sind die Aufwendungen für:

**2.1.1.**

Vorarbeiten (Untersuchungen, Erhebungen);

**2.1.2.**

die Dorferneuerungsplanung; ausgenommen sind Aufwendungen für Pläne, die gesetzlich vorgeschrieben sind;

**2.1.3.**

die Betreuung der Zuwendungsempfänger; ausgenommen ist die Betreuung durch Stellen der öffentlichen Verwaltung;

**2.1.4.**

Maßnahmen zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse; ausgenommen sind Aufwendungen in Neubau- und Gewerbegebieten;

**2.1.5.**

Maßnahmen zur Abwehr von Hochwassergefahren für den Ortsbereich und zur Sanierung innerörtlicher Gewässer unter Berücksichtigung der gesamten wasserwirtschaftlichen Planung;

**2.1.6.**

kleinere Bau- und Erschließungsmaßnahmen zur Erhaltung und Gestaltung des dörflichen Charakters; ausgenommen sind Wasserversorgungs- und Kanalisationsleitungen mit Nebenbauten in neuen oder geplanten Siedlungs- und Industriegebieten;

**2.1.7.**

Maßnahmen zur Erhaltung und Gestaltung land- und forstwirtschaftlicher oder ehemals land- und forstwirtschaftlich genutzter Bausubstanz mit ortsbildprägendem Charakter einschließlich der dazugehörigen Hof-, Garten- und Grünflächen;

**2.1.8.**

Maßnahmen, die geeignet sind, land- und forstwirtschaftliche Bausubstanz einschließlich Hofräume und Nebengebäude

— an die Erfordernisse zeitgemäßen Wohnens und Arbeitens anzupassen,

— vor Einwirkungen von außen zu schützen oder

— in das Ortsbild oder in die Landschaft einzubinden;

**2.1.9.**

den Neu-, Aus- oder Umbau von land- und forstwirtschaftlichen Gemeinschaftsanlagen;

**2.1.10.**

den Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken einschließlich besonders begründeter Abbruchmaßnahmen im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nrn. 2.1.4. bis 2.1.6. und 2.1.9.

### 3. Zuwendungsempfänger

**3.1.**

Gemeinden und Gemeindeverbände,

**3.2.**

Teilnehmergemeinschaften und ihre Zusammenschlüsse nach dem Flurbereinigungsgesetz sowie Wasser- und Bodenverbände,

**3.3.**

natürliche und juristische Personen sowie Personengemeinschaften des privaten Rechts.

### 4. Zuwendungsvoraussetzungen

**4.1.**

Die Maßnahmen nach diesen Grundsätzen werden nur in Gemeinden oder Ortsteilen mit landwirtschaftlicher Siedlungsstruktur, in Weilern und landschaftsbestimmenden Gehöftgruppen und Einzelhöfen gefördert.

### 5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

**5.1.**

Für die Finanzierung der Vorarbeiten nach Nr. 2.1.1. können Zuschüsse bis zur vollen Höhe der Kosten gewährt werden.

**5.2.**

Für die Finanzierung der Maßnahmen nach Nrn. 2.1.2. bis 2.1.10. können Zuschüsse in folgender Höhe gewährt werden:

**5.3.**

zu den Aufwendungen der Zuwendungsempfänger nach Nrn. 3.1. und 3.2. bis zu 60 v. H. der Kosten;

**5.4.**

zu den Aufwendungen der Zuwendungsempfänger nach Nr. 3.3. bis zu 30% der Kosten, jedoch höchstens 40 000 DM je Maßnahme; bei Gemeinschaftsanlagen nach Nr. 2.1.9. kann die nach Landesrecht zuständige Behörde Ausnahmen von dem Höchstbetrag zulassen.

### 6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

**6.1.**

Die Maßnahmen sollen auf der Grundlage einer Dorferneuerungsplanung durchgeführt werden. Dabei ist neben den Zielen und Erfordernissen der Raumordnung, der Landesplanung und des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Teil I des Rahmenplans) auch den Erfordernissen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung, des Denkmalschutzes, der Erholung, der Wasserwirtschaft, des öffentlichen Verkehrs und der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes Rechnung zu tragen. Die Ergebnisse einer agrarstrukturellen Vorplanung sind zugrunde zu legen. zu tragen. Die Ergebnisse einer agrarstrukturellen Vorplanung sind zugrunde zu legen.

## Grundsätze für die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in der Landwirtschaft

Einzelbetriebliche Investitionen in der Landwirtschaft dienen der Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum und können gefördert werden durch:

A. Das Einzelbetriebliche Investitionsförderungsprogramm (EFP)

B. Das Agrarkreditprogramm (AKP)

C. Investitionshilfen zur Energieeinsparung

D. Prämien für die erstmalige Niederlassung von Junglandwirten

E. Die ländliche Siedlung.

## A. Das Einzelbetriebliche Investitionsförderungsprogramm (EFP)

### 1. Zuwendungszweck

**1.1.**

Zur Unterstützung einer beständigen Entwicklung der Landwirtschaft können investive Maßnahmen gefördert werden, die der Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen dienen. Durch die Förderung sollen insbesondere

- die strukturelle Weiterentwicklung der Betriebe gewährleistet,
- die Leistungsfähigkeit der Betriebe gesteigert und dadurch
- das landwirtschaftliche Einkommen verbessert oder stabilisiert

werden.

Dabei sollen auch die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Ressourcen der Landwirtschaft sowie die Ziele und Erfordernisse des Tierschutzes berücksichtigt werden.

### 2. Gegenstand der Förderung

**2.1.**

Betriebliche Investitionen:

**2.1.1. Förderungsfähig sind betriebliche Investitionen**

- zur qualitativen Verbesserung und Umstellung der Erzeugung nach Maßgabe der Marktbedürfnisse,
- zur Senkung der Produktionskosten und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen,
- zur Energieeinsparung,
- zur Direktvermarktung von selbsterzeugten land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen,
- im Bereich Freizeit und Erholung, soweit diese Investitionen infolge der Anpassung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe an die Marktentwicklung und zur Weiterführung des Betriebes erforderlich sind.

**2.1.2.**

Außerdem sind Investitionen förderungsfähig

- im Hinblick auf den Schutz und die Verbesserung der Umwelt und
- im Hinblick auf die Verbesserung des Tierschutzes,

sofern diese im Zusammenhang mit betrieblichen Investitionen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen erfolgen.

**2.1.3.**

Förderungsfähig sind auch

- die Kosten für die Erstellung des Betriebsverbesserungsplanes,
- die jeweils geltenden Gebühren für Architekten, Ingenieure und Betreuer.

### 2.2. Eingeschränkte Förderung

**2.2.1.**

Investitionen in den Bereichen der Rindermast und der Schweineproduktion können nur im Rahmen der jeweils geltenden Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates vom 12. März 1985 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur (ABl. Nr. L 93 vom 30.3.1985, S. 1) gefördert werden.

Investitionen im Bereich der Rindvieh- und Schweinehaltung dürfen nur gefördert werden, wenn nach Durchführung der Maßnahmen für die im Betrieb anfallenden Exkremente eine Lagerkapazität von grundsätzlich sechs Monaten vorhanden ist.

**2.2.2.**

Investitionen im Bereich der Milchkuhhaltung können gefördert werden, wenn

- zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht mehr als 40 Kühe je AK und 60 Kühe je Betrieb gehalten und diese Grenzen durch die Investition nicht überschritten werden;
- der Betrieb zum Zeitpunkt der Antragstellung über mehr als 30% Dauergrünland oder mehr als 50% Hauptfutterfläche verfügt;
- die Investition im Rahmen der zum Zeitpunkt der Antragstellung jeweils vorhandenen Referenzmenge des Betriebes zum Zwecke der Rationalisierung und Kostensenkung erfolgt.

**2.2.3.**

Bei Aussiedlungen im Bereich der Schweine- und Rindviehhaltung (Milchkuhhaltung und Rindermast) kann die nach Landesrecht zuständige Behörde in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zur Wahrung des Besitzstandes zulassen, sofern die Aussiedlung nicht zu einer Erhöhung der Produktionskapazitäten führt und im übrigen die Bedingungen bezüglich der Futtererzeugung im Bereich der Schweineproduktion erfüllt sind.

**2.2.4.**

nicht besetzt

**2.2.5.**

Investitionen im Bereich der Eier- und Geflügelerzeugung können nur gefördert werden, wenn und soweit sie aufgrund von Auflagen oder Verpflichtungen erforderlich sind, welche die öffentliche Hand zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt oder zur Verbesserung des Tierschutzes vorgesehen hat. Sie dürfen jedoch nicht zu einer Produktionssteigerung führen. Bei Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes ist nur die Erweiterung der Gebäude zur Unterbringung der für die gleiche Zahl von Tieren notwendigen Batterien förderungsfähig, sofern sie im Zusammenhang mit *allgemeinen* betrieblichen Investitionen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen erfolgen.

**2.2.6.**

Die Förderung des Landankaufs kann von der nach Landesrecht zuständigen Behörde nur in begründeten Einzelfällen zugelassen werden.

**2.3.**

Von der Förderung sind ausgeschlossen:

**2.3.1.**

Investitionen für den Wohnhausbereich; ausgenommen bleiben Investitionen für Wohnhäuser bei Aussiedlungen;

**2.3.2.**

Investitionen in Betriebszweigen, die im Sinne der Steuergesetze als gewerbliche Nebenbetriebe gelten; dies gilt auch für folgende nicht gewerbliche Nebenbetriebe: Substanzbetriebe, Sägewerke, Brennereien;

**2.3.3.**

Anpflanzungen von Apfel-, von Birn- und von Pfirsichbäumen; ausgenommen bleiben Erneuerungspflanzungen von Apfel- und von Birnbäumen;

**2.3.4.**

Kauf von lebendem Inventar oder eine Aufstockung aus eigener Nachzucht;

**2.3.5.**

Maschineninvestitionen für die Außenwirtschaft;

**2.3.6.**

die Entwässerung und der Tiefumbruch von Grünland, die Umwandlung von Grünland in Acker und gegebenenfalls dessen anschließende Entwässerung, die Umwandlung von Ödland in landwirtschaftliche Nutzfläche und gegebenenfalls deren anschließende Entwässerung sowie die Entwässerung von Acker.

## 3. Zuwendungsempfänger

**3.1.**

Landwirtschaftliche, land- und forstwirtschaftliche Unternehmer, deren landwirtschaftlicher Anteil an ihrem Gesamteinkommen zum Zeitpunkt der Antragstellung mindestens die Hälfte beträgt und deren Arbeitszeit für den landwirtschaftlichen Betrieb mehr als die Hälfte ihrer Gesamtarbeitszeit ausmacht (Haupterwerb).

Pächter, die überwiegend auf gepachteten Flächen wirtschaften, müssen Nutzungsverhältnisse von angemessener Dauer, in der Regel von zwölf Jahren, durch Vorlage entsprechender Verträge oder auf andere Weise nachweisen.

Forstwirtschaftliche Unternehmer und Unternehmer der Binnenfischerei sind diesem Personenkreis gleichgestellt.

**3.2.**

Verpächter, die auf der Grundlage eines Betriebsverbesserungsplanes Investitionen zugunsten des an einen Haupterwerbslandwirt verpachteten Betriebes durchführen.

**3.3.**

Juristische Personen, deren Betrieb ein Gewerbebetrieb kraft Rechtsform ist, wenn die Voraussetzungen nach Nr. 3.1. (Haupterwerb) gegeben sind, und der Betrieb im übrigen die Merkmale eines landwirtschaftlichen Betriebes aufweist.

**3.4.**

Juristische Personen, die einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen.

## 4. Zuwendungsvoraussetzungen

**4.1.**

Der Zuwendungsempfänger muß nach seiner beruflichen Vorbildung und/oder durch angemessene Berufserfahrung von mindestens drei Jahren die Gewähr für eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung des Unternehmens bieten.

**4.2.**

Ist der Zuwendungsempfänger nach dem 31. Dezember 1953 geboren, muß er die Abschlußprüfung in einem Agrarberuf bestanden und eine landwirtschaftliche Fachschule besucht und mit Erfolg abgeschlossen haben oder eine gleichwertige Berufsbildung nachweisen, die ihn befähigt, einen landwirtschaftlichen Betrieb ordnungsgemäß zu bewirtschaften.

**4.3.**

Hat der Zuwendungsempfänger einen Betrieb bewirtschaftet, ist die erfolgreiche Bewirtschaftung in der Vergangenheit anhand geeigneter Unterlagen (z. B. Buchführung, Betriebsgutachten) nachzuweisen.

**4.4.**

Der Zuwendungsempfänger hat einen Betriebsverbesserungsplan vorzulegen. Dieser muß enthalten

— Daten über den derzeitigen Zustand des Betriebes,

— eine Beschreibung der geplanten Investition,

— eine Darstellung der voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens (Einkommensverbesserung, Einkommensstabilisierung).

Dabei ist eine Beteiligung an einer Kooperation (Nr. 6.4.) einzubeziehen. *Im Falle einer Vollfusion bezieht sich der Betriebsverbesserungsplan auf die durch die Fusion entstandene/entstehende neue Wirtschaftseinheit.*

**4.5.**

Durch den Betriebsverbesserungsplan muß anhand einer Rentabilitätsberechnung nachgewiesen werden, daß die Investition vom Standpunkt der Situation des Betriebes und seiner Wirtschaft aus gerechtfertigt ist und seine Durchführung eine dauerhafte und wesentliche Verbesserung dieser Situation und insbesondere des Arbeitseinkommens je AK in dem Betrieb zur Folge hat.

Der Betriebsverbesserungsplan kann auch dann genehmigt werden, wenn dadurch nachgewiesen wird, daß die geplante Investition erforderlich ist, um die derzeitige Höhe des Arbeitseinkommens je AK in dem Betrieb aufrecht zu erhalten.

Der Kapitaldienst muß unter Berücksichtigung angemessener Lebenshaltungskosten tragbar sein.

**4.6.**

Die Summe der positiven Einkünfte des Zuwendungsempfängers und seines Ehegatten darf nachweislich zum Zeitpunkt der Antragstellung im Durchschnitt der letzten drei vorliegenden Steuerbescheide *100 000* DM je Jahr nicht überschritten haben.

Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann in begründeten Einzelfällen zulassen, daß zur Feststellung der Summe der positiven Einkünfte nur der letzte vorliegende Steuerbescheid herangezogen wird.

Das Arbeitseinkommen darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht über *42 270* DM je AK/Jahr (Referenzeinkommen) liegen; außerdem darf der Betriebsverbesserungsplan kein Arbeitseinkommen vorsehen, das nach Abschluß der Investition 120% des Referenzeinkommens überschreitet.

**4.7.**

Die Förderung erfolgt mit der Auflage, daß eine ordnungsgemäße betriebswirtschaftliche Buchführung für die Dauer von 10 Jahren, beginnend mit dem auf die Bewilligung folgenden Wirtschaftsjahr, eingeführt wird.

Für Gartenbau- und Sonderkulturbetriebe kann die Buchführungsauflage auch mit der steuerlichen Buchführung erfüllt werden. Diese Buchführung muß mindestens

— die Verbuchung der Einnahmen und Ausgaben aufgrund von Belegen und

— die Aufstellung einer Jahresbilanz mit dem Stand der Aktiva und Passiva des Betriebes

umfassen.

**4.8.**

Für Aussiedlungen gilt folgendes:

**4.8.1.**

Die Errichtung einer landwirtschaftlichen Hofstelle mit Wohnhaus (Aussiedlung) oder ohne Wohnhaus (Teilaussiedlung) an einem anderen Standort anstelle der bisherigen Hofstelle sowie die Ausgliederung eines Betriebszweiges aus dem weiterhin am bisherigen Standort bestehenden Unternehmen (Betriebszwei-

gaussiedlung) können nur dann gefördert werden, wenn daran ein erhebliches öffentliches Interesse besteht.

Bei der Aussiedlung muß die bisherige Hofstelle in vollem Umfang veräußert oder anderweitig verwertet werden. Bei Teilaussiedlungen darf eine über die eigene Versorgung hinausgehende Viehhaltung am bisherigen Standort nicht mehr betrieben werden.

**4.8.2.**

Ein erhebliches öffentliches Interesse liegt insbesondere vor, wenn

— die bisherige Hofstelle für gemeinnützige, öffentliche oder gemeinschaftliche Vorhaben (z. B. Kindergärten, Spielplätze, Straßenbau, Friedhofserweiterung, Gemeinschaftseinrichtungen) benötigt wird oder

— die Aussiedlung im Rahmen und zum Vorteil von Ordnungs- und Baumaßnahmen durchgeführt wird oder

— Erweiterungsbauten am bisherigen Standort wegen der dadurch entstehenden Immissionen nicht zugelassen werden.

**4.8.3.**

Bei allen Aussiedlungsarten ist der Erlös aus der Verwertung der bisherigen Hofstelle oder von ihren Teilen sowie bei anderweitiger Verwertung der gesamten Hofstelle ein Wert in Anlehnung an den Verkehrswert in die Finanzierung des Vorhabens einzubringen.

**4.8.4.**

Liegen die Voraussetzungen für eine Aussiedlung vor, so kann anstelle einer Aussiedlung der Erwerb eines bestehenden Betriebes oder auch einer Hofstelle gefördert werden.

## 5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

**5.1.**

Die Zuwendungen können in Form von

— Zinszuschüssen,

— öffentlichen Darlehen und

— Zuschüssen

gewährt werden.

**5.2.**

Die baren und unbaren Eigenleistungen müssen mindestens 10% des förderungsfähigen Investitionsvolumens betragen. Auf Eigenleistungen werden keine Zuwendungen gewährt.

**5.3.**

Für ein Kapitalmarktdarlehen von bis zu 143 000 DM je AK und 286 000 DM je Unternehmen kann dem Zuwendungsempfänger eine Zinsverbilligung gewährt werden. Kapitalmarktdarlehen unter 40 000 DM oder mit einer Laufzeit von weniger als vier Jahren werden nicht verbilligt. Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann in begründeten Einzelfällen auch Kapitalmarktdarlehen von 20 000 DM an verbilligen.

Die Zinsverbilligung kann bis zu 4% im nicht benachteiligten Gebiet oder bis zu 6% im benachteiligten Gebiet betragen.

Die Dauer der Zinsverbilligung beträgt bei Immobilien bis zu 20 Jahren und bei allen übrigen Investitionen bis zu zehn Jahren.

**5.4.**

Anstelle der Zinsverbilligung für ein Kapitalmarktdarlehen nach Nr. 5.3. kann landeseinheitlich ein Zuschuß gewährt werden.

Der Zuschuß beträgt

— für Immobilien bis zu 20%, in benachteiligten Gebieten bis zu 30%,

— für alle übrigen Investitionen bis zu 14%, in benachteiligten Gebieten bis zu 21% der förderungsfähigen Aufwendungen.

Bei der Ermittlung der förderungsfähigen Aufwendungen i.S. dieser Nr. werden die Eigenleistungen nach Nr. 5.2. sowie die öffentlichen Darlehen und Zuschüsse — mit Ausnahme des Zuschusses nach Teil D —, die nach diesen Grundsätzen gewährt werden, nicht berücksichtigt.

Die förderungsfähigen Aufwendungen dürfen bis zu 143 000 DM je AK und 286 000 DM je Betrieb betragen.

Zuschüsse unter 5 000 DM werden nicht gewährt.

**5.5.**

Junglandwirten kann neben der Zinsverbilligung nach Nr. 5.3. ein Zuschuß bis zu 5% des aufgenommenen zinsverbilligten Kapitalmarktdarlehens oder neben dem Zuschuß nach Nr. 5.4. ein Zuschuß von 5% der förderungsfähigen Aufwendungen i.S. von Nr. 5.4. gewährt werden, wenn sie

— zum Zeitpunkt der Antragstellung unter 40 Jahre alt sind und

— innerhalb von fünf Jahren vor Antragstellung erstmals hauptberuflich einen landwirtschaftlichen Betrieb übernommen haben und landwirtschaftlicher Unternehmer im Sinne des § 1 Abs. 3 und Abs. 3a des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte (GAL) geworden sind, und zwar als Alleinunternehmer oder Mitunternehmer nur mit ihrem Ehegatten oder einem bzw. mehreren anderen Junglandwirten (erste Niederlassung).

Die Förderung kann auch durch eine um jeweils einen Prozentpunkt höhere Zinsverbilligung anstelle des 5%-igen Zuschusses gemäß Satz 1 erfolgen.

**5.6.**

nicht besetzt

**5.7.**

nicht besetzt

**5.8.**

Für Gebäude und bauliche Anlagen gilt darüber hinaus folgendes:

**5.8.1.**

Für umfassende Neu-, Um- und Ausbauten eines landwirtschaftlichen Betriebes einschließlich seiner technischen Ausrüstung (Althofsanierung) und für die Betriebszweigaussiedlung können neben der Zinsverbilligung ein Darlehen aus öffentlichen Mitteln (öffentliche Darlehen) und ein Zuschuß gewährt werden.

**5.8.1.1.**

In Betrieben mit mehr als 50% genutztem Dauergrünland (Grünlandbetriebe) und in benachteiligten Gebieten in Betrieben, deren Futterbauanteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche mehr als 80% beträgt (Futterbaubetriebe), kann ein öffentliches Darlehen bis zu 120 000 DM gewährt werden. In allen übrigen Betrieben kann das öffentliche Darlehen bis zu 50 000 DM betragen.

**5.8.1.2.**

Betrifft die Baumaßnahme grünlandbezogene Tierhaltungszweige, kann außerdem ein Zuschuß bis zu 30 000 DM gewährt werden.

**5.8.2.**

Für Aussiedlungen kann das öffentliche Darlehen in Grünlandbetrieben und in benachteiligten Gebieten für Futterbaubetriebe höchstens 180 000 DM, für alle übrigen Betriebe höchstens 160 000 DM betragen.

Für Grünlandbetriebe und in benachteiligten Gebieten für Futterbaubetriebe kann ein Zuschuß bis zu 60 000 DM gewährt werden.

**5.8.3.**

Für Teilaussiedlungen kann das öffentliche Darlehen in Grünlandbetrieben und in benachteiligten Gebieten für Futterbaubetriebe höchstens 120 000 DM, für alle übrigen Betriebe höchstens 100 000 DM betragen. Für Grünlandbetriebe und in benachteiligten Gebieten für Futterbaubetriebe kann ein Zuschuß bis zu 42 000 DM gewährt werden.

**5.9.**

Die öffentlichen Darlehen sind mit 1% zu verzinsen und nach zwei tilgungsfreien Jahren mit 3,5% jährlich zuzüglich ersparter Zinsen zu tilgen.

**5.10.**

Zu den Kosten für die Erschließung (Wegebau, Abwasserbeseitigung, Eingrünung, Anschluß an die Energie- und Wasserversorgung sowie an das Fernsprechnetz) des Aussiedlungsgehöftes in allen Aussiedlungsarten kann ein Zuschuß bis zu 70 000 DM gewährt werden. Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen.

Dies gilt bis zu einer Zuschußhöhe von 35 000 DM auch für früher geförderte Aussiedlungen, bei denen aufgrund von Auflagen der öffentlichen Hand nachträgliche Erschließungsmaßnahmen notwendig sind; auf die Erstellung eines (neuen) Betriebsverbesserungsplanes und die Buchführungsauflage kann verzichtet werden.

**5.11.**

Die Betreuungsgebühren können für Verfahren gewährt werden, in denen öffentliche Darlehen eingesetzt werden können oder bei denen das bauliche Investitionsvolumen mehr als 200 000 DM beträgt.

Die Gebühren werden als Zuschuß gezahlt und berechnen sich nach den in § 8 Abs. 3 Satz 1 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung genannten Vomhundertsätzen mit einem Zuschlag

a) von 1,50% bis zu 350 000 DM einschließlich

b) von 1,25% bis zu 550 000 DM einschließlich

c) von 1,00% über 550 000 DM.

Statt des Höchstbetrages, der sich aus den nach Satz 1 maßgebenden Kosten und dem Vomhundertsatz der entsprechenden Kostenstufe ergibt, darf der Höchstbetrag der vorangehenden Kostenstufe gewählt werden. Berechnungsgrundlage ist das förderungsfähige bauliche Investitionsvolumen einschließlich technische Einrichtungen und Erschliessung, jedoch ohne Baunebenkosten.

**5.11.1.**

Durch die Gebühr sind die in § 8 Abs. 3 Satz 2 der II. Berechnungsverordnung genannten Zuschläge und die Betreuung beim Grundstückserwerb abgegolten.

**5.11.2.**

Wird die Förderung des Vorhabens nach Bewilligung der Mittel eingestellt, so können dem Betreuer bis zu 60% der Betreuungsgebühr belassen werden, wenn der Betreuer nachweist, daß die Einstellung des Vorhabens von ihm nicht zu vertreten ist.

**5.11.3.**

Gemäß § 8 Abs. 3 und 4 letzter Satz der II. Berechnungsverordnung darf neben dem Höchstbetrag die Umsatzsteuer angesetzt werden.

## 6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

**6.1.**

Für das förderungsfähige betriebliche Investitionsvolumen sind die Kosten ohne Mehrwertsteuer, für Investitionen im landwirtschaftlichen Wohnhaus die Kosten einschließlich Mehrwertsteuer maßgebend.

**6.2.**

Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß die geförderten

- Grundstücke, Bauten und bauliche Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung,
- Maschinen, technische Einrichtungen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet werden.

**6.3.**

Während eines Zeitraumes von sechs Jahren kann eine Förderung auf der Grundlage von höchstens zwei Betriebsverbesserungsplänen gewährt werden. Dabei dürfen die Höchstsätze nach Nr. 5. nicht überschritten werden.

Die Inanspruchnahme der Förderung nach dem EFP und nach dem AKP können nacheinander oder gleichzeitig erfolgen. Hierbei dürfen die im EFP festgelegten Höchstsätze nach Nr. 5. nicht überschritten werden; von der Anrechnung ausgenommen bleiben Förderungsbeträge des AKP, die ausschließlich für Investitionen im Wohnhausbereich bestimmt sind.

Wurde innerhalb der letzten sechs Jahre bereits eine Förderung nach dem EFP und/oder dem AKP gewährt, kann eine neuerliche Förderung nur gewährt werden, wenn dadurch die Höchstbeträge nach Nr. 5. nicht überschritten werden.

*Diese Regelung gilt auch, wenn die Förderung im Rahmen einer Kooperation wahrgenommen werden soll.*

**6.4.**

*Jeder Zuwendungsempfänger kann seine Förderung ganz oder teilweise im Rahmen einer Kooperation wahrnehmen. Unter einer Kooperation ist die vertraglich geregelte Zusammenarbeit mehrerer Landwirte in beliebiger Rechtsform zu verstehen, wenn jeder von ihnen einen selbständigen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftet oder im Falle der Vollfusion mindestens ein Jahr bewirtschaftet hat. Der Vertrag muß schriftlich geschlossen werden. Die Zusammenarbeit kann den gesamten Betrieb (Vollfusion), einen oder mehrere Betriebszweige (Teilfusion) oder Teilaufgaben umfassen. Erfolgt eine Kooperation in der Rechtsform einer juristischen Person, kann diese die ihren Mitgliedern zustehende Förderung mit deren Einverständnis zusammengefaßt beantragen.*

Die Kooperation muß für eine Dauer von mindestens sechs Jahren, vom Zeitpunkt der Bewilligung an, vereinbart sein. Die Mitglieder der Kooperation können ihren Anteil am Kapital der Kooperation durch Geld- oder Sacheinlagen oder durch persönliche Arbeitsleistung einbringen. Jedes Mitglied muß darüber hinaus *bei einer Vollfusion* durch persönliche Arbeitsleistung an der Bewirtschaftung der Kooperation mitwirken.

**6.4.1.**

*Bei Vorliegen einer Kooperation werden bei den nachstehend aufgeführten Nummern die Grenzwerte mit der Zahl der Mitgliedsbetriebe multipliziert, jedoch höchstens bis zu folgenden Obergrenzen im Falle von:*

*Nr. 2.2.1:*
*900 förderungsfähige Mastschweineplätze und nach Durchführung der Investition insgesamt 2 400 Mastschweineplätze;*

*Nr. 2.2.2:*
*120 Kühe;*

*Nr. 4.6 Abs. 1:*
*300 000 DM für die kooperierenden Zuwendungsempfänger nebst Ehegatten zusammen, jedoch je Zu-*

*wendungsempfänger nebst Ehegatten nicht mehr als 100 000 DM;*

*Nr. 5.3:*
*Kapitalmarktdarlehen bis zu 850 000 DM;*

*Nr. 5.4:*
*Förderungsfähige Aufwendungen bis zu 850 000 DM;*

*Nr. 5.8.1.1:*
*Öffentliches Darlehen bis zu 360 000 DM/150 000 DM;*

*Nr. 5.8.1.2:*
*Zuschuß bis zu 90 000 DM;*

*Nr. 5.8.2:*
- *Öffentliches Darlehen bis zu 540 000 DM/ 480 000 DM*
- *Zuschuß bis zu 180 000 DM;*

*Nr. 5.8.3:*
- *Öffentliches Darlehen bis zu 360 000 DM/ 300 000 DM*
- *Zuschuß bis zu 126 000 DM.*

*Bei den Nummern 2.2.1 und 2.2.2 ist eine Multiplikation nur zulässig, wenn es sich um eine Vollfusion handelt.*

**6.4.2.**

*Eine Multiplikation nach Nr. 6.4.1. ist nur zulässig, wenn die Kooperation Betriebe oder Betriebsteile betrifft, die vor der Antragstellung von dem jeweiligen Mitglied der Kooperation mindestens fünf Jahre als selbständiger Betrieb bewirtschaftet worden sind; für Junglandwirte i.S. der Nr. 5.5 gilt die Fünfjahresfrist nur im Falle einer Kooperation mit Verwandten oder Verschwägerten ersten Grades.*

**6.4.3.**

*Beantragt ein Mitglied einer Teilfusion sowohl in der Kooperation als auch in seinem Einzelbetrieb eine Förderung, so darf seine Gesamtförderung nicht höher sein als die für einen Einzelbetriebsinhaber zulässige. Das gleiche gilt, wenn die Zusammenarbeit auch eine Teilaufgabe betrifft.*

**6.5.**

Landwirte, die Prämien oder andere öffentliche Mittel für die Aufgabe der Milchanlieferung oder der Milchviehhaltung erhalten haben, können innerhalb von zehn Jahren nach der Genehmigung des entsprechenden Antrages keine Investitionshilfen für den Milchbereich erhalten.

## B. Agrarkreditprogramm (AKP)

### 7. Zuwendungszweck

**7.1.**

Zur Rationalisierung oder Arbeitserleichterung im landwirtschaftlichen Betrieb können Investitionen gefördert werden.

### 8. Gegenstand der Förderung

**8.1.**

Betriebliche Investitionen:

**8.1.1.**

**Förderungsfähig sind betriebliche Investitionen**

- zur qualitativen Verbesserung und Umstellung der Erzeugung nach Maßgabe der Marktbedürfnisse,
- zur Senkung der Produktionskosten und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen,
- zur Energieeinsparung,
- zur Direktvermarktung von selbsterzeugten land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen,
- im Bereich Freizeit und Erholung, soweit diese Investitionen infolge der Anpassung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe an die Marktentwicklung und zur Weiterführung des Betriebes erforderlich sind,

sowie Investitionen für Wohngebäude.

**8.1.2.**

Außerdem sind Investitionen förderungsfähig

- im Hinblick auf den Schutz und die Verbesserung der Umwelt und
- im Hinblick auf die Verbesserung des Tierschutzes,

sofern diese im Zusammenhang mit betrieblichen Investitionen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen erfolgen.

**8.1.3.**

Förderungsfähig sind auch die jeweils geltenden Gebühren für Architekten und Ingenieure.

**8.2. Eingeschränkte Förderung**

**8.2.1.**

Investitionen in den Bereichen der Rindermast und der Schweineproduktion können im Rahmen der jeweils geltenden Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates vom 12. März 1985 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur (ABl. Nr. L 93 vom 30.3.1985, S. 1) gefördert werden.

Investitionen im Bereich der Rindvieh- und Schweinehaltung dürfen nur gefördert werden, wenn nach Durchführung der Maßnahme für die im Betrieb anfallenden Exkremente eine Lagerkapazität von grundsätzlich sechs Monaten vorhanden ist.

**8.2.2.**

Investitionen im Bereich der Milchkuhhaltung können gefördert werden, wenn

— zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht mehr als 40 Kühe je AK und je Betrieb gehalten werden und diese Grenze durch die Investition nicht überschritten wird;

— der Betrieb zum Zeitpunkt der Antragstellung über mehr als 30% Dauergrünland oder mehr als 50% Hauptfutterfläche verfügt;

— die Investitionen im Rahmen der zum Zeitpunkt der Antragstellung jeweils vorhandenen Referenzmenge des Betriebes zum Zwecke der Rationalisierung und Kostensenkung erfolgt.

**8.2.3.**

nicht besetzt

**8.2.4.**

Investitionen im Bereich der Eier- und Geflügelerzeugung können nur gefördert werden, wenn und soweit sie aufgrund von Auflagen oder Verpflichtungen erforderlich sind, welche die öffentliche Hand zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt oder zur Verbesserung des Tierschutzes vorgesehen hat. Sie dürfen jedoch nicht zu einer Produktionssteigerung führen.

Bei Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes ist nur die Erweiterung der Gebäude zur Unterbringung der für die gleiche Zahl von Tieren notwendigen Batterien förderungsfähig, sofern sie im Zusammenhang mit *allgemeinen* betrieblichen Investitionen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen erfolgen.

**8.2.5.**

Die Förderung des Landankaufs kann von der nach Landesrecht zuständigen Behörde nur in begründeten Einzelfällen zugelassen werden.

**8.3.**

Von der Förderung sind ausgeschlossen:

**8.3.1.**

Investitionen in Wohngebäuden, soweit sie Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten bei Gebäuden und Anlagen, Schönheitsreparaturen, Ersatzbeschaffungen, Anschaffungen von Gegenständen, die nicht Gebäudebestandteil werden, aufwendiges Zubehör, Einbauschränke sowie Verbesserungen in gewerblich genutzten Räumen betreffen,

**8.3.2.**

Investitionen in Betriebszweigen, die im Sinne der Steuergesetze als gewerbliche Nebenbetriebe gelten; dies gilt auch für folgende nicht gewerbliche Nebenbetriebe: Substanzbetriebe, Sägewerke, Brennereien,

**8.3.3.**

Anpflanzungen von Apfel-, von Birn- und Pfirsichbäumen; ausgenommen bleiben Erneuerungspflanzungen von Apfel- und von Birnbäumen,

**8.3.4.**

Kauf von lebendem Inventar oder eine Aufstockung aus eigener Nachzucht.

**8.3.5.**

Maschineninvestitionen für die Außenwirtschaft.

## 9. Zuwendungsempfänger

**9.1.**

Selbstwirtschaftende Land- und Forstwirte im Sinne des § 1 Abs. 3 und Abs. 3a des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte (GAL);

die nach Landesrecht zuständige Behörde kann in begründeten Einzelfällen auch die Förderung von selbstwirtschaftenden Land- und Forstwirten zulassen, die nicht unter das GAL fallen.

Pächter, die überwiegend auf gepachteten Flächen wirtschaften, müssen Nutzungsverhältnisse von angemessener Dauer, in der Regel von zwölf Jahren,

durch Vorlage entsprechender Verträge oder auf andere Weise nachweisen.

**9.2.**

Juristische Personen, deren Betrieb ein Gewerbebetrieb kraft Rechtsform ist, wenn die Voraussetzungen nach 3.1. (Haupterwerb) gegeben sind und der Betrieb im übrigen die Merkmale eines landwirtschaftlichen Betriebes aufweist.

**9.3.**

Juristische Personen, die einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen.

**9.4.**

nicht besetzt

## 10. Zuwendungsvoraussetzungen

**10.1.**

Die Summe der positiven Einkünfte des Zuwendungsempfängers und seines Ehegatten darf nachweislich zum Zeitpunkt der Antragstellung im Durchschnitt der letzten drei vorliegenden Steuerbescheide *100 000* DM je Jahr, darunter aus nicht landwirtschaftlichen Einkunftsarten *50 000* DM, nicht überschritten haben.

Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann in begründeten Einzelfällen zulassen, daß

- der Betrag von *50 000* DM geringfügig überschritten wird,
- zur Feststellung der Summe der positiven Einkünfte nur der letzte vorliegende Steuerbescheid herangezogen wird.

## 11. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

**11.1.**

Die Zuwendung kann in Form eines Zinszuschusses gewährt werden.

**11.2.**

Die baren und unbaren Eigenleistungen müssen mindestens 10% des förderungsfähigen Investitionsvolumens betragen.

Auf Eigenleistungen werden keine Zuwendungen gewährt.

**11.3.**

Für ein Kapitalmarktdarlehen von bis zu 143 000 DM je AK und je Unternehmen, kann dem Zuwendungsempfänger eine Zinsverbilligung gewährt werden. Kapitalmarktdarlehen unter 10 000 DM oder mit einer Laufzeit von weniger als vier Jahren werden nicht verbilligt.

Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann bei Kleinkooperationen auch ein Kapitalmarktdarlehen ab 5 000 DM verbilligen.

Die Zinsverbilligung kann bis zu 3% im nicht benachteiligten Gebiet und bis zu 5% im benachteiligten Gebiet betragen.

**11.4.**

Bei Anwendung der sich aus Ziffern 11.3. und 11.6. ergebenden Zinsverbilligungssätze dürfen folgende abgezinsten Zinszuschüsse nicht überschritten werden:

a) Bei Darlehen für Gebäude und bauliche Anlagen
   3,0% Zinsverbilligung: 16,0% Zinszuschuß
   4,0% Zinsverbilligung: 21,0% Zinszuschuß
   5,0% Zinsverbilligung: 26,0% Zinszuschuß
   6,0% Zinsverbilligung: 31,0% Zinszuschuß

b) Bei Darlehen für andere Investitionen
   3,0% Zinsverbilligung: 8,0% Zinszuschuß
   4,0% Zinsverbilligung: 10,5% Zinszuschuß
   5,0% Zinsverbilligung: 13,0% Zinszuschuß
   6,0% Zinsverbilligung: 15,5% Zinszuschuß.

Bei Darlehenslaufzeiten von weniger als zwölf Jahren bei Gebäuden und baulichen Anlagen oder von weniger als fünf Jahren bei anderen Investitionen sind die abgezinsten Zinszuschüsse zeitanteilig zu kürzen.

**11.5.**

Die Zinsverbilligung wird abgezinst als einmaliger Zinszuschuß ausgezahlt, nachdem die Aufnahme des Darlehens und die Durchführung der Investitionen nachgewiesen sind.

Die Länder können zulassen, daß der abgezinste Zuschuß den Banken zur Verfügung gestellt und von diesen in Raten, mindestens einmal jährlich, an die Berechtigten ausgezahlt wird.

**11.6.**

Junglandwirten kann neben der Zinsverbilligung nach Nr. 11.3. eine um jeweils einen Prozentpunkt höhere Zinsverbilligung gewährt werden, wenn sie

- zum Zeitpunkt der Antragstellung unter 40 Jahre als sind,
- innerhalb von fünf Jahren vor Antragstellung erstmals einen landwirtschaftlichen Betrieb übernommen haben und landwirtschaftliche Unternehmer im Sinne des § 1 Abs. 3 und Abs. 3a des Gesetzes

über eine Altershilfe für Landwirte (GAL) geworden sind, und zwar als Alleinunternehmer oder Mitunternehmer nur mit ihrem Ehegatten oder einem bzw. mehreren anderen Junglandwirten und

— eine Berufsbildung nachweisen, die sie befähigt, einen landwirtschaftlichen Betrieb ordnungsgemäß zu bewirtschaften.

### 12. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

**12.1.**

Für das förderungsfähige betriebliche Investitionsvolumen sind die Kosten ohne Mehrwertsteuer, für Investitionen im landwirtschaftlichen Wohnhaus die Kosten einschließlich Mehrwertsteuer maßgebend.

**12.2.**

Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß die geförderten

— Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung,

— Maschinen, technische Einrichtungen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet werden.

**12.3.**

Die Förderung ist in mehreren Schritten möglich. Dabei dürfen die geltenden Höchstsätze nach Nr. 11.3. nicht überschritten werden.

**12.4.**

Die Inanspruchnahme der Förderung nach dem EFP und nach dem AKP können nacheinander oder gleichzeitig erfolgen. Hierbei dürfen die im EFP festgelegten Höchstsätze nicht überschritten werden; von der Anrechnung ausgenommen bleiben Förderungsbeträge des AKP, die ausschließlich für Investitionen im Wohnhausbereich bestimmt sind.

**12.5.**

*Für die Förderung von Kooperationen gilt Nr. 6.4. entsprechend, soweit das Agrarkreditprogramm eine Förderung zuläßt. An die Stelle der in Nr. 6.4.1. vorgesehenen Multiplikation tritt eine Addition.*

**12.6.**

Landwirte, die Prämien oder andere öffentliche Mittel für die Aufgabe der Milchanlieferung oder der Milchviehhaltung erhalten haben, können innerhalb von zehn Jahren nach der Genehmigung des entsprechenden Antrages keine Investitionshilfen für den Milchbereich erhalten.

## C. Investitionshilfen zur Energieeinsparung

### 13. Zuwendungszweck

**13.1.**

Die zunehmende Notwendigkeit zur Einsparung von bisher überwiegend verwendeten fossilen Energiearten und die dringend erforderliche Überleitung auf die Verwendung möglichst kostengünstiger und umweltfreundlicher Energiearten erfordert Maßnahmen zur Energieeinsparung.

### 14. Gegenstand der Förderung

**14.1.**

Förderungsfähig sind

**14.1.1.**

Betriebliche Investitionen für bauliche und technische Wärmedämmungsmaßnahmen und Regeltechnik in

— beheizten Ställen, Bruträumen und Fischzuchtanlagen,

— beheizten Trocknungsanlagen für pflanzliche Erzeugnisse der Landwirtschaft,

— beheizten Gewächshäusern und sonstigen beheizten gartenbaulichen Kulturräumen.

**14.1.2.**

Wärmerückgewinnungsanlagen, Wärmepumpen, Solaranlagen, Biomasseanlagen (einschließlich Biomasseverfeuerung), Windkraft-, Wasserkraftanlagen und die Umstellung der Heizanlagen von Heizöl auf

— Fernwärme einschließlich des Anschlusses an das Fernwärmenetz,

— Biomasseverfeuerung,

— bei Unterglasgartenbaubetrieben auch auf Gas einschließlich des Anschlusses an das Gasnetz, soweit dadurch eine nachhaltige Energieeinsparung zu erreichen ist, sowie auf Kohle.

Eine nachhaltige Energieeinsparung bei der Umstellung von Heizöl auf Gas in Unterglasgartenbaubetrieben liegt nur dann vor, wenn nachweisbar eine entsprechende Senkung des Energieverbrauchs erzielt wird.

**14.2.**

Von der Förderung sind ausgeschlossen:

**14.2.1.**

Investitionen nach Nr. 14.1.1. in Gebäuden, die nach dem 31. Dezember 1977, und in Gewächshäusern, die nach dem 31. Dezember 1978 erstellt worden sind.

**14.2.2.**

Investitionen zur Energieeinsparung, die dem Bereich der Eier- und Geflügelerzeugung oder nur dem landwirtschaftlichen Wohnhaus dienen.

## 15. Zuwendungsempfänger

**15.1.**

Haupterwerbslandwirte nach Nr. 3.1.

Pächter, die überwiegend auf gepachteten Flächen wirtschaften, müssen Nutzungsverhältnisse von angemessener Dauer, in der Regel von zwölf Jahren, durch Vorlage entsprechender Verträge oder auf andere Weise nachweisen.

**15.2.**

Juristische Personen, deren Betrieb ein Gewerbebetrieb kraft Rechtsform ist, wenn die Voraussetzungen nach Nr. 3.1. (Haupterwerb) gegeben sind und der Betrieb im übrigen die Merkmale eines landwirtschaftlichen Betriebes aufweist.

**15.3.**

Juristische Personen, die einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen.

**15.4.**

Nebenerwerbslandwirte im Sinne des § 1 Abs. 3 und Abs. 3a des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte, deren landwirtschaftlicher Anteil am Gesamteinkommen weniger als 50% beträgt oder deren für Tätigkeiten außerhalb des Betriebes aufgewendete Arbeitszeit mehr als die Hälfte ihrer Gesamtarbeitszeit ausmacht, soweit es sich um Investitionen für Wärmerückgewinnungs-, Windkraft-, Wasserkraftanlagen, Wärmepumpen und Biomasseanlagen handelt.

**15.5.**

Träger von Heißlufttrocknungsanlagen für Kartoffeln und Futterpflanzen, die als eingetragene Genossenschaften oder rechtsfähige Gemeinschaften überwiegend aus Landwirten bestehen und auf der Grundlage vertraglicher Verpflichtungen über Anlieferung der Rohware und Rücknahme des Trockenguts arbeiten.

## 16. Zuwendungsvoraussetzungen

**16.1.**

Der Zuwendungsempfänger muß einen Nachweis über die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der durchzuführenden Maßnahmen erbringen.

**16.2.**

Bei Investitionen von mehr als 20 000 DM müssen Träger von Heißlufttrocknungsanlagen einen Nachweis über eine längerfristig hohe Auslastung ihrer Betriebsanlagen vorlegen.

## 17. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

**17.1.**

Die Zuwendung kann in Form eines einmaligen Zuschusses gewährt werden.

**17.2.**

Das förderungsfähige Investitionsvolumen, bis zu dessen Höchstgrenze der Zuwendungsempfänger innerhalb einer Frist von sechs Jahren gefördert werden kann, beträgt 143 000 DM je AK und 250 000 DM je Unternehmen.

Investitionen unter 5 000 DM werden nicht gefördert.

**17.3.**

Die Höhe des Zuschusses beträgt bis zu 20% des förderungsfähigen Investitionsvolumens.

Auf Eigenleistungen werden keine Zuwendungen gewährt.

### 18. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

**18.1.**

Für das förderungsfähige Investitionsvolumen sind die Kosten ohne Mehrwertsteuer maßgebend.

**18.2.**

Eine Förderung durch Investitionshilfen zur Energieeinsparung kann nicht gleichzeitig und nicht zusätzlich zu den übrigen Investitionshilfen nach diesen Grundsätzen, dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) gewährt werden.

**18.3.**

Auch die Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen in Form von erhöhten Absetzungen nach § 51 Abs. 1 Nr. 2, Buchstabe q des Einkommenssteuergesetzes oder eine Förderung nach § 4a Investitionszulagengesetz schließt die Gewährung von Investitionshilfen auf Energieeinsparung aus.

**18.4.**

Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß die geförderten

- Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung,
- Maschinen, technische Einrichtungen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet werden.

## D. Prämien für die erstmalige Niederlassung von Junglandwirten

1. **Zuwendungszweck**

   Zur Erleichterung der erstmaligen Niederlassung können Junglandwirten Zuwendungen (Prämien) gewährt werden.

2. **Zuwendungsempfänger**

   Junglandwirte (Haupterwerbslandwirte), die

   - zum Zeitpunkt der Antragstellung unter 40 Jahre alt sind,
   - sich erstmals hauptberuflich in einem landwirtschaftlichen Betrieb niedergelassen haben,
   - landwirtschaftliche Unternehmer im Sinne des § 1 Abs. 3 und Abs. 3a des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte (GAL) geworden sind, und zwar als Alleinunternehmer oder Mitunternehmer nur mit ihrem Ehegatten oder einem bzw. mehreren anderen Junglandwirten.

3. **Zuwendungsvoraussetzungen**

   Zuwendungen können gewährt werden, wenn

   - der Betrieb einen Arbeitsumfang erfordert, der mindestens einer Arbeitskraft entspricht,
   - der Junglandwirt die Abschlußprüfung in einem Agrarberuf bestanden und eine landwirtschaftliche Fachschule besucht und mit Erfolg abgeschlossen hat oder eine gleichwertige Berufsbildung nachweist, die ihn befähigt, einen landwirtschaftlichen Betrieb ordnungsgemäß zu bewirtschaften,
   - Investitionen von mindestens 35 000 DM im landwirtschaftlichen Betrieb und/oder im Wohnhaus durchgeführt werden,
   - die Förderung innerhalb von 5 Jahren nach der erstmaligen Niederlassung beantragt wird.

4. **Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen**

   Die Zuwendung wird in Form eines einmaligen Zuschusses gewährt.

   Die Zuwendung beträgt bis zu *15 000* DM.

   Die Zuwendung kann auch als Eigenleistung eingesetzt werden.

## E. Ländliche Siedlung

### 50. Ländliche Siedlung

Die nachfolgenden Grundsätze gelten nur für die Abwicklung von Vorhaben im Bereich des Bodenzwischenerwerbs, der Anliegersiedlung sowie der Entwicklung bestehender Betriebe zu Auffangbetrieben in bestimmten benachteiligten Gebieten. Für neue Vorhaben gelten die Nrn. 68. und 69.

### 51. Verwendungszweck

**51.1.**

Die Maßnahmen der ländlichen Siedlung werden durch das öffentliche Interesse bestimmt, mit der Verbesserung der Agrarstruktur zur Erhaltung und Entwicklung der Funktionsfähigkeit ländlicher Gebiete beizutragen.

### 52. Die Mittel sind zu verwenden

**52.1.**

zum Zwecke des Landauffangs für die Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe zu Auffangbetrieben als umfassende Maßnahme.

52.2.

für die flächenmäßige Vergrößerung landwirtschaftlicher Betriebe als Einzelmaßnahme (Anliegersiedlung),

52.3.

für den vorsorglichen Ankauf von Grundstücken für die in Nr. 56. genannten Zwecke (Bodenzwischenerwerb).

52.4.

Es können gefördert werden:

52.4.1.

Bei Auffangbetrieben

52.4.1.1.

der Ankauf von Grundstücken,

52.4.1.2.

die Besiedlung einschließlich notwendiger Bodenverbesserungsarbeiten,

52.4.1.3.

die Einrichtung der Betriebe,

52.4.1.4.

das Aufstellen des Betriebsverbesserungsplanes,

52.4.1.5.

die Zahlung der Besiedlungsgebühr.

52.5.1.

Bei der Anliegersiedlung

52.5.1.1.

der Ankauf von Grundstücken,

52.5.1.2.

notwendige Bodenverbesserungsarbeiten auf diesen Grundstücken, ausgenommen die Entwässerung und der Tiefumbruch von Grünland, die Umwandlung von Grünland in Acker und gegebenenfalls dessen anschließende Entwässerung, die Umwandlung von Ödland in landwirtschaftliche Nutzfläche und gegebenenfalls deren anschließende Entwässerung sowie die Entwässerung von Acker,

52.5.1.3.

das Aufstellen des Betriebsverbesserungsplanes,

52.5.1.4.

die Zahlung der Besiedlungsgebühr.

52.6.

Für den Ankauf von Grundstücken für Auffangbetriebe und für die Anliegersiedlung dürfen die Mittel nur und insoweit gewährt werden, als die Nutzung geeigneter Flächen auf Grund eines Pacht- oder ähnlichen Nutzungsverhältnisses nicht möglich oder nicht sinnvoll ist.

52.7.

Für Bodenverbesserungsarbeiten dürfen Mittel nur gewährt werden, wenn eine im öffentlichen Interesse erforderliche landwirtschaftliche Nutzung von Brachflächen ohne die Bodenverbesserung nicht möglich ist und die Kosten der Bodenverbesserung 1 000 DM je Hektar der zu verbessernden Fläche nicht überschreiten.

52.9.

Die Entwicklung bestehender Betriebe zu Landauffangbetrieben kann in bestimmten benachteiligten Gebieten gefördert werden. Die Neuerrichtung von Landauffangbetrieben wird nicht gefördert.

**53. Förderungsvoraussetzungen**

**54.**

Förderungsvoraussetzungen bei Auffangbetrieben und bei der Anliegersiedlung.

54.1.

Die Förderung von Auffangbetrieben und der Anliegersiedlung setzt ein erhebliches öffentliches Interesse voraus. Dieses ist — abgesehen vom Fall Nr. 54.3. — nur gegeben, wenn

**54.1.1.**

die Vorhaben dem Auffang und der landwirtschaftlichen Nutzung von Flächen dienen, die brachgefallen sind oder bei denen aus begründetem Anlaß damit zu rechnen ist, daß sie brachfallen,

**54.1.2.**

die Brache aus agrarstrukturellen Gründen verhindert werden soll und

**54.1.3.**

eine bessere Verwendung der Flächen nicht möglich ist.

**54.2.**

Auffangbetriebe sind nach den Förderungskonditionen dieses Teils der Grundsätze nur zu fördern, wenn auf Grund ihrer ungünstigen Ausgangssituation eine Förderung nach dem Teil A, B oder C dieser Grundsätze nicht zu wirtschaftlich tragbaren Belastungen führen würde.

**54.3.**

Bei der Anliegersiedlung liegt das erhebliche öffentliche Interesse ferner dann vor, wenn die Landzulage erforderlich ist, um örtlich eine sinnvolle Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben zu erhalten.

**54.4.**

Bei der Anliegersiedlung muß die Gesamtfläche, deren Zulage (Kauf oder mindestens 12jährige Pacht oder ähnliche vertraglich gesicherte Nutzung) gefördert werden kann, je Vorhaben mindestens 4 ha betragen, im Einzelfall sind Ausnahmen hiervon zulässig.

**54.5.**

Hinsichtlich des zu erzielenden Betriebsergebnisses, der beruflichen Befähigung des zu fördernden Landwirts, der Buchführung, des Betriebsverbesserungsplanes sowie der Voraussetzung der Förderung von Wohnhäusern bei Auffangbetrieben gelten die Bestimmungen der Nrn. 4.1. bis 4.8.2. dieser Grundsätze.

**54.5.1.**

Die Betriebsgröße sollte möglichst auf die Beschäftigung von zwei Arbeitskräften (AK) angelegt und besonders auf die bisherigen wirtschaftlichen Leistungen des zu fördernden Landwirts geachtet werden. Die Organisation eines Auffangbetriebes ist so zu planen, daß unter den gegebenen Standortverhältnissen eine möglichst große Betriebsfläche je Arbeitskraft bewirtschaftet werden kann.

**54.6.**

Auffangbetriebe und im Wege der Anliegersiedlung vergrößerte Betriebe müssen außerdem ihrem betriebswirtschaftlichen Zuschnitt und ihrer örtlichen Lage nach erwarten lassen, daß sie sich auch fernerhin im Sinne des Förderungszwecks entwickeln.

**55.**

Bei der Förderung von Auffangbetrieben und der Anliegersiedlung sind das erhebliche öffentliche Interesse im Sinne von Nrn. 54.1. und 54.3. und die in Nr. 54.6. geforderte Erwartung besonders zu begründen.

**56.**

Der vorsorgliche Ankauf von Grundstücken durch Siedlungsunternehmen (Bodenzwischenerwerb) kann nur gefördert werden, wenn er der Entwicklung oder Errichtung von Auffangbetrieben oder der Anliegersiedlung oder der Durchführung von sonstigen öffentlich geförderten Vorhaben der ländlichen Siedlung nach Maßgabe des SFG und RSG und der Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen nach Maßgabe des Titels „Landwirtschaft" des BVFG oder anderen Strukturmaßnahmen dient.

### 57. Art und Höhe der Förderung

**58.**

Der zu fördernde Landwirt (Begünstigter) hat Eigenleistungen in zumutbarem Umfange in das Verfahren einzubringen.

**58.1.**

Für die in Nr. 52. genannten Verwendungszwecke — außer der Besiedlungsgebühr — sind in erster Linie Darlehen zu gewähren.

**58.2.**

Die Darlehen werden entweder einem zugelassenen gemeinnützigen Siedlungsunternehmen (Zwischenkredit) oder dem zu fördernden Landwirt unmittelbar (Direktkredit) gewährt.

58.3.

Die als Zwischenkredit gewährten Darlehen sind im Siedlungsverfahren auf die einzelnen Betriebe unterzuverteilen (unterverteilter Zwischenkredit). Mit Beginn des Kalenderhalbjahres, das auf die Genehmigung der Unterverteilung des Kredits durch die Siedlungsbehörde und die persönliche Schuldübernahme durch den zu fördernden Landwirt folgt, ist das Siedlungsunternehmen aus der persönlichen Haftung für den Zwischenkredit zu entlassen.

59.

Der dem Siedlungsunternehmen gewährte Zwischenkredit darf für den Erwerb von Grundstücken bis zu 90% des von der zuständigen Siedlungsbehörde als angemessen anerkannten Kaufpreises sowie für die Besiedlung bis zu 100% der von der Siedlungsbehörde als notwendig anerkannten Aufwendungen betragen.

60.

Die Bedingungen für den Zwischenkredit sind folgende:

60.1.

Wird ein mit dem Zwischenkredit erworbenes Grundstück für einen Auffangbetrieb oder die Anliegersiedlung oder ein Verfahren nach dem Bundesvertriebenengesetz verwendet, so ist er für das Siedlungsunternehmen bis zur Unterverteilung auf die Siedlerstellen, längstens jedoch für die Dauer von fünf Jahren, gerechnet von dem auf die erste Auszahlung folgenden Halbjahresersten an, zinslos. Nach Ablauf der fünf Jahre ist der Zwischenkredit mit jährlich 4% zu verzinsen.

60.2.

Der dem Siedlungsunternehmen für die Besiedlung gewährte Zwischenkredit ist bis zur Unterverteilung auf die Siedlerstellen, längstens jedoch für die Dauer von drei Jahren, gerechnet von dem auf die erste Auszahlung folgenden Halbjahresersten an, zinslos. Nach Ablauf der drei Jahre ist der Zwischenkredit mit jährlich 4% zu verzinsen.

60.3.

Wird ein mit dem Zwischenkredit erworbenes Grundstück für ein in Nr. 56. genanntes Vorhaben verwendet, das nicht schon zu den in Nr. 60.1. genannten Verfahren zählt, so ist der Zwischenkredit bis zu dieser Verwendung, längstens jedoch für die Dauer von fünf Jahren, gerechnet von dem auf die erste Auszahlung folgenden Halbjahresersten an, mit jährlich 3% zu verzinsen. Der Zwischenkredit ist am Letzten des Monats zurückzuzahlen, der dem Monat folgt, in dem diese Verwendung geschieht, spätestens jedoch nach Ablauf von fünf Jahren.

60.4.

Kann ein mit dem Zwischenkredit erworbenes Grundstück nicht für ein Verfahren oder Vorhaben nach Nr. 60.1. und Nr. 60.3. verwendet werden, so ist der Zwischenkredit unbeschadet der Rückzahlungspflicht von dem auf die erste Auszahlung folgenden Halbjahresersten an für die Dauer von fünf Jahren mit jährlich 3%, danach mit jährlich 4% zu verzinsen.

60.5.

Siedlungsverfahren oder sonstige Vorhaben im Sinne von Nr. 56., für die Zwischenkredite gewährt werden, sind in der von der zuständigen Siedlungsbehörde festgesetzten Frist durchzuführen, soweit die Siedlungsbehörde für begründete Einzelfälle keine Ausnahme zugelassen hat.

60.6.

Ergeben sich bei der Verwertung von mit Zwischenkrediten erworbenen Grundstücken Überschüsse, stellen die Länder sicher, daß diese Überschüsse in angemessenem Umfang für Maßnahmen der ländlichen Siedlung, die nach diesen Grundsätzen gefördert werden, verwendet werden.

61.

Die Höhe des unterverteilten Zwischenkredits und des Direktkredits bei Auffangbetrieben und bei der Anliegersiedlung wird wie folgt geregelt:

61.1.

Der dem Begünstigten bei Auffangbetrieben und bei der Anliegersiedlung gewährte unterverteilte Zwischenkredit und der Direktkredit dürfen nur so hoch sein, daß die jährliche Zins- und Tilgungsleistung innerhalb der nachhaltigen Kapitaldienstgrenze abzüglich des Kapitaldienstes für bereits bestehende Belastungen des Betriebes liegt; dabei darf beim Ankauf von Grundstücken der Förderung nur der von der zuständigen Siedlungsbehörde unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ertragsfähigkeit als angemessen anerkannte Kaufpreis zugrunde gelegt werden.

61.2.

Die nachhaltige Kapitaldienstgrenze wird unter Berücksichtigung des Betriebsverbesserungsplanes festgestellt; dabei ist besonders auf eine ausreichende Eigenkapitalbildung zu achten.

**62.**

Die Bedingungen des unterverteilten Zwischenkredites und des Direktkredites bei Auffangbetrieben sind folgende:

**62.1.**

Der bei Auffangbetrieben gewährte unterverteilte Zwischenkredit und der Direktkredit sind mit jährlich 1% zu verzinsen und mit 3,5% des ursprünglichen Darlehensnennbetrages unter Zuwachs der ersparten Zinsen jährlich zu tilgen.

Dabei darf der Teil des Darlehens, der für die Förderung des Ankaufs von Grundstücken und der Einrichtung des Betriebes gewährt wird, nicht mehr als 49% der entsprechenden Gestehungskosten bis zu einem Darlehenshöchstbetrag von 71 700 DM/AK betragen.

Würde die Kapitaldienstgrenze bei einer Förderung zu diesen Bedingungen überschritten, so kann in besonderen Fällen mit Zustimmung der zuständigen obersten Landesbehörde der Zinssatz bis auf 0,5% und der Tilgungssatz bis auf 2% herabgesetzt werden. Hierbei darf der Teil des Darlehens, der auf die Förderung des Ankaufs von Grundstücken und die Einrichtung des Betriebes gewährt wird, nicht mehr als 44% der entsprechenden Gestehungskosten bis zu einem Darlehenshöchstbetrag von 63 500 DM/AK betragen.

**62.2.**

Zinsen und Tilgung des unterverteilten Zwischenkredites sind vom Beginn des Kalenderjahres an, das auf die von der Siedlungsbehörde genehmigte Unterverteilung folgt, zu entrichten. Die Unterverteilung ist auf den Stichtag der wirtschaftlichen Übernahme des geförderten Vorhabens abzustellen. Zinsen und Tilgung des Direktkredites sind vom Beginn des Kalenderhalbjahres an zu entrichten, das auf die von der Siedlungsbehörde festgestellte wirtschaftliche Übernahme des geförderten Vorhabens folgt.

Es können bis zu drei — bei besonderen Anlaufschwierigkeiten mit Genehmigung der zuständigen obersten Landesbehörde bis zu fünf — Freijahre gewährt werden.

**62.3.**

Die jährliche Tilgung ist von der zuständigen obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle nach Ablauf des neunten Jahres nach Beginn der Förderung auf bis zu 5% des ursprünglichen Darlehensbetrages zu erhöhen, wenn dies nach Prüfung der wirtschaftlichen Entwicklung des Betriebes gerechtfertigt ist.

**63.**

Die Bedingungen des unterverteilten Zwischenkredites und des Direktkredites bei der Anliegersiedlung sind folgende:

**63.1.**

Der bei der Anliegersiedlung gewährte Kredit ist mit 3% jährlich zu verzinsen und mit 2,75% des ursprünglichen Darlehensbetrages unter Zuwachs der ersparten Zinsen jährlich zu tilgen und darf nicht mehr als 86% der Gestehungskosten bis zu einem Darlehenshöchstbetrag von 124 700 DM/AK betragen.

**63.2.**

Zinsen und Tilgung des unterverteilten Zwischenkredites sind vom Beginn des Kalenderjahres an, das auf die von der Siedlungsbehörde genehmigte Unterverteilung folgt, zu entrichten. Die Unterverteilung ist auf den Stichtag der wirtschaftlichen Übernahme des geförderten Vorhabens abzustellen. Die Verzinsung und Tilgung des Direktkredites beginnt mit dem auf die erste Auszahlung folgenden Halbjahresersten.

In Ausnahmefällen kann ein Freijahr gewährt werden.

**63.3.**

Die jährliche Tilgung ist von der zuständigen obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle nach Ablauf des neunten Jahres nach Beginn der Förderung auf bis zu 5% des ursprünglichen Darlehensbetrages zu erhöhen, wenn dies nach Prüfung der wirtschaftlichen Entwicklung des Betriebes gerechtfertigt ist.

**64.**

Die Zins- und Tilgungsbeträge sind halbjährlich zum 1. April j.J. für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni und zum 1. Oktober j.J. für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember fällig. Bleibt der Zahlungsverpflichtete mit der Zahlung länger als zehn Tage in Verzug, so können Verzugszinsen in Höhe von 0,5% je Monat, und zwar für jeden angefangenen Monat voll, erhoben werden.

**65.**

Für die Finanzierung von Auffangbetrieben können in Ergänzung eines Darlehens auch Zuschüsse gewährt werden, wenn mit der Gewährung von Darlehen allein der Förderungszweck nicht erreicht werden kann. Die Zuschüsse dürfen im Einzelfall ein Drittel der für die Maßnahmen gewährten Darlehen nicht überschreiten; die zuständige oberste Landesbehörde kann diesen Anteil bis auf die Hälfte erhöhen, wenn anderenfalls die Kapitaldienstgrenze überschritten

werden würde. Soweit im Rahmen dieser Regelung für die Förderung des Ankaufs von Grundstücken und der Einrichtung des Betriebes anstelle von Darlehen Zuschüsse gewährt werden, dürfen sie nicht mehr als 31% der entsprechenden Gestehungskosten bis zu einem Zuschußhöchstbetrag von 44 300 DM/AK betragen.

**66. Besiedlungsgebühr**

**66.1.**

Die Besiedlungsgebühr (nach Nr. 52.4.1.5. und Nr. 52.5.1.4.) wird den mitwirkenden Siedlungsunternehmen als Zuschuß gezahlt.

**66.2.**

Als Besiedlungsgebühr werden gewährt

**66.2.1.**

bei Auffangbetrieben

- die jeweils geltenden Gebühren für Architekten und Ingenieure,
- eine Betreuungsgebühr in entsprechender Anwendung von Nrn. 5.11. bis 5.11.2.,
- eine Gebühr nach Nr. 66.2.2. für die Zulage landwirtschaftlicher Nutzflächen.

**66.2.2.**

Die Gebühr für die Zulage landwirtschaftlicher Nutzflächen bei Auffangbetrieben und bei der Anliegersiedlung beträgt

- 600 DM je Hektar, jedoch nicht mehr als 8 000 DM je Verfahren in Kauffällen,
- 300 DM je Hektar für die Nutzung auf Grund eines Pacht- oder ähnlichen vertraglichen Nutzungsverhältnisses mit mindestens 12jähriger Dauer im Siedlungsverfahren vermittelten Landes.

**67.**

Bei den nach diesen Grundsätzen zu fördernden Vorhaben muß ein gemeinnütziges Siedlungsunternehmen im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes mitwirken.

**68.**

Die Entwicklung bestehender Betriebe zu Auffangbetrieben ist in bestimmten benachteiligten Gebieten nach den Nrn. 54 ff. förderungsfähig. Dabei sind Investitionen in den Bereichen Milchvieh- und Schweinehaltung mit Ausnahme des Gebietes des Schwarzwaldprogramms von der Förderung ausgeschlossen.

**69.**

Bei der Förderung neuer Vorhaben des Bodenzwischenerwerbs treten an die Stelle der öffentlichen Darlehen zinsverbilligte Kapitalmarktdarlehen. Die Zinsverbilligung beträgt bis zu 4%.

## Grundsätze für die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe in benachteiligten Gebieten

### 1. Zuwendungszweck

**1.1.**

Ziel der Förderung ist es, in benachteiligten Gebieten[1]) (Berggebiete, Benachteiligte Agrarzonen, Kleine Gebiete) eine standortgerechte Agrarstruktur zu schaffen und zu sichern, um über die Fortführung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit einen erforderlichen Beitrag zur Erhaltung eines Minimums an Bevölkerungsdichte oder zur Erhaltung der Landschaft und ihrer touristischen Bestimmung oder aus Gründen des Küstenschutzes zu leisten.

### 2. Gegenstand der Förderung

**2.1.**

Vorarbeiten (Zweckforschungen, Untersuchungen und Erhebungen), wenn sie der in Nr. 1.1. genannten Zielsetzung dienen; es darf sich dabei jedoch nicht um Daueraufgaben handeln.

**2.2.**

Einzelbetriebliche Investitionen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nach den Grundsätzen für die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in der Landwirtschaft.

**2.3.**

Investitionen in Kooperationen.

**2.3.1.**

Im Bereich der gemeinschaftlichen Futtermittelproduktion können Anlagen zur Produktion, Gewinnung und Verarbeitung von wirtschaftseigenem Futter ge-

[1]) Gem. Richtlinie 86/465/EWG des Rates betr. das Gemeinschaftsverzeichnis der benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete im Sinne der Richtlinie 75/268/EWG (Deutschland), zuletzt geändert durch Richtlinie 89/586/EWG des Rates vom 23.10.1989 (ABL. Nr. L 330 vom 15.11.89, Seite 1).

fördert werden, wenn keine Alternativen vorhanden sind und ein nachhaltiger Erfolg der Rentabilität gesichert erscheint.

**2.3.2.**

Zur Verbesserung und Ausrüstung gemeinsam genutzter Weiden und Almen können gefördert werden:

**2.3.2.1.**

die Einrichtungen von Weidezäunen, Viehtränken und Viehhütten,

**2.3.2.2.**

die Einrichtung von Almgebäuden,

**2.3.2.3.**

Anschlußwege bis zu einer Länge von 500 m.

**2.4.**

Gewährung einer Ausgleichszulage zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und zum Ausgleich ständiger natürlicher und wirtschaftlicher Nachteile.

## 3. Zuwendungsempfänger

**3.1.**

Bei der Förderung einzelbetrieblicher Investitionen: Land- und forstwirtschaftliche *Unternehmer.*

**3.2**

Bei der Förderung von Investitionen in Kooperationen: Landwirtschaftliche Unternehmer, wenn sie an Kooperationen im Sinne von Nr. 6.4. der Grundsätze für die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in der Landwirtschaft beteiligt sind. Eine Kooperation als solche kann nur bei Maßnahmen im Bereich der gemeinschaftlichen Futtermittelproduktion gefördert werden, wenn die Einzelförderung ihrer Mitglieder einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand erfordern würde, an der Kooperation ausschließlich landwirtschaftliche Unternehmer beteiligt sind und die Flächen der Mitglieder überwiegend innerhalb der benachteiligten Gebiete liegen.

**3.3.**

Bei der Gewährung der Ausgleichszulage: Landwirtschaftliche Unternehmer als Einzelunternehmer oder als Mitglieder von Kooperationen sowie Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen, die land- und forstwirtschaftliche Betriebe bewirtschaften und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke im Sinne des Steuerrechts (§ 51 ff. Abgabenordnung — AO 1977) verfolgen.

## 4. Förderungsvoraussetzungen

**4.1.**

Von den Flächen der Zuwendungsempfänger müssen

- im Falle der Förderung von Investitionen der überwiegende Teil,
- bei der Gewährung der Ausgleichszulage mindestens 3 ha LF *einschließlich mit Ausgleichszulage geförderter Forstflächen*

in den benachteiligten Gebieten liegen.

**4.2.**

Bei der Förderung einzelbetrieblicher Investitionen gelten die jeweiligen Grundsätze für die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in der Landwirtschaft soweit sich aus den nachstehenden Bestimmungen nichts anderes ergibt.

**4.3.**

Bei der Förderung von Investitionen in Kooperationen muß das förderungsfähige Investitionsvolumen je Vorhaben mindestens bzw. darf es höchstens betragen:

**4.3.1.**

für Maßnahmen im Bereich der gemeinschaftlichen Futtermittelproduktion insgesamt 10 000 DM bzw. 1 000 000 DM;

**4.3.2.**

für die Einrichtung von Almgebäuden insgesamt 10 000 DM bzw. 150 000 DM, je Mitglied mindestens 3 000 DM;

**4.3.3.**

für Einrichtungen von Weidezäunen, Viehtränken und Viehhütten sowie von Anschlußwegen insgesamt 4 000 DM bzw. 50 000 DM, je Mitglied mindestens 1 000 DM.

**4.3.4.**

Eine Förderung nach Nrn. 4.3.2. und 4.3.3. erfolgt nur, wenn die gemeinsam genutzten Weiden und Almen mindestens 10 ha umfassen.

**4.3.5.**

Die Förderung von Investitionen erfolgt ferner unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß die geförderten

— Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraums von zwölf Jahren ab Fertigstellung,

— technischen Einrichtungen, Maschinen und Geräten innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Verwendungszweck entsprechend verwendet werden.

**4.4.**

Die Ausgleichszulage erhalten landwirtschaftliche Unternehmer, wenn sie sich verpflichten, die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen von Artikel 1 der Richtlinie 75/268/ EWG ab der ersten Zahlung der Ausgleichszulage noch mindestens fünf Jahre auszuüben.

Sie werden von dieser Verpflichtung befreit

— sobald sie ein Altersgeld nach den Vorschriften des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte, eine Beihilfe zur Stillegung ganzer Betriebe im Rahmen der Flächenstillegung oder eine Produktionsaufgaberente nach dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit beziehen,

— bei Abgabe der Flächen, wenn der Übernehmer in die in Absatz 1 genannte Verpflichtung eintritt,

— im Falle genehmigter Aufforstungen oder

— bei höherer Gewalt oder bei Enteignung oder bei Ankauf im öffentlichen Interesse.

Landwirtschaftliche Unternehmer, die eine allgemeine Altersrente (z. B. Altersrente der Arbeiter-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung, Versorgungsbezüge nach Beamtenrecht oder nach beamtenrechtlichen Grundsätzen, Seekasse, landesrechtliches Altersgeld aus berufsständischen Versorgungseinrichtungen) aufgrund eines Gesetzes beziehen, sind von der Verpflichtung des Absatzes 1 nicht befreit.

**4.5.**

Keine Ausgleichszulage erhalten landwirtschaftliche Unternehmer für Flächen, für die eine Zuwendung nach den Grundsätzen für die Förderung der Stillegung von Ackerflächen gewährt wird.

**4.6.**

Die Länder können ergänzende Voraussetzungen für die Gewährung der Ausgleichszulage festlegen.

## 5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

**5.1.**

Die Zuwendung kann in Form von

— Zinszuschüssen und

— Zuschüssen

gewährt werden.

**5.2.**

Bei der Förderung einzelbetrieblicher Investitionen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben kann die Zinsverbilligung nach dem einzelbetrieblichen Förderungsprogramm (EFP) bis zu 6% und nach dem Agrarkreditprogramm (AKP) bis zu 5% betragen.

**5.3.**

Bei der Förderung von Investitionen in Kooperationen

**5.3.1.**

wird im Bereich der gemeinschaftlichen Futtermittelproduktion den Zuwendungsempfängern bis zur Höchstgrenze des förderungsfähigen Investitionsvolumens eine Zinsverbilligung bei Inanspruchnahme des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms (EFP) bis zu 6% und des Agrarkreditprogramms (AKP) bis zu 5% gewährt,

**5.3.2.**

wird den Zuwendungsempfängern bis zur Höchstgrenze des förderungsfähigen Investitionsvolumens bei der Einrichtung von Almgebäuden ein Zuschuß in Höhe von 50% und für die Einrichtung von Weidezäunen, Viehtränken und Viehhütten sowie Anschlußwegen in Höhe von 35% gewährt.

**5.4.**

Bei Gewährung der Ausgleichszulage ist die Bemessungsgrundlage

**5.4.1.**

im Falle der Rindvieh-, Pferde-, Schaf- und Ziegenhaltung der in Großvieheinheiten ausgedrückte Viehbestand je Betrieb; den Stichtag setzen die Länder fest.

Jedoch können hiervon abweichend in den Benachteiligten Agrarzonen und den Kleinen Gebieten höchstens bis zu 20 Kühe zur Milchgewinnung je Betrieb einbezogen werden, *bei Kooperationen höchstens 60 Kühe zur Milchgewinnung, jedoch nicht mehr als 20 je Kooperationsmitglied.*

Für die Umrechnung von Rindern, Kühen, Pferden, Schafen und Ziegen in Großvieheinheiten gilt folgender Umrechnungsschlüssel:

| | |
|---|---|
| Kühe und Rinder von mehr als 2 Jahren | 1,0 GV, |
| Rindern von sechs Monaten bis zu 2 Jahren | 0,60 GV, |
| Pferde von mehr als sechs Monaten | 1,0 GV, |
| Schafe (Mutterschafe) | 0,15 GV, |
| Ziegen (Muttertiere) | 0,15 GV. |

Je Betrieb wird höchstens eine Großvieheinheit je Hektar Futterfläche in den benachteiligten Gebieten berücksichtigt.

**5.4.2.**

im Falle anderer als der zuvor aufgeführten Produktionen die bewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche des Betriebes abzüglich

in allen benachteiligten Gebieten

— der für die Ernährung des zuvor aufgeführten Viehs bestimmten Futterflächen,

— Weichweizenflächen,

— Flächen für die Erzeugung von Äpfeln, Birnen und Pfirsichen in Vollpflanzungen, die 0,5 ha je Betrieb überschreiten;

in Benachteiligten Agrarzonen und Kleinen Gebieten

— Anbauflächen für Wein,

— Anbauflächen für Zuckerrüben und Intensivkulturen (Gemüse, Obst, Hopfen, Tabak, Blumen und Zierpflanzen, Baumschulflächen).

**5.4.3.**

Die Ausgleichszulage beträgt jährlich mindestens 55 DM und höchstens 240 DM je zuschußberechtigte Großvieheinheit bzw. zuschußberechtigten Hektar. In benachteiligten Gebieten mit besonders ungünstigen natürlichen Bedingungen kann die Ausgleichszulage entsprechend bis zu 286 DM betragen. Die Länder setzen unter Berücksichtigung der in Nr. 1.1. genannten Zielsetzung die Höhe der Ausgleichszulage fest. Sie können die Ausgleichszulage je nach Wirtschaftslage des Betriebes und Höhe des Einkommens des Zuwendungsempfängers nach Nr. 3.3. differenzieren.

**5.4.4.**

Die Ausgleichszulage wird dem Zuwendungsempfänger jährlich auf Antrag gewährt, sofern ein Mindestbetrag von 300 DM erreicht wird. Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann den Mindestbetrag absenken.

*Für die 1989 neu in das Gebietsverzeichnis der benachteiligten Gebiete aufgenommenen benachteiligten Agrarzonen und Kleinen Gebiete kann die Ausgleichszulage für das Jahr 1989 noch im Jahr 1990 gewährt werden.*

**5.4.5.**

Die Ausgleichszulage darf den Betrag von 12 000 DM, im Falle der Ammen- und Mutterkuhhaltung — wenn keine Milch oder Milchprodukte für den Markt erzeugt werden — von 18 000 DM je Zuwendungsempfänger und Jahr, *im Falle einer Kooperation für alle Zuwendungsempfänger zusammen den Betrag von 36 000 DM bzw. 54 000 DM, jedoch nicht mehr als 12 000 DM bzw. 18 000 DM je Zuwendungsempfänger,* nicht übersteigen.

**5.4.6.**

*Die Regelungen für Kooperationen in den Nummern 5.4.1. und 5.4.5. gelten nur, wenn die Kooperation Betriebe oder Betriebsteile betrifft, die vor der Antragstellung von dem jeweiligen Mitglied der Kooperation mindestens fünf Jahre als selbständiger Betrieb bewirtschaftet worden sind; für Junglandwirte i.S. der Nr. 5.5. der Grundsätze für die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in der Landwirtschaft gilt die Fünfjahresfrist nur im Falle einer Kooperation mit Verwandten oder Verschwägerten ersten Grades.*

**5.4.7.**

Flächen in benachteiligten Gebieten benachbarter Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft können ebenfalls berücksichtigt werden, sofern der landwirtschaftliche Unternehmer antragsberechtigt ist und die übrigen Bedingungen erfüllt.

**5.4.8.**

Für *vor dem 18. Juni 1989* mit Genehmigung aufgeforstete Flächen, die als Grundlage für die Berechnung der Ausgleichszulage dienen, kann ab dem Zeitpunkt der Aufforstung für maximal 20 Jahre die Ausgleichszulage weiter gewährt werden.

*Für zwischen dem 18.06. und dem 31.12.1989 mit Genehmigung aufgeforstete Flächen wird eine Aufforstungsbeihilfe nach Maßgabe der VO (EWG) Nr. 1609/89 des Rates gewährt, deren Höhe sich nach dem für die jeweilige Fläche vorgesehenen Betrag der Ausgleichszulage bemißt. Die Beihilfe kann ab dem Zeitpunkt der Aufforstung für maximal 20 Jahre gezahlt werden.*

**5.4.9.**

Im Land Berlin kann die Ausgleichszulage nach Maßgabe der bewirtschafteten Fläche gewährt werden.

## Grundsätze für die Förderung im Bereich der Marktstrukturverbesserung

### 1. Zuwendungszweck

Durch die Förderung soll die Vermarktung land- und fischwirtschaftlicher Erzeugnisse in bezug auf Menge, Qualität und Art des Angebots an die Markterfordernisse angepaßt werden; damit sind insbesondere Voraussetzungen für Erlösvorteile der Erzeuger zu schaffen.

### 2. Gegenstand der Förderung

**2.1.**

Förderungsfähig sind die angemessenen Aufwendungen für:

**2.1.1.**

Neu- und Ausbau von Kapazitäten einschließlich der technischen Einrichtungen und des Ankaufs der dafür erforderlichen Grundstücke,

**2.1.2.**

innerbetriebliche Rationalisierung durch Umbau und/oder Modernisierung der technischen Einrichtungen.

Im Zusammenhang mit den Nrn. 2.1.1. und 2.1.2. zählen zu den förderungsfähigen Aufwendungen generell die Kosten der Vorplanung, soweit es sich nicht um Verwaltungskosten der Länder handelt.

Vorhaben können sich in Bauabschnitte gliedern; die Vorhaben müssen jedoch in längstens fünf Jahren durchgeführt sein,

**2.1.3.**

die infolge der Stillegung von Kapazitäten im Zuge der Strukturverbesserung eintretenden Kosten und Verluste,

**2.1.4.**

Arbeitnehmerabfindungen infolge von Rationalisierungsmaßnahmen oder Stillegungen.

**2.2.**

Von der Förderung sind ausgeschlossen:

**2.2.1.**

Neuanlagen, wenn dem Aus- oder Umbau vorhandener Anlagen oder dem Ankauf von für das Vorhaben geeigneter Gebäude, die vor ihrem Ankauf einem anderen Zweck dienten, wirtschaftlich der Vorzug zu geben ist,

**2.2.2.**

eingebrachte Grundstücke, Gebäude, Einrichtungen und technische Anlagen.

**2.2.3.**

Wohnbauten nebst Zubehör,

**2.2.4.**

Anschaffungskosten für Pkw und Vertriebsfahrzeuge, Kosten für Büroeinrichtungen sowie für Büromaschinen und -geräte,

**2.2.5.**

Kreditbeschaffungskosten, Pachten, Erbbauzinsen und Grunderwerbsteuer,

**2.2.6.**

Ersatzbeschaffungen, Eigenleistungen,

**2.2.7.**

Stillegungen von Kapazitäten und Arbeitnehmerabfindungen, wenn sich die betreffenden Betriebe überwiegend im Besitz der öffentlichen Hand befinden,

**2.2.8.**

Stillegungen von Kapazitäten, deren Errichtung mit öffentlichen Mitteln, die der Strukturverbesserung dienten, gefördert worden ist, sofern

- Grundstücke, Bauten und bauliche Anlagen vor Ablauf von zwölf Jahren ab Fertigstellung,
- technische Einrichtungen vor Ablauf von fünf Jahren ab Lieferung

stillgelegt werden,

**2.2.9.**

Ankäufe von Kapazitäten, deren Errichtung mit öffentlichen Mitteln, die der Strukturverbesserung dienten, gefördert worden ist,

**2.2.10.**

Arbeitnehmerabfindungen in solchen Fällen, in denen auf Grund anderer gesetzlicher Regelungen Zuschüsse zu Arbeitnehmerabfindungen gewährt werden.

## 3. Zuwendungsempfänger

Als Zuwendungsempfänger kommen vorhandene oder neu zu schaffende Absatzeinrichtungen und Unternehmen des Handels sowie der Be- und Verarbeitung für land- und fischwirtschaftliche Erzeugnisse ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform in Betracht.

Anwendungsbereiche der Grundsätze sind:

**3.1.**

Molkereistrukturverbesserung mit der Maßnahme gemäß Nr. 2.1.3., wenn Betriebsstätten vollständig stillgelegt werden und von den Begünstigten Arbeitnehmerabfindungen gewährt werden, soweit die Voraussetzungen für ihre Beihilfefähigkeit nach diesen Grundsätzen erfüllt sind, sowie mit der Maßnahme gemäß Nr. 2.1.4.

Unter der Voraussetzung, daß auf Grund von Arbeitsteilungsverträgen zwischen rechtlich selbständigen und voneinander unabhängigen Unternehmen eine örtliche Konzentration der Produktion bestimmter Milcherzeugnisse erfolgt, kann die Maßnahme gemäß Nr. 2.1.3. auch angewandt werden, wenn bei den beteiligten Unternehmen Betriebsabteilungen stillgelegt werden.

**3.2.**

Investitionen für die Erfassung und Lagerung von Lein sowie für Einrichtungen zur Herstellung, Lagerung und Vermarktung von Leinfasern und Nebenprodukten mit Maßnahmen gemäß Nrn. 2.1.1. und 2.1.2.

**3.3.**

Verbesserung der Struktur der Kellereien im bestimmten Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer mit Maßnahmen gemäß Nrn. 2.1.1. und 2.1.2., wenn die Investitionen von Kellereien vorgenommen werden, die im bestimmten Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer gelegen sind und die mindestens 90% ihrer jährlichen Gesamtaufnahme an Trauben, Most oder Wein aus diesem Anbaugebiet decken.

**3.4.**

Investitionen bei Vermarktungseinrichtungen für frisches Obst und Gemüse sowie Investitionen zum Ausbau und/oder der innerbetrieblichen Rationalisierung bei Einrichtungen zur Herstellung von Naßkonserven oder tiefgefrorenem Obst und Gemüse (Bulk- und Rollware zur Weiterverarbeitung für die Tiefkühlindustrie) mit Maßnahmen gemäß Nrn. 2.1.1. und 2.1.2.

**3.5.**

Investitionen bei Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen mit Maßnahmen gemäß Nrn. 2.1.1. und 2.1.2.

**3.6.**

Verbesserung der Struktur der Seefischmärkte

a) mit Maßnahmen gemäß Nrn. 2.1.1. und 2.1.2., wenn die Investitionen von Absatzeinrichtungen vorgenommen werden, die sich ganz oder überwiegend im Eigentum der öffentlichen Hand oder einer Gesellschaft befinden, an der die öffentliche Hand ganz oder überwiegend beteiligt ist,

b) mit Maßnahmen gemäß Nr. 2.1.3., wenn die Begünstigten zu Auktionen zugelassene und an einem öffentlichen Seefischmarkt tätige Betriebe des Frischfischgroßhandels und der Frischfischbearbeitung sind, wenn durch diese Förderung der Wettbewerb nicht wesentlich beeinträchtigt wird und wenn von den Begünstigten Arbeitnehmerabfindungen mindestens in einer Höhe, die sich aus dem Berechnungsschema der Anlage II ergibt, gewährt werden, soweit dafür die Voraussetzungen für ihre Beihilfetätigkeit nach diesen Grundsätzen erfüllt sind, sowie mit der Maßnahme gemäß Nr. 2.1.4.

**3.7.**

Investitionen im Bereich der Be- und Verarbeitung von Kartoffeln, und zwar zur Herstellung von Veredelungserzeugnissen für die menschliche Ernährung sowie zur Herstellung von Kartoffelstärke, Dextrinen, löslicher Stärke und Eiweiß mit Maßnahmen gemäß Nrn. 2.1.1. und 2.1.2.

**3.8.**

Investitionen in anderen Bereichen für Vorhaben, für die ein Antrag auf Förderung aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung, nach der Verordnung (EWG) Nr. 355/77 über eine gemeinsame Maßnahme zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse gestellt worden ist, mit Maßnahmen gemäß Nrn. 2.1.1. und 2.1.2.

*Im Jahr 1990 reicht es aus, daß sich das Vorhaben in ein genehmigtes Programm einfügt, dessen Laufzeit noch nicht abgelaufen ist.*

## 4. Zuwendungsvoraussetzungen

### 4.1.

Investitionsförderung

#### 4.1.1.

Die Förderung setzt das Vorliegen eines auf den jeweiligen Warenbereich bezogenen regionalen Strukturplanes voraus, dessen Aufstellung Ländersache ist.

Aus dem Strukturplan muß ersichtlich sein:

— Anzahl und Größe der vorhandenen Kapazitäten,

— Anzahl und Größe der erforderlichen Kapazitäten,

— die Standortorientierung der Kapazitäten.

Solange eine Förderung in dem betreffenden Warenbereich erfolgt, ist der Strukturplan für fünf Jahre im voraus aufzustellen und in angemessenen Zeitabständen fortzuschreiben.

Bezüglich der Investitionen für Vorhaben gemäß Nr. 3.2. dieser Grundsätze kann vorerst von dem Erfordernis eines Strukturplanes abgesehen werden.

#### 4.1.2.

Bezüglich der Investitionen für Vorhaben gemäß Nr. 3.8. dieser Grundsätze steht ein gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 355/77 über eine gemeinsame Maßnahme zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse genehmigtes Programm, dem der Planungsausschuß hinsichtlich des betroffenen Warenbereichs zugestimmt hat, dem vorgenannten Strukturplan gleich.

Für ein Programm nach der Verordnung (EWG) Nr. 355/77 gelten die Anforderungen des Artikels 3 dieser Verordnung.

#### 4.1.3.

Das zu fördernde Vorhaben muß sich im Hinblick auf Größe und Standort in den Strukturplan bzw. in das genehmigte Programm einordnen.

#### 4.1.4.

Vorhaben gemäß Nr. 3.8. werden nur gefördert, wenn sie sich in Programme einfügen, die folgende Kriterien erfüllen:

— überregionale Bedeutung,

— Anwendung nur in Bereichen, in denen ein erheblicher struktureller Anpassungsbedarf und ein enger Zusammenhang zur landwirtschaftlichen Produktion besteht,

— Ausrichtung auf eine ausgewogene Marktstruktur unter Vermeidung von Ungleichgewichten,

— landesspezifische Maßnahme von erheblicher Bedeutung.

#### 4.1.5.

Erzeugergemeinschaften, Erzeugerorganisationen und Vereinigungen können auf der Grundlage des Anwendungsbereiches Nr. 3.8. erst nach Ablauf von sieben Jahren nach ihrer Anerkennung berücksichtigt werden.

#### 4.1.6.

Unternehmen können nur gefördert werden, wenn sie mindestens fünf Jahre lang mindestens 40% — in der Fischwirtschaft 20% — ihrer Aufnahmekapazität an den Erzeugnissen, für die sie gefördert werden, durch Lieferverträge mit Erzeugern binden. Die beteiligten Erzeuger können sich bei den Lieferverträgen gemeinschaftlich vertreten lassen. Den Lieferverträgen stehen entsprechende satzungs-, statutenmäßige oder gesellschaftsvertragliche Verpflichtungen zwischen Erzeugern und gemeinschaftlichen Absatzeinrichtungen gleich.

Von dem Erfordernis der Lieferverträge ist bei Investitionen auf öffentlichen Schlachthöfen sowie bei öffentlichen Lebendviehmärkten (Referenzmärkte), Seefischmärkten und Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen wegen der besonderen Funktionsweise dieser Absatzeinrichtungen abzusehen.

#### 4.1.7.

Jede Förderung setzt voraus, daß die betriebswirtschaftliche Rentabilität des Vorhabens gesichert erscheint. Es sind Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorzulegen, in denen auch nachzuweisen ist, daß die unterstellten Absatzmengen nachhaltig erreichbar sind.

#### 4.1.8.

Im Falle von Fusionen oder sonstiger Zusammenschlüsse müssen alle beteiligten Unternehmen ihre Zustimmung rechtsverbindlich zugesichert haben. Die dabei geschlossenen Verträge müssen der Zielsetzung der Förderung entsprechen. Durch die Förderung darf der Wettbewerb nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

#### 4.1.9.

Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß die geförderten

— Grundstücke, Bauten und bauliche Anlagen innerhalb eines Zeitraums von zwölf Jahren ab Fertigstellung,
— technischen Einrichtungen innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder verpachtet oder nicht den Förderungsvoraussetzungen entsprechend verwendet werden.

**4.2.**

Stillegungsförderung

**4.2.1.**

Die Förderung setzt die Eintragung einer Grunddienstbarkeit im Grundbuch voraus, durch die sich die Eigentümer verpflichten, die Anlage für einen Zeitraum von mindestens zwölf Jahren stillzulegen.

**4.2.2.**

Die Förderung von Stillegungen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß die stillgelegten Anlagen vor Ablauf von zwölf Jahren nach Stillegung wieder ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt werden.

**4.3.**

Förderung von Arbeitnehmerabfindungen

**4.3.1.**

Die Förderung kann gewährt werden, soweit für Arbeitnehmer infolge von Rationalisierungsmaßnahmen oder Stillegungen besondere Härten eintreten (Entlassung, finanzielle Nachteile infolge von Umbesetzung).

### 5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

**5.1.**

Zu den Maßnahmen gemäß Nrn. 2.1.1. und 2.1.2. werden Zuschüsse bis zu 25% [1]) der förderungsfähigen Kosten des Vorhabens gewährt.

[1]) Es können in den Jahren 1987, 1988, 1989 *oder 1990* für je ein Vorhaben gemäß Nr. 3.2. in jedem Bundesland Zuschüsse von bis zu 50 % gewährt werden, wenn dies zur Erlangung von Erkenntnissen für den raschen Aufbau von Einrichtungen zur Be- und Verarbeitung von Lein notwendig ist.

Bei Vorhaben, die zusätzlich eine Förderung aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds (EAGFL), Abteilung Ausrichtung, erhalten, beträgt der Zuschuß für den Teil der Investitionen, der gleichzeitig nach diesen Grundsätzen und aus dem EAGFL beihilfefähig ist, jedoch nicht mehr als die Differenz zwischen 35% der nach diesen Grundsätzen beihilfefähigen Kosten des Vorhabens und dem Zuschuß aus dem EAGFL.

Unterschreiten die förderungsfähigen Kosten des Vorhabens die in Anlage I jeweils festgelegte Mindestinvestionssumme, entfällt die Förderung. Wird die in Anlage I festgelegte Höchstinvestitionssumme überschritten, entfällt für die überschreitenden Kosten die Förderung.

Das Land kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen sowohl von der Mindest- als auch von der Höchstinvestitionssumme zulassen.

**5.2.**

Bei Maßnahmen gemäß Nr. 2.1.3. soll der Zuschuß in jedem Warenbereich die Kosten und Verluste der Stillegung gleichwertig abdecken; er kann bis zu 40% der Kosten und Verluste betragen.

Die Berechnung der Verluste erfolgt auf der Basis des kalkulatorischen Restwertes, zu dessen Berechnung vom Anschaffungswert auszugehen ist; der Verlust ergibt sich aus der Differenz zwischen dem kalkulatorischen Restwert und dem Verkehrswert. Bei Stillegung von Kapazitäten, deren Errichtung mit öffentlichen Mitteln, die der Strukturverbesserung dienten, gefördert worden ist, ist der kalkulatorische Restwert um den Prozentsatz zu kürzen, mit dem die Investition gefördert wurde.

Bei Unternehmensstillegungen von geringem Umfang kann ein pauschaler Zuschuß gewährt werden, der je stillgelegtem Unternehmen den Betrag von 25 000 DM nicht übersteigen darf.

**5.3.**

Bei Maßnahmen gemäß Nr. 2.1.4. beträgt der Zuschuß 50% der Arbeitnehmerabfindung entsprechend der Berechnung nach Anlage II; soweit ein Sozialplan eine geringere Abfindung vorsieht, ist dieser Berechnungsgrundlage. Im Einzelfall darf der Zuschuß 15 000 DM nicht übersteigen.

**Anlage I**

**zu den Grundsätzen für die Förderung im Bereich der Marktstrukturverbesserung**

**Mindest- und Höchstinvestitionssummen der einzelnen Warenbereiche**

in Mio. DM

a) Mindestinvestitionssumme [1])

b) Höchstinvestitionssumme

| Anwendungsbereich | Neu- und Ausbau Maßnahme 2.1.1. | Innerbetriebliche Rationalisierung Maßnahme 2.1.2. |
|---|---|---|
| 1. Molkereistrukturverbesserung | keine | keine |
| 2. Investitionen zur Herstellung von Leinfasern | keine | keine |
| 3. Verbesserung der Struktur der Kellereien im bestimmten Anbaugebiet Mosel–Saar–Ruwer | keine | keine |
| 4. Investitionen bei Vermarktungseinrichtungen für frisches Obst und Gemüse einschließlich Einrichtungen zur Herstellung von Naßkonserven | a) 0,2<br>b) 8,0 | 0,1<br>3,0 |
| 5. Investitionen für Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen | a) 0,2<br>b) 5,0 | 0,1<br>2,0 |
| 6. Verbesserung der Struktur der Seefischmärkte | a) 2,0<br>b) 15,0 | 0,5<br>3,0 |
| 7. Investitionen im Bereich der Be- und Verarbeitung von Kartoffeln | a) 0,2<br>b) 5,0 | 0,1<br>2,0 |
| 8. Investitionen nach 3.8. dieser Grundsätze | keine | keine |

[1]) Der Betrag in Höhe der Mindestinvestitionssumme wird in die Förderung einbezogen.

**Anlage II**

**zu den Grundsätzen für die Förderung im Bereich der Marktstrukturverbesserung**

## Berechnung der förderungsfähigen Arbeitnehmerabfindung

Die Berechnung der förderungsfähigen Arbeitnehmerabfindung erfolgt auf der Grundlage der anliegenden Punktwerttabellen 1 und 2. Dabei entsprechen 14 Punkte einem Bruttomonatsverdienst. Der Monatsverdienst wird aus dem Durchschnittsbruttoverdienst des betroffenen Arbeitnehmers in den letzten zwölf Monaten vor Eintritt der besonderen Härte ermittelt.

Dabei wird die Betriebszugehörigkeit mit einem von 1 bis 25 Jahren ansteigenden Punktwert von 0 bis zu 84 Punkten nach der Punktwerttabelle 1 berücksichtigt; bei weiterer Dauer der Betriebszugehörigkeit tritt keine Erhöhung des Punktwertes ein.

Bei der Ermittlung dieses Punktwertes werden die vor dem 25. Lebensjahr des Arbeitnehmers liegenden Zeiten der Betriebszugehörigkeit voll berücksichtigt.

Ferner wird das Lebensalter des ausscheidenden Arbeitnehmers mit dem Punktwert nach der Punktwerttabelle 2 berücksichtigt. In der Tabelle sind etwaige Verschlechterungen des bisherigen sozialen Besitzstandes bewertet worden, insbesondere Verdienstminderung, Arbeitslosigkeit und Minderung der Rechte aus der Altersversorgung.

**Punktwerttabelle 1**

Berücksichtigung der Dauer der Betriebszugehörigkeit

| Jahr | Punkte |
|---|---|
| 1 | 0 |
| 2 | 2 |
| 3 | 4 |
| 4 | 7 |
| 5 | 10 |
| 6 | 14 |
| 7 | 18 |
| 8 | 22 |
| 9 | 26 |
| 10 | 31 |
| 11 | 36 |
| 12 | 41 |
| 13 | 46 |
| 14 | 50 |
| 15 | 54 |
| 16 | 57 |

| | |
|---|---|
| 17 | 60 |
| 18 | 63 |
| 19 | 66 |
| 20 | 69 |
| 21 | 72 |
| 22 | 75 |
| 23 | 78 |
| 24 | 81 |
| 25 | 84 |

**Punktwerttabelle 2**

| Alter | Punkte |
|---|---|
| 25 | 20 |
| 26 | 22 |
| 27 | 24 |
| 28 | 27 |
| 29 | 30 |
| 30 | 32 |
| 31 | 34 |
| 32 | 36 |
| 33 | 39 |
| 34 | 40 |
| 35 | 42 |
| 36 | 44 |
| 37 | 46 |
| 38 | 47 |
| 39 | 48 |
| 40 | 49 |
| 41 | 51 |
| 42 | 52 |
| 43 | 53 |
| 44 | 54 |
| 45 | 55 |
| 46 | 55 |
| 47 | 55 |
| 48 | 56 |
| 49 | 82 |
| 50 | 86 |
| 51 | 87 |
| 52 | 89 |
| 53 | 90 |
| 54 | 93 |
| 55 | 93 |
| 56 | 95 |
| 57 | 89 |
| 58 | 82 |
| 59 | 75 |
| 60 | 67 |
| 61 | 58 |
| 62 | 48 |
| 63 | 38 |
| 64 | 24 |
| 65 | 0 |

## *Grundsätze für die Förderung der Vermarktung nach besonderen Regeln erzeugter landwirtschaftlicher Erzeugnisse*

### 1. Zuwendungszweck

*Durch die Förderung soll die Vermarktung zusammengefaßter Partien von nach besonderen Regeln erzeugten landwirtschaftlichen Erzeugnissen an die Markterfordernisse angepaßt werden, um damit insbesondere Voraussetzungen für eine Nachfragebefriedigung und für Erlösvorteile der Erzeuger zu schaffen. Die Produktion der nach besonderen Regeln erzeugten landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß sich nach den in der Anlage niedergelegten Kriterien richten.*

### 2. Gegenstand der Förderung

**2.1.**

*Förderungsfähig sind angemessene Aufwendungen für:*

**2.1.1.**

*die Gründung und das Tätigwerden von Erzeugerzusammenschlüssen (Organisationskosten);*

**2.1.2.**

*Erstinvestitionen von Erzeugerzusammenschlüssen oder Unternehmen des Handels oder der Be- und Verarbeitung, die der Erfassung, Lagerung, Kühlung, Sortierung, marktgerechten Aufbereitung, Verpackung, Etikettierung, Be- oder Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dienen.*

**2.2.**

*Zu den Organisationskosten können insbesondere gezählt werden:*

**2.2.1.**

*Gründungskosten;*

**2.2.2.**

*Personal-, Reise- und Geschäftskosten;*

**2.2.3.**

*Kosten für die Zusammenfassung des Angebots ausschließlich der Frachten;*

**2.2.4.**

*Lagerungskosten, soweit die Lagerung in Verbindung mit der Zusammenfassung des Angebots steht. Mengen- und wertmäßige Lagerungsverluste sind nicht beihilfefähig;*

**2.2.5.**

*Kosten für die marktgerechte Aufbereitung des Verkaufserzeugnisses sowie der Verpackung und der Etikettierung;*

**2.2.6.**

*Versicherungskosten, soweit das zu versichernde Risiko den Erzeugerzusammenschluß betrifft;*

**2.2.7.**

*Kosten für die Durchführung der Beratung und Qualitätskontrolle;*

**2.2.8.**

*Kosten für Büroeinrichtungen sowie für Büromaschinen.*

**2.3.**

*Von der Förderung sind ausgeschlossen:*

**2.3.1.**

*bei den Organisationskosten*

**2.3.1.1.**

*Kreditbeschaffungskosten, Pachten, Erbbauzinsen und Grunderwerbsteuer;*

**2.3.1.2.**

*Abschreibungsbeträge für Investitionen;*

**2.3.2.**

*bei den Investitionskosten*

**2.3.2.1.**

*Kosten für Wohnbauten nebst Zubehör;*

**2.3.2.2.**

*Ersatzbeschaffungen und Eigenleistungen;*

**2.3.2.3.**

*Eingebrachte Grundstücke, Gebäude, Einrichtungen und technische Anlagen;*

**2.3.2.4.**

*Anschaffungskosten für Pkw und Vertriebsfahrzeuge;*

**2.3.2.5.**

*Investitionen im Milchsektor, soweit sie der Rahmenregelung für Investitionsbeihilfen im Bereich der Herstellung und Vermarktung von bestimmten Milch- und Substitionserzeugnissen (87/C302/05), ABL (EWG) C302 S. 4 entgegenstehen;*

**2.3.3.**

*sowohl bei den Organisationskosten als auch bei den Investitionskosten*

**2.3.3.1.**

*Aufwendungen, die unmittelbar die Erzeugung betreffen (Saat- und Pflanzgut, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Tiermaterial und dergleichen, Futtermittel, tierärztliche Behandlungs- und Arzneikosten);*

**2.3.3.2.**

*Aufwendungen, die dem Absatz auf der Erzeuger- und Einzelhandelsstufe dienen;*

### 3. Zuwendungsempfänger

*Als Zuwendungsempfänger kommen in Betracht*

**3.1.**

*Zusammenschlüsse von mindestens fünf Erzeugern, die landwirtschaftliche Erzeugnisse nach besonderen Regeln produzieren;*

**3.2.**

*Unternehmen des Handels oder der Be- und Verarbeitung, die Erzeugnisse aufnehmen, deren Erzeugung nach besonderen Regeln erfolgte.*

### 4. Zuwendungsvoraussetzungen

**4.1.**

*Besondere Regeln im Sinne dieser Grundsätze sind die in der Anlage aufgeführten Kriterien.*

**4.2.**

*Erzeugerzusammenschlüsse müssen — unabhängig von ihrer Rechtsform — auf Dauer, mindestens aber für fünf Jahre, angelegt sein. Die dem Zusammenschluß zugrundeliegenden Verträge bedürfen der Schriftform und müssen der Zielsetzung der Förderung entsprechen.*

**4.3.**

*Der dem Zusammenschluß zugrundeliegende Vertrag und sonstige Unterlagen müssen die Konzeption des Erzeugerzusammenschlusses aufzeigen; sie muß erkennen lassen, daß — die unterstellten Produktpreise, Produktions- und Absatzmengen erreicht werden können und*

- *sie zur Sicherung des landwirtschaftlichen Einkommens beiträgt oder*
- *sie neue Märkte erschließt oder*
- *sie der wachsenden Nachfrage nach Produkten, die nach besonderen Regeln erzeugt wurden, entgegenkommt.*

**4.4.**

*Die Zuwendung zu den Organisationskosten wird unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß der Erzeugerzusammenschluß sich innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Zusammenschluß auflöst, gewährt.*

**4.5.**

*Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß die geförderten*

- *Grundstücke, Bauten und bauliche Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung,*
- *technischen Einrichtungen innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung*

*veräußert oder verpachtet oder nicht den Zuwendungsvoraussetzungen entsprechend verwendet werden.*

**4.6.**

*Unternehmen nach 3.2. müssen mindestens 50 % der durch die Investition geschaffenen Kapazität für wenigstens fünf Jahre mit Produkten von Erzeugern, die einem Zusammenschluß nach 3.1. angehören, auslasten. Das Unternehmen muß sich durch entsprechende Lieferverträge mit den Erzeugern gebunden haben.*

**4.7.**

*Die Gewährung von Zuwendungen zu Investitionskosten setzt voraus, daß die betriebswirtschaftliche Rentabilität des Vorhabens auf der Grundlage geeigneter Unterlagen gesichert erscheint.*

## 5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

**5.1.**

*Zu den Aufwendungen gem. Nr. 2.1.1. können Zuwendungen im ersten Jahr bis zu 3 v. H., im zweiten Jahr bis zu 2 v. H., im dritten, vierten und fünften Jahr jeweils bis zu 1 v. H. des Verkaufserlöses ihrer jährlich nachgewiesenen Erzeugug gewährt werden. Der Betrag darf im ersten Jahr 60 v. H., im zweiten Jahr 40 v. H., im dritten, vierten und fünften Jahr jeweils 20 v. H. ihrer angemessenen Organisationskosten nicht übersteigen.*

**5.2.**

*Zu den Aufwendungen gem. Nr. 2.1.2. können Zuwendungen bis zu 25 v. H. der Investitionskosten gewährt werden.*

**5.3.**

*Die Zuwendungen werden in Form von Zuschüssen gewährt.*

Anlage zur Nr. 4.1

## Kriterien

*Nach den folgenden Kriterien muß der gesamte landwirtschaftliche Betrieb, bei Betrieben mit Obst- oder Weinbau die gesamte Obstbau- bzw. Rebfläche bewirtschaftet werden:*

### 1. Düngung

*Grundlage der Düngung sind die wirtschaftseigenen Substanzen.*

*Vorhandene und zugekaufte Wirtschaftsdünger sind nur in an den Standort und an den Pflanzenbedarf angepaßten Mengen zulässig; Klärschlamm ist nicht zugelassen. Insgesamt dürfen Wirtschafts- und Zukaufdünger die Düngemenge entsprechend einer Tierhaltung von 2,0 GVE/ha LF nicht überschreiten.*

*Mineralische Ergänzungsdüngung hat — soweit erforderlich — in einer Form zu erfolgen, in der die Nährstoffe nicht direkt pflanzenverfügbar sind. Die Verwendung chemisch-synthetischer Stickstoffverbindungen, leichtlöslicher Phosphate oder chlorhaltiger Kalidünger ist untersagt. Hierzu zählt auch der Harnstoff.*

### 2. Pflanzenschutz

*Der Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel ist untersagt. Zugelassen sind folgende Präparate:*

- *Pflanzenpräparate*
- *Viren- und Bakterienpräparate*
- *anorganische Kupferpräparate (bis 3 kg/ha)*
- *Gesteinsmehle*
- *Schwefel*
- *Pheromone.*

### 3. Tierhaltung

*Der Viehbesatz des Betriebes darf 2,0 GVE/ha LF nicht überschreiten.*

*Die Tierhaltung hat nach artgemäßen Gesichtspunkten zu erfolgen.*

*Die Käfighaltung von Hühnern ist untersagt.*

*Die Ernährung der Nutztiere hat auf Futter zu beruhen, das nach den unter Nr. 1 und 2 aufgeführten Kriterien erzeugt wurde. Zugekaufte Futtermittel dienen nur der Ergänzung der betriebseigenen Futtergrundlage und sollen nach den unter Nr. 1 und 2 aufgeführten Kriterien erzeugt worden sein. Sofern Futter verwendet wird, das nicht nach den Kriterien der Nr. 1 und 2 erzeugt wurde, dürfen diese Futtermittel 20 vom Hundert des Gesamtfutterbedarfs, bezogen auf den Trokkensubstanzgehalt, nicht überschreiten. Harnstoff oder Harnstoffderivate als Silier- oder Futtermittel dürfen nicht verwendet werden.*

*Als Zusatzstoffe in der Tierfütterung sind u. a. erlaubt:*

- *Spurenelementverbindungen und Vitaminpräparate;*

*über die gesetzlichen Verbote hinaus sind nicht erlaubt:*

- *Leistungsförderer, Coccidiostatika-, Histomonostatika sowie synthetisch-organische Verbindungen.*

*Für die Fütterung von Kühen gilt insbesondere:*

- *Die Grundfutterration für die Fütterung der Milchkühe im Winter muß Heu, Silage oder Rüben enthalten. Das Grundfutter im Sommer hat überwiegend aus Grünfutter (möglichst Weidegang) zu bestehen.*
- *Kraftfutter soll überwiegend aus Getreideschroten bestehen.*
- *Eiweißfuttermittel sollen möglichst aus Körnerleguminosen bestehen. Futtermittel tierischer Herkunft — ausgenommen Milch und Milcherzeugnisse — sind ausgeschlossen.*

## Grundsätze für die Förderung auf Grund des Marktstrukturgesetzes

### 1. Startbeihilfen (Zweckbestimmung)

Die Beihilfen haben den Zweck, die Gründung von Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen zu erleichtern und ihre Tätigkeit zu fördern.

#### 1.1. Erzeugergemeinschaften

#### 1.1.1. Empfänger der Beihilfen

Als Empfänger der Beihilfen kommen nur anerkannte Erzeugergemeinschaften in Betracht. Erzeugergemeinschaften können nur anerkannt werden, wenn ihre Mitglieder Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes bei Erzeugergemeinschaften für landwirtschaftliche Erzeugnisse oder Inhaber eines fischwirtschaftlichen Betriebes bei Erzeugergemeinschaften für fischwirtschaftliche Erzeugnisse sind. Dabei muß jeder Inhaber ein Erzeugnis erzeugen, das Gegenstand der Tätigkeit der Erzeugergemeinschaft ist.

Der Begriff landwirtschaftlicher bzw. fischwirtschaftlicher Betrieb stellt auf einen Betrieb ab, der auf die Gewinnung land- oder fischwirtschaftlicher Erzeugnisse (Urerzeugnisse) gerichtet ist. Darunter fallen auch solche Betriebe, die im Sinne der Steuergesetzgebung die Gewinnung von Urerzeugnissen gewerblich betreiben.

Mit den Beihilfen dürfen nur Erzeugergemeinschaften gefördert werden. Es darf mit ihnen keine unmittelbare Förderung der Mitglieder erfolgen.

#### 1.1.2. Bemessungsgrundlage der Beihilfen

#### 1.1.2.1.

Bemessung nach der Höhe des Verkaufserlöses

Gemäß § 5 Abs. 1 des Marktstrukturgesetzes betragen die Beihilfen im ersten Jahr bis zu 3%, im zweiten Jahr bis zu 2%, im dritten, vierten und fünften Jahr jeweils bis zu 1% des Verkaufserlöses der von der Anerkennung erfaßten, jährlich nachgewiesenen Erzeugung der Erzeugergemeinschaft.

Der Gesamtbetrag der einer Erzeugergemeinschaft gewährten Beihilfe darf jedoch nicht die Summe der nach vorstehender Bemessungsgrundlage sich für die ersten drei Jahre ergebenden Höchstbeträge übersteigen.

Hier ist die verkaufte Erzeugung zugrunde zu legen, wobei es nicht darauf ankommt, ob der Verkauf der Erzeugnisse durch die Erzeugergemeinschaft oder ob er im Rahmen von individuellen oder generellen Befreiungen von der Verpflichtung, durch die Erzeugergemeinschaft zum Verkauf anbieten zu lassen, durch die einzelnen Erzeuger selbst erfolgt.

Die für den Eigenbedarf bestimmte Erzeugung kann nicht in die Bemessungsgrundlage für die Beihilfenberechnung einbezogen werden.

**1.1.2.2.**

Begrenzung nach der Höhe der Verwaltungskosten einschließlich der Kosten für Beratung und Qualitätskontrolle.

Die Beihilfen sind in ihrer Höhe begrenzt im ersten Jahr auf höchstens 60%, im zweiten Jahr auf höchstens 40%, im dritten, vierten und fünften Jahr jeweils auf höchstens 20% ihrer angemessenen Verwaltungskosten einschließlich der Kosten für Beratung und Qualitätskontrolle — im weiteren hier als Organisationskosten bezeichnet. Dazu zählen die mit der Gründung und dem Tätigwerden der Erzeugergemeinschaft in Verbindung stehenden personellen und sächlichen Kosten, wobei die Angemessenheit zu berücksichtigen ist.

Zu den beihilfefähigen Organisationskosten können insbesondere gezählt werden:

**1.1.2.2.1.**

Gründungskosten;

**1.1.2.2.2.**

Personal- und Reisekosten, soweit diese Kosten der Erzeugergemeinschaft auf Grund ihrer Tätigkeit im Hinblick auf die Anpassung an die Erfordernisse des Marktes zusätzlich entstehen;

**1.1.2.2.3.**

Geschäftskosten, Kosten für Büroeinrichtung, Büromaschinen und -geräte sowie für die Anschaffung von Personenkraftwagen;

**1.1.2.2.4.**

Kosten für die Zusammenfassung des Angebots durch die Erzeugergemeinschaft ausschließlich der Frachten;

**1.1.2.2.5.**

Lagerungskosten, soweit die Lagerung in Verbindung mit der Zusammenfassung des Angebots steht und diese Kosten nicht bei Maßnahmen der Marktregelung berücksichtigt werden. Abschreibungsbeträge für Investitionen sowie mengen- und wertmäßige Lagerungsverluste sind nicht beihilfefähig;

**1.1.2.2.6.**

Kosten für die marktgerechte Aufbereitung des Verkaufserzeugnisses sowie der Verpackung und der Etikettierung, soweit diese Kosten für die betreffenden Erzeugnisse der Mitglieder der Erzeugergemeinschaft über das bisherige Ausmaß hinaus auf Grund der Tätigkeit der Erzeugergemeinschaft im Hinblick auf eine Anpassung an die Erfordernisse des Marktes zusätzlich entstehen. Abschreibungsbeträge für Investitionen sind nicht beihilfefähig;

**1.1.2.2.7.**

Versicherungskosten, soweit das zu versichernde Risiko die Erzeugergemeinschaft betrifft;

**1.1.2.2.8.**

*Kosten des Verkaufs für das Angebot ausschließlich für Frachten;*

**1.1.2.2.9.**

Kosten für die Durchführung der Beratung und Qualitätskontrolle.

Im Rahmen der Anwendung bestimmter Erzeugungs- und Qualitätsregeln die Kosten eines gemeinschaftlich durchgeführten Gesundheitsdienstes sowie bei pflanzlichen Erzeugnissen auch die Kosten für Warndienste. Hierzu rechnen insbesondere die damit in Verbindung stehenden Kosten der Überwachung der Durchführung vorbeugender Gesundheits- und Hygienemaßnahmen. Dabei können unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen Notwendigkeiten auch diejenigen Kosten als beihilfefähig angesehen werden, die sich auf Vorprodukte des Erzeugnisses beziehen, für das die spezielle Erzeugergemeinschaft gebildet ist (darunter fallen z. B. bei einer Erzeugergemeinschaft Schlachtschweine gemeinschaftlich durchzuführende vorbeugende Gesundheits- und Hygienemaßnahmen, die sich auf Ferkel in Mitgliedsbetrieben beziehen, oder bei einer Erzeugergemeinschaft für Wein gemeinschaftlich durchzuführende vorbeugende Maßnahmen zur Schadensverhütung, die sich auf Weintrauben beziehen);

**1.1.2.2.10.**

Beiträge an Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften zu deren Aufwendungen, soweit diese beihilfefähige Zwecke betreffen.

**1.1.2.3.**

Nicht beihilfefähig sind:

**1.1.2.3.1.**

Kosten, die unmittelbar die Erzeugung betreffen. Als solche sind insbesondere anzusehen: Kosten für Saat- und Pflanzgut, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Tiermaterial und dergleichen, Futtermittel, tierärztliche Behandlungs- und Arzneikosten;

**1.1.2.3.2.**

Kreditbeschaffungskosten und Zinsen.

**1.1.2.4.**

Für die Förderung von Erzeugergemeinschaften für fischwirtschaftliche Erzeugnisse sind nicht die vorstehenden Nrn. 1.1.2.1., 1.1.2.2. und 1.1.2.2.1. bis 1.1.2.2.10. maßgebend, sondern Artikel 6 Abs. 2 und 3 der Verordnung (EWG) Nr. 3796/81 des Rates vom 29. Dezember 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 379 S. 1) sowie Artikel 1 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 457/72 der Kommission vom 2. März 1972 über die Abgrenzung des Begriffs der Verwaltungskosten der Erzeugerorganisationen der Fischwirtschaft (ABl. Nr. L 54 vom 3. März 1972, S. 31).

**1.1.3.**

Behandlung anerkannter Erzeugergemeinschaften, die aus Zusammenschlüssen hervorgehen.

**1.1.3.1.**

Die in § 5 Abs. 2 des Marktstrukturgesetzes näher bezeichneten anerkannten Erzeugergemeinschaften können eine Beihilfe nur für solche Aufwendungen erhalten, die ihnen durch eine wesentlich weitergehende Anpassung an die Erfordernisse des Marktes zusätzlich entstehen.

Als wesentlich weitergehende Anpassung an die Erfordernisse des Marktes ist anzusehen:

**1.1.3.1.1.**

die wesentliche quantitative Vergrößerung eines bestehenden Erzeugerzusammenschlusses, der den Absatz nach gemeinsamen Verkaufsregeln vornimmt oder bei dem die zur Veräußerung bestimmten Erzeugnisse durch die Erzeugergemeinschaft zum Verkauf angeboten werden; und/oder

**1.1.3.1.2.**

die wesentliche qualitative Funktionsänderung eines bestehenden Zusammenschlusses durch Einführung gemeinsamer Verkaufsregeln bzw. Einführung des zum Verkauf Anbietens durch die Erzeugergemeinschaft,

**1.1.3.1.3.**

die Einführung bzw. Verschärfung der gemeinsamen Erzeugungs- und Qualitätsregeln, sofern sie mit einer quantitativen Vergrößerung oder einer qualitativen Funktionsänderung im Sinne von Nr. 1.1.3.1.1. bzw. 1.1.3.1.2. verbunden ist.

**1.2. Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften**

**1.2.1. Empfänger der Beihilfen**

Als Empfänger der Beihilfen kommen nur anerkannte Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften in Betracht. Den Vereinigungen können nur anerkannte Erzeugergemeinschaften beitreten.

**1.2.2. Bemessungsgrundlagen der Beihilfen**

**1.2.2.1.**

Bemessung nach der Höhe des Verkaufserlöses.

Für Vereinigungen gilt sinngemäß das gleiche wie für Erzeugergemeinschaften (vgl. Nr. 1.1.2.1.). Dabei sind die Verkaufserlöse der von der Anerkennung erfaßten, jährlich nachgewiesenen Erzeugung der Erzeugergemeinschaften, die der Vereinigung angehören, zugrunde zu legen.

**1.2.2.2.2.**

Begrenzung nach der Höhe der Organisationskosten. Zu den beihilfefähigen Organisationskosten können insbesondere gezählt werden:

**1.2.2.2.2.1.**

die Kosten wie unter den Nrn. 1.1.2.2.1., 1.1.2.2.2., 1.1.2.2.3. und 1.1.2.2.9. in Verbindung mit den Erzeugergemeinschaften angeführt;

**1.2.2.2.2.2.**

sofern eine Vereinigung im Einvernehmen mit ihren Erzeugergemeinschaften die Lagerung, die marktgerechte Aufbereitung des Verkaufserzeugnisses und die Verpackung übernimmt, finden die Bestimmungen der Nrn. 1.1.2.2.5. und 1.1.2.2.6. entsprechend Anwendung.

**1.2.2.2.2.3.**

hat eine Vereinigung mit der Übernahme von unter Nr. 1.2.2.2.2.2. angeführten Tätigkeiten ein Risiko zu tragen, die Kosten einer entsprechenden Risikoversicherung.

**1.2.3.**

Für die Förderung von Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften für fischwirtschaftliche Erzeugnisse sind nicht die vorstehenden Nrn. 1.2.2.1. und 1.2.2.2.2. maßgebend, sondern Artikel 6 Abs. 2 und 3 der Verordnung (EWG) Nr. 3796/81 sowie Artikel 1 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 457/72.

### 1.3. Abgrenzung der Förderung zwischen Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen

§ 5 Abs. 3 des Gesetzes bestimmt, daß für den gleichen Zweck eine Beihilfe nur einmal, entweder der Erzeugergemeinschaft oder der Vereinigung, gewährt werden kann. Damit soll eine Doppelförderung ausgeschlossen werden. Führt also eine Erzeugergemeinschaft Beiträge an die Vereinigung ab, aus denen die Vereinigung ihren Aufwand bestreitet, so können diese Beiträge, soweit sie beihilfefähigen Verwendungszwecken zugeführt werden, nur

— entweder bei den Erzeugergemeinschaften als Ausgaben

— oder bei den Vereinigungen als Kosten

Grundlage für eine Beihilfegewährung sein.

## 2. Investitionsbeihilfen

### 2.1. Erzeugergemeinschaften, Erzeugerorganisationen

#### 2.1.1. Empfänger Beihilfen

Empfänger der Beihilfen können nur anerkannte Erzeugergemeinschaften [1]) im Sinne des Marktstrukturgesetzes, anerkannte Erzeugerorganisationen im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 3796/81 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und anerkannte Erzeugergemeinschaften im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 über die gemeinsame Marktorganisation für Hopfen (ABl. Nr. L 175 vom 4. August 1971, S. 1) sein. Es können also nur Investitionen bezuschußt werden, an denen die vorgenannten Erzeugergemeinschaften oder Erzeugerorganisationen Eigentum erwerben und die durch sie selbst genutzt werden. Eine Weitergabe der Beihilfen an einzelne Mitglieder, auch in Form von Sachzuwendungen, ist ausgeschlossen.

#### 2.1.2. Höhe der Beihilfen

Der Beihilfesatz beträgt bis zu 25% der beihilfefähigen Investitionskosten.

Bei Vorhaben, die zusätzlich eine Förderung nach dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds (EAGFL), Abteilung Ausrichtung, erhalten, beträgt der Zuschuß für den Teil der Investitionen, der gleichzeitig nach diesen Grundsätzen und aus dem EAGFL beihilfefähig ist, jedoch nicht mehr als die Differenz zwischen 35% der nach diesen Grundsätzen beihilfefähigen Kosten des Vorhabens und dem Zuschuß aus dem EAGFL.

---

[1]) Auf Grund des MStrG anerkannte Erzeugergemeinschaften für fischwirtschaftliche Erzeugnisse können in Abweichung von dem generell geltenden siebenjährigen Förderungszeitraum nur in den ersten fünf Jahren nach ihrer Anerkennung Investitionsbeihilfen erhalten.

#### 2.1.3. Beihilfefähige Investitionen

Beihilfefähig sind nur Erstinvestitionen; Ersatzbeschaffungen können nicht bezuschußt werden. Als beihilfefähige Investitionen können insbesondere angesehen werden:

**2.1.3.1.**

Investitionen, die dem Transport zum Zwecke der Zusammenfassung und des Absatzes des gemeinsamen Angebots dienen;

**2.1.3.2.**

Investitionen, die unmittelbar der Anwendung der satzungsgemäßen Erzeugungs- und Qualitätsregeln dienen (z. B. Waagen in der Schweinemast zur Erzielung eines marktgerechten Angebots von Schweinen bestimmter Qualität, Kühlungseinrichtungen für verschiedene pflanzliche und tierische Erzeugnisse);

**2.1.3.3.**

Investitionen für die marktgerechte Aufbereitung oder Verpackung einschließlich Etikettierung des Angebots;

**2.1.3.4.**

Investitionen für die Lagerung des Angebots.

#### 2.1.4. Nicht beihilfefähige Investitionen

Nicht beihilfefähig sind:

**2.1.4.1.**

Anlageinvestitionen, die unmittelbar der Erzeugung dienen. Als solche sind insbesondere anzusehen: Bauten sowie lebendes und totes Inventar;

**2.1.4.2.**

Kosten für Wohnbauten nebst Zubehör und für den Erwerb von Grund und Boden, der nicht für das betreffende Bauvorhaben benötigt wird (sondern z. B. nur für Wohnbauten oder für später durchzuführende Erweiterungsbauten). Auch Kreditbeschaffungskosten, Pachten und Erbbauzinsen haben außer Betracht zu bleiben. Etwa gewährte Rabatte oder Skonti sind von den Kosten vorweg in Abzug zu bringen.

#### 2.2. Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften

Als beihilfefähige Investitionen können — sofern die Vereinigung im Einvernehmen mit ihren Erzeugergemeinschaften die Lagerung, die marktgerechte Aufbereitung und Verpackung übernimmt — angesehen werden:

— Investitionen für die Lagerung der Angebote der angeschlossenen Erzeugergemeinschaften;

— Investitionen für die marktgerechte Aufbereitung oder Verpackung und Etikettierung der Angebote.

Nicht beihilfefähig sind die unter 2.1.4. aufgeführten Kosten.

### 3. Förderung von Unternehmen

#### 3.1. Empfänger der Beihilfen

Als Empfänger der Beihilfen kommen nach Maßgabe der in § 6 Abs. 1 des Gesetzes genannten Voraussetzungen Unternehmen ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform in Betracht, die mittels Lieferverträge in entsprechendem Umfang Erzeugnisse der Erzeugergemeinschaften oder Erzeugerorganisationen aufnehmen und beihilfefähige Investitionen tätigen.

#### 3.2. Beihilfefähige Investitionen

Als beihilfefähige Investitionen sind solche anzusehen, die der Verbesserung der Qualität und des Absatzes des oder der Erzeugnisse dienen, die Gegenstand der Lieferverträge sind.

Dazu zählen insbesondere Investitionen, die der Lagerung, Kühlung, Sortierung, marktgerechten Aufbereitung, Verpakkung oder Etikettierung dienen, soweit sie unmittelbar Erzeugnisse betreffen, die in der Anhangliste [1]) aufgeführt sind. Es zählen weiter dazu Investitionen, die der Be- oder Verarbeitung des oder der Rohprodukte dienen, über die mit Erzeugergemeinschaften Lieferverträge geschlossen sind, soweit das betreffende Be- und Verarbeitungserzeugnis, zu dessen Herstellung die Investition getätigt wird, in der Anhangsliste [1]) des Gesetzes aufgeführt ist. (So können z. B. Maschinen oder Anlagen für die Herstellung von Butter oder Käse gefördert werden, wenn in entsprechendem Umfang mit Erzeugergemeinschaften Lieferverträge über Milch abgeschlossen sind. Es können dagegen beispielsweise nicht Investitionen gefördert werden, die unmittelbar mit der Herstellung von Kondensmilch in Verbindung stehen, weil Kondensmilch in der Anhangliste des Gesetzes nicht erfaßt ist.)

[1]) Bei Lieferverträgen mit Erzeugerorganisationen der Fischwirtschaft müssen die Investitionen Erzeugnisse betreffen, die in Artikel 1 Abs. 2 der VO (EWG) Nr. 105/76 des Rates vom 19. Januar 1976 über die Anerkennung der Erzeugerorganisation der Fischwirtschaft (Abl. Nr. L 20, S. 39) aufgeführt sind.

Nicht beihilfefähig sind die Investitionen für Vertriebsfahrzeuge sowie die unter Nr. 2.1.4. aufgeführten Kosten.

#### 3.3. Höhe der Beihilfen

Der Beihilfesatz beträgt bis zu 25% der beihilfefähigen Investitionskosten. Satz 2 der Nr. 2.1.2. gilt entsprechend.

Eine Investition ist u. a. erst dann als der Verbesserung der Marktstruktur dienend anzusehen, wenn mindestens zwei Fünftel der durch die Investition geschaffenen Kapazität durch über Lieferverträge gebundene Erzeugnisse von Erzeugergemeinschaften ausgelastet werden.

Der Beihilfesatz ist auf den anteiligen Wert der Investition zu beziehen, der durch Erzeugnisse ausgelastet wird, die über die Lieferverträge mit Erzeugergemeinschaften gebunden sind.

### 4. Allgemeine Bestimmungen

#### 4.1. Ausschluß der Doppelförderung

Investitionen, die auf Grund anderer Maßnahmen des Bundes und/oder der Länder, die auf die Verbesserung der Marktstruktur gerichtet sind, bezuschußt werden, dürfen nicht nach dem Marktstrukturgesetz gefördert werden.

Das gilt hinsichtlich der Startbeihilfen sinngemäß.

#### 4.2. Beginn der Förderung

Erzeugergemeinschaften und Vereinigungen können Startbeihilfen für solche Aufwendungen erhalten, die vom Tage der Erfüllung der Anerkennungsvoraussetzungen, jedoch nicht vor Eingang des Antrags auf Anerkennung bei der zuständigen Behörde entstanden sind. Gründungskosten sind unabhängig davon beihilfefähig.

Das erste Förderungsjahr beginnt mit dem Tag der Anerkennung.

## Grundsätze für die Förderung von EG-Erzeugerorganisationen

*Hinweis:*

1. Maßnahmen aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse

   Die Förderung von Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse richtet sich unmittelbar nach dieser Verordnung (Amtsblatt der EG L 118/1) und dem dazugehörigen EG-Folgerecht, insbesondere der Verordnung (EWG) Nr. 3284/83 (Amtsblatt L 325/1 vom 22. November 1983).

2. Maßnahmen aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 3796/81 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse

Die Förderung von Erzeugerorganisationen für fischwirtschaftliche Erzeugnisse richtet sich unmittelbar nach der Verordnung (EWG) Nr. 3796/81 (Amtsblatt der EG L 379/1 vom 31. Dezember 1981) und dem dazugehörigen EG-Folgerecht.

## Grundsätze für die Förderung wasserwirtschaftlicher und kulturbautechnischer Maßnahmen

### 1. Zuwendungszweck

**1.1.**

Zur Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft und der Entwicklung des ländlichen Raumes können wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen gefördert werden.

### 2. Gegenstand der Förderung

**2.1.**

Als wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen sind förderungsfähig:

**2.1.1.**

Vorarbeiten;

**2.1.2.**

Ausgleich des Wasserabflusses,

**2.1.2.1.**

Talsperren,

**2.1.2.2.**

Hochwasserrückhaltebecken, Speicherbecken, Seen, Teiche,

**2.1.2.3.**

Anlagen zur Wasserüberleitung in wasserarme Flußgebiete,

**2.1.2.4.**

Anlagen zur Grundwasseranreicherung;

**2.1.3.**

Schutz gegen die zerstörende Wirkung von Wasser und Wind,

**2.1.3.1.**

Wildbachverbauung einschließlich der Sanierung der Einzugsgebiete mit vorrangig ingenieurbiologischen Methoden,

**2.1.3.2.**

Gewässerausbau zur Verhütung von Hochwasserschäden, so naturnah wie möglich.

**2.1.3.3.**

Maßnahmen gegen den Bodenabtrag durch Wasser und Wind einschließlich Schutzpflanzungen;

**2.1.4.**

Neubau und Befestigung von ländlichen Wegen,

**2.1.4.1.**

Verbindungswege,

**2.1.4.2.**

Landwirtschaftliche Wege;

**2.1.5.**

Zentrale Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen in ländlichen Gemeinden,

**2.1.5.1.**

Wasserversorgungsanlagen,

**2.1.5.2.**

Abwasseranlagen,

**2.1.5.3.**

Anlagen zur Aufbereitung und landwirtschaftlichen Verwertung von Abfällen und Klärschlamm.

**2.1.6.**

Infolge der Ausführung wasserwirtschaftlicher und kulturbautechnischer Vorhaben notwendige andere Maßnahmen, insbesondere Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

2.2.

Eingeschränkte Förderung

2.2.1.

Als wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen dürfen grundsätzlich nicht gefördert werden:

2.2.1.1.

Entwässerung,

2.2.1.2.

Bewässerung,

2.2.1.3.

Landbautechnische Maßnahmen, insbesondere der Tiefumbruch von Grünland, die Umwandlung von Grünland in Acker und gegebenenfalls dessen anschließende Entwässerung sowie die Umwandlung von Ödland in landwirtschaftliche Nutzfläche und gegebenenfalls deren anschließende Entwässerung,

2.2.1.4.

Dränungen und landbautechnische Maßnahmen dürfen nur in den Gebieten der Programme „Emsland", „Küstenplan" und „Nord" sowie bei Vorhaben mit gleichzeitiger Förderung nach der VO (EWG) Nr. 1938/81 gefördert werden.

2.2.2.

Vorarbeiten sind nur Zweckforschungen, Untersuchungen und Erhebungen, soweit es keine gewässerkundlichen Daueraufgaben sind. Sie werden gefördert, wenn sie den unter Nr. 2.1. genannten Maßnahmen dienen.

2.2.3.

Der Ausbau von Fließgewässern darf grundsätzlich nur gefördert werden, wenn naturnahe Ausbauverfahren angewandt werden. Dabei soll die Verbesserung der Selbstreinigungskraft der Gewässer berücksichtigt werden. Der Erwerb von Randstreifen entlang der Gewässer sowie die Anlage von Schutzpflanzungen auf diesen Streifen sind dabei förderungsfähig.

2.2.4.

Schutzpflanzungen in Verbindung mit Meliorationen werden gefördert, wenn sie zum Schutz gegen Bodenabtrag und Austrocknung durch Wind sowie gegen örtliche Kaltluft und Windfröste erstmals angelegt werden.

2.2.5.

Aufforstungen in Verbindung mit Meliorationen werden gefördert als Erstaufforstungen von Ödland und ertragsarmen Böden, z. B. Grenzertragsböden; Weihnachtsbaumkulturen und die Umwandlung von Nieder- in Hochwald sind keine Aufforstungen im Sinne dieser Grundsätze.

2.2.6.

Der Neubau befestigter Verbindungswege und landwirtschaftlicher Wege oder die Befestigung vorhandener, bisher nicht oder nicht ausreichend befestigter Verbindungswege und landwirtschaftlicher Wege einschließlich der dazugehörigen Brücken

— in ländlichen Gemeinden, in denen vor einer Förderung ein ausgebautes Wegenetz von weniger als 1,2 km je 100 ha LN vorhanden ist und die Förderung den Ausbau nicht über 1,5 km je 100 ha LN ansteigen läßt. Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen,

— bei Vorhaben, die gleichzeitig nach der VO (EWG) Nr. 1938/81 (EG-Sonderprogramm) gefördert werden,

und zwar:

Wege zwischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebsstätten und den dazugehörigen Nutzflächen und zur Aufschließung dieser Nutzflächen;

Wege, durch die Gehöfte oder Gruppen von solchen erstmalig eine jederzeit befahrbare Verbindung mit dem festen Wegenetz erhalten (Verbindungswege);

kurze Ortsausfahrten, wenn sie im Zusammenhang mit einem Ausbau ländlicher Wege stehen; sie dürfen 10% der Gesamtlänge des jeweiligen Weges nicht überschreiten und höchstens 100 m betragen;

Wegebefestigungen landwirtschaftlicher Wege mit geschlossenen Decken sind weitestgehend zu vermeiden.

2.2.7.

Zentrale Wasserversorgungsanlagen nur in ländlichen Gemeinden; das sind Gemeinden, ihre Ortsteile oder Ortschaften, die keinen überwiegend städtischen oder gewerblichen Charakter haben. Beim Bau zentraler Wasserversorgungsanlagen ist der Erwerb von Flächen, die zum Schutz des für die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung benötigten Grundwassers erforderlich sind, förderungsfähig. Bei Grundstückszuleitungen für landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 50 m Länge sind die Kosten für die über 50 m hinausgehenden Längen, jedoch höchstens

bis zu einer Gesamtlänge von 800 m, förderungsfähig.

**2.2.8.**

Unbare Leistungen (Hand- und Spanndienste der Beteiligten) sind bis zu dem Aufwand förderungsfähig, der sich bei der Vergabe der Arbeiten an einen Unternehmer ergeben würde, abzüglich eines angemessenen Unternehmerzuschlages. Sachleistungen dürfen höchstens mit 80% der für diese Leistungen zu angemessenen Preisen veranschlagten Kosten berücksichtigt werden.

**2.2.9.**

Werkzeug und Kleingeräte, die für Regiearbeiten verbraucht werden, sind förderungsfähig.

**2.2.10.**

Nebeneinkünfte, die bei einem geförderten Bauvorhaben für den Träger wiederkehrend zu erwarten sind, sind bei der finanziellen Förderung angemessen zu berücksichtigen.

**2.2.11.**

Betriebsgebäude, Bauhöfe, Dienst- und Werkdienstwohnungen und Garagen sind nur förderungsfähig, soweit sie in einem räumlichen und funktionellen Zusammenhang mit dem Vorhaben stehen und für dieses zwingend erforderlich sind.

**2.3.**

Von der Förderung sind ausgeschlossen:

**2.3.1.**

Wasserversorgungs- und Kanalisationsleitungen zur Erschließung neuer oder geplanter Siedlungs- und Industriegebiete;

Kanalisationsleitungen, die nicht Bestandteil einer zentralen Abwasseranlage sind oder die Abwässer einleiten sollen, für die zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Kanalisation keine Abwasserbehandlungsanlage vorhanden ist, die die Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer nach § 7a WHG erfüllt;

Auswechslungen veralterter Anlagen oder Anlagenteile, sofern diese als Erneuerungsarbeiten durchgeführt werden;

Grundstückszuleitungen ab Rohrleitungsnetz bzw. Grundstücksentwässerungsleitungen bis Kanalnetz, mit Ausnahme der Grundstückszuleitungen für landwirtschaftliche Betriebe.

**2.3.2.**

Straßen mit überörtlicher Verkehrsbedeutung sowie Straßen und Wege innerhalb der Ortsbebauung und innerhalb vorhandener oder geplanter Siedlungs- und Industriegebiete;

sonstige Wege im ländlichen Raum, insbesondere Fußwege, Radwege und Reitwege.

**2.3.3.**

Der Bau von Verwaltungsgebäuden.

**2.3.4.**

Die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, Geräten für die Bauausführung und Fachliteratur.

**2.3.5.**

Unterhaltung und spätere Pflege von wasserwirtschaftlichen und kulturbautechnischen Anlagen und das dazu benötigte Material.

## 3. Zuwendungsempfänger

**3.1.**

Zuwendungsempfänger können sein das Land und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Begünstigte können außerdem Körperschaften des öffentlichen Rechts sein, die Mitglieder der Träger sind; in diesem Falle können den Trägern die zur Durchführung der Vorhaben notwendigen Mittel als Kapitaleinlage zur Verfügung gestellt werden.

**3.2.**

Die Zuwendungsempfänger dürfen die Förderungsmittel mit Ausnahme der Mittel für Vorarbeiten nicht an natürliche Personen und juristische Personen des Privatrechts weitergeben oder ausleihen.

Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann in begründeten Einzelfällen für juristische Personen Ausnahmen zulassen, wenn dadurch sichergestellt wird, daß ein Vorhaben wirtschaftlich günstiger durchgeführt werden kann.

## 4. Zuwendungsvoraussetzungen

**4.1.**

Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß die geförderten

— Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung,

— technischen Einrichtungen, Maschinen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Verwendungszweck entsprechend verwendet werden.

**4.2.**

Vorteile Dritter aus Folgemaßnahmen sind durch Beiträge angemessen zu berücksichtigen.

**4.3.**

Die landschaftsökologischen Wirkungen der Maßnahmen sind zu beachten.

**4.4.**

Bei der Durchführung wasserwirtschaftlicher und kulturbautechnischer Maßnahmen sind die Ergebnisse der wasserwirtschaftlichen Rahmenplanung und der agrarstrukturellen Vorplanung sowie die Erfordernisse des Umwelt- und Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.

### 5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

**5.1.**

Die förderungsfähigen Kosten für das Vorhaben setzen sich zusammen aus

— den Kosten für Bauentwurf, Bauoberleitung und örtliche Bauleitung sowie sonstige Leistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI)

— den Baukosten sowie

— den Kosten für Grunderwerb und Nutzungsentschädigung.

**5.2.**

Bei der Ermittlung der förderungsfähigen Kosten ist von den Baukosten auszugehen, die nach Abzug von Leistungen Dritter auf Grund besonderer Verpflichtungen und der übrigen nicht förderungsfähigen Kosten verbleiben.

**5.3.**

Der Begünstigte darf nicht geringer belastet werden, als ihm unter Berücksichtigung aller Vorteile zugemutet werden kann. Eigenleistungen des Begünstigten sind bare Eigenmittel, Darlehen und der Wert der unbaren Leistungen.

**5.4.**

Veräußerungsgewinne, die beim Verkauf kultivierter im Eigentum des Bauträgers stehenden Ödländereien oder ertragsarmer Flächen entstehen, sind von den förderungsfähigen Kosten abzusetzen.

**5.5.**

Die Förderung durch Zuschüsse soll für eine Maßnahme 70% der förderungsfähigen Kosten nicht übersteigen. Abweichend hiervon gelten für folgende Maßnahmen bzw. Teilmaßnahmen nachstehende Höchstsätze:

Dränung 30%,
Beregnung 50%.
Landbautechnische Maßnahmen 30%,
Ländlicher Wegebau gemäß Nr. 2.2.6. erstes Tiret 40%.

Die nach dem Landesrecht zuständige Behörde kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen, jedoch nicht hinsichtlich der Höchstsätze für Dränung, Beregnung, landbautechnische Maßnahmen und ländlicher Wegebau gemäß Nr. 2.2.6. erstes Tiret.

Ist das Land auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen Begünstigter oder zur Zahlung der Baukosten verpflichtet, werden 60% der ihm anfallenden förderungsfähigen Kosten vom Bund erstattet.

## Grundsätze für die Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen

### Zuwendungszweck

Zur Unterstützung einer beständigen Entwicklung der Forstwirtschaft können folgende Maßnahmen gefördert werden, die der Sicherung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes sowie der Verbesserung der Produktions-, Arbeits- und Absatzbedingungen in der Forstwirtschaft dienen:

A. Waldbauliche Maßnahmen und sonstige forstwirtschaftliche Investitionen (Nr. 1-5)

B. Forstwirtschaftlicher Wegebau (Nr. 6-10)

C. Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse (Nr. 11 bis 15).

### A. Förderung waldbaulicher Maßnahmen und sonstiger forstwirtschaftlicher Investitionen

### 1. Gegenstand der Förderung

**1.1.**

Vorarbeiten; Untersuchungen, Analysen und gutachtliche Stellungnahmen zur Beurteilung von Düngungsmaßnahmen sowie Erhebungen, die der Vorbereitung

von Maßnahmen nach den Nrn. 1.2 bis 1.5, 1.7 bis 1.9 sowie Nr. 1.12 dienen.

**1.2.**

Aufforstung von bisher nicht forstwirtschaftlich genutzten Flächen (Erstaufforstung):

— Saat und Pflanzung (einschließlich Kulturvorbereitung);

— Schutz der Kultur gegen Wild;

— Sicherung der Kultur während der ersten fünf Jahre.

**1.3.**

Schutzpflanzungen (mindestens dreireihig) und Feldgehölze.

Mit der Anlage von Schutzpflanzungen soll zugleich auch ein Nutzholzertrag angestrebt werden; im einzelnen gilt Nr. 1.2 entsprechend.

**1.4.**

Umbau in standortgerechten Hochwald (einschl. Naturverjüngung);

im einzelnen gilt Nr. 1.2 entsprechend.

**1.4.1.**

Umbau nicht standortgerechter Bestockungen.

Eine Förderung erfolgt nur, sofern die zum Umbau anstehenden Bestände 70 % ihres Umtriebsalters noch nicht erreicht haben; diese Einschränkung gilt nicht für durch Wurf, Bruch oder sonstige Naturereignisse sowie durch Waldbrand geschädigte, instabile Bestände. Die Förderung schließt Maßnahmen zur Sicherung gegen Wind, Schnee und Feuer ein.

**1.4.2.**

Umbau ertragsschwacher Bestockungen soweit keine ökologische Verschlechterung zu erwarten ist. Nr. 1.4.1 gilt entsprechend.

**1.4.3.**

Umbau oder Erneuerung überalterter oder instabiler Wälder mit Schutzfunktionen.

**1.5.**

Maßnahmen aufgrund neuartiger Waldschäden sowie aufgrund von Schadensereignissen unter überwiegender Mitbeteiligung neuartiger Waldschäden:

**1.5.1.**

Vor- und Unterbau (einschl. Naturverjüngung) in lükkigen oder verlichteten Beständen und Bestandsrändern;

im einzelnen gilt Nr. 1.2 entsprechend.

**1.5.2.**

Bodenschutz- und Meliorationsdüngung,

wenn dadurch eine strukturelle Verbesserung der Bodenstreu, des Bodens oder des Nährstoffhaushalts erzielt wird und damit eine Verbesserung der Widerstandskraft der Bestände erwartet werden kann;

Voraussetzung für die Förderung ist, daß eine gutachtliche Stellungnahme die Zweckmäßigkeit und Unbedenklichkeit der geplanten Düngungsmaßnahme bestätigt; gegebenenfalls ist eine Boden- oder eine Blatt- bzw. Nadelanalyse durchzuführen.

**1.5.3.**

Wiederaufforstung (einschl. Naturverjüngung) mit dem Ziel, die betroffenen Waldflächen, deren gegenwärtige Bestände nicht mehr lebensfähig sind, in Bestockung zu halten und die Leistungsfähigkeit der neu zu begründenden Bestände zu verbessern;

im einzelnen gilt Nr. 1.2 entsprechend.

**1.6.**

Nachbesserungen (Saat- und Pflanzung), wenn in den beiden ersten Jahren nach Aufforstung, Umbau, Anlage von Schutzpflanzungen und Feldgehölzen, Vor- und Unterbau sowie Wiederaufforstung bei den Kulturen infolge ungewöhnlicher Witterungsbedingungen Ausfälle in Höhe von mehr als 40 % der Pflanzenzahl aufgetreten sind.

**1.7.**

Pflegemaßnahmen in Jungwüchsen aus Erstaufforstung;

einmal in der Zeit nach Sicherung der Kultur bis zum Eintritt in die Jungbestandsphase.

**1.8.**

Waldbauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur von Jungbeständen einmal im Bestandsleben mit dem Ziel, diese an Standort und Bestockungsziel anzupassen sowie die Sicherheit und Wertleistung der Bestände zu erhöhen.

Bei Flächen mit neuartigen Waldschäden ist eine mehrmalige Förderung möglich, sofern dies zur Wiederherstellung der Strukturen erforderlich ist. Dies

gilt auch für von neuartigen Waldschäden akut bedrohte Flächen.

Als Jungbestände gelten:

- Nadelbaumbestände bis zu einem Bestandesalter von 40 Jahren,
- Laubbaumbestände bis zu einem Bestandesalter von 60 Jahren.

Die Länder können anstelle des vorbezeichneten Altersrahmens einen entsprechenden mittleren Brusthöhendurchmesser, eine entsprechende Oberhöhe oder ein anderes vergleichbares Kriterium wählen.

**1.9.**

Wertästung

**1.10.**

Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege,

die infolge der Ausführung waldbaulicher Vorhaben notwendig werden.

**1.11.**

Sonstige forstwirtschaftliche Investitionen

Erstinvestitionen für geeignete Einrichtungen und Anlagen zur langfristigen Lagerung von Holz und der dafür erforderlichen konservierenden Behandlung mit dem Ziel, den Absatz von Holz, insbesondere bei Zwangseinschlägen, zu rationalisieren und damit die Forstbetriebe zu stabilisieren.

**1.12.**

Trennung von Wald und Weide,

wenn sie der Freistellung des Waldes von der Viehweide dient. Sie umfaßt die Ablösung von Weideberechtigungen oder die ersatzweise Bereitstellung von Weideflächen.

## 2. Von der Förderung sind ausgeschlossen:

Unterhaltung und spätere Pflege von Viehweiden, Schutzpflanzungen und Feldgehölzen.

## 3. Zuwendungsempfänger

**3.1.**

Land- und forstwirtschaftliche Unternehmer im Sinne des § 1 Abs. 3 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte (GAL);

**3.2.**

Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse im Sinne des Gesetzes zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz) vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), wenn sie die Vorhaben im Auftrag und für Rechnung ihrer Mitglieder ausführen;

**3.3.**

Teilnehmergemeinschaften nach dem Flurbereinigungsgesetz.

**3.4.**

Sonstige Betriebsinhaber oder Grundbesitzer, außer Bund und Länder, deren Vorhaben im Interesse einer Verbesserung der Agrar-, Forst- oder Landschaftsstruktur der Förderung bedürfen, insbesondere wenn die Maßnahmen wegen der Gemenge- oder Zusammenlage der Grundstücke mit anderen Grundstücken geschlossen durchgeführt werden müssen.

Von den kommunalen Gebietskörperschaften werden nichtländliche Gemeinden oder Gemeindeverbände nur gefördert als Mitglieder forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse. Ihr Anteil an der Mitgliedsfläche darf jedoch den Gesamtflächenanteil der übrigen Mitglieder nicht wesentlich übersteigen. Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann bei Maßnahmen aufgrund neuartiger Waldschäden in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen.

Der Anteil nichtländlicher Gemeinden oder Gemeindeverbände an der Fördersumme je Antrag eines forstwirtschaftlichen Zusammenschlusses darf grundsätzlich nicht überwiegen.

Sonstige juristische Personen werden nur gefördert, wenn diese zum Zeitpunkt der Antragstellung den überwiegenden Teil ihres Erwerbs aus der Nutzung der von ihnen allein oder gemeinsam betriebenen Land- oder Forstwirtschaft ziehen.

## 4. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

### 4.1. Art der Zuwendung

Die Zuwendung wird in Form eines einmaligen Zuschusses gewährt.

**4.2.**

Umfang der Zuwendung

**4.2.1.**

Förderungsfähig sind die nachgewiesenen Kosten.

Auf den Kostennachweis kann verzichtet werden, wenn die Länder die förderungsfähigen Kosten nach durchschnittlichen Erfahrungssätzen festsetzen.

**4.2.2.**

Eigenleistungen der Zuwendungsempfänger, seiner Familienangehörigen und seiner Arbeitskräfte sind förderungsfähig bis zu 80 % der Kosten, die sich bei Vergabe der Arbeiten an Unternehmer oder bei Durchführung der vergleichbaren Arbeiten im Staatswald ergeben würden;

**4.2.3.**

Sachleistungen der Zuwendungsempfänger sind förderungsfähig bis zu 80 % des Marktwertes.

**4.2.4.**

Die förderungsfähigen Kosten vermindern sich um die Zuschüsse und Sachleistungen Dritter aufgrund besonderer Verpflichtungen. Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann bei Maßnahmen aufgrund neuartiger Waldschäden in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen.

**4.2.5.**

Bei Wiederaufforstungen von Flächen, deren Vorbestände 60 % ihrer Umtriebszeit erreicht hatten oder älter waren, werden nur bis zu 80 % der unter Berücksichtigung von 4.2.1 bis 4.2.4 ermittelten Kosten als förderungsfähig anerkannt. Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen.

**4.3.**

Höhe der Zuwendung

Zu den förderungsfähigen Kosten können folgende Zuschüsse gewährt werden:

**4.3.1.**

Bis zu 80 % für alle Vorarbeiten nach Nr. 1.1. sowie für den Zaunbau zur Einleitung der Naturverjüngung nach den Nrn. 1.4., 1.5.1 und 1.5.3;

**4.3.2.**

bis zu 85 % bei der Anlage von Schutzpflanzungen und Feldgehölzen sowie bei Aufforstung, Umbau, Vor- und Unterbau, Wiederaufforstungen und Nachbesserungen, wenn es sich um Laubbaumkulturen einschließlich bis zu 20 % Nadelbaumanteilen handelt;

**4.3.3.**

bis zu 70 % bei Aufforstung, Umbau-, Vor- und Unterbau, Wiederaufforstungen und Nachbesserungen, wenn es sich um Misch- oder Tannenkulturen handelt, bei der Trennung von Wald und Weide;

**4.3.4.**

bis zu 50 % bei Aufforstung, Umbau-, Vor- und Unterbau, Wiederaufforstungen und Nachbesserungen, wenn es sich um Kulturen einer Nadelbaumart (außer Ta) handelt, bei Pflegemaßnahmen in Jungwüchsen aus Erstaufforstung, bei Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur von Jungbeständen und bei der Wertästung;

**4.3.5.**

bis zu 80 % bei Düngung;

**4.3.6.**

bis zu 40 % bei Investitionen im Rahmen sonstiger forstwirtschaftlicher Maßnahmen.

## 5. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

**5.1.**

Waldbauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur von Jungbeständen werden nur gefördert bei Betrieben mit einem Einheitswert für die forstwirtschaftliche Nutzung bis zu 100 000 DM. Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann bei Flächen mit neuartigen Waldschäden oder bei Betrieben mit überdurchschnittlicher Ausstattung mit Jungbeständen in begründeten Einzelfällen Aus-nahmen zulassen.

**5.2.**

Die Förderung von sonstigen forstwirtschaftlichen Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß die geförderten

- Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung,
- Maschinen, technischen Einrichtungen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet werden.

## B. Förderung des forstwirtschaftlichen Wegebaus

### 6. Gegenstand der Förderung

**6.1.**

Vorarbeiten; das sind Zweckforschungen und Erhebungen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Wegebauprojekt einschließlich der Prüfung seiner landschaftsökologischen Auswirkungen.

**6.2.**

Neubau forstwirtschaftlicher Wege sowie die Befestigung bisher nicht oder nicht ausreichend befestigter forstwirtschaftlicher Wege einschließlich der dazugehörigen notwendigen Anlagen:

- Bauentwürfe, Bauausführung, Bauoberleitung u. örtl. Bauleitung
- Werkzeuge und Kleingeräte für Regiearbeiten.

**6.2.1.**

Wege zwischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebsstätten und den dazugehörigen Nutzflächen.

**6.2.2.**

Wege zur Aufschließung dieser Nutzflächen sowie zu deren Anschluß an das öffentliche Straßen- und Wegenetz.

**6.3.**

Maßnahmen der Landschaftspflege und Landschaftsgestaltung, die infolge des Baues forstwirtschaftlicher Wege notwendig werden.

### 7. Von der Förderung sind ausgeschlossen:

**7.1.**

Straßen mit überörtlicher Verkehrsbedeutung sowie Straßen und Wege innerhalb vorhandener oder geplanter Siedlungs- und Industriegebiete, Fuß-, Rad- und Reitwege.

**7.2.**

Unterhaltung und spätere Pflege von forstwirtschaftlichen Wegen und der dazugehörigen notwendigen Anlagen sowie das dazu benötigte Material.

### 8. Zuwendungsempfänger

Körperschaften des öffentlichen Rechts, forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse im Sinne des Bundeswaldgesetzes, wenn sie satzungsgemäß dazu geeignet sind, oder das Land als Träger eines Vorhabens im Körperschafts- oder Privatwald.

### 9. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

**9.1.**

Art der Zuwendung

Die Zuwendung wird in Form eines einmaligen Zuschusses gewährt.

**9.2.**

Umfang der Zuwendung

Folgende Kosten sind förderungsfähig:

**9.2.1.**

Die Baukosten, die nach Abzug von Leistungen Dritter aufgrund besonderer Verpflichtungen und der übrigen nicht förderungsfähigen Kosten verbleiben.

**9.2.2.**

Eigenleistungen des Zuwendungsempfängers können bis zu dem Aufwand gefördert werden, der sich bei der Vergabe der Arbeiten an einen Unternehmer, abzüglich eines angemessenen Unternehmerzuschlages, ergeben würde.

**9.2.3.**

Sachleistungen der Zuwendungsempfänger dürfen höchstens mit 80 % der für diese Leistungen veranschlagten Kosten berücksichtigt werden.

**9.3.**

Höhe der Zuwendung

Die Förderung durch Zuschüsse soll für eine Maßnahme 70 % der förderungsfähigen Aufwendungen nicht übersteigen. Das Land kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen.

### 10. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

**10.1.**

Bevorzugt zu fördern sind Wegebauten, wenn damit gleichzeitig ein freiwilliger Landtausch unter Beteiligung mehrerer land- und forstwirtschaftlicher Vollerwerbsbetriebe ermöglicht wird.

**10.2.**

Bei der Durchführung der Maßnahme sind die Ergebnisse der forstlichen Rahmenplanung oder — soweit diese nicht vorliegt — die der agrarstrukturellen Vorplanung und die der Landschaftsplanung zu berücksichtigen.

**10.3.**

Wegebefestigungen mit Schwarz- und Betondecken sind grundsätzlich nicht förderungsfähig.

**10.4.**

Werden durch eine forstwirtschaftliche Wegebaumaßnahme andere Baumaßnahmen zwingend notwendig, so können diese im unabwendbar erforderlichen Umfang ebenfalls gefördert werden (Veranlassungsprinzip). Vorteile Dritter aus Folgemaßnahmen sind durch Beiträge angemessen zu berücksichtigen.

## C. Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse

### 11. Gegenstand der Förderung

**11.1.**

Erstinvestitionen:

**11.1.1.**

Die erstmalige Beschaffung von Geräten, Maschinen und Fahrzeugen, für forstliche Betriebsarbeiten, einschließlich Transport von Rohholz und Be- und Verarbeitung einfachster Art.

**11.1.2.**

Die erstmalige Beschaffung von Fahrzeugen (Kleintransporter oder Kombiwagen) für den Transport von Waldarbeitskräften, Geräten, Werkzeugen, Maschinen und Hilfsstoffen zum und vom Arbeitsort sowie die erstmalige Beschaffung von beweglichen Schutzhütten und Waldarbeiterschutzwagen;

**11.1.3.**

Die erstmalige Anlage von Holzaufarbeitungs- und Lagerplätzen sowie Holzhöfen einschließlich geeigneter technischer Einrichtungen;

**11.1.4.**

Die erstmalige Erstellung von Betriebsgebäuden (Unterstellräume für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Hilfsstoffe, Werkstätten, Hütten in Pflanzgärten);

**11.2.**

Verwaltung und Beratung:

**11.2.1.**

Die angemessenen Kosten für die Verwaltung und für die Beratung der Mitglieder. Dazu gehören:

- Gründungskosten;
- Personal- und Reisekosten;
- Geschäftskosten, einschließlich Büroeinrichtung, -maschinen und -geräte;
- Versicherungskosten, soweit das zu versichernde Risiko den forstwirtschaftlichen Zusammenschluß betrifft;
- Kosten für die Fortbildung der Beratungskräfte einschließlich der Beschaffung von Lehrmitteln;
- Kosten des Angebots und des Verkaufs ausschließlich der Frachten;
- Mehrkosten, die in Verbindung mit der Zusammenfassung des Holzangebots stehen (ausgenommen die Kosten für die Holzernte, Holzbringung und die Gewinnung sonstiger Forsterzeugnisse);

### 12. Von der Förderung sind ausgeschlossen:

**12.1.**

Abschreibungen für Investitionen;

**12.2.**

Personal- und Reisekosten, soweit sie nicht bei den forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen selbst anfallen (sondern z. B. bei den Landwirtschaftskammern);

**12.3.**

Kosten, die unmittelbar die Erzeugung betreffen und sonstige Betriebsausgaben. Nr. 11.2.1, letzter Anstrich, bleibt unberührt.

**12.4.**

Die anteiligen Investitions-, Verwaltungs- und Beratungskosten angegliederter Forstbetriebe des Bundes und der Länder sowie nichtländlicher Gemeinden und Gemeindeverbände. Als Maßstab gilt die Mitgliedsfläche. Für die nichtländlichen Gemeinden und Gemeindeverbände gilt Nr. 3.4 entsprechend.

**12.5.**

Investitionen, die von einzelnen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben vorgenommen werden;

**12.6.**

Investitionen nach den Nrn. 11.1.1 und 11.1.2 — mit Ausnahme der erstmaligen Beschaffung von beweglichen Schutzhütten und Waldarbeiterschutzwagen —, wenn es sich nicht um neue und neuzeitliche Geräte, Maschinen, Fahrzeuge sowie gewerblich gefertigte Einrichtungen oder Einrichtungsteile handelt;

**12.7.**

Aufwendungen im Zusammenhang mit Investitionen nach den Nrn. 11.1.3 und 11.1.4 für Wohnbauten, Werkwohnungen oder Verwaltungsräume und für den Erwerb von Grund und Boden, der nicht für das betreffende Vorhaben benötigt wird (sondern z. B. nur für Wohnbauten, Werkwohnungen oder Verwaltungsräume oder für spätere durchzuführende Erweiterungsbauten);

**12.8.**

Kreditbeschaffungskosten, Pachten, Erbbauzinsen und vergleichbare Aufwendungen;

**12.9.**

Aufwendungen für Ersatzbeschaffungen einschließlich der Ersatzteile. Die Beschaffung von Geräten, Maschinen, Fahrzeugen und sonstigen technischen Einrichtungen mit wesentlichen technischen Neuerungen oder mit wesentlich verbesserter Leistung sind keine Ersatzbeschaffungen;

### 13. Zuwendungsempfänger

Anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse im Sinne von § 41 Absatz 5 Nr. 1 des Gesetzes zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz) vom 2. Mai 1975 (BGBl I S. 1037) sowie nach dem Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse vom 1. September 1969 (BGBl. I S. 1543).

### 14. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

**14.1.**

Art der Zuwendung

Die Zuwendung wird in Form eines einmaligen Zuschusses gewährt.

**14.2.**

Umfang der Zuwendung

**14.2.1.**

Förderungsfähig sind die nachgewiesenen Kosten.

**14.2.2.**

Eigenleistungen und Sachleistungen bei der erstmaligen Anlage von Holzaufarbeitungs- und Lagerplätzen, von Holzhöfen einschließlich geeigneter technischer Einrichtungen sowie bei der erstmaligen Erstellung von Betriebsgebäuden können bis zu 15 % der anerkannten Bausumme berücksichtigt werden, soweit sie an Hand prüfungsfähiger Unterlagen nachgewiesen werden.

**14.3.**

Höhe der Zuwendung

**14.3.1.**

Der Förderungssatz für Erstinvestitionen beträgt bis zu 40 % der förderungsfähigen Kosten.

**14.3.2.**

Der Förderungssatz für Kosten der Verwaltung und Beratung beträgt in den ersten zehn Jahren der Förderung bis zu 40 %, in den folgenden fünf Jahren bis zu 30 % und für weitere fünf Jahre bis zu 20 % der förderungsfähigen Kosten.

*Im Anschluß an die Förderung nach Absatz 1 kann die 20%ige Bezuschussung weitergewährt werden, soweit der forstwirtschaftliche Zusammenschluß waldbauliche Aufgaben wahrnimmt und solange er überdurchschnittlich mit Beständen bis zu 40 Jahren ausgestattet ist.*

*Ist die Förderung eines forstwirtschaftlichen Zusammenschlusses nach Absatz 2 beendet, kann dieser nicht noch einmal gefördert werden.*

### 15. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß die geförderten

- Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung
- Maschinen, technischen Einrichtungen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet werden.

## Grundsätze für die Förderung von Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung

durch

A. Milchleistungsprüfung

B. Kontrollringe für Mastschweine, Ferkel, Mastrinder, Mastlämmer und Jungmasthammel

C. Leistungsprüfungsanstalten für Rinder, Schweine und Schafe

### A. Milchleistungsprüfung

#### 1. Zuwendungszweck

Die Milchleistungsprüfung beim Rind kann gefördert werden, weil sie die Grundlage für die züchterische Selektion sowie für die Verbesserung der Produktivität und Qualität in der Milcherzeugung ist.

#### 2. Gegenstand der Förderung

Förderungsfähig sind:

— Die Durchführung der Milchleistungsprüfungen und der damit verbundenen Beratung;

— die Aufbereitung der Prüfungsergebnisse für züchterische und betriebswirtschaftliche Zwecke.

#### 3. Zuwendungsempfänger

Kontrollverbände und Kontrollvereine und sonstige mit dieser Aufgabe betraute Einrichtungen.

#### 4. Zuwendungsvoraussetzungen

Der Zuwendungsempfänger muß der Aufsicht der nach Landesrecht zuständigen Behörde unterliegen.

#### 5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

**5.1.**

Die Zuwendungen werden in Form von Zuschüssen gewährt. Sie sind zur teilweisen Abdeckung der laufenden Kosten der Milchleistungsprüfung bestimmt.

**5.2.**

Die Höhe des Zuschusses beträgt im Jahr bis zu 20,— DM für jede Kuh, für die die Milchleistungsprüfung durchgeführt wird.

### B. Kontrollringe für Mastschweine, Ferkel, Mastrinder, Mastlämmer und Jungmasthammel

#### 6. Zuwendungszweck

Zur Verbesserung der Produktionsbedingungen in den landwirtschaftlichen Betrieben kann die Durchführung von Ertrags- und Qualitätskontrollen gefördert werden.

#### 7. Gegenstand der Förderung

Förderungsfähig sind die Kosten nach Nr. 10 für die

**7.1.**

Schweinemastkontrolle,

**7.2.**

Kontrolle von Zuchtsauen in Ferkelerzeugerbetrieben,

**7.3.**

Rindermastkontrolle,

**7.4.**

Mastkontrolle für Mastlämmer und Jungmasthammel.

**7.5.**

Förderungsfähig sind auch die damit verbundene Beratung und die Tätigkeit der Tiergesundheitsdienste bei den Maßnahmen nach Nrn. 7.1., 7.2. und 7.4.

#### 8. Zuwendungsempfänger

Kontrollringe, Zusammenschlüsse von solchen Ringen und gegebenenfalls auch kombinierte Ringe.

#### 9. Zuwendungsvoraussetzungen

**9.1.**

Der Zuwendungsempfänger muß

— ausschließlich zum Zweck der Kontrolle und Beratung auf der Grundlage eines eingetragenen Vereins oder einer Genossenschaft arbeiten,

— unabhängig von wirtschaftlichen Unternehmungen sein und finanziell nicht von solchen getragen oder gestützt werden,

— in seiner Satzung verankern, daß die Aufnahme eines Mitglieds nicht von der Bindung an bestimmte Formen des Bezugs von Produktionsmitteln und des Absatzes von Tieren abhängig ist.

**9.2.**

Für Aufwendungen der Kontrolle und Beratung in gewerblichen Betrieben können Förderungsmittel nicht bereitgestellt werden. Für die Abgrenzung zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben gelten die steuerlichen Vorschriften.

**9.3.**

Bei der Kontrolle der Zuchtsauen in Ferkelerzeugerbetrieben sind folgende Bedingungen zu erfüllen:

**9.3.1.**

Laufende Aufzeichnung über Deckdaten mit Angabe des Ebers, Geburtsdatum der Ferkel, Zahl der geborenen und abgesetzten Ferkel. Die Ferkel sind zu kennzeichnen.

**9.3.2.**

Die bezuschußten Ferkelerzeugerbetriebe müssen dem zuständigen Schweinegesundheitsdienst angeschlossen sein.

**9.4.**

Aufwendungen, die dem Zuwendungsempfänger im Rahmen dieser Maßnahme entstehen, dürfen nur insoweit als beihilfefähige Aufwendungen anerkannt werden, als sie nicht bereits bei der Bemessung von Beihilfen auf Grund anderer Förderungsmaßnahmen mit berücksichtigt worden sind (z. B. Förderung von Erzeugergemeinschaften auf Grund des Marktstrukturgesetzes).

**9.5.**

Bei der Ermittlung der förderungsfähigen Kosten ist von den jährlich laufenden Kosten der Kontrolle und Beratung auszugehen. Zu den jährlichen laufenden Kosten der Kontrolle und Beratung rechnen die im jeweiligen Haushaltsjahr entstandenen und nachgewiesenen Personal- und Reisekosten sowie alle im gleichen Zeitraum angefallenen sächlichen Aufwendungen für Büroräume, Schreibmaterial, Vordrucke, Auswertung der Ergebnisse, Desinfektionsmittel für die Desinfektion ringeigener Waagen sowie Ohrmarken und Geräte für die Kennzeichnung und dergleichen. Ausgenommen sind Beiträge an übergeordnete Organisationen, die Kosten der Beschaffung von Büroeinrichtungsgegenständen aller Art im Werte von mehr als 20,— DM je Stück sowie die Kosten der Beschaffung von Geräten usw., die der Durchführung der Kontrolle dienen, wie Kraftfahrzeuge, Waagen und dergleichen sowie Medikamente.

### 10. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

**10.1.**

Die Zuwendungen werden in Form von Zuschüssen gewährt.

**10.2.**

Zuschüsse können in folgender Höhe gewährt werden:

**10.2.1.**

Für alle bis zum Mastende kontrollierten und im jeweiligen Haushaltsjahr verkauften Mastschweine bis zu 1,35 DM je Mastschwein, jedoch nicht mehr als 60 % der jährlich laufenden Kosten der Kontrolle und Beratung einschließlich der Aufwendungen für den Schweinegesundheitsdienst.

**10.2.2.**

Für alle im jeweiligen Haushaltsjahr kontrollierten Würfe bis zu 5,40 DM je Wurf, jedoch nicht mehr als 60 % der jährlich laufenden Kosten der Kontrolle und Beratung einschließlich der Aufwendungen für den Schweinegesundheitsdienst.

**10.2.3.**

Für alle bis zum Mastende kontrollierten Rinder bis zu 0,55 DM im Monat für jedes unter Kontrolle stehende Mastrind, jedoch nicht mehr als 60 % der jährlich laufenden Kosten der Kontrolle und Beratung.

**10.2.4.**

Für alle bis zum Mastende kontrollierten und im jeweiligen Haushaltsjahr verkauften Mastlämmer und Jungmasthammel bis zu 1,20 DM je Tier, jedoch nicht mehr als 60 % der jährlich laufenden Kosten der Kontrolle einschließlich der Aufwendungen für den Schafgesundheitsdienst.

## C. Leistungsprüfungsanstalten für Rinder, Schweine und Schafe

### 11. Zuwendungszweck

Durch die Förderung soll der Zuchtfortschritt in der Rinder-, Schweine- und Schafhaltung sichergestellt werden.

**12. Gegenstand der Förderung**

Förderungsfähig sind die bauliche Errichtung und der Ausbau von Leistungsprüfungsanstalten für Rinder, Schweine und Schafe einschließlich der erforderlichen technischen Einrichtung.

**13. Zuwendungsempfänger**

Träger der Vorhaben können sein:

**13.1.**

Das Land und Körperschaften des öffentlichen Rechts,

**13.2.**

Tierzucht- und Besamungsorganisationen.

**14. Zuwendungsvoraussetzungen**

**14.1.**

Die Förderung wird nur noch für die in einer zwischen Bund und Ländern abgestimmten und abschließenden Liste enthaltenen Vorhaben gewährt.

**14.2.**

Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß die geförderten

- Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung,
- technischen Einrichtungen, Maschinen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Verwendungszweck entsprechend verwendet werden.

**14.3.**

Von der Förderung sind ausgeschlossen

- Wohnbauten nebst Zubehör,
- Büroeinrichtungen, Fahrzeuge,
- Erwerb von Grund und Boden,
- die laufende Unterhaltung der Anstalt.

**15. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen**

**15.1.**

Die Zuwendungen werden in Form von Zuschüssen gewährt.

**15.2.**

Der Zuschuß beträgt bis zu 100 % der förderungsfähigen Investitionen, wenn die in Nr. 13.1. Genannten die Prüfungsanstalten errichten.

**15.3.**

Der Zuschuß beträgt bis zu 50 % der förderungsfähigen Investitionen, wenn die in Nr. 13.2. Genannten die Prüfungsanstalten errichten und die Prüfungen durch die nach Landesrecht zuständige Behörde überwacht werden.

**15.4.**

Die Mindestsumme der förderungsfähigen Investitionsvolumen beträgt 100 000,— DM.

## Grundsätze für die Förderung landwirtschaftlicher Arbeitnehmer durch
## — Hilfen im Landarbeiterwohnungsbau und
## — Anpassungshilfen

Erster Teil

**Landarbeiterwohnungsbau**

**1. Zuwendungszweck**

Durch die Förderung soll erreicht werden, daß der Landwirtschaft ein Stamm fachlich qualifizierter, vielseitig verwendbarer Arbeitnehmer erhalten bleibt.

**2. Gegenstand der Förderung**

**2.1.**

Förderungsfähig sind

- der Bau und Kauf von eigengenutzten Familienheimen und Eigentumswohnungen,
- die bauliche Verbesserung solcher Objekte, sofern das Gebäude oder die Wohnung erhaltungswürdig ist,
- die jeweils geltenden Gebühren für Architekten, Ingenieure und Betreuer.

**2.2.**

Beim Kauf muß das Gebäude oder die Wohnung im Wohnwert einem Neubau oder einer Neubauwoh-

nung vergleichbar sein oder durch Verbesserungsmaßnahmen nach Nr. 2.3., die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Erwerb stehen, vergleichbar gemacht werden.

**2.3.**

Bauliche Verbesserungen im Sinne dieser Grundsätze sind alle Maßnahmen, die geeignet sind, Größe und Ausstattungsgrad der Wohnungen so zu verändern, daß sie den heutigen Wohnansprüchen genügen. Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen sind förderbar, wenn sie durch bauliche Verbesserungen verursacht worden sind.

Nicht zu den baulichen Verbesserungen im Sinne dieser Grundsätze gehören die Schaffung von Garagen und die Anschaffung von Gegenständen, die nicht Gebäudebestandteil werden.

**2.4.**

Gefördert werden nur Vorhaben, die den Anforderungen der §§ 39 bis 41 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes entsprechen.

**2.5.**

Von der Förderung sind ausgeschlossen:

**2.5.1.**

Landwirtschaftliche Arbeitnehmer, die bereits in irgendeiner Form Förderungsmittel nach diesen Grundsätzen oder nach entsprechenden früheren Richtlinien des Bundes oder der Länder als Landarbeiter erhalten haben.

Zugelassen ist jedoch die Förderung einer notwendigen Modernisierung, eines An-, Aus- oder Umbaus sowie der Aufstockung bei einem bereits geförderten Objekt, sofern der landwirtschaftliche Arbeitnehmer seit der ersten Förderung ununterbrochen als solcher tätig gewesen ist und der An-, Aus- oder Umbau sowie die Aufstockung auf Grund einer wesentlichen Vergrößerung seiner Familie notwendig geworden ist.

**2.5.2.**

Ehemalige Betriebsleiter, die den Betrieb aufgegeben haben und in ein Arbeitsverhältnis bei dem Hofnachfolger eingetreten sind sowie künftige Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebes und Personen, die mit dem Betriebsleiter (Eigentümer) im ersten oder zweiten Grad verwandt oder verschwägert sind.

## 3. Zuwendungsempfänger

**3.1.**

Die Förderung können nur solche Arbeitnehmer in Anspruch nehmen, die hauptberuflich in einem sozialversicherungs- und lohnsteuerpflichtigen Dauerarbeitsverhältnis — mindestens aber neun Monate im Jahr — in landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betrieben im Produktionsbereich tätig sind (landwirtschaftliche Arbeitnehmer); die Betriebe müssen gemäß § 13 Einkommensteuergesetz der Land- und Forstwirtschaft zugerechnet werden und dürfen nicht auf Rechnung von Bund, Ländern, Gemeinden oder Gemeindeverbänden betrieben werden.

Arbeitnehmer, die in Gewerbebetrieben kraft Rechtsform tätig sind, können gefördert werden, wenn die Betriebe im übrigen die Merkmale eines landwirtschaftlichen Betriebes aufweisen.

**3.2.**

Landwirtschaftliche Arbeitnehmer sind auch

- Gutshandwerker,
- Arbeitnehmer in der Binnenfischerei,
- Angehörige tierpflegerischer oder sonstiger Spezialberufe in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben,
- Arbeitnehmer in überbetrieblichen Zusammenschlüssen landwirtschaftlicher Unternehmen (Maschinenringe, Maschinengemeinschaften, Melkeraushilfsdienste u. ä.), wenn sie ausschließlich für die diesen Zusammenschlüssen angehörenden landwirtschaftlichen Unternehmen tätig sind,
- Arbeitnehmer, die regelmäßig zur Vertretung des Betriebsinhabers oder einer anderen Arbeitskraft in landwirtschaftlichen Betrieben für landwirtschaftliche Arbeiten eingesetzt sind, unabhängig von der Person ihres Arbeitgebers.

## 4. Zuwendungsvoraussetzungen

**4.1.**

Förderungsmittel dürfen nur gewährt werden, wenn und soweit die Maßnahme ohne Inanspruchnahme dieser Mittel nicht durchgeführt werden könnte und nicht in ausreichender Höhe in Anspruch genommen werden können; der landwirtschaftliche Arbeitnehmer und sein Ehegatte müssen Vermögenswerte im Rahmen des Zumutbaren in das Verfahren einbringen.

**4.2.**

Die Förderung erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs und der Umwandlung des Zuschusses in ein Darlehen gemäß Nr. 6. für den Fall, daß der landwirt-

schaftliche Arbeitnehmer beim Bau oder Kauf nicht weitere zehn, bei baulichen Verbesserungen nicht weitere fünf Jahre hauptberuflicher landwirtschaftlicher Arbeitnehmer bleibt (Bindungsfrist).

Die Zeit einer Fortbildung oder Umschulung in einem landwirtschaftlichen Beruf wird als hauptberufliche landwirtschaftliche Tätigkeit anerkannt, wenn Art und Dauer der Maßnahme durch eine Bescheinigung der zuständigen Stelle nachgewiesen werden.

Der landwirtschaftliche Arbeitnehmer muß bei Bezug des Familienheims oder der Eigentumswohnung verheiratet sein und darf im Zeitpunkt des Eingangs des Antrags bei der nach Landesrecht zuständigen Stelle das 55. Lebensjahr — bei baulicher Verbesserung das 60. Lebensjahr — nicht vollendet haben. Bei weiblichen landwirtschaftlichen Arbeitnehmern tritt an die Stelle des 55. das 50. und an die Stelle des 60. das 55. Lebensjahr.

Das Jahreseinkommen darf die Einkommensgrenze des § 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes nicht überschreiten.

**4.3**

Unverheiratete landwirtschaftliche Arbeitnehmer sind verheirateten gleichzustellen, wenn sie im übrigen die Voraussetzungen nach Nrn. 3.1., 3.2., 4.1. und 4.2. erfüllen und mit mindestens einem ihnen gegenüber unterhaltsberechtigten Angehörigen in häuslicher Gemeinschaft leben.

**4.4**

Landwirtschaftliche Arbeitnehmer werden nur gefördert, wenn ihr Arbeitsplatz in ihrem jetzigen Betrieb voraussichtlich auf Dauer gesichert ist oder die für den Fall des Verlustes ihres jetzigen Arbeitsplatzes in zumutbarer Entfernung von ihrer Wohnung aller Voraussicht nach wieder Arbeit als landwirtschaftliche Arbeitnehmer im Sinne dieser Grundsätze finden werden. Als Dauer gilt beim Bau oder Kauf ein Zeitraum von mindestens zehn Jahren, bei baulichen Verbesserungen ein solcher von mindestens fünf Jahren.

## 5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

**5.1.**

Die Förderung besteht in der Gewährung eines einmaligen Zuschusses.

Die nach diesen Grundsätzen gewährten Zuschüsse sind keine öffentlichen Mittel im Sinne des § 6 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes.

**5.2.**

Mindestens 10% der Gestehungskosten müssen durch bare oder unbare Eigenleistungen gedeckt werden. Unbare Leistungen dürfen nur bis zu 80% der im Kostenvoranschlag veranschlagten Unternehmensleistungen als Eigenleistung anerkannt werden. Auf Eigenleistungen werden keine Zuwendungen gewährt.

**5.3.**

Beim Bau und Kauf eines Familienheimes oder einer Eigentumswohnung beträgt der Zuschuß für landwirtschaftliche Arbeitnehmer, die bei Antragstellung

- noch nicht 36 Jahre alt sind, bis zu 30% der Gestehungskosten, jedoch nicht mehr als 50 000 DM,
- 36 bis 45 Jahre alt sind, bis zu 27% der Gestehungskosten, jedoch nicht mehr als 45 000 DM,
- 46 bis 55 Jahre alt sind, bis zu 24% der Gestehungskosten, jedoch nicht mehr als 40 000 DM.

**5.4.**

Der Zuschuß nach Nr. 5.3. erhöht sich für jedes Kind um 3 000 DM. Zu berücksichtigen sind die Kinder, für die der landwirtschaftliche Arbeitnehmer bei Antragstellung Anspruch auf Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder auf eine das Kindergeld ausschließende Leistung für Kinder hat.

Erhöht sich die Zahl der zu berücksichtigenden Kinder beim Bau bis zum Ablauf des dritten Monats nach Bezugsfertigstellung oder beim Kauf bis zum Ablauf des dritten Monats nach Eigentumsübergang oder davor liegendem Bezug, so ist der Zuschuß auf Antrag entsprechend zu erhöhen.

Bei der baulichen Verbesserung eines Familienheimes oder einer Eigentumswohnung beträgt der Zuschuß bis zu 50% der Gestehungskosten, jedoch nicht mehr als 10 000 DM.

**5.5.**

Gestehungskosten sind

- beim Bau die Gesamtkosten im Sinne der §§ 5 bis 11a der Zweiten Berechnungsverordnung,
- beim Kauf der Kaufpreis einschließlich Erwerbskosten sowie die Kosten der eventuell nach Nr. 2.2. notwendigen baulichen Verbesserungen,
- bei baulichen Verbesserungen die Kosten der notwendigen Aufwendungen.

Die Gestehungskosten schließen die Mehrwertsteuer ein.

## 6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

**6.1.**

Der Zuschuß ist nach Maßgabe von Nrn. 6.2. bis 6.4. in ein Darlehen umzuwandeln, wenn der Zuschußempfänger innerhalb der Bindungsfrist seine Tätigkeit als

hauptberuflicher landwirtschaftlicher Arbeitnehmer aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht nur vorübergehend (nicht länger als ein halbes Jahr) aufgibt.

**6.2.**

Ist der Zuschuß wegen Aufgabe der hauptberuflichen landwirtschaftlichen Tätigkeit in ein Darlehen umzuwandeln, beträgt das Darlehen

— beim Bau und Kauf eines Familienheimes oder einer Eigentumswohnung 100 % des Zuschusses, wenn der Zuschußempfänger seine Tätigkeit als hauptberuflicher landwirtschaftlicher Arbeitnehmer weniger als fünf Kalenderjahre ununterbrochen ausgeübt hat; das Darlehen verringert sich mit jedem weiteren Jahr der Tätigkeit als hauptberuflicher landwirtschaftlicher Arbeitnehmer um 15 % bis herab auf 25 %, wenn der Zuwendungsempfänger im zehnten Jahr ausscheidet;

— bei baulichen Verbesserungen eines Familienheimes oder einer Eigentumswohnung 100 % des Zuschusses, wenn der Zuschußempfänger seine Tätigkeit als hauptberuflicher landwirtschaftlicher Arbeitnehmer weniger als drei Kalenderjahre ununterbrochen ausgeübt hat; das Darlehen verringert sich mit jedem weiteren Jahre der Tätigkeit als landwirtschaftlicher Arbeitnehmer um 20 % bis herab auf 60 %, wenn der Zuschußempfänger im fünften Jahr ausscheidet.

**6.3.**

Die Laufzeit des Darlehens nach Nr. 6.2. beginnt mit dem auf den Eintritt des Umwandlungsgrunds folgenden Vierteljahresersten. Der jeweilige Darlehensbetrag ist mit 6 % zu verzinsen und unter Zuwachs der ersparten Zinsen mit 2 % zu tilgen.

**6.4.**

Während der Bindungsfrist, längstens jedoch bis zum Erreichen des Rentenalters oder bis zu einer etwaigen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, ist der Zuschußempfänger verpflichtet nachzuweisen, daß er noch landwirtschaftlicher Arbeitnehmer ist.

Die Bindungsfrist sowie die Fristen in Nr. 6.2. rechnen vom Beginn des Jahres, das der vollen Auszahlung des Zuschusses folgt.

## Zweiter Teil

### Grundsätze für die Förderung durch eine Anpassungshilfe für ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer

### 1. Zuwendungszweck

**1.1.**

Durch die Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an den Markt- und an rationelle Verfahren scheiden auch ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer aus landwirtschaftlichen Unternehmen aus.

Die Gewährung einer Anpassungshilfe gibt diesen Arbeitnehmern eine Hilfe, sich an die neue Situation anzupassen.

### 2. Zuwendungsempfänger

**2.1.**

Landwirtschaftlichen Arbeitnehmern kann eine Anpassungshilfe gewährt werden.

**2.2.**

Als landwirtschaftlicher Arbeitnehmer (Nr. 2.1.) gilt, wer als Arbeiter oder Angestellter in den dem Ausscheiden aus dem landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis vorangegangenen 120 Kalendermonaten mindestens 90 Monate *in landwirtschaftlichen Unternehmen im Sinne des § 1 Abs. 3 und Abs. 3a des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte* rentenversicherungspflichtig beschäftigt war.

### 3. Zuwendungsvoraussetzungen

**3.1.**

Die Anpassungshilfe kann einem landwirtschaftlichen Arbeitnehmer gewährt werden, der

**3.1.1.**

seinen Arbeitsplatz auf Veranlassung seines Arbeitgebers im Rahmen von Maßnahmen zur Produktionseinschränkung oder rationelleren Gestaltung oder Stillegung eines landwirtschaftlichen Betriebes oder Teilen eines landwirtschaftlichen Betriebes in erheblichem Umfang (vgl. Nr. 3.3.) aufgeben muß,

**3.1.2.**

im Zeitpunkt des Ausscheidens aus diesem Betrieb

— in diesem Betrieb in den letzten drei Jahren mindestens 24 Kalendermonate rentenversicherungspflichtig beschäftigt war,

— das 50., jedoch nicht das 65. Lebensjahr vollendet hat,

— keine Rente wegen Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit oder Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder Altersgeld, vorzeitiges Altersgeld, Hinterbliebenengeld oder Landabgaberente nach dem Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte *oder Produktionsaufgaberente nach dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit bezog*

und

**3.1.3.**

künftig seinen Lebensunterhalt aus außerlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit bestreitet

**3.1.4.**

oder nach dem Ausscheiden aus dem landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis arbeitslos gemeldet ist.

**3.2.**

nicht besetzt

**3.3.**

Rationellere Gestaltung, Produktionseinschränkung oder Stillegung von Teilen eines Betriebes in erheblichem Umfang (vgl. Nr. 3.1.1.) liegt vor, wenn sie zu einer Verringerung des Arbeitseinsatzes im Betrieb führt, die mindestens 50 % der tarifvertraglichen Arbeitszeit eines landwirtschaftlichen Arbeitnehmers entspricht.

## 4. Art und Höhe der Zuwendungen

**4.1.**

Der Monatsbeitrag der Anpassungshilfe beträgt höchstens:

| | bei Arbeitslosigkeit (Nr. 3.1.4.) | bei außerlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit (Nr. 3.1.3.) |
|---|---|---|
| im 1. und 2. Jahr | 500 | 300 |
| im 3. bis 5. Jahr | 400 | 240 |
| im 6. bis 10. Jahr | 300 | — |
| im 11. bis 15. Jahr | 200 | — |

nach dem Ausscheiden aus dem landwirtschaftlichen Betrieb, mindestens jedoch 120 DM.

**4.2.**

Für die Berechnung des Monatsbetrages gelten jeweils die Verhältnisse am Monatsersten.

**4.2.1.**

Bei Arbeitslosigkeit wird der Monatsbetrag der Anpassungshilfe in Höhe des Betrages gewährt, um den das auf volle Deutsche Mark nach unten abgerundete monatliche Einkommen des ehemaligen landwirtschaftlichen Arbeitnehmers niedriger ist als

— 50 % des früheren Bruttomonatsentgelts bei Nichtverheirateten,

— 55 % des früheren Bruttomonatsentgelts bei Verheirateten.

Für Berechtigte, die mindestens ein Kind im Sinne des § 32 Absätze 1, 4 und 5 des Einkommensteuergesetzes haben, erhöhen sich die vorgenannten Prozentsätze um jeweils zehn Prozentpunkte.

**4.2.2.**

Als Einkommen im Sinne der Nr. 4.2.1. gelten

— Arbeitslosengeld,

— Arbeitslosenhilfe,

— Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Tätigkeit, *soweit die Geringfügigkeitsgrenze des § 8 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch überschritten wird.*

**4.2.3.**

Bei außerlandwirtschaftlicher Tätigkeit wird der Monatsbetrag der Anpassungshilfe in Höhe des Betrages gewährt, um den das neue Nettomonatsentgelt niedriger ist als

— 65 % des früheren Bruttomonatsentgelts bei Nichtverheirateten,

— 70 % des früheren Bruttomonatsentgelts bei Verheirateten.

Für Berichtigte, die mindestens ein Kind im Sinne § 32 Absätze 1, 4 und 5 des Einkommensteuergesetzes haben, erhöhen sich die vorgenannten Prozentsätze um jeweils fünf Prozentpunkte.

**4.3.**

Die Anpassungshilfe wird nachträglich *frühestens* zum 1. Juni eines jeden Jahres für den zurückliegenden Berechtigungszeitraum in einer Summe ausgezahlt.

**4.4.**

Die Anpassungshilfe wird bis zum Bezug einer Rente (Nr. 3.1.2.) bzw. bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres gezahlt, bei außerlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit (Nr. 3.1.3.) für maximal fünf Jahre.

**4.5.**

Der Monat des Ausscheidens aus dem landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis und der Monat, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird, gelten als volle Kalendermonate.

## 5. Verfahren

**5.1.**

Die Anpassungshilfe wird jährlich auf Antrag gewährt.

**5.2**

Die Anpassungshilfe ist erstmals innerhalb eines Jahres nach dem Ausscheiden aus dem landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis, in den Folgejahren jeweils spätestens zum 1. April zu beantragen.

## 6. Übergangsregelung

**6.1.**

Für die Berechnung und Bewilligung der Anpassungshilfe sind die Förderungsgrundsätze zum Zeitpunkt des Antragseinganges maßgeblich.

**6.2.**

Zeiträume zwischen dem Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem landwirtschaftlichen Betrieb und dem 31. Dezember 1987 werden mit dem Monatsbetrag in Höhe von 120 DM bewertet.

## *Grundsätze für die Gewährung einer Umstellungshilfe*

**1.** *Zuwendungszweck*

*Zur Erschließung zusätzlicher Einkommensmöglichkeiten können Landwirte, die ihren landwirtschaftlichen Betrieb auf eine Bewirtschaftungsweise mit geringerem Arbeitsbedarf umstellen und an einer beruflichen Umschulung teilnehmen, gefördert werden.*

**2.** *Gegenstand der Förderung*

*Gewährung einer Umstellungshilfe während der Teilnahme an einer beruflichen Bildungsmaßnahme für einen außerlandwirtschaftlichen Beruf mit einem staatlich anerkannten Abschluß zur Erleichterung der betrieblichen Umstellung des landwirtschaftlichen Betriebs.*

**3.** *Zuwendungsempfänger*

*Landwirte, die zum Zeitpunkt der Antragstellung landwirtschaftlicher Unternehmer im Sinne des § 1 Abs. 3 oder 3 a des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte (GAL) sind.*

**4.** *Zuwendungsvoraussetzungen*

**4.1.**

*Eine Umstellungshilfe kann gewährt werden, wenn*

**4.1.1.**

*der Antragsteller in den letzten 3 Jahren als landwirtschaftlicher Unternehmer (Nr. 3) einen landwirtschaftlichen Betrieb im Haupterwerb (vgl. Nr. 3.1 der Grundsätze für die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in der Landwirtschaft) geführt hat,*

**4.1.2.**

*nach Beratung durch die nach Landesrecht zuständige Behörde ein Umstellungsplan (Nr. 4.2.) erstellt wurde,*

**4.1.3.**

*durch das örtlich zuständige Arbeitsamt eine Beratung erfolgte und die persönliche Eignung des Antragstellers sowie die arbeitsmarktpolitische Zweckmäßigkeit des angestrebten Berufs festgestellt wurden,*

**4.1.4.**

*der Antragsteller an der vom Arbeitsamt vorgeschlagenen beruflichen Bildungsmaßnahme für einen außerlandwirtschaftlichen Beruf teilnimmt und*

**4.1.5.**

*sich der Antragsteller verpflichtet, im Anschluß an den Förderungszeitraum eine die Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung begründende Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit aufzunehmen.*

**4.2.**

*Der Umstellungsplan enthält Maßnahmen zur Anpassung der betrieblichen Organisation und Produktion an einen verringerten Arbeitskräfteeinsatz.*

*Die betrieblichen Umstellungsmaßnahmen sind entsprechend dem Umstellungsplan möglichst während der beruflichen Bildungsmaßnahme durchzuführen.*

**4.3.**

*Eine Förderung ist ausgeschlossen, soweit vergleichbare unterhaltssichernde Leistungen nach anderen gesetzlichen Vorschriften gewährt werden.*

**5.** *Art und Höhe der Zuwendung*

**5.1.**

*Der Monatsbetrag der Umstellungshilfe beträgt 850,— DM.*

**5.2.**

*Für Berechtigte erhöht sich der in Nr. 5.1. genannte Betrag um 150,— DM für jedes Kind im Sinne des § 32 Abs. 1., 3 bis 5 des Einkommensteuergesetzes.*

**5.3.**

*Die Umstellungshilfe wird als Zuschuß gewährt.*

**5.4.**

*Die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Teilnahme an der beruflichen Bildungsmaßnahme (Nr. 2.) entstehenden notwendigen Sachkosten können nur in Höhe der nachgewiesenen Kosten erstattet werden, soweit sie nicht durch das Arbeitsamt nach den Vorschriften des Arbeitsförderungsgesetzes getragen werden.*

**6.** *Sonstige Zuwendungsbestimmungen*

**6.1.**

*Die Umstellungshilfe wird auf Antrag für die Dauer der Teilnahme an der vorgeschlagenen beruflichen Bildungsmaßnahme gewährt.*

*Zur Dauer der Bildungsmaßnahme zählen auch Wartezeiten bis zum Beginn der Prüfungen und Prüfungszeiten bis zum Ende der Prüfungen.*

**6.2.**

*Die Auszahlung der Umstellungshilfe erfolgt in Monatsbeträgen jeweils zum Beginn eines Monats. Beginnt oder endet eine Bildungsmaßnahme im Laufe eines Monats, so wird der volle Monatsbetrag gezahlt.*

**6.3.**

*Die Sachkostenerstattung (Nr. 5.4.) erfolgt auf besonderen Antrag, wenn ein Ablehnungsbescheid des Arbeitsamts vorliegt.*

**6.4.**

*Soweit bei Maßnahmen nach Nr. 4.2. Investitionen getätigt werden müssen, schließt die Gewährung einer Umstellungshilfe eine Förderung nach anderen Förderungsgrundsätzen dieses Rahmenplans nicht aus.*

## Grundsätze für die Förderung von Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an den Küsten der Nord- und Ostsee sowie an den fließenden oberirdischen Gewässern im Tidegebiet gegen Sturmfluten (Küstenschutz)

### 1. Zuwendungszweck

Küstenschutzmaßnahmen sind:

**1.1.**

Vorarbeiten;

**1.2.**

Neubau, Verstärkung und Erhöhung von Hochwasserschutzwerken an der Küste, auf den Inseln und an den Wasserläufen im Tidegebiet einschließlich notwendiger Befestigungsarbeiten und des Baues von Deichverteidigungswegen in einer Breite von 3,0 m, in besonders begründeten Ausnahmefällen bis zu 4,50 m;

**1.3.**

Sperrwerke und sonstige Bauwerke in der Hochwasserschutzlinie an der Küste;

**1.4.**

der Bau von Buhnen und ähnlichen Anlagen;

**1.5.**

Vorladearbeiten vor scharliegenden Seedeichen in einer Tiefe von 400 m.

### 2. Gegenstand der Förderung

**2.1.**

Die Fördermittel können zur Finanzierung der unter Nr. 1. genannten Maßnahmen verwendet werden.

**2.1.1.**

Die Kosten für Bauentwürfe, Bauoberleitung und örtliche Bauleitung der unter Nr. 1. genannten Maßnah-

men sind Bestandteile der Ausführungskosten und förderungsfähig.

2.1.2.

In Folge der Ausführung von Küstenschutzmaßnahmen notwendige Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind förderungsfähig.

2.2.

Eingeschränkte Förderung:

2.2.1.

Vorarbeiten sind nur Zweckforschungen, Untersuchungen und Erhebungen, soweit es keine gewässerkundlichen Daueraufgaben sind. Sie werden gefördert, wenn sie den unter Nr. 1. genannten Verwendungszweck dienen.

2.2.2.

Deichverteidigungswege können nur insoweit gefördert werden, als sie im Zusammenhang mit einer unter Nr. 1. genannten Maßnahme erforderlich sind. Die Förderung darf nicht dazu führen, daß andere Wegebaulastträger entlastet werden.

2.2.3.

Der Neubau von Hochwasserschutzwerken an der Küste, für die ökologisch wertvolle Flächen benötigt werden, ist nur förderungsfähig,

— soweit die notwendige Sicherheit nicht durch andere vertretbare Maßnahmen erreicht werden kann,

— wenn im Fachplan oder in einem landschaftspflegerischen Begleitplan festgelegt ist, daß die eingedeichten Flächen, die ökologisch besonders wertvoll sind, grundsätzlich zu Ersatzbiotopen (Schutzzonen) gestaltet bzw. entwickelt werden. Bisher bereits landwirtschaftlich genutzte Flächen bleiben davon unberührt.

2.2.4.

Notwendiger Grunderwerb ist für die unter Nr. 1. genannten Maßnahmen förderungsfähig.

Bei Vordeichungen ist vor dem Kauf von Grundstükken Einvernehmen mit dem BML herzustellen.

2.2.5.

Unbare Leistungen (Hand- und Spanndienste der Beteiligten) sind bis zu dem Aufwand förderungsfähig, der sich bei der Vergabe der Arbeiten an einen Unternehmer ergeben würde, abzüglich eines angemessenen Unternehmerzuschlages. Sachleistungen dürfen höchstens mit 80 % der für diese Leistungen zu angemessenen Preisen veranschlagten Kosten berücksichtigt werden.

2.2.6.

Werkzeug und Kleingeräte, die für Regiearbeiten verbraucht werden, sind förderungsfähig.

2.2.7.

Nebeneinkünfte, die bei einem geförderten Bauvorhaben für den Träger wiederkehrend zu erwarten sind, sind bei der finanziellen Förderung angemessen zu berücksichtigen.

2.2.8.

Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf neu eingedeichter Flächen sind von den förderungsfähigen Kosten abzusetzen oder zur Finanzierung einer anderen Küstenschutzmaßnahme zu verwenden.

2.2.9.

Betriebsgebäude, Bauhöfe, Dienst- und Werkdienstwohnungen und Garagen sind nur förderungsfähig, soweit sie in einem räumlichen und funktionellen Zusammenhang mit dem Vorhaben stehen und für dieses zwingend erforderlich sind.

2.3.

Von der Förderung sind ausgeschlossen:

2.3.1.

Schöpfwerke aller Art und Größe, Entwässerungen, Bewässerungen, landbautechnische Maßnahmen und der Bau von ländlichen Wegen;

2.3.2.

der Bau von Verwaltungsgebäuden;

2.3.3.

die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, Geräten für die Bauausführung und Fachliteratur;

2.3.4.

Unterhaltung und spätere Pflegearbeiten von Küstenschutzmaßnahmen sowie das dazu benötigte Material.

## 3. Zuwendungsempfänger

**3.1.**

Träger der Vorhaben (Begünstigte) können sein das Land und Körperschaften des öffentlichen Rechts, ausgenommen Teilnehmergemeinschaften nach dem Flurbereinigungsgesetz.

**3.2.**

Die Träger der Vorhaben dürfen die Fördermittel nicht an natürliche Personen und juristische Personen des Privatrechts weitergeben oder ausleihen.

**3.3.**

Träger für den Bau von Deichverteidigungswegen muß die gleiche öffentlich-rechtliche Körperschaft sein, die die Hauptmaßnahme ausführt.

## 4. Zuwendungsvoraussetzungen

**4.1.**

Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß die geförderten

- Grundstücke, Bauten und bauliche Anlagen innerhalb einer Frist von zwölf Jahren ab Fertigstellung
- technische Einrichtungen, Maschinen und Geräte innerhalb einer Frist von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Verwendungszweck entsprechend verwendet werden.

**4.2.**

Werden durch Küstenschutzmaßnahmen andere Baumaßnahmen zwingend notwendig, so können diese im unabwendbar erforderlichen Umfang ebenfalls gefördert werden (Veranlassungsprinzip). Dabei sind Vorteile Dritter durch Beiträge angemessen zu berücksichtigen.

**4.3.**

Bei Maßnahmen des Küstenschutzes und bei sonstigen wasserwirtschaftlichen und kulturbautechnischen Maßnahmen ist in allen Fällen eine sachliche Trennung vorzunehmen.

**4.4.**

Die landschaftsökologischen Wirkungen der Maßnahmen sind zu beachten.

## 5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

**5.1.**

Bei der Ermittlung der förderungsfähigen Kosten ist von den Baukosten auszugehen, die nach Abzug von Leistungen Dritter auf Grund besonderer Verpflichtungen und der übrigen nichtförderungsfähigen Kosten noch verbleiben.

**5.2.**

Der Begünstigte darf nicht geringer belastet werden, als ihm unter Berücksichtigung aller Vorteile zugemutet werden kann. Eigenleistungen des Begünstigten sind bare Eigenmittel, Darlehen und der Wert der unbaren Leistungen.

**5.3.**

Die Förderung durch Zuschüsse soll für eine Maßnahme 95 % der förderungsfähigen Kosten nicht übersteigen. In begründeten Ausnahmefällen kann sie für ein Einzelvorhaben bis zu 100 % der förderungsfähigen Kosten betragen. Ist das Land auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen Träger des Vorhabens oder zur Zahlung der Baukosten verpflichtet, werden 70 % der ihm verbliebenden förderungsfähigen Kosten vom Bund erstattet.

# Teil III

## Bedeutung der Förderungsgrundsätze und Finanzierung der Maßnahmen

### Agrarstrukturelle Vorplanung

Die agrarstrukturelle Vorplanung ist nach § 1 Abs. 2 GemAgrG Bestandteil der Gemeinschaftsaufgabe. Sie ist eine Entscheidungshilfe für den effizienten mit anderen Bereichen abgestimmten Einsatz von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur nach dem GemAgrG und ergänzender Maßnahmen. Sie soll zur Bildung sachlicher und räumlicher Schwerpunkte bei der Verbesserung der Agrarstruktur beitragen. Dabei soll sie die besonderen Funktionen der Land- und Forstwirtschaft erkennen lassen und feststellen, in welchen Formen die Land- und Forstwirtschaft im Untersuchungsraum zweckmäßig betrieben werden kann. Sie trägt dazu bei, regionale Entwicklungen aufzuzeigen und Fehlinvestitionen beim Einsatz der Mittel zur Finanzierung der Maßnahmen nach dem GemAgrG zu vermeiden. Ihr Bezug zu einer Vielfalt sich ergänzender Maßnahmen bestimmt ihre vorrangige Aufgabe, unter politischen Vorgaben und begrenzten finanziellen Mitteln Entscheidungshilfe für die Auswahl des für die Entwicklung des Untersuchungsgebietes sinnvollsten Maßnahmenbündels zu sein.

Agrarpolitik ist nicht nur eine sektorale Wirtschaftspolitik, sondern auch eine auf die Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum ausgerichtete Politik. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur müssen daher dieser räumlich zu verstehenden Aufgabe zugeordnet und als wesentliche Entwicklungsbeiträge angesehen werden; die agrarstrukturelle Vorplanung hat dem fortentwickelten Selbstverständnis der Agrarpolitik Rechnung zu tragen und muß sich dazu eignen, als Grundlage für den landwirtschaftlichen Teil übergeordneter und fachfremder Planungen zu dienen.

Die Ergebnisse jeder agrarstrukturellen Vorplanung sind jedoch dem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel unterworfen; ihre Gültigkeit ist daher zeitlich begrenzt. Dem Zweck der agrarstrukturellen Vorplanung entsprechen insbesondere folgende Gesichtspunkte:

- Der Maßnahmenvorschlag ist nach Art, Umfang und Zeitpunkt der Durchführung sowie nach der Wirtschaftlichkeit zu begründen und unter dem Gesichtspunkt einer räumlichen und sachlichen Schwerpunktbildung zu bewerten.
- Für den abschließenden Bericht der agrarstrukturellen Vorplanung, in dem die Vorschläge für anzustrebende Maßnahmen zusammenfassend darzustellen sind, werden die wichtigsten Belange genannt, die gegeneinander abzuwägen sind. Ihre vollständige Berücksichtigung soll sicherstellen, daß die Vorplanungen bundesweit das notwendige Maß an Gleichwertigkeit aufweisen. Aussagen zum Natur- und Umweltschutz, zur Landschaftsplanung, zu Freizeit und Erholung, über die voraussichtliche Bodennutzung, die Notwendigkeit von Dorferneuerungen sowie über die landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Erwerbssituation sind in die Untersuchung zu integrieren. Es wird davon ausgegangen, daß die Wahrung dieser Belange wie die aller übrigen öffentlichen Interessen zu der agrarstrukturellen Vorplanung gehört, die als Entwicklungsplanung auf die Ziele der Raumordnung und Landesplanung auszurichten ist, die regionale Wirtschaftsstruktur und Landschaftsstruktur zu berücksichtigen und die kommunalen Bauleitpläne zu beachten hat.
- Der zu leistende Untersuchungsaufwand ist bei der Festsetzung flächenabhängiger Zuschußsätze für die Förderung der agrarstrukturellen Vorplanung berücksichtigt worden.

Die im Haushaltsjahr 1990 vorgesehenen Vorplanungen sollen Gebiete von zusammen 89 800 ha umfassen. Als Zuschüsse sind 3,178 Mio DM vorgesehen (siehe Übersicht 3 Seite 121).

### Flurbereinigung

Die Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz sind nach wie vor besondere Instrumente zur Verbesserung der Agrarstruktur. Mit der 1988 erfolgten Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" wird dem Rechnung getragen, daß sie zugleich geeignet sind, den ländlichen Raum zu gestalten, sich an den ökologischen Ausgleichsfunktionen der ländlichen Räume zu orientieren und die funktionalen Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Ökosystemen soweit zu verfolgen und zu fördern, daß die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes insgesamt und nachhaltig nicht gefährdet wird. Die Flurbereinigung bildet, wie aus der Höhe der in diesem Rahmenplan zur Verfügung stehenden Mittel zu ersehen ist, einen sachlichen Schwerpunkt im Rahmen der Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe.

Um einer generellen Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum gerecht zu werden, sind besondere Schwerpunkte für die Durchführung großräumiger und umfassender Ordnungsmaßnahmen in den Gebieten gesetzt, in denen Maßnahmen der Verbesserung der Infrastruktur einschließlich der Dorferneuerung sowie Planungen überörtlicher und überregionaler Verkehrsträger eine Neuordnung der ländlichen Räume erforderlich werden lassen. Dabei kommt der Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes eine besondere Bedeutung zu.

Die integrale Flurbereinigung unterstützt mit ihren Maßnahmen für eine wirksame Verbesserung der Lebensbedingungen in der jeweiligen Region eine erleichterte Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen und macht die Angleichung oft sogar erst möglich.

Für die Förderung der Flurbereinigung (laufende sowie 1990 eingeleitete Verfahren) sehen Bund und Länder die Vergabe von 6,950 Mio DM öffentlicher Darlehen 380,332 Mio DM Zuschüsse und 1,609 Mio DM Zinszuschüsse vor. Der finanzielle Schwerpunkt der Flurbereinigung liegt eindeutig in Bayern.

Im Rahmen der vorgenannten Flurbereinigungsverfahren werden auch Weinbergsflurbereinigungen durchgeführt. Diese beschränken sich auf vier Bundesländer. Bund und Länder haben von den Flurbereinigungsmitteln hierfür im Haushaltsjahr 1990 2,260 Mio DM öffentlicher Darlehen, 34,250 Mio DM Zuschüsse und 0,103 Mio DM Zinszuschüsse vorgesehen.

In den Bereichen, in denen es keiner integralen Neuordnung bedarf, oder in denen die Anlagen neuer Wegenetze sowie größere wasserwirtschaftliche Maßnahmen nicht erforderlich oder zur Zeit nicht möglich sind, werden beschleunigte Zusammenlegungsverfahren durchgeführt. Das schließt nicht aus, daß nach einigen Jahren, wenn es die Entwicklung des betroffenen Raumes erfordert, ein integrales Flurbereinigungsverfahren durchgeführt werden kann.

Die für die beschleunigten Zusammenlegungsverfahren veranschlagten Mittel belaufen sich im Haushaltsjahr 1990 auf insgesamt 0,500 Mio DM öffentlicher Darlehen, 15,002 Mio DM Zuschüsse und 0,024 Mio DM Zinszuschüsse (siehe Übersicht 3 Seite 121).

### Freiwilliger Landtausch

Soweit nach den Ergebnissen der agrarstrukturellen Vorplanung keine integralen Neuordnungsverfahren durchgeführt werden müssen oder zur Zeit noch nicht durchgeführt werden können und beschleunigte Zusammenlegungsverfahren zu kostenaufwendig erscheinen, ist der freiwillige Landtausch als Maßnahme zur Verringerung der Besitzzersplitterung und der Strukturverbesserung landwirtschaftlicher Betriebe aus Gründen der Kosten- und Zeitersparnis ein agrarpolitisch bedeutsames Instrument. Der freiwillige Landtausch kann als ein Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (§§ 103 a bis 103 i) durchgeführt werden. Er wird darüber hinaus auch als Grundstückstausch mit Eigentumswechsel auf privatrechtlicher Grundlage und als Tausch aufgrund langfristiger Pachtverträge gefördert, um diesem Instrument eine breite Anwendung zu eröffnen.

Insgesamt 3 222 ha sollen 1990 von dieser Maßnahme erfaßt werden, davon allein 1 460 ha in Niedersachsen. Bund und Länder haben für den freiwilligen Landtausch im Haushaltsjahr 1990 Zuschüsse in Höhe von 2,005 Mio DM eingeplant (vgl. Übersicht 3 Seite 121).

### Dorferneuerung

Die Dorferneuerung ist 1984 als Maßnahme in den Rahmenplan aufgenommen worden. Sie wurde bereits im Zukunftsinvestitionsprogramm 1977 bis 1980 gefördert. Es werden solche Dorferneuerungsmaßnahmen gefördert, die durch eine Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft die Lebensverhältnisse der in diesen Betrieben Tätigen und ihrer Familien verbessern, damit zur Erhaltung einer bäuerlichen Landwirtschaft beitragen und somit für die gesamte Land- und Forstwirtschaft bedeutsam sind (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe d GemAgrG).

Das bedeutet, daß die Förderung der Dorferneuerung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe darauf gerichtet ist,

- ländliche Siedlungen als Standort land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zu erhalten und zu verbessern,
- die Wirtschaftserschwernisse land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zu beseitigen sowie deren Arbeitsaufwand zu verringern,
- die Umweltwirkungen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe mit den Erfordernissen zeitgemäßen Wohnens und Arbeitens in Einklang zu bringen,
- nachteilige Umweltwirkungen auf die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zu beseitigen oder zu mildern,
- die innerörtlichen Verkehrs- und Gewässerverhältnisse zu regeln und
- die Identität der Gemeinden und Ortsteile als ländliche Siedlungen durch ortsbildprägende Erhaltungs- und Gestaltungsmaßnahmen zu stärken.

Um diesem Bedarf gerecht zu werden, sind nach der Gemeinschaftsaufgabe Aufwendungen förderungsfähig in erster Linie für Maßnahmen, die der Planung, der Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse, der Abwehr von Hochwassergefahren für den Ortsbereich, der Erhaltung und Gestaltung land- und forstwirtschaftlicher oder ehemals land- und forstwirtschaftlich geprägter Bausubstanz, der Anpassung an die Erfordernisse zeitgemäßen Wohnens und Arbeitens und dem Neu-, Aus- und Umbau von land- und forstwirtschaftlichen Gemeinschaftsanlagen dienen.

Die vorgenannten Maßnahmen werden nur in Gemeinden oder Ortsteilen mit landwirtschaftlicher Siedlungsstruktur, in Weilern und landschaftsbestimmenden Gehöftgruppen und Einzelhöfen gefördert.

Anträge auf Gewährung von Zuschüssen können neben Privatpersonen auch Gemeinden, Gemeindeverbände, Teilnehmergemeinschaften und Verbände nach dem Flurbereinigungsgesetz sowie Wasser- und Bodenverbände stellen. Die Zuschüsse betragen bis zu 30 % der Kosten, jedoch höchstens 40 000 DM bei natürlichen und juristischen Personen des privaten Rechts und bis zu 60 % der Kosten bei öffentlichen Maßnahmen.

Im Haushaltsjahr 1990 sind Maßnahmen mit einem Zuschußbedarf von 83,549 Mio DM geplant (vgl. Übersicht 3 Seite 121).

### Einzelbetriebliche Maßnahmen

Die einzelbetrieblichen Maßnahmen umfassen die einzelbetriebliche Investitionsförderung und die Ausgleichszulage in den benachteiligten Gebieten.

Für die verschiedenen Maßnahmen dieses Bereichs sind für 1990 1,136 894 Mio DM Kassenmittel vorgesehen. Von den Maßnahmenkomplexen des Rahmenplans stellen die einzelbetrieblichen Maßnahmen damit finanziell den größten Bereich dar (vgl. Übersicht 3 Seiten 121).

### Einzelbetriebliche Investitionsförderung

Gegenstände der einzelbetrieblichen Investitionsförderung, die im wesentlichen auf EG-rechtlicher Grundlage beruht, sind:

1. Das Einzelbetriebliche Investitionsförderungsprogramm (EFP),
2. Das Agrarkreditprogramm (AKP),
3. Die Investitionshilfen zur Energieeinsparung,
4. Die Prämien für die erstmalige Niederlassung von Junglandwirten und
5. Die ländliche Siedlung.

Durch die einzelbetriebliche Investitionsförderung soll die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe im Gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaft auf Dauer sichergestellt werden. Vor diesem Hintergrund werden insbesondere Investitionen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen gefördert. Dabei ist auch ökologischen Erfordernissen Rechnung zu tragen.

Die einzelbetriebliche Investitionsförderung ist 1984 in zwei wesentlichen Punkten dadurch modifiziert worden, daß die bis dahin geltende Förderschwelle abgeschafft und ein Agrarkreditprogramm eingeführt wurde.

Die Zielsetzung der Förderung ist seitdem nicht mehr vorrangig das Wachstum der Betriebe. Neben die Verbesserung des Einkommens trat gleichrangig die Sicherung des Einkommens.

Seit 1986 wird jungen Landwirten zwecks Erleichterung der erstmaligen hauptberuflichen Niederlassung in einem landwirtschaftlichen Betrieb eine Niederlassungsprämie angeboten.

Durch den Rahmenplan 1989 wurde die Förderung von Investitionen zur Einkommenskombination eingeführt, und zwar sowohl im Einzelbetrieblichen Investitionsförderungsprogramm als auch im Agrarkreditprogramm. Danach sind betriebliche Investitionen zur Direktvermarktung von selbsterzeugten land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen und im Bereich Freizeit und Erholung förderungsfähig, soweit diese Investitionen infolge Anpassung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe an die Marktentwicklung und zur Weiterführung des Betriebes erforderlich sind. Hierdurch soll den bäuerlichen Familienbetrieben Anreiz gegeben werden, sich neben der Landwirtschaft zusätzliche Einkommensmöglichkeiten zu schaffen.

Ebenfalls 1989 aufgenommen wurde die Förderungsmöglichkeit von Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes und zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt, sofern diese Maßnahmen im Zusammenhang mit betrieblichen Investitionen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen erfolgen.

*Im Einzelbetrieblichen Investitionsförderungsprogramm und im Agrarkreditprogramm wird 1990 die Förderung von Kooperationen durch Ausschöpfung der Förderungsmöglichkeiten des EG-Rechts verbessert.*

*Die bisherige Förderung einer Kooperation als Einzelbetrieb wird aufgegeben. Die Zuwendungshöhe orientiert sich künftig an der Zahl der an der Kooperation beteiligten Mitgliedsbetriebe; sie beträgt bis zu bestimmten durch EG-Recht vorgegebenen Obergrenzen ein Vielfaches der für den Einzelbetrieb zulässigen Förderung. Die verbesserte Förderung von Kooperationen kommt jedoch nur dann in Betracht, wenn die Kooperation Betriebe oder Betriebsteile betrifft, die vor Antragstellung von dem jeweiligen Mitglied der Kooperation mindestens fünf Jahre als selbständiger Betrieb bewirtschaftet worden sind.*

### Investitionen im Rahmen des Einzelbetrieblichen Investitionsförderungsprogramms (EFP)

Im Mittelpunkt der einzelbetrieblichen Investitionsförderung steht das Einzelbetriebliche Investitionsförderungsprogramm, das sich an Haupterwerbslandwirte als Einzelunternehmer oder als Mitglieder einer Kooperation richtet. Förderungsvoraussetzungen sind, daß

- die Investition betriebswirtschaftlich sinnvoll ist und nachhaltig zur Existenzsicherung und Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen beiträgt,
- der Kapitaldienst unter Berücksichtigung angemessener Lebenshaltungskosten tragbar ist,
- der Betriebsinhaber nach seiner beruflichen Qualifikation die Gewähr für eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung des Betriebes bietet und sich zu einer vereinfachten Durchführung verpflichtet,
- das Arbeitseinkommen je Vollarbeitskraft im Betrieb nicht über *42 270 DM* /Jahr liegt sowie
- die positiven steuerlichen Einkünfte des Betriebsinhabers und seines Ehegatten einen Betrag von *100 000 DM*/Jahr nicht übersteigen.

Außerdem ist ein Betriebsverbesserungsplan aufzustellen, der

- Daten über den derzeitigen Zustand des Betriebes,

— eine Beschreibung der Maßnahmen und insbesondere der geplanten Investition sowie

— eine Darstellung der voraussichtlichen betrieblichen Auswirkungen des Investitionsvorhabens zum Inhalt haben muß.

Förderungsinstrumente sind primär Zinsverbilligung von Kapitalmarktdarlehen sowie alternativ Zuschüsse. Bei größeren Baumaßnahmen (Althofsanierung, Aussiedlung) können additiv öffentliche Darlehen und Sonderzuschüsse gewährt werden. Dabei werden Futterbaubetrieben in benachteiligten Gebieten und Grünlandbetrieben besonders günstige Förderungsmöglichkeiten eingeräumt, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß rindviehhaltende Betriebe gegenüber reinen Ackerbaubetrieben kapitalintensiver wirtschaften.

Die Förderung in den Bereichen Schweineproduktion und Milcherzeugung ist an durch EG-Recht vorgegebene Obergrenzen gebunden. Im Schweinebereich ist die Förderung nur bis zu einem erreichbaren Bestand von 300 Mastplätzen unter Anrechnung vorhandener Plätze zulässig, wobei die Gesamtzahl der Schweineplätze nach Durchführung der Investition 800 je Betrieb nicht überschreiten darf. Investitionen in der Milcherzeugung können nicht gefördert werden, wenn der Antragsteller über mehr als 40 Kühe je Arbeitskraft und 60 Kühe im Betrieb verfügt.

Über das Einzelbetriebliche Investitionsförderungsprogramm sollen 1990 rd. 6 673 Fälle gefördert werden. Das Schwergewicht liegt auf größeren baulichen Maßnahmen. Die förderungsfähigen Kosten betragen rd. 879 Mio DM und die Investitionshilfen einschließlich der Verpflichtungen aus den Vorjahren rd. 360 Mio DM.

### Investitionen im Rahmen des Agrarkreditprogramms (AKP)

Durch das Agrarkreditprogramm soll die Finanzierung von Maßnahmen zur Rationalisierung und Arbeitserleichterung im landwirtschaftlichen Betrieb unterstützt werden. Förderungsfähig sind darüber hinaus betriebliche Investitionen in Wohngebäuden.

Haupt- und Nebenerwerbslandwirte können für ein Kapitalmarktdarlehen von bis zu 143 000 DM je Arbeitskraft und je Unternehmen eine Zinsverbilligung erhalten, wenn ihre positiven steuerlichen Einkünfte *100 000* DM — davon aus nichtlandwirtschaftlichen Einkunftsarten *50 000 DM* — nicht überschreiten.

In den Bundesländern wird 1990 mit rd. 2 399 Förderfällen gerechnet. Die Zinszuschüsse belaufen sich auf rd. 37 Mio DM.

### Niederlassung von Junglandwirten

Neben einer seit dem 1. Januar 1984 möglichen verbesserten Investitionsförderung kann hauptberuflichen Junglandwirten, die zum Zeitpunkt der Antragstellung unter 40 Jahre alt sind, unter bestimmten Voraussetzungen eine einmalige Niederlassungsprämie bewilligt werden. Diese Prämie, die für 1990 von bisher 12 000 DM auf *15 000* DM angehoben wurde, kann innerhalb eines Zeitraumes von bis zu fünf Jahren nach der erstmaligen Niederlassung beantragt werden.

Die verbesserte Investitionsförderung für Junglandwirte bestand ursprünglich in einer um jeweils einen Prozentpunkt höheren Zinsverbilligung. Sie hat inzwischen eine Ergänzung hinsichtlich der Förderungsart erfahren. Ab 1986 kann Junglandwirten neben der ihnen im Rahmen des EFP und AKP gewährten Förderung ein Zuschuß bis zu 5 % des aufgenommenen Kapitalmarktdarlehens bzw. eine um 1 %-Punkt höhere Zinsverbilligung gewährt werden.

### Investitionshilfen zur Energieeinsparung

Wegen der zunehmenden Notwendigkeit zur Einsparung von bisher überwiegend verwendeten fossilen Energiearten und zur Überleitung auf die Verwendung möglichst kostengünstiger und umweltfreundlicher Energiearten können Maßnahmen im Produktionsbereich der Landwirtschaft durch Zuschüsse gefördert werden. Es sind dies:

— Wärmedämmung der baulichen Hüllen und der Warmwasser oder Dampf führenden Zuleitungen,

— Verbesserungen der Heizungs- und der damit verbundenen Regeltechnik,

— Wärmerückgewinnungsanlagen, Wärmepumpen, Solar-, Windkraft-, Wasserkraft- und Biomasseanlagen; soweit es sich um Wärmerückgewinnungsanlagen, Wärmepumpen und Biomasseanlagen handelt, können ab 1981 auch Nebenerwerbslandwirte diese Förderung erhalten,

— Umstellung der Heizanlagen von Öl auf Fernwärme und Biomasseverfeuerung sowie — bei Unterglasgartenbaubetrieben — auf Gas und Kohle.

Die Investitionshilfen zur Energieeinsparung werden insbesondere von Gartenbaubetrieben wegen deren intensiven Energieverbrauchs in Anspruch genommen. Der Anteil solcher Betriebe an dieser Förderung beträgt rd. 59 %.

Die Mindestinvestitionsgrenze liegt bei 5 000 DM. Die förderungsfähigen Höchstbeträge betragen 143 000 DM je Arbeitskraft und 250 000 DM je Betrieb. Die Höhe des Zuschusses kann sich auf bis zu 20 % dieser Aufwendungen beziehen.

Bund und Länder haben 1990 für die vorgenannten Maßnahmen zur Energieeinsparung Fördermittel in Höhe von 5,630 Mio DM vorgesehen.

### Ländliche Siedlung

Durch die Maßnahmen der ländlichen Siedlung sollen im öffentlichen Interesse die Entwicklung und der Bestand landwirtschaftlicher Vollerwerbsbetriebe, deren Existenz im Interesse der Bodenordnung und der Struktur ländlicher Gebiete erforderlich ist (Auffangbetriebe) gefördert werden.

Ein öffentliches Interesse liegt z. B. vor, wenn die Erhaltung des typischen Landschaftsbildes bzw. des

Erholungswertes der Landschaft nur auf diesem Wege sichergestellt werden kann. Dies gilt namentlich für die Offenhaltung der Schwarzwaldtäler. Im übrigen werden Auffangbetriebe überwiegend in den Mittelgebirgslagen in Hessen und in Nordrhein-Westfalen gefördert. Im nördlichen Bereich steht die Förderung von Auffangbetrieben überwiegend im Zusammenhang mit anderen komplexen Strukturmaßnahmen.

Auch in 1990 kann die Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe zu Auffangbetrieben in bestimmten benachteiligten Gebieten — im wesentlichen durch Darlehen — gefördert werden; die Bereiche der Milchvieh- und Schweinehaltung sind jedoch von der Förderung ausgeschlossen, mit Ausnahme der Betriebe im Gebiet des Schwarzwaldprogramms.

Außerdem wird durch Bodenzwischenerwerb die Bereitstellung landwirtschaftlicher Flächen für strukturverbessernde Vorhaben im ländlichen Raum erleichtert. Seit 1981 wird der Bodenzwischenerwerb nur noch durch Zinsverbilligung gefördert.

### Förderung landwirtschaftlicher Betriebe in benachteiligten Gebieten

Zweck dieser Förderung ist es, in benachteiligten Gebieten (Berggebiete, benachteiligte Agrarzonen, Kleine Gebiete) eine standortgerechte Agrarstruktur zu schaffen und zu sichern, einen Beitrag zur Erhaltung eines Minimus an Bevölkerungsdichte oder zur Erhaltung der Landschaft zu leisten und die landwirtschaftlichen Einkommen zu verbessern.

Die Förderung ist in der Bundesrepublik Deutschland ab 1. Oktober 1974 angelaufen. Sie basiert auf einer gleichlautenden EG-Richtlinie, die der EG-Ministerrat am 28. April 1975 beschlossen (RL 75/268/EWG) und mit der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates vom 12. März 1985 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur sowie den Änderungsverordnungen hierzu (EWG) Nr. 1760/87 des Rates vom 15. Juni 1987 und (EWG) Nr. 1609/89 des Rates vom 29. Mai 1989 geändert hat. Der Gesamtumfang der von dieser Richtlinie erfaßten benachteiligten Gebiete, die nach einheitlichen Kriterien abgegrenzt wurden, umfaßt ca. 52,7 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) des Bundesgebietes.

In den benachteiligten Gebieten erhalten landwirtschaftliche Betriebe eine verbesserte Investitionsförderung. Darüber hinaus können im Rahmen von Kooperationen im Bereich der gemeinschaftlichen Futtermittelproduktion sowie gemeinsam genutzter Weiden und Almen auch Zu- und Nebenerwerbsbetriebe im investiven Bereich gefördert werden.

Außerdem erhalten landwirtschaftliche Betriebe ab 3 ha in allen benachteiligten Gebieten eine Ausgleichszulage, die für Rindvieh, Pferde, Schafe und Ziegen pro Großvieheinheit in Verbindung mit der Futterfläche, sowie für andere landwirtschaftlich genutzte Flächen — mit Ausnahme von Weichweizen, Wein, Zuckerrüben sowie Flächen, für die eine Stillegungsprämie gezahlt wird — und Intensivkulturen, pro Hektar gewährt wird.

Bund und Länder haben 1990 für die Ausgleichszulage 727,435 Mio DM bereitgestellt. Insgesamt 248 505 landwirtschaftliche Betriebe sollen die Ausgleichszulage erhalten (vgl. Übersicht 3 Seite 121). Die für die Investitionsförderung der landwirtschaftlichen Betriebe und die Kooperationen im Bereich der gemeinschaftlichen Futtermittelproduktion sowie gemeinsam genutzter Weiden und Almen der benachteiligten Gebiete bereitgestellten Mittel sind mit den Mitteln für die entsprechenden Betriebe in den nichtbenachteiligten Gebieten zusammengefaßt (vgl. Übersicht 3 auf Seite 121).

### Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur

#### Verbesserung der Molkereistruktur

Die Garantiemengenregelung sowie die Einführung von Milchrenten haben regional unterschiedliche Wirkungen, die Anpassungsmaßnahmen der Molkereiwirtschaft erforderlich machen. Stillegungen von Betriebsstätten und Personalfreisetzungen sind unvermeidlich. Die erheblichen finanziellen Belastungen können von den betroffenen Molkereien nicht verkraftet werden. Durch Stillegungsbeihilfen sowie Beihilfen zu Arbeitnehmerabfindungen soll der notwendige Anpassungsprozeß erleichtert werden.

Förderungsvoraussetzung ist in der Regel, daß ganze Betriebe stillgelegt werden. Unter besonderen Voraussetzungen ist ab 1988 auch die Förderung einer Stillegung von Betriebsabteilungen möglich. Es kann davon ausgegangen werden, daß die regionalen Schwerpunkte dieser Maßnahme in den Ländern liegen werden, in denen der Rückgang der Milchanlieferung am stärksten war.

#### Investitionen im Bereich der Verarbeitung und Vermarktung von Lein

Flachs gehört zu den erneuerbaren, nachwachsenden Rohstoffen, die angesichts der Endlichkeit der Rohstoffreserven zunehmend an Bedeutung gewinnen. Es kann davon ausgegangen werden, daß es EG-weit für Flachsfasern sowohl bei der textilen Verwendung als auch im technischen Bereich einen interessanten und ausbaufähigen Markt gibt. Hier gilt es, frühzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Erzeuger zu stärken und den Absatz ihrer Erzeugnisse zu sichern.

Durch die Förderung der Erfassung und Lagerung von Lein sowie von Einrichtungen zur Herstellung, Lagerung und Vermarktung von Leinfasern soll der Anbau von Flachs angeregt und der Notwendigkeit der Schaffung von Schwinganlagen Rechnung getragen werden.

Mit entsprechenden Investitionen wird in allen Bundesländern — außer den Stadtstaaten und dem Saarland — gerechnet.

### Verbesserung der Struktur der Kellereien im bestimmten Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer

Durch die Förderung von Einrichtungen der Kellereiwirtschaft im bestimmten Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer sollen der Anbau und die Vermarktung des Weines dieses Anbaugebietes verbessert werden. Es sollen überbetriebliche Lager- und Vermarktungskapazitäten geschaffen werden, um auch das Lesegut besonders ertragreicher Erntejahre aufnehmen und ausbauen zu können. Durch qualitätsfördernde Maßnahmen soll die Wettbewerbsposition der Betriebe verbessert werden. Es sollen Weine produziert werden, die unter Betonung ihres Gebietscharakters durch ihre Qualität überzeugen.

Die im bestimmten Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer bestehenden Erzeugergemeinschaften sind aus diesen Gründen gezwungen, erhebliche Investitionen zu tätigen, die die eigene Finanzkraft dieser Gemeinschaften überfordern. Durch Bereitstellung zusätzlicher Finanzierungsmittel läßt sich die Kellereistruktur dieses Anbaugebietes grundlegend verbessern.

### Investitionen bei Vermarktungseinrichtungen für frisches Obst und Gemüse

Durch die Förderung von Einrichtungen zur Lagerung, Reinigung, Sortierung und Verpackung von Obst und Gemüse sowie zur Herstellung von Naßkonserven soll der Absatz von Obst und Gemüse verbessert werden. Die Maßnahme schafft Voraussetzungen dafür, geeignete Arten und Sorten zu großen einheitlichen Partien zusammenzufassen, sie richtig zu behandeln und entsprechend zu lagern. Obst und Gemüse können, nach Qualitätsnormen sortiert und gekennzeichnet, in angemessener Verpackung zum richtigen Zeitpunkt dem Frischmarkt oder der Verwertungsindustrie zugeführt werden. So kann die Produktion und Vermarktung den besonderen Erfordernissen des stark importbestimmten Obst- und Gemüsemarktes angepaßt werden. Insbesondere in Verbindung mit der Förderung von Erzeugerorganisationen kann eine weitere Konzentration des Angebotes und eine Anpassung der Angebotsmengen an die Markterfordernisse erreicht werden. Im Rahmen dieser Maßnahmen können auch Einrichtungen zur Herstellung von Naßkonserven gefördert werden, soweit die entsprechenden Vorhaben einem Ausbau oder einer innerbetrieblichen Rationalisierung gelten.

Besondere Förderungsschwerpunkte sind die traditionellen Obst- und Gemüseanbaugebiete in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Da auf dem einheimischen Markt gegenwärtig eine scharfe Konkurrenz zu Erzeugnissen aus anderen Mitgliedstaaten der EG besteht, findet ein wichtiger Anpassungsprozeß statt, der durch diese Förderungsmaßnahmen erleichtert wird. Insgesamt sind für diese Maßnahmen 8,763 Mio DM vorgesehen (vgl. Übersicht 3 Seite 122).

### Investitionen bei Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen

Mit der Förderung von Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen wird eine verstärkte Zusammenfassung der Produktion und eine Verbesserung der Angebotsstruktur sowie der Markttransparenz erreicht. Die Fördermaßnahme trägt dazu bei, Produktion und Vermarktung den Anforderungen des modernen Marketings anzupassen, um so die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Erzeuger zu verbessern und den Absatz ihrer Erzeugnisse zu sichern.

Bund und Länder stellen hierfür Zuschüsse in Höhe von 6,885 Mio DM zur Verfügung. Regionale Schwerpunkte der Förderung liegen in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz (vgl. Übersicht 3 Seite 122).

### Investitionen im Bereich der Be- und Verarbeitung von Kartoffeln

Durch die Förderung soll der Neu- und Ausbau sowie die innerbetriebliche Rationalisierung von Fabrikationsanlagen für aus Kartoffeln hergestellte Veredelungserzeugnisse für die menschliche Ernährung unterstützt werden.

Die Maßnahme bezieht sich ebenfalls auf Rationalisierungsvorhaben der Kartoffelstärkeindustrie, die wegen der starken Konkurrenz ausländischer Betriebe einer Modernisierung bedarf. Dadurch soll ihre Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.

Generelles Ziel ist die Anpassung der Vermarktungseinrichtungen an die sich ändernden Verzehrgewohnheiten der Verbraucher. Der Verbrauch verlagert sich weiterhin auf Veredelungserzeugnisse aus Kartoffeln; bei Speisekartoffeln ist auch zukünftig mit Verbrauchsrückgängen zu rechnen.

Schwerpunkte der Maßnahme liegen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Das vorgesehene Zuschußvolumen beträgt 8,129 Mio DM (vgl. Übersicht 3 Seite 122).

### Verbesserung der Struktur der Seefischmärkte

Die Maßnahme soll die Modernisierung und Rationalisierung öffentlicher Seefischmärkte durch Investitionshilfen fördern.

Dem Förderungsziel entsprechend können Betriebe des Frischfischgroßhandels und der -bearbeitung, soweit sie zu Auktionen zugelassen und an einem öffentlichen Seefischmarkt tätig sind, im Zuge der Maßnahme eine Beihilfe zur Unternehmensstillegung erhalten. Damit soll den Inhabern weniger leistungsfähiger Betriebe die Unternehmensstillegung erleichtert werden; es sollen gleichzeitig Voraussetzungen für die Konzentration auf leistungsfähige, an öffentlichen Seefischmärkten tätige Betriebe des Frischfischgroßhandels und der -bearbeitung geschaffen werden.

Die sozialen Folgen der Unternehmensstillegung sollen durch Gewährung von Beihilfen zu Arbeitnehmerabfindungen gemildert werden.

Die Maßnahme kommt in den Küstenländern zur Durchführung. Das vorgesehene Zuschußvolumen beträgt 2,800 Mio DM (vgl. Übersicht 3 Seite 122).

### Verbesserung der Marktstruktur gemäß VO (EWG) Nr. 355/77

Im Rahmen der VO (EWG) Nr. 355/77, die im Zuge der Reform der Strukturfonds durch eine Nachfolgeregelung zu ersetzen ist, besteht für das Jahr 1990 die Möglichkeit, Investitionen national auch in anderen als in den oben genannten Bereichen zu fördern. Die in Betracht kommenden Förderungsbereiche müssen durch Länderprogramme konkretisiert sein. Diese Programme bedürfen hinsichtlich ihres sachlichen Anwendungsbereichs, soweit die nationale Mitleistung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe erfolgt, der Zustimmung durch den Planungsausschuß für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der der Agrarstruktur und des Küstenschutzes". Sie müssen darüber hinaus durch die Komission der Europäischen Gemeinschaften gebilligt worden sein. Insgesamt haben die Länder bis Ende 1989 80 Programme zur nationalen Mitleistung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe vorgelegt.

Auf der Grundlage dieser Maßnahme können auch Erzeugergemeinschaften wie andere Wirtschaftsunternehmen Investitionsbeihilfen erhalten, sofern ihre Anerkennung länger als sieben Jahre zurückliegt und eine solche Beihilfe nach dem Marktstrukturgesetz nicht mehr in Betracht kommt.

Die für diese Maßnahme bereitgestellten Zuschüsse belaufen sich auf 33,669 Mio DM (vgl. Übersicht 3 Seite 122).

### *Maßnahmen zur Verbesserung der Vermarktung „alternativ erzeugter" Produkte*

*Sofern Landwirte nach den besonderen Regeln Produkte erzeugen, soll die überbetriebliche Vermarktung dieser Waren gefördert werden. Dies erfolgt sowohl durch sog. Startbeihilfen als auch durch Investitionsbeihilfen. Ziel der Maßnahme ist die Zusammenfassung des Angebots von nach besonderen Regeln erzeugten landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu großhandelsfähigen Partien und damit Verbesserung der Marktstellung der betreffenden Erzeuger. Zum einen wird hiermit der Trend in der Landwirtschaft unterstützt, vermehrt nach alternativen Anbauregeln den Betrieb zu bewirtschaften, zum anderen auch die Maßnahmen zur Extensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Weiterhin wird diese Maßnahme der wachsenden Nachfrage nach „alternativ erzeugten" Produkten gerecht.*

*Für diese Maßnahme wurde zunächst ein Betrag von rd. 5,1 Mio DM veranschlagt (vgl. Übersicht 3 Seite 123).*

### Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz

Die auf Grund des Marktstrukturgesetzes durchzuführenden Maßnahmen sind Bestandteil dieses Rahmenplanes. Durch das Marktstrukturgesetz wird der Zusammenschluß landwirtschaftlicher Betriebe zu Erzeugergemeinschaften oder zu Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften gefördert.

Für Obst und Gemüse und fischwirtschaftliche Erzeugnisse gelten EG-Vorschriften (s.u.).

Ziel der Förderung ist die Verbesserung der Marktposition der Erzeuger, insbesondere durch die Produktion von Qualitätserzeugnissen, die kontinuierliche Belieferung des Marktes mit einheitlichen Partien und die Anpassung des landwirtschaftlichen Angebots an die Nachfrage.

Durch die Tätigkeit der Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen erfolgt eine Absatzsicherung für die betreffenden Landwirte, die in den landwirtschaftlichen Betrieben die Möglichkeit zur rationellen Ausweitung der Produktion zu mechanisierungswürdigen Einheiten schafft. Insofern ist auch ein Zusammenhang dieser Maßnahme mit der einzelbetrieblichen Investitionsförderung gegeben.

Anerkannte Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen können in den ersten fünf Jahren nach ihrer Anerkennung Startbeihilfen erhalten, um ihre Gründung und Tätigkeit zu fördern. Zur Verbesserung der Marktstruktur werden Erzeugergemeinschaften und ihre Vereinigungen in den ersten sieben Jahren nach ihrer Anerkennung auch mit Investitionsbeihilfen gefördert. Investitionsbeihilfen können auch Betriebe des Handels oder der Be- und/oder Verarbeitung erhalten, wenn sie unter bestimmten Voraussetzungen mit Erzeugergemeinschaften langfristige Lieferverträge eingehen.

Durch Änderung des Marktstrukturgesetzes im Jahre 1975 wurden auch die Erzeugergemeinschaften und ihre Vereinigungen, die nach EG-Bestimmungen gebildet wurden, in ihrer wettbewerbsrechtlichen Stellung den nach dem Marktstrukturgesetz gegründeten Gemeinschaften gleichgestellt und können nach EG-Recht anerkannte Erzeugergemeinschaften bzw. Erzeugerorganisationen mit Investitionsbeihilfen auf der Grundlage des Marktstrukturgesetzes gefördert werden.

Insgesamt haben Bund und Länder für 1990 Zuschüsse in Höhe von 22,202 Mio DM eingeplant (vgl. Übersicht 3 Seite 123).

### Maßnahmen auf Grund von EG-Verordnungen:

- **Obst und Gemüse (VO ‹EWG› Nr. 1035/72)**
- **Fischwirtschaftliche Erzeugnisse (VO ‹EWG› Nr. 3796/81)**

Im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation Obst und Gemüse gilt unmittelbar die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72.

Für fischwirtschaftliche Erzeugnisse ist die Verordnung (EWG) Nr. 3796/81 maßgebend.

### Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen

Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen dienen heute nicht mehr in erster Linie der landwirtschaftlichen Erzeugungssteigerung. Der Schwerpunkt solcher Maßnahmen liegt vielmehr

- in der Erhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes,
- in der Sicherung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- in der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse in den ländlichen Räumen.

Im wesentlichen dienen hierzu folgende wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen und die dazugehörigen Vorarbeiten:

- Ausgleich des Wasserabflusses sowie Schutz gegen die zerstörende Wirkung von Wasser und Wind. Hierzu zählen im wesentlichen Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken, naturnaher Gewässerbau, Wildbachverbauungen, Windschutzanlagen.
- Neubau und Befestigung von ländlichen Wegen.
- Zentrale Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen in ländlichen Gemeinden.

Planung und Durchführung der raumwirksamen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen sind eng mit der allgemeinen agrarstrukturellen Entwicklung verbunden.

In den Rahmenplan 1990 sind Zuschüsse in Höhe von 426,140 Mio DM und Zinszuschüsse von 11,496 Mio DM eingestellt. Diese Maßnahmen stellen somit innerhalb dieses Rahmenplans einen sachlichen Schwerpunkt dar.

Räumliche Schwerpunkte für wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen im Sinne von § 2 Abs. 2 des GemAgrG sind u. a. die schon seit längerer Zeit auch mit Bundesmitteln geförderten Regionalprogramme Küstenplan, Emslandpro-gramm und Programm Nord.

Ansonsten richtet sich die räumliche Schwerpunktbildung nach den jeweiligen Fachplanungen der Länder, die sich an den Zielen der Raumordnungspolitik orientieren. In erster Linie werden danach benachteiligte und strukturschwache Gebiete begünstigt (s. im einzelnen Teil IV).

Die Aufteilung der Gesamtkosten auf die einzelnen Verwendungszwecke ist aus der Übersicht 3 Seiten 123 und 124 zu ersehen.

### Forstwirtschaftliche Maßnahmen

Die Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen umfaßt:

- waldbauliche Maßnahmen
- forstwirtschaftlicher Wegebau
- forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse.

Förderungsfähige waldbauliche Maßnahmen sind:

- Vorarbeiten

  Dabei handelt es sich um Untersuchungen und Erhebungen, die zur Vorbereitung der folgenden Teilmaßnahmen erforderlich sind.

- Erstaufforstung

  Die Aufforstung stellt aus einzelbetrieblicher wie auch gesamtwirtschaftlicher Sicht eine sinnvolle Nutzungsalternative für bisher landwirtschaftlich genutzte Flächen dar. Zugleich werden mit der Aufforstung günstige ökologische Wirkungen erzielt. Einer deshalb wünschenswerten Ausdehnung der Waldfläche stehen jedoch hohe Investitionskosten für den Grundeigentümer gegenüber. Der Förderung der Erstaufforstung kommt deshalb große Bedeutung zu.

- Pflege in Jungwüchsen aus Erstaufforstung

  Auch nach einer Aufforstung fallen hohe Aufwendungen für die Jungwuchspflege an. Die Pflege der Jungwüchse ist für die langfristige Stabilität und Leistungsfähigkeit der neubegründeten Wälder sowie die Erhaltung und Steuerung der Baumartenmischungen wichtig. Dabei fallen in der Regel noch keine finanziellen Erträge an. Die Förderung gibt deshalb Anreize zur Durchführung von Jungwuchspflege.

- Umbau nicht standortgerechter und ertragsschwacher Bestockungen in standortgerechten Hochwald

  Gefördert wird diese Maßnahme in nicht standortgerechten, d. h. instabilen, waldbaulich unbefriedigenden Beständen, in ertragsschwachen Beständen und überalterten oder instabilen Wäldern mit Schutzfunktionen.

- Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur von Jungbeständen

  Die Jungbestandspflege trägt durch Stammzahlverminderung und Mischungsregulierung wesentlich zur Entwicklung langfristig stabiler und gesunder, vorrats- und wertmäßig befriedigender Altbestände bei. Die Förderung umfaßt einmal im Bestandesleben die Gewährung von Zuschüssen zu den Kosten der Jungbestandspflege unter Berücksichtigung der Ertrags- und Leistungsfähigkeit der Betriebe. Bei Flächen mit neuartigen Waldschäden ist eine mehrmalige Förderung möglich, sofern dies aus strukturellen Gründen notwendig ist.

- Wertästung

  Durch das Aufasten einer angemessenen Zahl von Bäumen eines Jungbestandes steigt der Anteil astfreien Holzes am Zuwachs. Damit verbessert sich die Wertleistung eines Bestandes erheblich.

- Trennung von Wald und Weide

  Mit dieser Maßnahme wird die Ablösung von Weideberechtigungen im Wald oder die Bereitstellung von Ersatzweideflächen außerhalb des Waldes gefördert. Die Beendigung der Viehweide im Wald ist

eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung eines standortgemäßen Waldes auf schwierigen Gebirgs- und Mittelgebirgsstandorten.

— Vor- und Unterbau

In Beständen oder an Bestandesrändern, die aufgrund neuartiger Waldschäden lückig geworden bzw. verlichtet sind, ist es häufig sinnvoll, Schattbaumarten unter dem Schutz des Altbestandes vorauszuverjüngen (Vorbau) oder als boden- und bestandesstabilisierende Nebenbestandsbaumart (Unterbau) einzubringen.

— Bodenschutz- und Meliorationsdüngung

Gezielte Düngungsmaßnahmen können bei Vorhandensein neuartiger Waldschäden durch den Ausgleich von Nährstoffmängeln die Vitalität und Widerstandskraft geschädigter Bäume stärken. Durch Ausbringen von Kalk kann ferner auf Böden mit ungenügender Pufferkapazität eine weitergehende Versauerung durch saure Einträge aus der Luft abgepuffert werden. Um eine sachgemäße Durchführung zu gewährleisten und negative Nebenwirkungen zu vermeiden, ist als Voraussetzung für die Förderung eine gutachtliche Stellungnahme vorgesehen, die die Zweckmäßigkeit und Unbedenklichkeit der Maßnahme bestätigt. Ggf. sind dafür auch Boden- oder Blatt- bzw. Nadelanalysen vorzunehmen.

— Wiederaufforstung

Ziel der Förderung der Wiederaufforstung bei Vorhandensein neuartiger Waldschäden ist es, Bestände, die aufgrund der Schädigung nicht mehr lebensfähig waren und geräumt wurden, rasch durch neue Bestände zu ersetzen und damit den Waldboden unter Bestockung zu halten. Bei der Wiederaufforstung sollten verstärkt auch Laubbaumarten verwendet werden.

— Sonstige forstwirtschaftliche Investitionen

Dazu rechnen die erstmalige Anlage von Einrichtungen zur langfristigen Lagerung von Holz und zur dafür erforderlichen konservierenden Behandlung. Diese Maßnahmen dienen der wirtschaftlichen Stabilisierung von Forstbetrieben insbesondere bei umfangreichen Zwangseinschlägen.

Mit der Förderung der genannten Maßnahmen soll erreicht werden, daß

— ein Teil der bei der Umstrukturierung der Landwirtschaft freiwerdenden Flächen in Wald überführt wird;

— forstliche Strukturmängel Zug um Zug gemildert und beseitigt werden, um die Nutz-, aber auch die Schutz- und Erholungsfunktion des Privat- und Körperschaftswaldes weiterhin zu sichern und zu verbessern;

— seitens der Forstwirtschaft die wenigen ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Stabilisierung von durch neuartige Waldschäden geschädigten Wälder durchgeführt werden können.

Die Aufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen steht in einem engen Zusammenhang mit der Agrarstrukturverbesserung, soweit diese auf eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur und die Vermeidung von Produktionsüberschüssen gerichtet ist. Diese Maßnahme hat sich an den Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung zu orientieren. Gleiches gilt sinngemäß für die übrigen Teilmaßnahmen.

Bund und Länder stellen 1990 für die vorgenannten Maßnahmen insgesamt Zuschüsse in Höhe von 122,873 Mio DM zur Verfügung (vgl. Übersicht 3 Seite 124).

Beim forstlichen Wegebau werden gefördert der Neu- bzw. Ausbau von Forstwirtschaftswegen im Privat- und Körperschaftswald sowie Vorarbeiten, d. h. Zweckforschungen und Erhebungen für das jeweilige Bauvorhaben einschließlich der Prüfung seiner landschaftsökologischen Auswirkungen. Förderungsfähig sind Wege zum Aufschluß forstwirtschaftlicher Nutzflächen, Wege zwischen Forstflächen und den zugehörigen Betriebsstätten sowie zum Anschluß der Forstflächen an das öffentliche Straßen- und Wegenetz.

Mit der Förderung sollen

— nicht oder unzureichend erschlossene Waldgebiete für eine ordnungsgemäße und nachhaltige Bewirtschaftung zugänglich gemacht werden und

— die Voraussetzungen für die rationelle Ernte und eine effektive Vermarktung des Holzes geschaffen oder verbessert werden.

Die Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse umfaßt die Gewährung von Zuschüssen für Erstinvestitionen, die der Verbesserung der forstwirtschaftlichen Erzeugung und des Absatzes von Forsterzeugnissen dienen, sowie die Gewährung von Zuschüssen zu den Kosten für Verwaltung und Beratung.

Förderungsfähig sind die anerkannten Zusammenschlüsse i.S. des § 41 Absatz 5 Nr. 1 Bundeswaldgesetz. Die Verwaltungs- und Beratungskosten der Zusammenschlüsse werden 20 Jahre lang ab der Anerkennung bezuschußt, wobei die Höhe der Förderung von anfangs 40 % auf am Schluß 20 % der förderungsfähigen Kosten sinkt. *Eine zeitlich begrenzte Ausdehnung dieser Förderung ist nur für solche Zusammenschlüsse möglich, die waldbauliche Aufgaben wahrnehmen und überdurchschnittlich mit Jungbeständen bis zu einem Alter von 40 Jahren ausgestattet sind.*

Die Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse soll dazu beitragen, strukturelle Nachteile (geringe durchschnittliche Besitzgröße, Besitzzersplitterung, Gemengelage) innerhalb des Privat- und Körperschaftswaldes zu überwinden. Von diesen Nachteilen ist eine Fläche von etwa 3,4 Mio ha betroffen, die von rd. 11 000 Körperschafts- und rd. 450 000 Privatwaldbetrieben bewirtschaftet wird. Hinzu kommen noch etwa 0,46 Mio ha Kleinstwaldflächen (unter 1 ha je Eigentümer), die von der Betriebsstatistik nicht erfaßt werden und fast ausschließlich dem Privatwald zuzurechnen sind.

### Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung

Leistungsprüfungen sind für eine weitere Rationalisierung in der tierischen Erzeugung unentbehrlich. Ihre Ergebnisse bilden die Grundlage für den züchterischen Fortschritt sowie für die Verbesserung der Produktivität und Qualität in der Tierproduktion.

Die Ergebnisse der Milchleistungsprüfungen sind die Basis für eine leistungsgerechte Fütterung der Tiere, für die Berechnung des Zuchtwertes der eingesetzten Bullen sowie für die zur Rationalisierung der Milcherzeugung erforderliche Selektion der weiblichen Tiere. Mit Hilfe der Populationsgenetik ist es dabei möglich züchterisch wertvolle Bullen herauszufinden, um diese dann stärker über die künstliche Besamung in der breiten Landeszucht einzusetzen. Diese Zuchtwertschätzung ist nur möglich, wenn ein hoher Anteil milchleistungsgeprüfter Tiere vorhanden ist.

Ebenso wie die Milchleistungsprüfungen für die Milcherzeugung sind die Leistungsprüfungsanstalten für Rinder, Schweine und Schafe für den züchterischen Fortschritt auf dem Gebiet der Fleischerzeugung von zentraler Bedeutung.

Durch den freiwilligen Zusammenschluß der Erzeuger zu Kontrollringen für Mastschweine, Ferkel, Mastrinder, Mastlämmer und Jungmasthammel wird eine Verbesserung der Qualität tierischer Produkte herbeigeführt. Die Kontrollringe bilden vielfach die Grundlage für die Arbeit der Erzeugergemeinschaften nach dem Marktstrukturgesetz und sind somit ein wichtiger marktpolitischer Faktor von überregionaler Bedeutung.

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe stellen Bund und Länder 1990 für die Förderung aller vorgenannten Maßnahmen insgesamt 29,402 Mio DM Zuschüsse bereit (vgl. Übersicht 3 Seite 124).

### Landarbeiterwohnungsbau und Anpassungshilfe für ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer

Die Förderung des Landarbeiterwohnungsbaus ist eine Strukturmaßnahme mit dem Ziel, der modernen Landwirtschaft einen Stamm fachlich qualifizierter, vielseitig verwendbarer Fachkräfte zu erhalten. Die Maßnahme hat ihren Schwerpunkt naturgemäß in den Bundesländern mit Betrieben, in denen in besonders starkem Maße Fremdarbeitskräfte eingesetzt sind oder in denen Betriebshelferdienste bestehen. 1990 wollen Bund und Länder für diese Maßnahme Zuschüsse in Höhe von 1,232 Mio DM einsetzen (vgl. Übersicht 3 Seite 124).

Die Anpassungshilfe für ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer unterstützt die Anpassung der landwirtschaftlichen Produkte an den Markt und die Verbesserung der Agrarstruktur. Im Zuge dieser Entwicklung werden sowohl Teile von landwirtschaftlichen Betrieben als auch ganze Betriebe stillgelegt. Darüber hinaus läßt sich die Situation von landwirtschaftlichen Betrieben durch Maßnahmen zur Produktionseinschränkung oder zur rationelleren Gestaltung des Betriebes verbessern. Der Entschluß des Betriebsinhabers, derartige Maßnahmen zu treffen, wird vielfach gehemmt durch die Sorge- und Treuepflicht gegenüber den davon betroffenen, langjährig beschäftigten älteren Mitarbeitern. Die Gewährung einer Anpassungshilfe an diese Arbeitnehmer erweitert seinen Entscheidungsspielraum. Die Anpassungshilfe wird in Form von Monatsbeträgen unter teilweiser Anrechnung sonstiger Einkommen gewährt. Bund und Länder wollen in 1990 für diese Maßnahme Zuschüsse in Höhe von 0,836 Mio DM einsetzen (vgl. Übersicht 3 Seiten 124 und 125).

### *Umstellungshilfe*

*Landwirtschaftliche Unternehmer mit Betrieben ohne ausreichendes Einkommenspotential sind zukünftig auf außerlandwirtschaftliches Einkommen als zusätzliche oder Haupterwerbsquelle angewiesen. Da der Arbeitsmarkt und der technische Fortschritt qualifizierte Fachkräfte verlangen, kann eine außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit nur nach erfolgreicher Qualifikation in einem außerlandwirtschaftlichen Beruf im Wege einer Umschulung aufgenommen werden.*

*Für eine erfolgreiche Umschulung ist die Umstellung des Betriebes auf eine Bewirtschaftungsweise mit geringerem Arbeitseinsatz erforderlich. Zur Förderung der Umstellung wird den Landwirten während der Teilnahme an einer beruflichen Bildungsmaßnahme eine finanzielle Hilfe in Höhe von 850,— DM/Monat (ggf. zuzüglich eines Kinderzuschlages) gewährt.*

*Bund und Länder wollen in 1990 für diese Maßnahme Zuschüsse in Höhe von 3 Mio DM einsetzen (vgl. Übersicht 3 Seite 125).*

### Küstenschutz

Küstenschutz ist die Voraussetzung für die Erhaltung des Lebensraumes an den Küsten von Nord- und Ostsee, der etwa 1 Mio ha Niederungsgebiet umfaßt. Die nach technischen und wirtschaftlichen Optimalkriterien konzipierten und bisher geschaffenen Küstenschutzanlagen haben sich voll bewährt und ihre Schutzfunktion gegen Sturmfluten an der Nordseeküste — zuletzt im Januar 1976 und November 1981 — haben erneut die Dringlichkeit unterstrichen, die der beschleunigten Fertigstellung der noch notwendigen Küstenschutzarbeiten zukommt. Mit entsprechendem finanziellem Einsatz wird angestrebt, die Schutzanlagen an Hand der aktualisierten Generalpläne der Küstenländer so schnell wie möglich fertigzustellen.

Im Jahre 1990 wollen Bund und Länder Gesamtzuschüsse in Höhe von 194,589 Mio DM einsetzen (siehe Übersicht 3 Seite 125).

# TEIL IV

# Besondere Förderungsschwerpunkte in den einzelnen Bundesländern

## Schleswig-Holstein

### Vorbemerkung

Die 2. Anmeldung des Landes Schleswig-Holstein zum Rahmenplan 1990 umfaßt ein Volumen in Höhe von 219,413 Mio DM Gesamtmittel, davon Bundesanteil 139,981 Mio DM. Die **sachlichen Schwerpunkte** sind durch den Umfang der vier wichtigsten Maßnahmegruppen gekennzeichnet, auf die folgende Anteile am gesamten Mittelvolumen entfallen:

- Küstenschutz 38,0 %
- einzelbetriebliche Investitionsförderung 34,1 %
- überbetriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur (Flurbereinigung, Wirtschaftswegebau, Regelung der Wasserwirtschaft) 5,2 %
- Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen 11,4 %

Insgesamt entfallen auf diese Maßnahmegruppen somit 88,7 % der vorgesehenen Förderungsmittel.

Die räumlichen Schwerpunkte fallen bei den einzelnen Maßnahmen z. T. recht unterschiedlich aus. Sie ergeben sich aus den jeweiligen Fachplanungen und orientieren sich an den Zielen der Raumordnungspolitik. Global betrachtet erfordern vor allem die Küstenregionen sowie die stukturschwachen Gebiete im Programm Nord (Landesteil Schleswig und Dithmarschen) einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Förderungmitteln. Dabei ist zu berücksichtigen, daß gerade in diesen Gebieten der Agrarbereich die tragende Wirtschaftskraft darstellt.

### 1. Agrarstukturelle Vorplanung

Nach wie vor fördert Schleswig-Holstein diese Maßnahme als eine Planungsgrundlage der Agrarstrukturverbesserung einschließlich Dorferneuerung.

Die räumlichen Schwerpunkte liegen z. Z. noch im Kreis Dithmarschen, verstärkt aber auch schon in den Kreisen Plön, Steinburg und Segeberg. Hier sind parallel zur Flurbereinigung umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur sowie zur Naherholung und zur Landschaftspflege erforderlich.

In einigen Fällen werden früher aufgestellte Vorplanungen fortgeschrieben und vertieft.

### 2. Flurbereinigung

#### 2.1/2.3 Flurbereinigungsverfahren und beschleunigte Zusammenlegung

Flurbereinigungsverfahren werden in Schleswig-Holstein in großem Umfang eingesetzt, um konkrete Ziele der Agrarstrukturpolitik zu realisieren. Ihre Stärke liegt darin, daß in diesem Verfahren ein ganzes Bündel von Maßnahmen zusammengefaßt ist; sie werden von der zuständigen Flurbereinigungsbehörde nicht nur geplant und mit anderen Vorhaben koordiniert, sondern können auch zügig verwirklicht werden, weil auch die Finanzierung in der Hand der Behörde liegt.

Die Flurbereinigung ist besonders geeignet, die kommunale und regionale Infrastruktur zu verbessern. Sie fängt nicht erst am Ortsausgang an. Mit ihrer Hilfe werden die örtlichen Verkehrsverhältnisse verbessert, die Ortslagen aufgelockert, Flächen für öffentliche Zwecke, wie Sportplatz und Grünanlagen bereitgestellt, Land für Zwecke des Naturschutzes ausgewiesen sowie Maßnahmen der Dorferneuerung realisiert. Flurbereinigung und Dorferneuerung tragen dazu bei, daß der ländliche Raum eine ausgewogene Siedlungsstruktur behält, daß die Dörfer ihren Wohn- und Lebenswert behalten. Sie sind unverzichtbar für die zukunftsorientierte Entwicklung vieler ländlicher Gemeinden.

Die Flurbereinigung ist die wirksamste Ordnungsmaßnahme zum Ausgleich differenzierter flächenbezogener Interessen im ländlichen Raum. Sie hilft, Enteignungen zu vermeiden; sie trägt dazu bei, breitgestreutes Eigentum an Grund und Boden zu gewährleisten.

Wenn Straßenbauvorhaben oder ähnliche Eingriffe einschneidende Veränderungen in dem Wirtschaftsraum einer Gemeinde und damit auch in der Landschaft verursachen, so erleichtert in vielen Fällen die Flurbereinigung die Bereitstellung der für den Bau der Straßen oder sonstiger öffentlicher Anlagen erforderlichen Flächen. Außerdem werden landeskulturelle Schäden behoben, soweit sie durch die Flurbereinigung nicht von vornherein vermieden werden. Insgesamt ist damit die Flurbereinigung nicht nur ein agrarpolitisch, sondern auch gesellschaftspolitisch bedeutsames Instrument.

Maßnahmen der Flurbereinigung sind oftmals mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden. Die Flurbereinigung gewährleistet jedoch einen angemessenen Ausgleich, der den allseitigen Belangen Rechnung trägt. Hierauf wird besonders geachtet. Zudem ist die Flurbereinigung ein geeignetes Verfah-

ren, auch Eingriffe anderer Planungsträger auszugleichen.

Im Mittelpunkt jeder Flurbereinigung steht das Ziel, die Grundlagen der landwirtschaftlichen Betriebe zu verbessern. Sie können in der Zukunft in einem größeren Wirtschaftsraum nur dann bestehen, wenn mit einem möglichst geringen Arbeitsaufwand ihre Nutzflächen rationell bewirtschaftet werden können. Hierfür schafft die Flurbereinigung die Voraussetzungen. Erst eine gute Grundausstattung ermöglicht ein den Einkommenserfordernissen entprechendes angemessenes Wachstum der Betriebe.

Die räumlichen Schwerpunkte liegen entsprechend dem größten Bedarf in den Kreisen Dithmarschen, Schleswig-Flensburg sowie Steinburg.

1990 sollen Flurbereinigungsverfahren mit einem Gebietsumfang von rd. 1 000 ha eingeleitet werden sowie vereinfachte Flurbereinigungsverfahren mit rd. 10 000 ha Gebietsumfang mit dem Schwerpunkt landschaftspflegerischer Maßnahmen.

#### 2.4 Freiwilliger Landtausch

Der freiwillige Landtausch stellt eine wertvolle Ergänzung zur Flurbereinigung dar.

1990 wird mit etwa 50 Verfahren mit ca. 140 Teilnehmern bei einer Tauschfläche von insgesamt ca. 700 ha gerechnet.

### 3. Dorferneuerung

Ein weiterer Schwerpunkt der Agrarstrukturverbesserung in Schleswig-Holstein ist die Dorferneuerung. In Fortführung und Ergänzung der laufenden Agrarstrukturförderung werden gezielt weitere Maßnahmen

der Flurbereinigung,

des ländlichen Wegebaus,

der Abwasserbeseitigung,

der Wasserversorgung,

des Straßen- und Wegebaus,

der einzelbetrieblichen Investitionsförderung,

des Umweltschutzes und

der Denkmalpflege

zusammengefaßt und mit Gestaltungsvorstellungen für das Dorfbild verbunden.

Die Dorferneuerung basiert auf den Ideen und Anregungen der Gemeinden und ihrer Bürger. Schwerpunkte sind ortsbildprägende Einzelmaßnahmen sowie die Verbesserung des Ortsbildes überhaupt. Neben Maßnahmen der Erhaltung treten solche der wirtschaftlichen Entwicklung. Zur Dorferneuerung gehören deshalb verschiedene Infrastrukturmaßnahmen sowie Bau-, Entwicklungs- und Renovierungsvorhaben der Landwirte. Dabei kommt es darauf an, vorgegebene andere Fördermöglichkeiten zu nutzen. Die besonderen Dorferneuerungsmittel werden neben Planung und Betreuung nur für Vorhaben bereitgestellt, die anderweitig nicht gefördert werden können.

1990 werden in 140 Gemeinden Dorferneuerungsmaßnahmen mit ca. 2 200 Einzelvorhaben durchgeführt.

### 4. Einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung

In kaum einem anderen Land ist die Wirtschaft derart stark von der Land- und Forstwirtschaft geprägt, wie in Schleswig-Holstein.

— Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen liegt hier mit 7,2 % erheblich über dem Durchschnitt des Bundesgebietes (5,2 %). Fast jeder 7. Erwerbstätige findet in Schleswig-Holstein seine Arbeit im gesamten Agrarbereich einschließlich Ernährungshandwerk und -handel; rd. 27 % aller Umsätze werden hier getätigt.

— In den ländlich geprägten Gebieten Schleswig-Holsteins stellt die Landwirtschaft wirtschaftlich das tragende Element dar. Sie bleibt auch in Zeiten eines schwierigen Anpassungsprozesses einer der größten Investoren aller Wirtschaftsbranchen im Lande.

— Der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung ist im Lande mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Auch die schleswig-holsteinische Landwirtschaft weist gegenüber ihren europäischen Hauptkonkurrenten strukturelle Defizite auf. Die unbefriedigende Einkommenslage vieler landwirtschaftlicher Unternehmen beruht zu einem großen Anteil auf Strukturmängeln. Die Auswirkungen der Überschüsse auf allen wichtigen Agrarmärkten verstärkt diese Problematik. Vor diesem Hintergrund stellt die Investitionsförderung mit öffentlichen Mitteln für diejenigen Unternehmen eine wichtige Hilfe dar, die notwendige Anpassungs- und Entwicklungsinvestitionen zur Schaffung wettbewerbsfähiger, wirtschaftlich leistungsstarker Unternehmenseinheiten aus eigener Kraft nicht durchführen können.

Die Erhaltung und Schaffung leistungfähiger Betriebe mittels öffentlicher Förderung ist die Voraussetzung für wirtschaftlich gesunde sowie wettbewerbsfähige Unternehmen im vor- und nachgelagerten Bereich. Dies führt dort gleichzeitig zu sicheren Arbeitplätzen.

Für Unternehmer, die außerlandwirtschaftliche Beschäftigungsalternativen aufnehmen wollen oder müssen, schaffen oft erst arbeitswirtschaftliche Rationalisierungsinvestitionen mit öffentlicher Förderung die Voraussetzung für solche Tätigkeiten.

**4.1 Investitionen in nachhaltig existenzfähigen Betrieben**

Die Förderung nachhaltig existenzfähiger Betriebe bildet in Schleswig-Holstein nach wie vor einen wesentlichen sachlichen Schwerpunkt in der Agrarstrukturpolitik.

Besondere Bedeutung hat die Althofsanierung. Ihr räumlicher Schwerpunkt liegt eindeutig auf der Geest — und hier wiederum in benachteiligten Gebieten — mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Grünlandbetrieben; sie haben zur Milchviehhaltung keine Produktionalternativen. Gerade die Futterbaubetriebe, die umfangreiche bauliche Rationalisierungsinvestitionen im arbeitswirtschaftlichen Bereich ohne Kapazitätsausweitung im Milchbereich durchführen müssen, sind auf die günstigen Konditionen öffentlicher Darlehen angewiesen. Die volle Finanzierung über Mittel des Kapitalmarktes ist für diese Betriebe zu tragbaren Bedingungen nicht möglich.

Daher ist die Förderung von Investitionen zur Erleichterung arbeitswirtschaftlicher Verhältnisse in rindviehhaltenden Betrieben besonders zu beachten.

In vielen Betrieben stellt auch die Schweinehaltung einen wichtigen Betriebszweig dar. Dies gilt insbesondere für flächenärmere Familienbetriebe. Die Förderung der Schweinehaltung trägt dazu bei, daß die Veredlungsproduktion in bäuerlichen Betrieben verbleibt. Infolge der kleineren Produktionseinheiten werden die Immissionsprobleme verringert und somit auch den Bestrebungen des Umweltschutzes stärker Rechnung getragen.

Wegen der baulichen Entwicklung, auch in ländlichen Gemeinden, ist die Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe künftig notwendig, obwohl die hierfür im Einzelfall erforderlichen hohen Aufwendungen die Finanzierung zunehmend erschweren.

1990 sollen zusammen rd. 140 Althofsanierungen und Aussiedlungen finanziert werden. Für die gesamte Förderung entwicklungsfähiger Betriebe wird mit rd. 550 Förderungsvorhaben gerechnet. Hierin ist enthalten:

*Junglandwirteförderung*

Mit der Betriebsübernahme sind in der Regel erhebliche finanzielle Belastungen verbunden, die aus Erbabfindungen, Übernahme von vorhandenen Verbindlichkeiten, Durchführung notwendiger Investitionen und anderem resultieren. Hierdurch kann die Festigung der Existenz und die Weiterentwicklung der Betriebe oftmals erheblich gefährdet werden. Um Junglandwirten die Betriebsübernahme zu erleichtern, erhalten sie eine einmalige Niederlassungsprämie in Höhe von 12 000 DM, wenn Investitionen von mindestens 35 000 DM durchgeführt werden. Es wird mit rd. 250 Anträgen gerechnet. Daneben können Junglandwirte eine verbesserte Förderung erhalten, wenn sie im Rahmen des EFP bzw. des AKP investieren (rd. 50 Vorhaben).

**4.13 Agrarkreditprogramm**

Das Einzelbetriebliche Förderungsprogramm (EFP) schließt aufgrund seiner selektiven Ausrichtung eine erhebliche Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe von der Investitionsförderung aus. Um auch diesen meist kleineren und mittleren Betrieben existenzsichernde Investitionen zu erleichtern, wird das ergänzende Agrarkreditprogramm (AKP) durchgeführt. Im Rahmen des AKP werden betriebliche Investitionen gefördert, die der Arbeitserleichterung sowie der Erhaltung oder Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dienen.

Gewährt werden kapitalisierte Zinszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen in einem gegenüber dem EFP stark vereinfachten Verfahrensgang.

1990 wird mit einer Förderung zugunsten von 200 Maßnahmen gerechnet.

**4.2 Ausgleichszulage**

Die Ausgleichszulage wird nunmehr in allen benachteiligten Gebieten Schleswig-Holsteins gewährt. Durch direkte Einkommensübertragungen sollen natürliche Standortnachteile ausgeglichen werden, um in den sturkturschwachen Räumen die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit aufrecht zu erhalten. Dadurch soll ein Minimum an Bevölkerungsdichte erhalten, die Landschaft gepflegt und der Küstenschutz verbessert werden.

Der Anmeldung liegen benachteiligte Agrarzonen Schleswig-Holsteins von rd. 385 600 ha LF sowie kleine Gebiete von rd. 43 600 ha LF zugrunde. Es wird mit rd. 7 000 Anträgen auf Zahlung von Ausgleichszulagen gerechnet.

**4.7 Investitionshilfen zur Energieeinsparung**

In landwirtschaftlichen Betrieben mit einem hohen Bedarf ist die Energie ein erheblicher Kostenfaktor. Diese Betriebe sind bestrebt, den Energiebedarf durch verbesserte Wärmedämmungsmaßnahmen und Regeltechnik zu senken, bzw. durch Nutzung alternativer Energien einzuschränken. Der Anreiz für energiesparende Investitionen wird durch die Gewährung öffentlicher Förderungsmittel verstärkt.

1990 wird mit 120 Anträgen gerechnet.

## 5. Marktstrukturverbesserung

**5.1.1 Molkereistruktur**

Infolge der Fusionierung von voraussichtlich drei Meiereien sind Arbeitnehmerabfindungen eingeplant.

#### 5.1.3 Obst und Gemüse

Der Ausbau eines Konservenbetriebes soll gefördert werden.

#### 5.1.4 Blumen und Zierpflanzen

Es wird erwartet, daß ein Vorhaben aus der Gruppe Topfpflanzenkultur zu fördern ist.

#### 5.1.8 Maßnahmen gem. EG-VO Nr. 355/77

Die vorgesehenen Zuschüsse dienen als nationale Mitleistung der anteiligen Finanzierung von Vorhaben, die durch den EAGFL nach der Verordnung (EWG) Nr. 355/77 gefördert werden.

Ausgewiesen sind 7 Vorhaben für die Bereiche Fischereierzeugnisse sowie Obst und Gemüse.

#### 5.1.9 Nach besonderen Regeln erzeugte landwirtschaftliche Erzeugnisse

Von den sieben ausgewiesenen Anträgen entfällt je einer auf Milch- und Fleischerzeugnisse, die restlichen fünf auf Vorhaben mit überwiegend pflanzlichen Erzeugnissen.

#### 5.2 Maßnahmen gem. Marktstrukturgesetz

In Schleswig-Holstein sind 191 Erzeugergemeinschaften und je 1 Vereinigung von Erzeugergemeinschaften nach dem Marktstrukturgesetz sowie nach EG-Recht anerkannt, die sich wie folgt auf die einzelnen Warenbereiche verteilen:

| Warenbereich | Zahl der anerkannten Erzeugergemeinschaften (31. 12. 89) |
|---|---|
| Schweine | 8 |
| Ferkel | 7 |
| Schlachtrinder | 1 |
| Kälber zur Weitermast | 1 |
| Milch | 17 |
| Fische und Krabben | 12 + 1 Landesvereinigung |
| Speisemuscheln | 1 |
| Eier, Schlachtgeflügel | 6 |
| Qualitätsgetreide | 107 + 1 Landesvereinigung |
| Kartoffeln | 3 |
| Blumen, Zierpflanzen | 2 |
| Zuchtvieh | 1 |
| Qualitätsraps | 25 |
| insgesamt | 191 + 2 Landesvereinigungen |

Neben der Förderung nach der VO (EWG) Nr. 355/77 gewinnt die Gewährung von **Investitionsbeihilfen** nach dem MStrG an Bedeutung. Hierbei wird es sich u. a. um Maßnahmen zur Vermarktung von Getreide, Kartoffeln und Raps handeln.

## 6. Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen

#### 6.0-6.3 Beseitigung naturgegebener Nachteile, Ausgleich des Wasserabflusses und Schutz gegen Wasser und Wind

Wie kein anderes Bundesland ist Schleswig-Holstein mit einer besonderen „Wasserhypothek" belastet. Das Land zwischen zwei Meeren mit einem sehr hohen Anteil an Niederungsgebieten war zum Schutz vor Überflutungen stets auf ein leistungsfähiges Gewässernetz angewiesen. Die Gewässer prägen in hohem Maße das Bild der Landschaft.

In enger Koordination mit den Landschaftspflegebehörden und in Anlehnung an die eindeutigen Vorgaben des Generalplanes „Binnengewässer" werden die Maßnahmen der Wasser- und Bodenverbände zur Regelung der Vorflut mit den Zielen von Naturschutz und Landschaftspflege verknüpft. Zur Erhaltung der besonderen Landschaft, die Schleswig-Holstein zu einem der bedeutendsten Feriengebiete gemacht hat, sollen 1990 weitere rd. 5 km Gewässer an die sich wandelnden Anforderungen des Wasser- und Naturhaushaltes angepaßt werden.

#### 6.4/7.11 Land- und forstwirtschaftliche Wege

Der Neubau landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Wege trägt zur nachhaltigen Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft bei. Er dient gleichzeitig der Stärkung der Wirtschaftskraft der ländlichen Räume. Einbezogen in die Durchführung werden landschaftspflegerische Gesichtspunkte. Insbesondere werden Ausgestaltung, Trassenführung, Seitenstreifen und Randbewuchs der jeweiligen Landschaft angepaßt.

1990 werden hauptsächlich Wirtschaftswege im Norden und Westen des Landes gefördert.

#### 6.5 Wasserversorgungsanlagen

Der Ausbau der öffentlichen Wasserversorgung orientiert sich am Generalplan „Wassergewinnung und Wasserversorgung in Schleswig-Holstein von 1973" und am Bericht zur Wassergewinnung und Wasserversorgung in Schleswig-Holstein 1986 — Drs.-Nr. 10/1908 —.

Erklärtes Planziel war, möglichst alle Bewohner des Landes zu vertretbaren Kosten mit einwandfreiem Trinkwasser zu versorgen. Dazu sind noch für rund 185 000 Einwohner oder ca. 7 % der Gesamtbevölkerung in rund 340 Gemeinden zentrale Wasserversorgungsanlagen in vorrangig ländlichen, dünnbesiedelten und damit kostenintensiven Räumen zu bauen.

Die noch zu versorgenden Gebiete liegen vorwiegend auf den Geestrücken des Landes. Dort decken die

Bewohner ihren Trinkwasserbedarf mengenmäßig meist noch ohne Schwierigkeiten aus kostengünstigen Eigenversorgungs- oder kleinen Gruppenversorgungsanlagen.

Die Güte des meist ohne Aufbereitung als Trinkwasser genutzten, oberflächennahen Grundwassers ist jedoch zunehmend durch Umwelteinflüsse (z. B. Nitrat) beeinträchtigt und genügt häufig nicht mehr den Anforderungen der Trinkwasserverordnung.

Voraussetzung für eine vom Land gewährte finanzielle Hilfe ist, daß in den Gemeinden mit kritischer Vorsorgungslage Beschlüsse zum Bau einer öffentlichen zentralen Wasserversorgung gefaßt werden können, die heutigen Ansprüchen genügt.

Gemeinden, die aufgrund gefaßter Beschlüsse die Versorgungsaufgabe übernehmen, sollen mit den als Zuschüssen gewährten Hilfen in die Lage versetzt werden, den Bau der erforderlichen Versorgungsanlagen zu finanzieren.

Grundsätzlich werden von beantragten Vorhaben nur solche gefördert, bei denen die Eigenfinanzierung durch den Träger zu einem unzumutbaren Wasserpreis für die Bürger führt.

#### 6.6 Abwasseranlagen

In vieler Hinsicht gilt hier das gleiche wie für die Wasserversorgung. Die bisherigen Anstrengungen müssen konsequent weitergeführt werden, um zu einer zufriedenstellenden Ausstattung im Lande zu gelangen.

Schon 1971 wurde der Generalplan „Abwasser und Gewässerschutz" fertiggestellt. Er beinhaltet eine langfristige Planung für die Abwasserableitung und -behandlung sowie die gefahrlose Einleitung in die Gewässer.

Der 2. Bilanzbericht von 1985 bestätigt das Ergebnis des 1. Bilanzberichtes, der 1978 vorgelegt worden ist. Die grundsätzliche Zielsetzung des Generalplans hat sich als richtig erwiesen.

Auf der Grundlage des 2. Bilanzberichtes ist der Generalplan von 1971 unter Berücksichtigung neuester Erkenntnisse 1986 fortgeschrieben worden. Danach werden die Schwerpunkte auch künftig bei folgenden Maßnahmen liegen:

— Neubau zentraler Ortsentwässerungsanlagen mit Ausbau biologischer Kläranlagen in Gemeinden, die noch nicht kanalisiert sind;

— Verbesserung der Reinigungsleistung bestehender Kläranlagen nach dem Stand der Technik.

Infolge der großen Bedeutung einer schadlosen Abwasserbeseitigung auch für die Reinhaltung der kleineren Gewässer ist diese Maßnahme rechtzeitig zu einem besonderen Schwerpunkt der Agrarstrukturverbesserung geworden. Naturbedingt erfordert diese Aufgabe in Schleswig-Holstein größere finanzielle Aufwendungen je EW als in anderen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland. Dabei liegen die räumlichen Schwerpunkte innerhalb des Landes in den ländlich strukturierten Fremdenverkehrsgebieten an den Binnenseen, die durch die saisonale Spitzenbelastung überdurchschnittlich hohe Kosten verursachen, im Landesteil Schleswig und vergleichbar strukturschwachen Gebieten sowie im Hamburger Nachbarraum.

Nach den Zielen des fortgeschriebenen Generalplans sind nach dem heutigen Bevölkerungsstand noch etwa 180000 Einwohner an zentrale Anlagen anzuschließen. Die kontinuierlichen, über etwa weitere 15 Jahre sich erstreckenden Auftragsvergaben in der zentralen Ortsentwässerung sind ein arbeitsmarktpolitisch stabilisierender Faktor in ländlichen Räumen.

### 7. Forstliche Maßnahmen

#### 7.1 — 7.8 Waldbauliche und sonstige forstliche Maßnahmen

Mit nur 8,9 % verfügt Schleswig-Holstein über den geringsten Waldanteil in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei ist zu bedenken, daß seit 1950 insgesamt rd. 20000 ha erstmalig aufgeforstet worden sind. Um den Waldanteil entsprechend den Vorgaben des Landesraumordnungsplanes auf 12 % zu steigern, sind weiterhin erhebliche finanzielle Anstrengungen erforderlich. Die standortgerechte Aufforstung geeigneter Flächen und die Schaffung wertvoller Laub- und Mischwälder vor allem in besonders waldarmen Regionen bilden ein vordringliches Ziel.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei dem Umbau nicht standortgerechter Bestockung, insbesondere von Fichtenreinbeständen im Landesteil Schleswig. Die Umbaumaßnahmen tragen wesentlich zur Verbesserung der Stabilität, Gesundheit und Leistungsfähigkeit der exponierten und sehr gefährdeten Kleinwaldflächen bei. Diese Waldflächen haben herausragende Boden- und Klimaschutzfunktionen und besondere landschaftspflegerische Bedeutung.

Wegen der geringen Wirtschaftlichkeit der Holzproduktion werden waldbauliche Eingriffe in Jungbeständen häufig nur unvollkommen durchgeführt. Vielen Aufforstungen, die durch öffentliche Mittel finanziert worden sind, droht daher Gefahr. Die Förderung der Jungbestandspflege ist für Schleswig-Holstein außerordentlich bedeutsam, weil der überwiegende Teil der Wälder jung ist und die Pflege dieser Wälder aus den Erträgen der Forstwirtschaft nicht mehr finanziert werden kann. Diese Pflege ist dringend erforderlich, weil die Wiederaufforstungen der kriegsbedingten Kahlschläge und die nach dem Kriege geschaffenen Wälder ohne pflegerische Eingriffe wertvolle Baumartenmischungen, Stabilität und Leistungsvermögen verlieren und viele Bestände ohne Pflege zugrunde gehen würden.

#### 7.9 Maßnahmen aufgrund neuartiger Waldschäden

müssen als flankierende Maßnahmen zur Eingrenzung der Immissionsschäden weiterhin gefördert werden.

Die der Forstwirtschaft aus den immissionsbedingten Waldschäden erwachsenden Belastungen können vor allem vor den privaten Forstbetrieben nicht getragen werden.

Die Förderungsmaßnahmen müssen der Schadensentwicklung laufend angepaßt werden.

#### 7.10 Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

Die Privatwaldfläche umfaßt in Schleswig-Holstein rd. 70 000 ha und macht damit ca. 50% der gesamten Waldfläche aus. Die Flächen der etwa 10 500 Waldbesitzer sind stark parzelliert. Die Arbeit forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse ist deshalb erforderlich. In ihnen sind 4 700 Mitglieder mit einer Waldfläche von 38 500 ha organisiert. Dadurch werden die Bewirtschaftung des Waldes und der Absatz des Holzes erleichtert. Der besseren Förderung dieser Organisationsform durch Zuschüsse zu den Verwaltungskosten kommt daher in Schleswig-Holstein ganz besondere forstpolitische Bedeutung zu. Für strukturschwache forstwirtschafliche Zusammenschlüsse mit einem überwiegenden Anteil von Aufbaubetrieben ist eine Verlängerung der „40%-Phase" für die Förderung der Verwaltungskosten unerläßlich.

## 8. Weitere Maßnahmen

### 8.1 Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung

#### 8.1.1 Milchleistungsprüfungen

32% der Verkaufserlöse entfallen in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft auf die Milcherzeugung. Insbesondere auf den Grünland- und Futterbaustandorten der Geest ist ein Großteil der Betriebe auf die Milchviehhaltung angewiesen. Von außerordentlicher Bedeutung für den züchterischen Fortschritt ist die Milchleistungsprüfung — gerade auch als Grundlage für die Zuchtwertfeststellung. Der hohe Leistungsstand der schleswig-holsteinischen Rinderzucht beruht zu einem großen Teil auf dieser wichtigen Grundlage. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, sind weiterhin finanzielle Aufwendungen erforderlich.

Nachdem sich infolge der Milchmengenkontingentierung der Bestand an MLP-Kühen zunächst reduzierte, werden 1990 — mit steigender Tendenz — wieder rd. 265 000 Kontrolltiere — d. s. rd. 55% aller Milchkühe — durch dieses Prüfungssystem erfaßt.

*Kontrollringe für Mastschweine, Ferkel und Mastrinder*

Um die Rentabilität der Schweineproduktion nachhaltig zu verbesssern, ist eine spezielle Beratung in Verbindung mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Qualitätskontrollen schweinehaltender landwirtschaftlicher Betriebe unerläßlich. Die Beratung und die Auswertung der Produktionsergebnisse nimmt ein Spezial-Kontrollring vor. Ihm können sich alle landwirtschaftlichen Schweineproduzenten im Lande anschließen.

Zuschüsse im Rahmen der GA werden zur Deckung der Aufwendungen für die Beratung und die Ertrags-Qualitätskontrollen benötigt, die ein Kontrollring durchführt.

#### 8.1.2. Leistungsprüfungsanstalten

Die im Jahre 1971 im Rahmen des Rinderzuchtprogramms Schleswig-Holstein für die Rassen Schwarzbunte und Rotbunte Schleswig-Holsteiner errichtete und seither betriebene Eigenleistungsprüfstation für die Aufzucht von Jungbullen in Ruhwinkel, 2355 Wackendorf, muß aus züchterischen und arbeitswirtschaftlichen Gründen modernisiert werden. Dabei geht es einerseits um die Hereinnahme des Grundfutteraufnahmevermögens als zusätzliches Merkmal der Leistungsprüfung und andererseits um die arbeitswirtschaftliche Verbesserung der technischen Einrichtung für Fütterung und Entmistung.

### 8.2 Maßnahmen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer

#### 8.2.1 Anpassungshilfe

Durch die Anpassungshilfe soll älteren landwirtschaftlichen Arbeitnehmern, die ihren Arbeitsplatz in einem landwirtschaftlichen Betrieb auf Veranlassung ihres Arbeitgebers im Rahmen von Maßnahmen zur Produktionseinschränkung oder zur Rationalisierung aufgeben mußten, der Übergang in eine außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit bzw. bis zum Bezug einer Rente erleichtert werden.

1990 wird mit rd. 50 Förderungsfällen gerechnet.

#### 8.2.2 Landarbeiterwohnungsbau

In der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft ist noch im Vergleich zu anderen Bundesländern eine relativ höhere Anzahl an Landarbeitern beschäftigt. Somit kommt dieser Förderung noch eine besondere Bedeutung zu.

1990 sollen voraussichtlich 33 Vorhaben gefördert werden.

#### 8.2.3 Umstellungshilfe

Um Landwirten die Aufnahme einer qualifizierten zusätzlichen außerlandwirtschaftlichen Berufstätigkeit zu ermöglichen, kann für die Dauer der beruflichen Umschulung eine Umstellungshilfe gewährt werden.

Die monatliche Umstellungshilfe beträgt 850,— DM; je Kind werden weitere 150,— DM monatlich gezahlt. Notwendige Sachkosten können erstattet werden.

Für das Haushaltsjahr 1990 sind zunächst keine Mittel eingeplant. Sollte sich im Laufe des Jahres ein Mittelbedarf ergeben, so kann dieser durch Umschichtung gedeckt werden.

## 9. Küstenschutz

### 9.1 Vorarbeiten

Für einzelnen Küstenschutzvorhaben sind zum Teil umfangreiche Untersuchungen insbesondere im Hinblick auf die hydrologischen, bodenmechanischen und morphologischen Verhältnisse notwendig. Sie dienen sowohl der Vorbereitung der Maßnahmen selbst wie auch den erforderlichen flankierenden Maßnahmen.

### 9.2 Sperrwerke

Betroffene Vorhaben sind die Sielbauten im Rahmen der unter 9.3 genannten Deichverstärkungen wie z. B. Deichsiele Brokdorf, Harrwettern und Rhinschleuse Glückstadt.

### 9.3 Neubau von Schutzwerken, Buhnen, Vorlandarbeiten

Entsprechend den Vorgaben des Generalplans „Deichverstärkung, Deichverkürzung und Küstenschutz" — Fortschreibung 1986 — müssen die Baumaßnahmen zügig weiter vorangetrieben werden. 1990 soll an folgenden Projekten gearbeitet werden.

- Sandvorspülung Sylt
- Sandvorspülung Hörnum/Sylt
- Deichverstärkung Dagebüll
- Deckwerke und Warftabflachungen auf Halligen
- Deichverstärkung Dieksander Koog
- Deichverstärkung vor der Probstei
- Deichverstärkung Grömitz
- Deichneubau Okholmer Koog
- Deichverstärkung Sönke-Nissen-Koog
- Deichverstärkung Großer Norderkoog/Pellworm
- Deichverstärkung Föhr.

Darüber hinaus sind Arbeiten für den flächenhaften Küstenschutz im Vorland vor Landesschutzdeichen sowie Buhnenarbeiten vor Schardeichen durchzuführen. Diese Maßnahmen sind erforderlich, um die Wellen bereits im Deichvorfeld zu dämpfen und den Wellenauflauf auf den Deichen zu vermindern.

Die Zuschüsse dienen insgesamt wichtigen Aufgaben zum direkten Schutz der Menschen hinter den Deichen.

# Hamburg

## Vorbemerkung

Die sachlichen Schwerpunkte des vorgesehenen Mitteleinsatzes ergeben sich aus der geographischen Lage Hamburgs im Tidegebiet der Elbe sowie aus den besonderen Strukturen der landwirtschaftlichen Betriebe und der übrigen Agrarwirtschaft, die durch den unmittelbaren Einfluß der Großstadt und ihres Einzugsgebietes geprägt werden.

Von der Anmeldung in Höhe von 20,634 Mio DM (davon 14,032 Mio DM Bundesmittel) entfallen anteilig auf:

| | | |
|---|---|---|
| — Verbesserung der Agrar- und Marktstruktur | 2,260 Mio DM | = 11 % |
| — Wasserwirtschaft | 1,851 Mio DM | = 9 % |
| — Küstenschutz | 16,523 Mio DM | = 80 % |

## Einzelbetriebliche Maßnahmen

Im Hamburger Landgebiet finden z. Z. auf einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von etwa 14 800 ha rd. 1 900 landwirtschaftliche Betriebe — überwiegend Gartenbau-, Gemüsebau- und Obstbaubetriebe — mit zusammen rd. 5 900 in der Landwirtschaft Tätigen ihre Existenzgrundlage.

Ein großer Teil der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe hat weiterhin einen Investitionsnachholbedarf, um insbesondere die Arbeits- und Produktionsbedingungen nachhaltig zu verbessern.

Im Rahmen der „Einzelbetrieblichen Förderung" werden die Förderungsmittel überwiegend im Bereich des Gartenbaus eingesetzt. Sie werden zum größten Teil zu Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen sowie für Neu- und Umbauten von Gewächshäusern verwendet. Die in den Vorjahren dominierenden Energieeinsparungsmaßnahmen in Hamburg sind bedingt durch den Rückgang der Energiekosten zur Zeit rückläufig. Bei den landwirtschaftlichen Betrieben werden vorwiegend innerbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen zur Arbeits- und Produktionserleichterung in Milchviehbetrieben gefördert.

## Ausgleichszulage

Wie im Vorjahr richtet sich die Ausgleichszulage nach dem Grad der wirtschaftlichen Nachteile und nach einer gestaffelten Prosperitätsschwelle bis zu einem Höchstbetrag je Begünstigten und Jahr in Höhe von 240 DM/GVE auf der Insel Neuwerk und von 150 DM/GVE im übrigen Kleinen Gebiet Hamburgs.

## Marktstrukturverbesserung

Hamburg erfüllt für den norddeutschen Raum eine zentrale Marktfunktion, die es zu erhalten und auszubauen gilt. Die öffentlichen und privaten Märkte erfassen neben dem inländischen auch das ausländische Warenangebot. Sie haben dadurch einen entscheidenden Anteil an der Versorgung der Bevölkerung Norddeutschlands. Gefördert werden Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zur Marktstrukturverbesserung in den Bereichen Blumen und Zierpflanzen, Obst und Gemüse sowie Naßkonserven.

### Wasserwirtschaftliche Maßnahmen

Im Rahmen der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen werden Untersuchungen und Ingenieurleistungen im Bereich wasserwirtschaftlicher Vorarbeiten, Maßnahmen der Binnenentwässerung zum Teil als Folgemaßnahmen des Deichbaues und Besiedelungsmaßnahmen in den ländlichen Gebieten fortgeführt.

### Küstenschutz

Der Schwerpunkt des 1988 begonnenen Küstenschutzprogramms sieht eine begrenzte Erhöhung der besonders gefährdeten Erddeiche vor. 1990 werden die Deichbaumaßnahmen in Finkenwerder am Aue Hauptdeich, in den Vier- und Marschlanden am Hower/Warwischer Hauptdeich und am Moorfleeter/Kaltehofe Hauptdeich fortgesetzt. Daneben ist beabsichtigt, mit neuen Deicherhöhungsmaßnahmen im Süden der Elbinsel Wilhelmsburg zu beginnen. Das Programm zur Verbesserung der Deichsicherheit soll beschleunigt bis 1996 durchgeführt und abgeschlossen werden.

Außerdem werden in 1990 verschiedene Maßnahmen fortgeführt u. a. Beschaffung von Klei, Restmaßnahmen auf der Insel Neuwerk sowie kleinere Maßnahmen, die der Verbesserung des Hochwasserschutzes dienen.

## Niedersachsen

### Besondere Förderungsschwerpunkte

Die sachlichen Schwerpunkte des Mitteleinsatzes liegen, wie bereits bei den vorhergehenden Rahmenplänen, in Niedersachsen bei der Flurbereinigung, der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung mit der Ausgleichszulage, den wasserwirtschaftlichen und kulturbautechnischen Maßnahmen sowie dem Küstenschutz.

### 1. Agrarstrukturelle Vorplanungen

Vorgesehen ist neben der Fertigstellung der anhängigen Verfahren die Einleitung neuer Vorplanungen für die Nah- bzw. Einwirkungsbereiche, in denen zur Lösung im ländlichen Raum vorhandener oder durch überörtliche Planung hineingetragener Probleme die Durchführung agrarstrukturverbessernder Maßnahmen erwogen wird.

### 2. Flurbereinigung und beschleunigte Zusammenlegung

Die Haushaltsmittel und Verpflichtungsermächtigungen werden überwiegend zur Finanzierung laufender Verfahren in Anspruch genommen. Bei der Einleitung neuer Flurbereinigungsverfahren liegt ein Schwerpunkt unverändert bei Unternehmensverfahren nach den Bestimmungen der §§ 87 ff FlurbG. Daneben werden in beschränktem Umfang auch beschleunigte Zusammenlegungen und vereinfachte Flurbereinigungsverfahren zur Einleitung kommen. In zunehmendem Maße werden Flurbereinigungsverfahren auch vorgesehen, um Nutzungskonflikte zwischen Naturschutz und Landwirtschaft zu entflechten und auf diese Weise dazu beizutragen, daß Planungen des Naturschutzes verwirklicht werden können.

Der *Freiwillige Landtausch* soll in dem bisherigen Umfang fortgesetzt werden.

### 3. Dorferneuerung

Gefördert werden die Aufstellung der Dorferneuerungsplanung, eine fachkundige Betreuung und Maßnahmen der Dorferneuerung. Im Förderungsprogramm befinden sich 633 Dörfer. Davon sind zur Neuaufnahme im Jahre 1990 91 Dörfer vorgesehen.

### 4. Einzelbetriebliche Maßnahmen

Von den rd. 106 000 landwirtschftlichen Betrieben über 1,0 ha LN in Niedersachsen werden heute noch etwa 70 000 hauptberuflich bewirtschaftet. Davon können rd. 35 000 als entwicklungsfähige Vollerwerbsbetriebe angesehen werden. Die Aufgabe der nicht entwicklungsfähigen Betriebe wird durch die allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten Jahren voraussichtlich rückläufige Tendenz haben. Besondere Schwierigkeiten bestehen in Niedersachsen für die Grünlandbetriebe, weil hier der Kapitaleinsatz zur Erzielung eines zusätzlichen Einkommens das Zehn- und Zwölffache des dafür im Ackerbaubetrieb benötigten Kapitaleinsatzes beträgt. Einer Förderung dieser Betriebe kommt somit besondere Bedeutung zu.

Es ist vorgesehen, im Haushaltsjahr 1990 524 Bewilligungen (davon 350 Fälle mit Niederlassungsprämie für junge Landwirte) zu erteilen, und zwar

a) außerhalb der benachteiligten Gebiete:
   2 Aussiedlungen und 165 bauliche Maßnahmen im Altgehöft

b) in benachteiligten Gebieten:
   9 Aussiedlungen und 348 bauliche Maßnahmen im Altgehöft.

Bei der *Ausgleichzulage* werden nach der 1989 erfolgten Ausweitung der benachteiligten Gebiete rd. 42 500 Anträge erwartet. Dafür sind 124,158 Mio. DM Haushaltsmittel veranschlagt.

Weiterhin sind 75 Investitionshilfen zur *Energieeinsparung* vorgesehen.

Seit Einführung der Gemeinschaftsaufgabe wurden durch Bewilligungen in die Einzelbetriebliche Förderung einbezogen
(Stand 1988):

597 Aussiedlungen (einschl. Teil- und Betriebszweigaussiedlungen)
8 118 bauliche Maßnahmen in Altgehöften
3 909 sonstige Investitionen

20 324 Wohnteilförderungen
676 Überbrückungsmaßnahmen
2 Investitionshilfen für Nebenerwerbslandwirte
2 226 Energieeinsparungen
4 Aufstiegshilfen
237 672 Ausgleichszulagen in benachteiligten Agrarzonen
1 734 Junglandwirte-Niederlassungen

Die Gesamtbewilligungen betragen 576,8 Mio. DM Zuschüsse, 581,1 Mio. DM öffentliche Darlehen und Zinsverbilligungszusagen für ein Kreditvolumen in Höhe von 1 127,7 Mio. DM (Stand 1988).

Mit dem *Agrarkreditprogramm (AKP)* werden schwerpunktmäßig Rationalisierungmaßnahmen bei Wirtschaftsgebäuden gefördert. Es ist vorgesehen, 520 Fälle mit 8,6 Mio. DM kapitalisiertem Zinszuschuß (davon 2,6 Mio. DM Kassenmittel und 6,0 Mio. DM VE) einzubeziehen.

Im Wege des *Bodenzwischenwerwerbs* werden durch die Niedersächsische Landgesellschaft mbH Flächen beschafft, die zur Agrar- und Infrastrukturverbesserung, insbesondere für Aufstockungszwecke und als Ersatzland Verwendung finden (z. B. Dümmersanierung). Der besondere Nutzen des Bodenzwischenerwerbs liegt in der rechtzeitigen Landbeschaffung in zumeist größeren Partien — komplette Höfe ebenso wie Streuparzellen — zu günstigen Preisen. Gleichzeitig bietet sich dadurch für die Landabgeber die Möglichkeit der Entschuldung. Durch gezielten Flächenerwerb werden unter Mitwirkung der Siedlungsbehörden die Voraussetzungen für eine zügige Flächenverwertung geschaffen.

Der Schwerpunkt der Förderung liegt den Förderungsgrundsätzen entsprechend in den strukturschwachen landwirtschaftlichen Problemgebieten. Der Mitteleinsatz richtet sich nach den in den agrarstrukturellen Vorplanungen festgelegten Zielen der räumlichen Entwicklung. Vorrangig werden solche Vorhaben berücksichtigt, die in Verbindung mit anderen Förderungsmaßnahmen (z. B. Flurbereinigung) zu einer umfassenden Strukturverbesserung beitragen.

Im 18. Rahmenplan ist die Förderung des Ankaufs von ca. 620 ha vorgesehen.

### 5. Marktstrukturverbesserung

Für die Marktstrukturverbesserung sind im Jahre 1990 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 26,4 Mio. DM (22,9 Mio. DM Kassenmittel und 3,5 Mio. DM VE) vorgesehen.

Förderungsschwerpunkte sind dabei Maßnahmen nach dem Marktstrukturgesetz, Vermarktungs- und Verarbeitungseinrichtungen für Obst und Gemüse, Kartoffeln sowie Maßnahmen nach der EG-VO Nr. 355/77.

Die zur Zeit nach dem Marktstrukturgesetz anerkannten 404 Erzeugergemeinschaften und 4 Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften sollen durch gezielte Förderungsmaßnahmen in die Lage versetzt werden, ihre Marktposition zu festigen und auszubauen. Hierfür sind 6,5 Mio. DM (5,0 Mio. Kassenmittel und 1,5 Mio. DM VE) vorgesehen.

Für den Ausbau der Vermarktungseinrichtungen für Obst und Gemüse sind 2,0 Mio. DM, für Kartoffeln 2,6 Mio. DM und für Maßnahmen gem. EG-VO Nr. 355/77 12,6 Mio. DM (10,6 Mio. DM Kassenmittel und 2,0 Mio. DM VE) eingeplant.

Für die neue Maßnahme „Vermarktung nach besonderen Regeln erzeugter landwirtschaftlicher Erzeugnisse" sind zur Förderung von 10 Vorhaben 1,5 Mio. DM vorgesehen.

### 6. Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen

Entsprechend dem Entwicklungsstand im ländlichen Raum und den künftig verstärkt zu berücksichtigenden ökologischen Belangen werden Mittel in allen Förderungsbereichen für Neubewilligungen nur noch für die sachlichen Schwerpunkte „Hochwasserschutz", „kulturbautechnische Maßnahmen" und „Abwasseranlagen" eingesetzt. Der Bau von zentralen Abwasseranlagen in ländlichen Gemeinden hat dabei weiter an Bedeutung gewonnen.

Im einzelnen ist zu den sachlichen Schwerpunkten folgendes auszuführen:

*Hochwasserschutz*

Diese Maßnahme hat in allen Förderungsbereichen hohe Priorität. Die durchzuführenden Einzelvorhaben liegen in den Flußgebieten von Elbe, Ems, Hase, im Aller-Leine-Oker-Gebiet sowie an einer Vielzahl von kleineren Gewässern.

Dabei sind die derzeit größten Einzelvorhaben die Hochwasserrückhaltebecken Salzderhelden und Alfhausen-Rieste sowie der Ausbau der Elbedeiche oberhalb Geesthacht.

Der Schutz von Siedlungsgebieten vor Hochwasser hat dabei unbedingten Vorrang. Nur in Ausnahmefällen dienen die Maßnahmen ausschließlich dem Schutz von landwirtschaftlichen Flächen. Die im Hochwasserschutz dringlichen Maßnahmen umfassen noch ein Bauvolumen von ca. 750 Mio. DM.

*Beseitigung naturgegebener Nachteile durch kulturbautechnische Maßnahmen*

Die Durchführung von kulturbautechnischen Maßnahmen außerhalb von Flurbereinigungsverfahren ist auf die Förderungsbereiche Emsland- und Küstenplangebiete beschränkt. In diesen Regionen wird auch künftig noch ein Bedarf an Zuwendungen bestehen.

*Abwasseranlagen*

Der Schwerpunkt dieser Maßnahmen liegt im Förderungsbereich Binnenland.

Der Anschlußgrad an zentrale Abwasserbeseitigungsanlagen beträgt zur Zeit ca. 87 %. Hier ist der Einsatz weiterer Mittel zum Erreichen eines höheren Anschlußgrades erforderlich. Die notwendigen Investitionen auf dem Sektor Abwasserbeseitigung betragen in Niedersachsen noch ca. 4 Mrd. DM. Davon entfallen allein 2 Mrd. DM auf Kanalisation im ländlichen Raum.

### 7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen

*Waldbauliche Maßnahmen*

Nach den Ergebnissen des BML-Testbetriebsnetzes Forstwirtschaft betrugen die Reinerträge je Hektar-Holzbodenfläche (HAHB) 1987

— im Körperschaftswald (über 200 ha Betriebsgröße) minus 72,67 DM/HAHB

— im Privatwald (über 200 ha Betriebsgröße) minus 64,26 DM/HAHB

— im Privatwald (unter 200 ha Betriebsgröße)
Bereich Landwirtschaftskammer Hannover minus 36,00 DM/HAHB
Bereich Landwirtschaftskammer Weser-Ems minus 60,56 DM/HAHB

Hauptgrund für die damit unter dem Bundesdurchschnitt liegende Ertragslage der niedersächsischen Forstbetriebe sind neben den relativ schwachen Standorten der nordwestdeutschen Tiefebene

— der hohe Anteil der überwiegend mit der Pionierbaumart Kiefer begründeten 1. Waldgeneration

— starker Überhang der I. bis III. Altersklasse (Beständ unter 60 Jahren), als Folge von Zwangseinschlägen der Kriegs- und Nachkriegjahre und Kalamitäten.

Die Förderung der strukturverbessernder waldbaulicher Maßnahmen ist daher für die Zukunft der Forstbetriebe und -betriebsteile von besonderer Bedeutung. Die Ansätze ermöglichen eine Fortsetzung der Förderung auf dem gegenwärtigen Niveau.

Auf die einzelnen Maßnahmen entfallen:

— Erstaufforstung
26 % der Zuwendungen rd. 400 ha/Jahr

— Umwandlung u. Umbau
36 % der Zuwendungen rd. 600 ha/Jahr

— Schutzpflanzungen
11 % der Zuwendungen rd. 135 km/Jahr
Feldgehölze 15 ha/Jahr

— Jungbestandespflege
25 % der Zuwendungen rd. 3 800 ha/Jahr

— Wertästung
2 % der Zuwendungen rd. 250 ha/Jahr

Mehraufwendungen für eine verstärkte Aufforstung aus der landwirtschaftlichen Nutzung ausscheidender Flächen sind in den Ansätzen noch nicht enthalten.

*Maßnahmen aufgrund neuartiger Waldschäden*

Seit Beginn der Förderung im Jahre 1984 bis Ende 1988 sind für

— die Düngung (Kompensationskalkung) 81 % der Zuwendungen

— die Wiederaufforstung 15 % der Zuwendungen

— den Vor- und Unterbau 4 % der Zuwendungen

benötigt worden.

Die Ansätze ermöglichen eine Fortsetzung der Förderung auf gegenwärtigem Niveau.

Das Hauptgewicht liegt auf der Kompensationskalkung der Verlangsamung des Vordringens der Säurefront in die Tiefe.

Die Kalkung sollte in 10-jährigen Turnus wiederholt werden. Die kalkungsfähige Fläche wird im privat- und förderungsfähigen Körperschaftswald auf rd. 445 000 ha geschätzt. Durch die Begrenzung der Haushaltsmittel und die noch erhebliche Eigenleistung der Waldbesitzer (20 % und Mehrwertsteuer) konnten bisher (in 6 Jahren) lediglich rd. 105 000 ha (1/4) gekalkt werden.

Eine Erhöhung des Fördersatzes auf 100 % der Kosten und eine entsprechende Erhöhung der Mittel wären erforderlich, wenn das o. g. Ziel erreicht werden soll.

*Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse*

Die Bedeutung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse bei der Durchführung forstwirtschaftlicher Maßnahmen im kleinen und mittleren Privatwald wird im Zusammenhang mit den Auswirkungen der neuartigen Waldschäden weiter zunehmen. Die veranschlagten Mittel werden weiterhin zur Sicherung der Existenz der Zusammenschlüsse dringend benötigt.

*Forstwirtschaftlicher Wegebau*

Der Neu- und Ausbau von Wirtschaftswegen in forstwirtschaftlichen Betrieben ist eine wesentliche Maßnahme zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und häufig eine Voraussetzung für die Durchführbarkeit

anderer strukturverbessernder Maßnahmen. Mit dem Ansatz von 0,8 Mio. DM ist die Förderung von geplanten Neu- und Ausbauten auf rd. 40 km Länge möglich. Obwohl noch ein erheblicher Nachholbedarf besteht, soll wegen des Vorrangs anderer Förderungen der Wegebau auf diesem dringend notwendigen Umfang beschränkt bleiben.

## 8. Weitere Maßnahmen

### 8.1 Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung Milchleistungsprüfungen

Eine möglichst umfangreiche Milchleistungsprüfung ist die Grundlage der Leistungsstärke der niedersächsischen Zuchttierbestände und ihres außerordentlich hohen Exportanteils (74 v. H. der bundesdeutschen Zuchtrinderexporte). In 26 000 Betrieben werden 624 000 Kühe der Milchleistungsprüfung unterzogen.

*Kontrollringe*

Die Ergebnisse der Kontrollringtätigkeit werden einerseits von den Mitgliedsbetrieben für innerbetriebliche Entscheidungen genutzt, andererseits werden sie von allen Ebenen der Beratung zur Produktivitätsverbesserung in der gesamten Schweineproduktion verwendet. Um die Gewinnung dieser Daten und das Recht ihrer Verwendung in der allgemeinen Beratung sicherzustellen, ist die staatliche Förderung in Höhe des beantragten Betrages fortzusetzen.

Die Tätigkeit der Kontrollringe betrifft nicht nur die Ermittlungen von Leistungen, sondern auf dieser Grundlage vornehmlich die Beratung in den Kontrollbetrieben und in der gesamten tierischen Produktion. Insoweit ist diese Tätigkeit derjenigen der allgemeinen Wirtschaftsberatung gleichzusetzen und in ungefähr gleicher Höhe zu fördern.

*Leistungsprüfungsanstalten*

Nach dem Beschluß des PLANAK vom 07./08. Dezember 1987 können die Maßnahmen in den Leistungsprüfungsanstalten für Schweine in Rohrsen und für Rinder in Echem, Kalkriese und Süderseefeld, die in eine zwischen dem Bund und den Ländern abgestimmte Liste aufgenommen worden sind, in den Jahren bis 1994 durchgeführt werden.

### 8.2 Umstellungshilfe

Die vom PLANAK 1990 eingeführte Umstellungshilfe soll in 20 Fällen gewährt werden.

## 9. Küstenschutz

Nach der im Jahre 1988 auf der Grundlage des Generalplanes „Küstenschutz Niedersachsen — September 1973" erfolgten Bestandsaufnahme ergibt sich für den Deichbau zum 31. 12. 1988 (siehe Tabelle unten).

Neben Deichbaumaßnahmen sind insbesondere noch zahlreiche Siele neu zu bauen bzw. den festgesetzten Deichhöhen anzupassen, Deichverteidigungswege auszubauen, Inselschutzwerke herzustellen und die Arbeiten der Vorlandsicherung an der Küste fortzusetzen.

Auf der Grundlage des Generalplanes, dessen vorrangiger Maßnahmenumfang im wesentlichen 1996 erreicht werden soll, wird mit allen zu Gebote stehenden technischen und finanziellen Mitteln an der Sicherung der Küsten weitergearbeitet. Die sehr schwere Sturmflut 1976 und die Orkanflut 1981 haben gezeigt, daß den Maßnahmen des Küstenschutzes erste Priorität einzuräumen ist. Aus diesem Grunde wird für den 18. Rahmenplan ein Betrag angemeldet, der den kontinuierlichen Fortgang des Küstenschutzes gewährleistet.

Träger der Arbeiten sind im wesentlichen die niedersächsischen Deichverbände. Die Deichverbände haben für die Unterhaltung der Deiche zu sorgen, an den Baukosten müssen sie sich nicht mehr beteiligen. Im Haushaltsjahr 1990 müssen mit einem Kostenaufwand von rd. 65 Mio. DM weitere Hauptdeiche auf ihre endgültige Höhe und Stärke gebracht sowie die Inselschutz- und Uferschutzarbeiten durch Buhnen, Lahnungen und Deichsicherungswerke weiter vorangetrieben werden. Am Maadersiel, dem Spiekaer Siel sowie der Schutzschleuse Weener (Baukosten 6,5 Mio. DM) werden die Bauarbeiten fortgesetzt (8 Mio. DM). Die Bauarbeiten am mit 67 Mio. DM ver-

<table>
<tr><th>Bereich</th><th>gesamte Deichlänge</th><th>Deiche mit ausreichenden Abmessungen</th><th>noch grundlegend auszubauen</th><th>noch nachzuerhöhen bzw. Profilanpassung</th></tr>
<tr><td></td><td>km</td><td>km</td><td>km</td><td>km</td></tr>
<tr><td>Hauptdeiche vor den Sperrwerken</td><td>611</td><td>465</td><td>66</td><td>80</td></tr>
<tr><td>Deiche oberhalb der Sperrwerke</td><td>490</td><td>352</td><td colspan="2">138</td></tr>
<tr><td>Inseldeiche</td><td>35</td><td>23</td><td colspan="2">12</td></tr>
</table>

anschlagten landeseigenen Sperrwerk Leysiel werden mit weiteren 8 Mio. DM gefördert. Das Sperrwerk soll 1991 betriebsbereit sein.

Die Deichbaumaßnahmen werden in der Hauptsache durchgeführt am östl. Dollartdeich, im II. Oldenburgischen Deichband, in der Deichacht Krummhörn an der Leybucht und im Hadelner Deich- und Uferbauverband.

## Bremen

Die sachlichen Schwerpunkte des vorgesehenen Mitteleinsatzes liegen in den Bereichen

— Marktstruktur und

— Küstenschutz.

Im einzelnen wird auf folgendes hingewiesen:

### Dorferneuerung

Im Jahre 1990 werden die in den Jahren 1988 und 1989 begonnenen Projekte weitergeführt. Die bisher eingeflossenen Mittel wurden sinnvoll zur Erhaltung und Gestaltung land- und forstwirtschaftlich genutzter Bausubstanz eingesetzt. Die Ortsbereiche, in denen die Maßnahmen durchgeführt werden, haben weitgehend noch einen dörflichen Charakter und unterliegen einer landwirtschaftsbezogenen Prägung.

### Einzelbetriebliches Förderungsprogramm

Im Rahmen dieser Maßnahmen werden im Land Bremen überwiegend landwirtschaftliche Betriebe gefördert. Aufgrund des hohen Grünlandanteils genießt die Milchviehhaltung eine hohe Priorität. Durch Investitionen im arbeitswirtschaftlichen Bereich werden die Arbeitsbedingungen der betreffenden Landwirte erheblich verbessert.

Im Rahmen des Agrarkreditprogramms ist vorgesehen, bauliche Maßnahmen im Bereich Vorratshaltung für Gülle zu fördern.

Neben Investition zur Energieeinsparung werden im gartenbaulichen Bereich die Errichtung von Gewächshäusern gefördert, um den Gartenbaubetrieben eine weitere Marktanpassung zu ermöglichen.

### Ausgleichszulage

Die Ausgleichszulage wird für über 60 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche Bremens gezahlt. Der Grad der extensiven Nutzung wird unter Umweltaspekten gestaffelt bei der Berechnung der Ausgleichszulage herangezogen. Somit erhalten Betriebe unter 100 000 kg Milchquote die höchste Ausgleichszulage. Bedingt durch die Gebietserweiterung, die im Jahre 1989 von der EG notifiziert wurde, wird sich der Kreis der Antragsteller erhöhen.

### Forst

Im Land Bremen werden Erstaufforstungen und Einbindungsmaßnahmen durch das Umweltressort durchgeführt.

### Marktstruktur

Nach wie vor werden die Zuschüsse für die Marktstrukturverbesserung als Investitionsbeihilfen im Bereich des Seefischmarktes Bremerhaven eingesetzt. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um Förderungen von Investitionen, die auf die Rationalisierung und Modernisierung der Einrichtungen aber auch für die Schaffung weiterer Umschlags- und Verarbeitungskapazitäten ausgerichtet sind.

### Wasserwirtschaft und Küstenschutz

Die Mittel in diesem Bereich werden zum einen für die Abfinanzierung des Projektes Werdersee sowie für Hochwasserschutzmaßnahmen in Bremerhaven benötigt.

## Nordrhein-Westfalen

### Vorbemerkung

Ziel der nordrhein-westfälischen Agrarpolitik ist es, eine funktionsfähige Land- und Forstwirtschaft unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes zur Sicherung von natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Die Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft sollen solidarisch an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Einkommens- und Lebensbedingungen teilnehmen und innerhalb der Landwirtschaft soll soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich verbessert werden. Die Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" spielen in Nordrhein-Westfalen nach wie vor bei der Erreichung dieses Zieles eine wichtige Rolle. Die geplanten Maßnahmen kommen dabei nicht nur direkt den Betrieben, sondern den ländlichen Gebieten allgemein zugute.

Nordrhein-Westfalen erhält im Jahre 1990 vom Bund für die Durchführung der Gemeinschaftsaufgabe einen Betrag von 149,937 Mio. DM. Das Land bringt als Komplementärmittel 99,958 Mio. DM auf, so daß für 1990 insgesamt 249,895 Mio. DM bereitstehen.

Entsprechend den unterschiedlichen Maßnahmen ist der Einsatz der Förderungsmittel regional gestreut; für einzelne Förderungen ergeben sich aus ihrer jeweiligen Zielsetzung räumliche Schwerpunkte.

Die sachlichen Schwerpunkte liegen — wie in den Vorjahren — bei folgenden Maßnahmen:

| | 1990 | |
|---|---|---|
| | Mio. DM | % |
| Wasserwirtschaft | 79,362 | 31,8 |
| Flurbereinigung | 39,000 | 15,6 |
| Einzelbetriebliche Förderung | 87,123 | 34,9 |
| darunter Ausgleichszulage | 38,123 | 15,3 |
| Dorferneuerung | 24,000 | 9,6 |
| Forstwirtschaftliche Maßnahmen | 4,000 | 1,6 |

### Agrarstrukturelle Vorplanung

Die agrarstrukturelle Vorplanung stellt die allgemeinen, wirtschaftlichen und sozio-ökonomischen Verhältnisse sowie die besonderen Funktionen der Land- und Forstwirtschaft in einem Gemeindegebiet dar. Auf dieser Grundlage werden in einem Gutachten Vorschläge für Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, zur Erhaltung und Entwicklung der Landschaft und zur Vorbereitung der Dorferneuerung erarbeitet und zu anderweitigen Vorhaben und Planungen Stellung genommen. Soweit dem Zweck der Untersuchung angemessen, wird auf die Umweltverträglichkeit eingegangen. Mit Hilfe von Kosten-Nutzen-Überlegungen werden Zeitpläne für Investitionen und deren Finanzierung aufgestellt. Immer mehr Gutachten enthalten Aussagen über künftige Bodennutzung.

Die agrarstrukturelle Vorplanung hat sich als kostengünstiges, umfassend vorbereitendes Instrument zur Landentwicklung erwiesen, das in einigen Fällen beim Ablehnen von Förderungen oder deren Einleitung auch der Rechtsprechung standgehalten hat. Sie hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen und wird diese in Zukunft behalten.

Im Jahre 1990 werden 25 Erhebungen und Gutachten in Auftrag gegeben, die hauptsächlich Untersuchungen zur Dorferneuerungsbedürftigkeit umfassen.

### Flurbereinigung

1989 sind in 15 Verfahren mit einer Gesamtfläche von rd. 12 000 ha die Teilnehmer in den Besitz ihrer neuen Grundstücke eingewiesen worden. Für 1990 ist für 25 Verfahren mit einer Gesamtfläche von rd. 11 000 ha die Besitzeinweisung geplant.

Die im 18. Rahmenplan vorgesehenen Fördermittel sollen hauptsächlich für diese Verfahren eingesetzt werden.

Die Flurbereinigung ist eingebunden in die nordrhein-westfälische Agrarpolitik, die zum Ziel hat, eine funktionsfähige Land- und Forstwirtschaft unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz werden nicht mehr überwiegend auf die Verbesserung der Produktionsbedingungen ausgerichtet. Bodenordnungsverfahren sind heute vor allem dort von Bedeutung, wo sich aus den wirtschaftlichen Interessen der Land- und Forstwirtschaft oder flächenbeanspruchenden öffentlichen Vorhaben und den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege Konflikte ergeben.

Die unterschiedlichen Bodenordnungsmaßnahmen werden entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen zugleich oder schwerpunktmäßig zur Verwirklichung unterschiedlicher Planungen eingesetzt. Dies gilt in jüngster Zeit auch bei der Realisierung landesweiter Naturschutzprogramme. Unter Wahrung der wirtschaftlichen Belange der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe erfolgen die Bereitstellung von Flächen und die Bodenordnung zur Sicherung ökologischer Vorrangflächen sowie Flächenausweisungen bzw. Ausgleichsregelungen für Maßnahmen der Landschaftsentwicklung, des Boden- und des Gewässerschutzes sowie für sonstige Maßnahmen zur Sicherung oder Wiederherstellung eines ausgewogenen Naturhaushalts.

Soweit Maßnahmen nicht überwiegend der Agrarstrukturverbesserung dienen, werden sie aus Landesmitteln finanziert. In Verfahren, die überwiegend der Agrarstrukturverbesserung dienen, werden zunehmend Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes gefördert.

### Freiwilliger Landtausch

Um ländliche Grundstücke zur Verbesserung der Agrarstruktur in einem schnellen und einfachen Verfahren zusammenzulegen, wird ein freiwilliger Landtausch sowohl nach den Bestimmungen des Flurbereinigungsgesetzes als auch nach den Bestimmungen der Förderungsgrundsätze durchgeführt. Für 50 Verfahren mit etwa 800 ha werden 1990 ca. 280 000 DM benötigt. Der Umfang des freiwilligen Landtausches nimmt zu. Immer mehr Landwirte machen von dieser umweltverträglichen Bodenordnung Gebrauch.

### Dorferneuerung

Die Förderung der Dorferneuerung wurde 1984 in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" übernommen.

Maßnahmen der Dorferneuerung werden in solchen Gemeinden und Ortsteilen gefördert, deren Siedlungsstruktur durch die Land- und Forstwirtschaft wesentlich geprägt ist und eine Verbesserung der Agrarstruktur, also auch des Umfeldes von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, bewirken.

Die für den Rahmenplan gemeldeten Mittel sind zur Förderung von rd. 1 200 Maßnahmen mit förderungsfähigen Gesamtkosten von voraussichtlich 58,0 Mio. DM vorgesehen.

### Einzelbetriebliche Investitionsförderung

Ziel der einzelbetrieblichen Investitionsförderung wird es auch 1990 sein, die Existenzfähigkeit von Betrieben zu verbessern bzw. zumindest zu sichern, Arbeits- und Produktionsbedingungen zu verbessern sowie — ohne einen weiterhin notwendigen Strukturwandel wesentlich zu unterbinden — Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu erhalten. Das ist für Nordrhein-Westfalen von besonderer Bedeutung, weil der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung bereits sehr gering und darauf zu achten ist, daß die von der Land- und Forstwirtschaft erwarteten gesellschaftlichen Aufgaben gewährleistet bleiben. Es wird für 1990 eine rege Nachfrage erwartet.

Im Mittelpunkt der einzelbetrieblichen Investitionsförderung wird die Förderung von baulichen Maßnahmen in Altgehöften stehen.

Die Aussiedlungen (einschließlich der Teil- und Betriebszweigaussiedlungen) sowie die Althofsanierungen verbessern die Produktions- und Arbeitsbedingungen landwirtschaftlicher Betriebe und bewirken eine Verbesserung ihrer Wirtschaftlichkeit. In der Regel bilden sie zugleich Ansatzpunkte zu Dorferneuerung und -entwicklung.

### Agrarkreditprogramm

Durch die Förderung im Rahmen des Agrarkreditprogramms wird auch der Um-, An- und Ausbau von Wohngebäuden zur Verbesserung der Wohnbedingungen in Mehrgenerationen-Haushalten gefördert. Das Agrarkreditprogramm hat, seit dem die Förderung von Maschinen für den Außenbereich nicht mehr möglich ist, insgesamt an Bedeutung verloren.

### Ausgleichszulage

Wie in den Vorjahren, so wird auch im Jahr 1990 die Zahlung der Ausgleichszulage an Landwirte in den benachteiligten Gebieten eine große Bedeutung für die einzelbetriebliche Existenzsicherung haben. Vielfach ist es nur mit Hilfe der Ausgleichszulage möglich, die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen aufrechtzuerhalten. Im Jahre 1989 konnte erstmals für die neu angemeldeten Gebiete eine Ausgleichszulage gewährt werden. Die Höhe der Ausgleichszulage wird, wie bereits im Vorjahr, nach dem Grad der wirtschaftlichen Nachteile und nach der Höhe der positiven Einkünfte gestaffelt.

### Marktstrukturverbesserung

*Obst-/Gemüse*

Die Tendenz im Verarbeitungsbereich von Obst und Gemüse zur Durchführung von Investitionen ist rückläufig. Der wichtige Wirtschaftszweig der Obst- und Naßkonservenindustrie hat, bedingt durch staatlich subventionierte Billigimporte und verstärkte Auflagen des Umweltschutzes, erhebliche Marktanteile an ausländische Mitbewerber abgeben müssen. Allgemein ist festzustellen, daß der Konkurrenzdruck im Verarbeitungsbereich von Obst und Gemüse weiter stark gestiegen ist. Eine wesentliche Ursache in der rückläufigen Investitionsbereitschaft der Verarbeitungsindustrie dürfte auch in der mittlerweile sehr restriktiv gehandhabten Förderung mit Mitteln des europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds zu suchen sein. Die Anzahl der hier bewilligten Maßnahmen ist stark rückläufig.

Unter diesem Aspekt kommt der Förderung über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" verstärkte Bedeutung zu.

Die beabsichtigte Maßnahme wird die Marktposition der einheimischen Naßkonservenindustrie festigen und mit einer Kapazitätssteigerung verbunden sein. Die Investitionsvorhaben wirken sich darüber hinaus positiv auf die im harten Existenzkampf stehenden einheimischen Erzeuger von Obst und Gemüse aus, weil Ihnen nach den Förderungsrichtlinien eine Erhöhung der Abnahme ihrer Erzeugnisse (Bindungsquote 40% auf 5 Jahre) garantiert wird. Bei den übrigen Investitionsvorhaben handelt es sich vorwiegend um Modernisierungs- und Rationalisierungsvorhaben. Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Durchführung der beabsichtigten Projekte wird in erheblichem Maß dazu beitragen, Arbeitsplätze in diesem Bereich zu festigen und auszubauen.

Wie bereits in den Vorjahren entfällt im Frischmarktbereich Obst und Gemüse der größte Investitionsbetrag auf das Haupterzeugungsgebiet Rheinland. Beabsichtigt ist hier schwerpunktmäßig der Bau von Lagerhallen und Kühlhäusern sowie von Maschinen und Geräten für die Gemüseerfassung.

Die Maßnahmen tragen zur Erhöhung der Funktionsfähigkeit der Vermarktungssysteme bei. Die vorgesehenen Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen werden die Leistungsfähigkeit der Märkte verbessern.

*Blumen und Zierpflanzen*

Nach wie vor steht die einheimische Erzeugung unter starkem Importdruck aus Mitgliedstaaten der EG. Neben den Niederlanden tritt auch zunehmend Spanien als Hauptexporteur auf. Darüber hinaus ist ein stetiges Anwachsen der Drittlandimporte festzustellen. Ein rascher Ausbau sowie die Rationalisierung der Vermarktungssysteme ist deshalb unumgänglich.

Nur mit gezielten Maßnahmen können Beiträge zur Erholung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen Mitbewerbern geleistet werden.

Die nordrhein-westfälische Konzeption der Konzentration bei Schnittblumen und der Regionalisierung bei Topfpflanzen ist ein geeignetes Mittel, die Marktanteile der einheimischen Erzeuger zu festigen und auszubauen. Die bedeutendsten Projekte werden in diesem Zusammenhang der Bau eines neuen Blumengroßmarktes sein sowie die Erweiterung bestehender

Blumengroßmärkte. Darüber hinaus wird mit dem ersten Bauabschnitt zum Neubau eines Versandmarktes für Topfpflanzen begonnen. Weitere Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen in diesem Bereich wie z. B. die Ausrüstung mit Blumenwagen sowie den Bau von Verlade- und Aufbereitungshallen sind beabsichtigt.

Die vorgenannten Maßnahmen sind Bestandteil der spezifischen Programme des Landes Nordrhein-Westfalen für frisches Obst und Gemüse, Blumen und Zierpflanzen sowie für die Förderung der Obst- und Gemüseverarbeitungsindustrie. Sie sind in ihrer Gesamtheit geeignet, Marktanteile, insbesondere aber auch Arbeitsplätze im Erzeugerbereich zu erhalten und zu festigen.

Wie auch im Bereich Obst und Gemüse kommt dem Bereich Blumen und Zierpflanzen der Förderung durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" besondere Bedeutung zu, da auch in diesem Bereich die Förderung durch EAGFL-Mittel stark restriktiv gehandhabt wird und mittlerweile nur noch sehr wenige Anträge Aussicht auf Erfolg haben.

### Molkereistruktur

Im Rahmen von Molkereikapazitätsstillegungen werden Beihilfen zu Arbeitnehmerabfindungen gewährt. Mit dieser Förderungsmaßnahme sollen die wirtschaftlichen Nachteile, die sich aus der Rückführung der Milchanlieferung durch die eingeführte EG-Milchgarantiemengen-Regelung ergeben, gemildert werden. Die Beihilfe wird im Wege des Erstattungsverfahrens gewährt und beträgt 50% der Arbeitnehmerabfindungen.

### Maßnahmen nach dem Marktstrukturgesetz

Durch die Gewährung von Investitionshilfen gemäß § 6 Marktstrukturgesetz an Unternehmen, die landwirtschaftliche Erzeugnisse beziehen, absetzen, be- oder verarbeiten und langfristige Lieferverträge mit Erzeugergemeinschaften eingehen, soll insbesondere die Marktstellung der Erzeuger verbessert und die Belieferung des Marktes mit einheitlichen Partien sowie die Anpassung des landwirtschaftlichen Angebots an die Nachfrage sichergestellt werden.

Gleichzeitig dient diese Förderung als Basisfinanzierung für Zuschüsse aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung, auf der Grundlage der gemäß Verordnung (EWG) Nr. 355/77 erstellten spezifischen Programme für den Kartoffel- und Qualitätsgetreidesektor.

### Vermarktung nach besonderen Regeln erzeugter landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Durch die Gewährung von Startbeihilfen für die Gründung und das Tätigwerden von Erzeugerzusammenschlüssen und Beihilfen für Vermarktungsinvestitionen soll Zusammenschlüssen von landwirtschaftlichen Betrieben, die nach den Regeln des alternativen Landbaus wirtschaften, finanzielle Hilfestellung bei der Vermarktung ihrer Erzeugnisse gegeben werden. Zudem werden auch Vermarktungsinvestitionen von Abnehmern der Produkte der Zusammenschlüsse finanziell gefördert.

Durch die Förderung soll die Vermarktung zusammengefaßter Partien nach besonderen Regeln erzeugter landwirtschaftlicher Produkte an die Markterfordernisse angepaßt werden. Insbesondere sollen die Voraussetzungen für die Befriedigung der weiterhin steigenden Verbrauchernachfrage nach derartigen Produkten sowie für Erlösvorteile für die Erzeuger geschaffen werden. Diese Maßnahme unterstützt auch die im Rahmen der EG-Extensivierung geförderte Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf eine alternative Wirtschaftsweise.

### Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen

*Wasserbau*

Neben dem langjährigen Förderungsschwerpunkt der Hochwasserrückhaltung wird im Bereich des Wasserbaues die ökologische Verbesserung der Gewässer bevorzugt subventioniert. Ausbau von Gewässern sowie die Gewässerunterhaltung stehen unter der Zielsetzung, größtmögliche Naturnähe zu erreichen und werden insofern auch vom Land mitfinanziert.

*Abwasserbeseitigung*

Um die Gewässergüte leistungsschwacher Gewässer zu erhalten oder zu verbessern, ist es erforderlich, insbesondere im ländlichen Raum den Bau von Abwasseranlagen zu fördern. Dieses ist eine längerfristige Aufgabe.

Es sollen insbesondere

— der Bau von Kläranlagen,

— die Sanierung bestehender Kläranlagen sowie

— die Verbesserung der Klärschlammbehandlung

und darüber hinaus der Bau von

— Regenbecken und Regenwasserbehandlungsanlagen,

— die Neuerrichtung und Verbesserung von Kanalisationsanlagen

und

— die Erfassung des Kanalzustandes

gefördert werden.

### Forstwirtschaftliche Maßnahmen

*Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse*

Fortwirtschaftliche Zusammenschlüsse sind als Selbsthilfeeinrichtungen der Waldbesitzer gebildet worden, um strukturbedingte Nachteile bei der Bewirtschaftung kleinparzellierter oder in Gemengelage verstreuter Waldparzellen zu verringern. Nach § 13 des Landesforstgesetzes sollen forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse bei öffentlichen Förderungsmaßnahmen besonders berücksichtigt werden. Die Förderung nach den entsprechenden Grundsätzen des Rahmenplans sieht als Starthilfe eine Zuwendung zu den Erstinvestitionen von Maschinen und Geräten vor.

Darüber hinaus werden in der Anlaufphase Zuschüsse zu den Verwaltungskosten gewährt. 1990 werden voraussichtlich ca. 90 Zusammenschlüsse eine finanzielle Förderung mit diesen Mitteln erfahren können.

*Forstwirtschaftlicher Wegebau*

Der forstwirtschaftliche Wegebau ist eine wesentliche Voraussetzung für die Gewährleistung der vielfältigen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes. Die Förderung soll angesichts der hohen Investitionskosten diese Waldbesitzer in ihrem Bemühen unterstützen, nicht oder unzureichend erschlossene Waldflächen zugänglich zu machen. Vorgesehen ist die Bezuschussung von rd. 120 Einzelobjekten mit einer Gesamtlänge von rd. 240 km. Eine strenge forstfachliche Prüfung wird sicherstellen, daß die Mittel in Bedarfsschwerpunkten eingesetzt und die Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der Belange des Natur- und Landschaftsschutzes durchgeführt werden.

### Milchleistungsprüfungen und Kontrollringe

Die Förderung der Leistungsprüfungen wird im Jahre 1990 aufgrund der am 1. Januar 1990 in Kraft getretenen Novelle des Tierzuchtgesetzes, das die Bedeutung der Leistungsprüfungen und die Pflicht des Staates zu ihrer Durchführung und der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse normiert, fortgeführt.

Dabei handelt es sich um die Unterstützung der Arbeiten, die die Mitglieder der Milchkontrollverbände und der Kontrollringe für Mastschweine, Ferkel, Mastrinder, Mastlämmer und Jungmasthammel leisten. Die Förderungsmittel für die Milchleistungsprüfungen (3 Mio. DM) kommen rd. 11 400 Betrieben mit rd. 298 000 Kühen zugute, für die die Milchleistungsprüfung die Grundlage für die züchterische Selektion und für die Verbesserung der Produktivität und der Qualität der Milcherzeugung darstellt. Die Milchleistungsprüfung dient außerdem im gesamtwirtschaftlichen Interesse der Zuchtwertschätzung von Bullen, durch deren Einsatz in der künstlichen Besamung die Wirtschaftlichkeit der Milcherzeugungsbetriebe wesentlich verbessert wird. Sie liefert außerdem wichtige Daten für die Bewältigung der Probleme, die mit der Quotenregelung entstanden sind.

In Nordrhein-Westfalen werden 7 Kontrollringe gefördert. Die Förderungsmittel — veranschlagt sind 0,9 Mio. DM — sind dazu bestimmt, die wirtschaftlichen Leistungen der diesen Kontrollringen angeschlossenen Betriebe und damit ihre Beispielswirkung für die gesamte nordrhein-westfälische Landwirtschaft durch Ertrags- und Qualitätskontrollen nachhaltig zu verbessern.

### Umstellungshilfe

Landwirte, die in ihren Betrieben ausreichende Einkommen nicht erzielen können und deshalb durch eine zusätzliche außerlandwirtschaftliche Tätigkeit ihre Einkommensmöglichkeiten erweitern wollen, können an einer beruflichen Bildungsmaßnahme mit einem staatlich anerkannten Abschluß für einen außerlandwirtschaftlichen Beruf teilnehmen. Ihnen wird eine monatliche Unterhaltshilfe während der Umschulungszeit gewährt zur Erleichterung der betrieblichen Umstellung des landwirtschaftlichen Betriebes auf Bewirtschaftungsweise mit geringerem Arbeitsbedarf.

### Anpassungshilfe

Die Förderungsmaßnahme trägt der Tatsache Rechnung, daß durch die Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an den Markt und an rationelle Verfahren auch ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer aus den landwirtschaftlichen Unternehmen ausscheiden.

Die Gewährung einer Anpassungshilfe dient diesen Arbeitnehmern, sich an die neue Situation anzupassen und erweitert den Entscheidungsspielraum des Betriebsinhabers für erforderliche betriebliche Anpassungsmaßnahmen.

Im Hinblick auf die vorgenannten Ziele und aufgrund der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen ist diese Förderungsmaßnahme von erheblichem Landesinteresse.

## Hessen

### Vorbemerkung

Gegenüber dem Vorjahr ist der Bundesanteil an den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe von 103,293 Mio. DM auf 103,106 Mio. DM reduziert worden. Zusammen mit dem entsprechenden Landesanteil wird ein Gesamtvolumen von 171,844 Mio. DM erreicht, dessen Aufteilung auf die einzelnen Verwendungszwecke aus der Übersicht 9 (Seite 155) hervorgeht.

### Agrarstrukturelle Vorplanung

Durch die Agrarstrukturelle Vorplanung werden Zielvorstellungen und Leitlinien für die Erhaltung und Entwicklung des ländlichen Raumes erarbeitet. Die Planung gewinnt durch verschiedene Aktivitäten für den ländlichen Raum (z. B. von der Landesregierung eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe „ländlicher Raum" oder Förderung der sogenannten 5b-Gebiete durch die Strukturfonds der EG) zunehmend an Bedeutung.

Die begonnenen Grundlagenarbeiten — (Kartierung von oberflächennahen Lagerstätten, Rohstoffkarte sowie die Erstellung einer hydrogeologischen Karte (Verschmutzungsempfindlichkeit und Verschmutzungsgefährdung des Grundwassers) — sowie die Bodenerosionskartierung werden unabhängig hiervon fortgesetzt.

### Flurbereinigung

In 1990 sollen nach den Planungen 18 Flurbereinigungen mit einer Verfahrensfläche von rd. 15 000 ha eingeleitet werden. Hierin enthalten sind u. a. durch Planungen der Verkehrsträger bedingte Verfahren. Die bereits in Durchführung befindlichen Maßnahmen werden fortgesetzt.

### Dorferneuerung

Mit den Förderungsmitteln der Gemeinschaftsaufgabe sollen Dorferneuerungsmaßnahmen finanziert werden, die vor allem die Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie die Lebensverhältnisse der bäuerlichen Familien verbessern. Neben dem städtebaulich, sozial und ökologisch orientierten Landesprogramm zur Erneuerung der hessischen Dörfer dient die Gemeinschaftsaufgabe damit vorrangig der umfassenden Verbesserung der Agrarstruktur. Die Maßnahmen werden in Gemeinden oder Ortsteilen mit landwirtschaftlicher Siedlungsstruktur sowie in Weilern und landschaftsbestimmenden Gehöftgruppen und Einzelhöfen gefördert.

### Einzelbetriebliche Investitionen

Die Investitionsbereitschaft der Landwirte war bis 1987 infolge der ungünstigen Rahmenbedingungen stark zurückgegangen. Dies galt insbesondere für umfassende Maßnahmen, für die die Mittel des einzelbetrieblichen Förderungsprogrammes (EFP) nur zögernd in Anspruch genommen wurden. Dabei spielten die Förderungseinschränkungen in den Bereichen Rinder- und Schweinehaltung eine besondere Rolle. Angesichts der mit dem Rahmenplan 1988 beschlossenen Erleichterungen in diesen Bereichen (Investitionsförderung im Milchviehbereich nach der bei Antragstellung vorhandenen Referenzmenge und im Schweinebereich im Rahmen des EG-Rechts) gelangen jetzt auch die dringend notwendigen Anpassungsmaßnahmen zur Durchführung. Auf jeden Fall bleibt das EFP ein Angebot für Landwirte, die die Lebens-, Arbeits- und Produktionsgrundlagen in ihren Betrieben verbessern wollen oder müssen.

Für Maßnahmen geringeren Umfangs konnte beim Agrarkreditprogramm (AKP) die ständig zunehmende Nachfrage durch Bereitstellung zusätzlicher Mittel gedeckt werden. Auch die Sonderförderung für Junglandwirte verzeichnete einen sprunghaften Zuwachs an Anträgen, denen bei der Anmeldung zu den Rahmenplänen Rechnung getragen wurde. Dieser Personenkreis wird darüber hinausgehend seit 1987 mit einem Landesprogramm zur Altschuldenentlastung und Startförderung besonders unterstützt.

### Ausgleichszulage nach dem Bergbauernprogramm

Die Maßnahme hat im Rahmen der Förderung der Landwirtschaft einen bedeutenden Stellenwert. Die Entwicklung drückt sich in der erheblichen Steigerung des Mittelvolumens aus. Während Hessen noch 1983 einen Ansatz von nur 8,5 Mio. DM für die Ausgleichszulage hatte, sind die Mittel sowohl 1984 als auch 1985 auf über 20 Mio. DM, 1986 und 1987 auf jeweils knapp 37 Mio. DM erhöht worden und stehen ab 1988 sogar mehr als 51 Mio. DM zur Verfügung. Die bisher auf die Rindvieh-, Pferde-, Schaf- und Ziegenhaltung beschränkte Ausgleichszulage ist auf die nunmehr zugelassenen anderen Produktionszweige ausgedehnt und der Höchstsatz ist angehoben worden.

Im Zuge der Verbesserungen des Bergbauernprogramms wurde die Zahlungsgrundlage umgestellt. Anstelle der bisher regional differenzierten Ausgleichszulage wird seit 1988 eine solche nach betriebsbezogenen Werten gezahlt. Damit orientiert sich die Ausgleichszulage sowohl an den natürlichen Gegebenheiten als auch an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Einzelbetriebe.

### Marktstrukturverbesserung

Zur Verbesserung der Molkereistruktur wird die Stillegung von Betriebsstätten durch Gewährung von Zuschüssen zu Vermögensverlusten und Arbeitnehmerabfindungen unterstützt.

Im Rahmen der für 1990 getroffenen Übergangsregelung für genehmigte und noch nicht abgeschlossene Programme gemäß EG-VO Nr. 355/77 werden Maßnahmen für die Warenbereiche Fleisch und Getreide, Ölsaaten und Körnerleguminosen sowie Obst und Gemüse gefördert, für die bereits Bewilligungen zu Lasten von Verpflichtungsermächtigungen erteilt wurden.

Nach den Vorschriften des Marktstrukturgesetzes werden Start- und Investitionsbeihilfen an anerkannte Erzeugergemeinschaften und Vereinigungen gewährt. Mit derzeit 55 solcher Gemeinschaften und Vereinigungen werden die Warenbereiche Schlachtvieh, Ferkel, Qualitätsgetreide, Raps, Wein, Zuchtvieh, Schlachtgeflügel, Eier, Wolle, Baumschulerzeugnisse sowie Blumen und Zierpflanzen erfaßt.

Weitere Erzeugergemeinschaften (u. a. für Qualitätsgetreide und für Speisekartoffeln) befinden sich im Anerkennungsverfahren.

### Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen

Die im Hessischen Ried laufenden Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Verhältnisse werden im Jahr 1990 konzentriert fortgesetzt.

Die übergebietliche Abflußregelung zur Bewirtschaftung der Gewässer größerer Niederschlagsgebiete wird planmäßig weitergeführt. Die im Rahmenplan 1990 vorgesehenen Mittel werden schwerpunktmäßig für die Maßnahmen Hochwasserrückhaltebecken Breidenstein (Obere Lahn), Hochwasserrückhaltebecken Oberramstadt (WV Modau) und Hochwasserrückhaltebecken Triesch (WV Scharzbach-Ried) eingesetzt.

Im ländlichen Raum werden zur Sicherstellung der Wasserversorgung Erweiterungen von bestehenden Anlagen, wie z. B. Erschließungsmaßnahmen, Maßnahmen zur Verbesserung bzw. Sicherung der Wasserqualität und Schaffung eines Versorgungsverbundes, erforderlich.

Schließlich werden die Maßnahmen zum Gewässerschutz verstärkt fortgeführt. Dabei handelt es sich vorrangig um Vorhaben von Gemeinden und Abwasserverbänden zum Ausbau von Hauptsammlern und zur Errichtung von Kläranlagen, die bereits in früheren Bauabschnitten begonnen wurden. Die Investitionen kommen überwiegend in strukturschwachen und dünn besiedelten Gebieten zur Ausführung.

### Forstliche Maßnahmen

Hierbei ist besonders folgendes zu erwähnen:

- Bei der Aufforstung von landwirtschaftlichen Flächen, insbesondere von Grenzertragsböden sowie von Brachflächen und Ödland, wird der vermehrte Anbau von Laubbaumarten angestrebt.
- Neu kommen Pflegemaßnahmen in Jungwüchsen nach Erstaufforstungen hinzu.
- Im hessischen Körperschafts- und Privatwald besteht ein großer Nachholbedarf an Pflegemaßnahmen. Diese Förderung wird im Rahmen der waldbaulichen Maßnahmen weiterhin einen Schwerpunkt bilden.
- Bei der Wertästung werden insbesondere geeignete Bestände im Kleinprivatwald gefördert.
- Schutzpflanzungen und Feldgehölze werden vorrangig in landwirtschaftlichen Intensivgebieten mit baum- und strauchfreier Flur, unter Beachtung ökologischer und landschaftspflegerischer Gesichtspunkte, angelegt.
- Die Beseitigung neuartiger Waldschäden bezieht sich vornehmlich auf die Minderung einer weiteren Bodenversauerung gefährdeter Bestände durch geeignete Meliorationsmaßnahmen, den Voranbau und Unterbau einschließlich der Naturverjüngung in geschädigten lückigen Beständen und in Bestandesrändern sowie die Wiederaufforstung.
- Im Hinblick auf die Gefährdung der Bestände durch Schadstoffimmissionen und Sekundärschädlinge sind auch gemeinschaftliche Einrichtungen zur langfristigen Sicherung des Holzabsatzes und zur Gewährleistung des Waldschutzes zu fördern. Schwerpunktmäßig finden die Gebiete des bäuerlichen Waldbesitzes Berücksichtigung.
- Um eine für die Bewirtschaftung des Waldes erforderliche Wegedichte zu erreichen, bedarf es, insbesondere im Kleinprivatwald, der Fortsetzung der Förderung des forstlichen Wirtschaftswegebaues.

### Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung

Von der Förderung der Milchleistungsprüfungen werden derzeit rd. 5 500 Betriebe mit rd. 120 000 Kühen erfaßt. Dies entspricht einer Kontrolldichte von rd. 45%.

Den 24 hessischen Schweinekontrollringen sind 1 080 Betriebe angeschlossen. Kontrolliert werden rd. 179 000 Mastschweine und rd. 18 000 Zuchtsauen. In der Rindermast besteht 1 Kontrollring, dem z. Zt. 40 Betriebe mit rd. 4 600 Bullen angeschlossen sind.

Mit der Einrichtung einer stationären Eigenleistungsprüfung für Bullen bei der Landesanstalt für Tierzucht in Neu-Ulrichstein soll der Verbesserung der züchterischen Möglichkeiten Rechnung getragen werden.

## Rheinland-Pfalz

### Vorbemerkung

Gegenüber dem Vorjahr ist der Bundesanteil an den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe von 120,164 Mio. DM auf 119,946 Mio. DM verringert worden. Diese Kürzung resultiert aus dem Beschluß des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages über eine qualifizierte Sperre von 5 Mio. DM für zusätzliche Küstenschutzmaßnahmen vor Sylt. Dieser Betrag wird gemäß PLANAK-Beschluß vom 14. 12. 1989 zur Hälfte Schleswig-Holstein und zur anderen Häfte den übrigen Ländern entsprechend dem jeweiligen Länderschlüssel angerechnet.

Der Plafond des Landes Rheinland-Pfalz für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" beträgt daher für das Jahr 1990 insgesamt 199,910 Mio. DM, davon 79,964 Mio. DM Landesmittel. Die *sachlichen Schwer-*

*punkte* des Mitteleinsatzes im Jahr 1990 verteilen sich auf folgende Maßnahmegruppen:

| Maßnahmegruppe | Mio. DM | % |
|---|---|---|
| Einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen | 78,060 | 39,05 |
| darunter: Ausgleichszulage | 50,687 | 25,45 |
| Wasserwirtschaft einschließlich landwirtschaftlicher Wegebau | 47,000 | 23,51 |
| Flurbereinigung | 37,000 | 18,51 |
| Forstliche Maßnahmen | 17,400 | 8,70 |

Durch die Konzentration der Förderungsmittel entfallen auf die genannten Maßnahmen rund 90 % des Gesamtplafonds. Außerdem sind für die Dorferneuerung 5,0 % und für die Marktstrukturverbesserung 4,15 % des Mitteleinsatzes vorgesehen.

*Räumliche Schwerpunkte* bilden vor allem die von Natur benachteiligten und strukturschwachen ländlichen Gebiete.

### Flurbereinigung

In Rheinland-Pfalz ist in vielen Gemeinden nach wie vor die Struktur durch eine äußerst ungünstige Flurverfassung mit unzureichenden Teilstückgrößen, unzureichender wegemäßiger Erschließung und ungünstigen wasserwirtschaftlichen Verhältnissen gekennzeichnet, insbesondere auch in den Weinbauregionen des Landes. Die Durchführung von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz ist daher auch weiterhin für eine Vielzahl von Gemeinden eine der Grundvoraussetzungen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur gesamten Entwicklung des ländlichen Raumes. Das Land ist weiterhin bemüht, als Alternative zu den umfassenden Neuordnungsmaßnahmen vereinfachte und beschleunigte Zusammenlegungsverfahren durchzuführen. Dabei werden die Maßnahmen möglichst landschaftsschonend durchgeführt. Für notwendige Ausgleichsmaßnahmen zur Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes ergibt sich ein zunehmender Bedarf an Förderungsmitteln.

Durch die Bodenordnungsverfahren werden die Voraussetzungen für umfangreiche weitere private und öffentliche Investitionen geschaffen. Die Bodenordnung trägt insoweit in hohem Maße zu einer Stärkung der Wirtschaftskraft der ländlichen Räume bei.

### Dorferneuerung

Die Siedlungsstruktur des Landes Rheinland-Pfalz ist überwiegend ländlich geprägt. Nahezu 2 200 der insgesamt 2 303 Dörfer und Städte des Landes haben weniger als 5 000 Einwohner.

Diese Siedlungsstruktur gilt es zu erhalten und fortzuentwickeln.

Um die Funktionsfähigkeit und den Eigenwert der Dörfer zu sichern, erfolgt die Förderung in Gemeinden und Ortsteilen mit dörflich, ländlich oder landwirtschaftlich geprägter Bau- und Siedlungsstruktur.

Die Aufgaben der Dorferneuerung sind in Rheinland-Pfalz in eine Strukturpolitik für den ländlichen Raum eingebunden.

Das Land stellt daher neben den Förderungsmitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe noch weitere Mittel zur Förderung der Dorferneuerung bereit.

Es wird angestrebt, daß für den Haushalt 1990 ein Bewilligungsrahmen von rd. je 58 Mio. DM zur Förderung kommunaler und privater Vorhaben zur Verfügung steht.

### Einzelbetriebliche Maßnahmen

*Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben*

Hauptziel der Investitionsförderung wird es auch im Jahr 1990 sein, entwicklungsfähige landwirtschaftliche und weinbauliche Betriebe in ihrem Anpassungsprozeß an geänderte Produktions- und Marktbedingungen zu unterstützen und mit Blick auf den gemeinsamen Binnenmarkt 1992 ihre Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu verbessern. Diesem Ziel dient auch die Anhebung der Einkommensprosperitätsgrenze auf 100 000 DM. Der Schwerpunkt wird — wie in den Vorjahren — bei der Förderung von Gebäuden und baulichen Anlagen liegen. Entsprechend der stark angestiegenen Nachfrage wird der Mittelansatz für betreuungspflichtige Maßnahmen gegenüber der 1. Anmeldung 1990 um 5 Mio. DM angehoben. Die geförderten Vorhaben sollen neben der Strukturverbesserung auch zur Umweltentlastung im Bereich der tierischen Veredlung und zur Energieeinsparung beitragen. Zur Erhaltung einer funktionsfähigen Landwirtschaft in den ländlichen Räumen werden die durch den PLANAK-Beschluß verbesserten Möglichkeiten bei der Junglandwirte-Förderung voll ausgeschöpft.

Beim Agrarkreditprogramm werden die gegenüber dem Rahmenplan vorgenommenen Einschränkungen beibehalten. Hierzu zählen der Förderungsausschluß für den Landankauf und kellerwirtschaftliche Investitionen im Weinbau sowie Förderungseinschränkungen im Wohnhausbereich.

Wegen der voraussichtlich geringen Investitionsneigung in Landwirtschaft und Weinbau sowie der restriktiven Regelung für Maschineninvestitionen wird beim Agrarkreditprogramm eine Zunahme des Mittelbedarfs im Jahr 1990 nicht erwartet.

*Ausgleichzulage*

Die Gewährung der Ausgleichszulage in den von Natur benachteiligten Gebieten wird 1990 ohne wesentliche Änderungen fortgeführt. Es wird damit gerechnet, daß in diesem Jahr etwa 11 500 Landwirte eine Ausgleichszulage erhalten werden. Die Höhe der Förderung wird — wie im Vorjahr — nach der Schwere

der natürlichen Standortnachteile und nach der wirtschaftlichen Situation der Betriebe gestaffelt.

### Marktstrukturverbesserung

Seit Einführung der Gemeinschaftsaufgabe konnte durch eine konsequente, sachliche Schwerpunktbildung die Marktposition der Erzeuger im Getreide- und Sonderkulturbereich, insbesondere für den Weinbau, deutlich verbessert werden. Die nach der EWG-Verordnung Nr. 355/77 erstellten Förderprogramme für die Warenbereiche Wein mit einem Investitionsvolumen von 210 Mio. DM sowie Saat- und Pflanzgut mit einem Investitionsvolumen von 32 Mio. DM laufen zum Jahresende 1990 aus. Besonders im Weinbereich sind noch einmal bedeutende Investitionen für 1990 vorgesehen.

Im Rahmen eines Programmes nach der VO (EWG) 355/77 für Obst- und Gemüse sowie Blumen und Zierpflanzen mit einem Investitionsrahmen von 83 Mio. DM bilden die Kapazitätserweiterung einer Anlage für Obst- und Gemüsetiefkühlkost sowie Investitionen in Blumengroßmärkten Schwerpunkte des Mitteleinsatzes im Jahre 1990.

Auf der Grundlage eines regionalen Strukturplanes für die Erzeugung und den Absatz von Speisekartoffeln zur Be- und Verarbeitung zu Kartoffelfertigprodukten als Nahrungs- und Genußmittel werden Kartoffellager und Fertigungseinrichtungen gefördert.

Erstmals können 1990 auch Zuschüsse für die Organisationskosten von Erzeugerzusammenschlüssen und für Investitionskosten im Bereich der Vermarktung nach besonderen Regeln erzeugter landwirtschaftlicher Erzeugnisse gewährt werden.

### Wasserwirtschaftliche Maßnahmen

Für Rheinland-Pfalz hat die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in den ländlichen Gemeinden eine besondere Bedeutung. Die ländlichen Gemeinden waren zwar in der Regel zentral, jedoch zu einem großen Teil nur unzureichend mit Brauch- und Trinkwasser versorgt. Wegen fehlender Wasservorkommen vor Ort mußten überregionale Verbundsysteme geschaffen werden. Die vorrangige Aufgabe bei der Beseitigung der Abwässer war der Bau vollbiologischer Gruppenkläranlagen. Für die Bereiche zusammen hat das Land in den ersten 10 Jahren aus der Gemeinschaftsaufgabe rd. 400 Mio. DM bereitgestellt. Dies ist nach Nordrhein-Westfalen der höchste Betrag, den ein Land für die Wasserwirtschaft eingesetzt hat.

Nachdem sich der Schwerpunkt der Maßnahmen für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zunehmend in die strukturschwachen Gebiete verlagert und damit aufgrund der Siedlungsstruktur auch bei abwassertechnischen Einzellösungen sehr hohe spezifische Kosten entstehen, besteht auch für 1990 ein hoher Mittelbedarf, den das Land insbesondere auch vor dem Hintergrund der Mittelkürzungen zugunsten einzelbetrieblicher Fördermaßnahmen und Maßnahmen zur Marktstrukturverbesserung wie seit Jahren nur zu einem geringen Anteil (ca. 20 %) aus der Gemeinschaftsaufgabe decken kann.

Neben den Schwerpunkten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind in diesem und den folgenden Jahren umfangreiche überregionale Maßnahmen des Hochwasserschutzes erforderlich.

### Landwirtschaftlicher Wegebau außerhalb der Flurbereinigung

Für den rationellen Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten soll der Ausbau des Wirtschaftswegenetzes auch außerhalb der Flurbereinigung fortgesetzt werden. Das gilt insbesondere für viele Gemarkungen in den Höhengebieten mit einem sehr geringen Anteil an dauerhaft befestigten Wirtschaftswegen.

### Forstliche Maßnahmen

Der Waldflächenanteil an der Bodennutzung liegt in Rheinland-Pfalz mit rd. 40 % über dem Durchschnitt der übrigen Bundesländer. Gleichzeitig hat das Land den größten Forstflächenanteil im Besitz der Gemeinden.

Für die Forstbetriebe bestehen ungünstige wirtschaftliche Voraussetzungen. Die Holzerntemöglichkeit liegt bei nur rd. 4 Festmeter je Jahr und Hektar. Fast die Hälfte der etwa 1 900 kommunalen Forstbetriebe erzielt kein positives Betriebsergebnis und muß erhebliche Mittel zum Ausgleich ihrer Forsthaushalte aufbringen. In den letzten Jahren haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Forstbetriebe weiter verschlechtert. Hinzu kamen Immissionsschäden und Windwürfe als extreme, sich über die Folgejahre hinaus auswirkende Belastung für die Forstbetriebe in Rheinland-Pfalz.

Die Beseitigung der Schäden, die Wiederaufforstung von Schadflächen, die Vitalisierung der Bestände und die Vorbeugung vor weiteren Schäden beanspruchen Finanzmittel, die weit über die Möglichkeiten der Waldbesitzer hinausgehen.

Die forstlichen Förderungsmittel zugunsten der privaten und kommunalen Forstbetriebe in Rheinland-Pfalz in Höhe von rd. 17,4 Mio. DM im Jahre 1990 sind erforderlich, um die Durchführung der durch das Forstgesetz auferlegten Maßnahmen unter wirtschaftlich tragbaren Bedingungen zu ermöglichen.

Schwerpunkte sind dabei die Maßnahmen zur Stabilisierung des Waldes im Zusammenhang mit den neuartigen Waldschäden sowie Erst- bzw. Wiederaufforstungen und Bestandspflegemaßnahmen. Zunehmend werden auch Mittel für Neuaufforstungen bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen benötigt.

Die von der EG nun eröffnete Möglichkeit zur Gewährung einer Aufforstungsprämie für landwirtschaftlich genutzte Flächen wird das Land nutzen, sobald der PLANAK die notwendigen Fördergrundsätze verabschiedet hat.

### Umstellungshilfe

Ab 1990 kann Landwirten, die sich zu einer Umschulung entschließen, eine Umstellungshilfe gewährt werden. Mit dieser neuen Maßnahme wird den Landwirten die Teilnahme an einer beruflichen Umschulung für einen außerlandwirtschaftlichen Beruf und die Umstellung des Betriebes auf eine weniger arbeitsintensive Bewirtschaftungsweise erleichtert.

## Baden-Württemberg

### Vorbemerkung

Für die Durchführung des Rahmenplanes 1990 stehen insgesamt rd. 372 Mio. DM zur Verfügung.

### Flurbereinigung

Die Flurbereinigung dient in Baden-Württemberg insbesondere der Verbesserung der Flurstruktur landwirtschaftlicher Betriebe. Durch die Zusammenlegung und wirtschaftliche Gestaltung zersplitterten oder unwirtschaftlich geformten ländlichen Grundbesitzes sollen vor allem die landwirtschaftlichen und gegebenenfalls auch die forstwirtschaftlichen Produktions- und Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Über die ursprünglich rein landwirtschaftliche Zielsetzung ist die Flurbereinigung inzwischen jedoch weit hinausgewachsen. Als Bodenordnungsverfahren verfügt sie über weitreichende Möglichkeiten, um in Abstimmung der eigenen Planung mit den Maßnahmen anderer Planungsbereiche eine umfassende Entwicklung der Flurbereinigungsgemeinden in Dorf und Flur zu bewirken. Die heutige Flurbereinigung hat im ländlichen Raum bis in den Ballungsraum mitzuhelfen, die raumordnerischen Ziele der Landes- und Regionalplanung, aber auch Ziele der Bauleitplanung zu verwirklichen. Belangen des Umwelt- und Naturschutzes trägt die Flurbereinigung in verstärktem Maße Rechnung.

Schließlich wird auch dem wachsenden Freizeit- und Erholungsbedürfnis der Bevölkerung im Rahmen der Flurbereinigung dadurch Rechnung getragen, daß die für Fremdenverkehrs-, Erholungs- und Freizeiteinrichtungen erforderlichen Flächen bereitgestellt und derartige Anlagen teilweise auch direkt erstellt werden.

### Dorferneuerung

Neben der Förderung der Dorfentwicklung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe stellt Baden-Württemberg weitere Mittel in einem Landesprogramm zur Verfügung (1989: 94,1 Mio. DM; 1990: 94,7 Mio. DM). Für den Zeitraum von 1985 bis 1990 hat Baden-Württemberg ein 2. Mittelfristiges Programm zur Dorf- und Stadtsanierung verabschiedet. Danach soll das Dorf als eigenständiger Wohn-, Arbeits- und Sozialraum gestaltet werden.

Förderungsschwerpunkte sind Orte des ländlichen Raumes, in denen Entwicklungsmaßnahmen notwendig sind. Die Dorfentwicklung ist ein geeignetes Instrument zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum und soll deshalb weiterhin mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

### Einzelbetriebliche Investitionsförderung

Ziel der einzelbetrieblichen Investitionsförderung ist die Sicherung oder Verbesserung der Existenzgrundlage der bäuerlichen Familienbetriebe und die Unterstützung der aus dem Strukturwandel folgenden Anpassungsinvestitionen.

Die vorgesehenen Mittel sollen insbesondere eingesetzt werden

- zur umfassenden Verbesserung der Wirtschaftsgebäude (Althofsanierung),
- für die Errichtung von Betriebszweig- und Teilaussiedlungen, die im öffentlichen Interesse, insbesondere wegen Immissionsproblemen und im Zusammenhang mit der Dorfentwicklung durchgeführt werden,
- für die Förderung der Junglandwirte.

Wenn im Einzelfall bei einer ausschließlichen Finanzierung mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe eine tragbare Finanzierung nicht erreicht wird, können bei umfassenden Baumaßnahmen auch zusätzliche Zuschüsse aus Landesmitteln eingesetzt werden.

Die Förderung nach dem Agrarkreditprogramm wird vorrangig eingesetzt für Maßnahmen zur Rationalisierung und Arbeitserleichterung. Die veranschlagten Zinszuschüsse lassen die Verbilligung eines Darlehensvolumens von rd. 40,5 Mio. DM zu, mit dem Investitionen von ca. 650 Betrieben finanziert werden.

Investitionshilfen zur Energieeinsparung werden gewährt, um die hohen Energiekosten, insbesondere im Unterglasgartenbau zu senken. Mit den vorgesehenen Mitteln können etwa 150 Betriebe gefördert werden.

1989 haben in Baden-Württemberg über 43 000 Betriebe eine Ausgleichszulage erhalten. Der Gesamtbetrag belief sich auf rd. 131 Mio. DM. Die agrarpolitische Bedeutung dieser Maßnahme wird längerfristig noch zunehmen. 1990 ergibt sich für die zusätzliche Ausweisung kleiner Gebiete erneut ein Mehrbedarf.

### Verbesserung der Marktstruktur

*Molkereistruktur*

Durch die Einführung der Milch-Garantiemengenregelung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts auf dem Milchmarkt wurde die Kapazitätsauslastung und die Wirtschaftlichkeit von Betriebsstätten erheblich vermindert. Es ist daher die Stillegung von Molkereikapazitäten notwendig.

Zur Milderung von wirtschaftlichen Nachteilen für die milchverarbeitenden Unternehmen und damit letzt-

lich für die Milcherzeuger werden Zuschüsse bei der Stillegung von Molkereikapazitäten gewährt.

*Vermarktungseinrichtungen für Obst und Gemüse*

Der Obst- und Gemüseanbau ist für die baden-württembergische Landwirtschaft von besonderer Bedeutung. Die vorwiegend kleinbetriebliche Erzeugungsstruktur bedarf der besonderen Unterstützung durch eine entsprechende Förderung auf der Vermarktungsebene, um im Wettbewerb, vor allem mit den überregionalen Zufuhren aus dem EG-Raum, bestehen zu können.

Gefördert werden insbesondere der Bau von CA-Kühlräumen für die Langzeitlagerung von frischem Tafelobst und sonstige Ausbaumaßnahmen in bestehenden Vermarktungseinrichtungen für Obst und Gemüse einschließlich der Naßkonservenherstellung.

*Verordnung (EWG) Nr. 355/77*

Die agrarmarktpolitischen Entwicklungs- und Förderungsmaßnahmen sind in Baden-Württemberg vor allem auf die Stärkung der Wettbewerbskraft der Landwirte im Agrarmarkt ausgerichtet. In bestimmten Warenbereichen (insbesondere Vieh und Fleisch sowie Getreide) werden auf der Grundlage von Programmen Investitionen zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungseinrichtungen, für die ein Antrag auf Förderung aus dem EAGFL gestellt ist, national mitfinanziert.

Mit dieser Förderung wird die Rationalisierung der Be- und Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vorangetrieben. Der Auf- und Ausbau moderner Vermarktungseinrichtungen hat wesentlich dazu beigetragen, einem weiteren Absinken des landwirtschaftlichen Anteils an den Endverbrauchspreisen zu begegnen. Durch das Auslaufen der VO 355/77 zum Ende des Jahres 1989 ergab sich ein beträchtlicher Mehrbedarf an Verpflichtungsermächtigungen. Zur Abdeckung der eingegangenen Verpflichtungen müssen ab 1990 entsprechende Kassenmittel zur Verfügung gestellt werden.

*Marktstrukturgesetz*

Zielsetzung des Marktstrukturgesetzes ist es, die Erzeugung und den Absatz den Erfordernissen des Marktes anzupassen.

In Baden-Württemberg liegen die Schwerpunkte der Erzeugung in den marktfernen Gebieten des Landes, in denen die spezialisierten Betriebe auf ein rationelles Vermarktungssystem besonders angewiesen sind.

Durch die Bildung von Erzeugergemeinschaften und Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften sowie durch deren vertragliche Bindungen mit mittelständischen Unternehmen des Agrargewerbes und mit genossenschaftlichen Abnehmern konnte eine vertikale Integration erreicht werden, die die Marktstellung der Erzeuger von Qualitätsprodukten verbessert, die Belieferung des Marktes mit größeren, einheitlich sortierten Partien nachhaltig sicherstellt und zugleich zur Erhaltung des Wettbewerbs am Markt beiträgt. Bei der hier vorherrschenden kleinbetrieblichen Struktur ist von diesem Instrument in besonderem Maße Gebrauch gemacht worden.

**Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen**

Die Förderungsschwerpunkte liegen bei den kulturbautechnischen Maßnahmen und im Bau von Abwasseranlagen in ländlichen Gemeinden.

*Abwasserbeseitigung*

In den kommenden Jahren wird die Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum verstärkt durch zentrale zweistufige Kläranlagen mit erforderlichen Zu- und Ableitungen ausgebaut werden.

Die Kosten für die zentrale Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum liegen — bezogen auf den einzelnen Bürger — in der Regel weit höher als in den Verdichtungsräumen. Die spezifischen Baukosten sind bei den Kläranlagen in konventioneller Bauweise bei kleineren Einheiten wesentlich höher als bei größeren Einheiten. Dazu kommt, daß im ländlichen Raum bei den notwendigen abwassertechnischen Zusammenschlüssen oftmals lange Verbindungskanäle erstellt werden müssen. Diesen Gegebenheiten wird dadurch Rechnung getragen, daß der Fördersatz bei höherer spezifischer Belastung ansteigt, dennoch aber ein Anreiz für möglichst kostengünstige Lösungen bleibt. Durch dieses System wird eine gewisse Vergleichmäßigung der Abwassergebühren erreicht.

*Wasserversorgung*

Die Wasserversorgung im ländlichen Raum verlangt in den nächsten Jahren noch große Aufwendungen für Erweiterungen und Verbesserungen. Insbesondere die bekanntgewordenen Grundwasserverunreinigungen unterstreichen die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zur Steigerung der Betriebssicherheit und der Hygiene, wie z. B. Vergrößerung des Speicherraums, Verbundleitungen, Ersatzwassererschließungen und im Einzelfall Aufbereitungsanlagen.

*Kulturbautechnische Maßnahmen*

Der Hochwasserschutz für Siedlungsflächen ist weiter zu verbessern durch eine geeignete Kombination der Sicherstellung natürlicher Überschwemmungsgebiete, örtliche Gewässerausbauten und erforderlichenfalls durch den Bau von Hochwasserrückhaltebecken.

Dabei sind die Einzelmaßnahmen unter Berücksichtigung ökologischer und ökonomischer Aspekte flußge-

bietsweise in einem Gesamtkonzept aufeinander abzustimmen.

Der vorhandene Hochwasserschutz ist durch Ertüchtigungsmaßnahmen an bestehenden Anlagen — insbesondere Hochwasserrückhaltebecken — zu gewährleisten. Auch der Erwerb von Gewässerrandstreifen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur ökologischen Verbesserung der Gewässer soll gefördert werden.

**Forstliche Maßnahmen**

Besondere Bedeutung hat die Förderung der Aufforstung von landwirtschaftlichen Grenzertragsböden, der Umbau ertragsschwacher Bestockung in standortgemäßen Hochwald sowie die Pflege von Jungbeständen. Der Einsatz der Mittel erfolgt überwiegend in den Programmgebieten des Landes.

*Neuartige Waldschäden*

Um die ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der neuartigen Waldschäden für die Waldbesitzer zu mildern, ist die Förderung von waldbaulichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Walderkrankung unerläßlich.

Mit den Hilfen für den Vor- und Unterbau sollen schon lückig gewordene Waldbestände mit geeigneten Baumarten unterpflanzt werden. Wo die Waldbestände durch die neuartigen Waldschäden abgestorben sind, sollen Hilfen für die Wiederaufforstung gewährt werden.

*Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse*

Durch die Bildung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse kann die ungünstige Waldstruktur (starke Flurzersplitterung, unbefriedigende Bestockungsverhältnisse, ungenügender Wegeaufschluß, Zersplitterung des Holzangebots und geringe durchschnittliche Waldbesitzgröße) gemildert werden. Den bestehenden 125 forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen mit 290 000 ha Wald sollen als Starthilfe eine Zuwendung zu den Erstinvestitionen von Maschinen und Geräten und Zuschüsse zu den Verwaltungskosten gewährt werden.

*Forstwirtschaftlicher Wegebau*

Wesentliche Voraussetzung für die Gewährleistung der vielfältigen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes ist die Erschließung durch befestigte Wege. Die Förderung soll die privaten Waldbesitzer unterstützen, die mit hohen Investitionen verbundene Erschließung zu ermöglichen. Die für 1990 vorgesehenen Maßnahmen liegen in den bauernwaldreichen Gebieten des Landes die mit den benachteiligten Gebieten weitgehend identisch sind.

**Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung**

Die Leistungsprüfungen sind für die Erhaltung und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der tierischen Erzeugung von großer Bedeutung. In Anbetracht der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind sie als Mittel der Kostensenkung im Betriebszweig Rinderhaltung besonders wichtig.

Bei den Leistungsprüfungen liegen die Aufgabenschwerpunkte in der

- Ermittlung der Einzelleistung der Tiere als Voraussetzung für eine rationelle Fütterung im Betrieb
- Verbesserung der Milchgewinnung und Milchqualität
- Ermittlung von Unterlagen für die züchterische Selektion, wobei Eigenschaften der Fruchtbarkeit und Nutzungsdauer als Kriterien einer Kostensenkung verstärkt Beachtung finden.

Aufgrund dieser Unterlagen konnte die Zuchtwertfeststellung nach dem Tierzuchtgesetz in den letzten Jahren beträchtlich erweitert und verbessert werden.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Mastkontrollringe liegt in der intensiven produktionstechnischen und marktwirtschaftlichen Beratung, ergänzt durch eine effektive Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitskontrolle. Der Errechnung kostengünstiger Futterrationen kommt bei der Beratung eine besondere Bedeutung zu.

Die Mittel des Rahmenplans 1990 sind erforderlich zur teilweisen Deckung der im Rahmen der Maßnahme anfallenden Kosten.

## Bayern

### I. Vorbemerkung

Die 1. Anmeldung Bayerns zum 18. Rahmenplan war an dem tatsächlich bestehenden Bedarf in Höhe von rd. 1 147 Mio. DM ausgerichtet. Nach der Mittelverteilung auf Bundesebene ergibt sich für 1990 nur ein Gesamtplafond von rd. 700 Mio. DM. Aufgrund der plafondierten Mittelausstattung können auch weiterhin folgende Maßnahmen nicht in der Gemeinschaftsaufgabe finanziert werden:

- die Förderung von zentralen Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen,
- die Förderung der Verwaltungskosten forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse,
- die Förderung von landwirtschaftlichen Wirtschaftswegen außerhalb der benachteiligten Gebiete,
- die Trennung von Wald und Weide,
- z. T. die Förderung von Kooperationen nach den Grundsätzen für die Förderung des Landankaufs, außer bei Hofstellenerweiterungen,

— das Agrarkreditprogramm einschließlich Wohnbauprogramm und

— das Dorferneuerungsprogramm.

Darüber hinaus finanziert Bayern die Leistungsprüfungen mit rd. 55,6 Mio. DM auf gesetzlicher Grundlage.

Zur Ergänzung der Gemeinschaftsaufgabe bringt Bayern in Form von reinen Landesprogrammen rd. 600 Mio. DM auf.

## II. Zu den einzelnen Maßnahmen

### 1. *Flurbereinigung*

Die Flurbereinigung bleibt 1990 die zentrale Maßnahme zur Entwicklung des ländlichen Raumes, insbesondere der benachteiligten und strukturschwachen Regionen. Bayern wird, wie in den vergangenen Jahren, rd. 70 % der Gesamtinvestitionen und Fördermittel in die benachteiligten bzw. strukturschwachen Gebiete lenken. Die flexiblere Gestaltung der Förderungsgrundsätze in Bezug auf die notwendige Eigenleistung kommt gerade diesen Gebieten zugute.

Hier liegen

— ⅔ der rd. 1 000 Verfahren im Vollerwerb (von der Anordnung bis zur Neuverteilung der Grundstücke),

— ⅔ der in den nächsten 5 Jahren zur Anordnung vorgesehenen Verfahren.

Die Ausführungskosten der Flurbereinigung haben überwiegend investiven Charakter. Die hier getätigten Ausgaben fließen meist örtlichen Baufirmen aus dem mittelständischen Bereich zu und haben eine unmittelbare konjunkturpolitische Multiplikatorwirkung, die in den strukturschwachen Gebieten dringend notwendig ist.

In Bayern müssen eine Reihe von Flurbereinigungsverfahren wegen anderer raumbedeutsamer Vorhaben durchgeführt werden (z. B. Überleitung von der Donau, Donauausbau, Bundesbahnneubaustrecke, Autobahnen etc.). Die mit Rücksicht auf den Umweltschutz, den Naturschutz und die Landschaftspflege durchzuführenden Maßnahmen erfordern einen zunehmend höheren Mitteleinsatz. Infolge der geringen Mittelausstattung kommt es auch weiterhin zu Verfahrensverzögerungen.

### 2. *Einzelbetriebliche Förderung und ländliche Siedlung*

Ein erheblicher Mittelbedarf ergibt sich durch die verbesserte Förderung von Junglandwirten bei der Hofübernahme.

Ein weiterer Schwerpunkt der Förderung wird auch 1990 auf den baulichen Maßnahmen im Altgehöft liegen. In den fränkischen Gebietsteilen Bayerns wird wegen der dortigen Dorfstruktur die Betriebszweigaussiedlung ihre Bedeutung beibehalten. Außerdem sind 1990 zusätzliche Investitionen in den Bereichen Direktvermarktung, Freizeit und Erholung sowie Umweltschutz zu erwarten.

### 3. *Ausgleichszulage*

Die Ausgleichszulage wird in Anlehnung an die betriebliche LVZ entsprechend der natürlichen Standortbenachteiligung gestaffelt. Bei den Betrieben mit den ungünstigsten Standortvoraussetzungen ist weiterhin die Anwendung des EG-rechtlich möglichen Spitzensatzes vorgesehen.

### 4. *Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur*

Den Schwerpunkt dieser Maßnahmen bildet die Abwicklung der Vorhaben im Rahmen der Programme nach der Verordnung (EWG) Nr. 355/77:

— Aktualisiertes Programm für den Bereich Kartoffeln,

— Aktualisiertes Programm für den Bereich Vieh und Fleisch,

— Programm zur Förderung von Erfassungs- und Lagereinrichtungen für Getreide, Raps und Körnerleguminosen,

— Programm für den Bereich Geflügelfleisch.

Die Förderung von Stillegungsmaßnahmen in Molkereien und von Investitionen für die Erfassung, Lagerung und Vermarktung von Lein und Leinfasern stellen weitere Ausgabenschwerpunkte dar.

### 5. *Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz*

Die Förderung erfolgt überwiegend im investiven Bereich.

### 6. *Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen*

Die veranschlagten Mittel reichen nur zu einem geringen Teil aus, um die in Bayern anstehenden Probleme zeitgerecht zu lösen. Wegen der Sicherung der Finanzierung der Ausgleichszulage ist es auch 1990 nicht möglich den erforderlichen Bewilligungsrahmen bereitzustellen. Ähnlich wie bei der Flurbereinigung sind auch in diesem Maßnahmenbereich durch langfristige Vorentscheidungen (z. B. Donauwasserüberleitung) erhebliche Mittel von vornherein festgelegt. Der Schwerpunkt der Förderung liegt im Maßnahmenbereich

— Ausgleich des Wasserabflusses und

— Schutz gegen die zerstörende Wirkung von Wasser und Wind.

Maßnahmen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum müssen vollständig aus Landesmitteln abgedeckt werden.

Auch bei diesen Infrastrukturmaßnahmen sollen 60 bis 70 % der Mittel in die benachteiligten bzw. strukturschwachen Gebiete gelenkt werden.

*7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen*

Die Erschließung der Wälder durch befestigte Wege ist mit eine Voraussetzung für eine ordnungsgemäße Waldwirtschaft. In Bayern sind noch große Teile des Privat- und Körperschaftswaldes unzureichend erschlossen; etwa 12 000 km Forstwege sind noch entsprechend auszubauen.

Aufgrund des Flächenstillegungsprogrammes ist auch 1990 mit einer Zunahme bei den Erstaufforstungen zu rechnen.

Bei den neuartigen Walderkrankungen sind verstärkt Rehabilitationsmaßnahmen und Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandskraft der Bäume notwendig. Die Wiedervereinigung der geschädigten Bestände mit standortgerechten Baumartenmischungen muß rechtzeitig eingeleitet werden. Hierbei stehen der Verbau, die Naturverjüngung, die Wiederaufforstung im Vordergrund.

## Saarland

### Vorbemerkung

Den Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur kommt im Saarland nach wie vor große Bedeutung für die nachhaltige Verbesserung der Existenzbedingungen der Landwirtschaft sowie die Entwicklung des ländlichen Raumes zu. In einem Ballungsraum wie dem Saarland hat die Landwirtschaft nämlich über ihre ernährungspolitische Aufgabe hinaus mit der Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft und der Bereitstellung von Dienstleistungen für eine sinnvolle Gestaltung von Freizeit und Erholung wichtige gesellschaftspolitische Funktionen zu erfüllen. Je geringer der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtwirtschaft ist, um so mehr hat die Agrarpolitik, insbesondere die Agrarstrukturpolitik, dafür Sorge zu tragen, daß genügend wettbewerbsfähige Betriebe erhalten bleiben, die in der Lage sind, die von der Landwirtschaft erwarteten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aufgaben zu erfüllen.

Unter Berücksichtigung der regionalen und agrarstrukturellen Erfordernisse ergeben sich im Saarland folgende Schwerpunkte der Gemeinschaftsaufgabe:

— Wasserwirtschaftliche Maßnahmen (Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung in ländlichen Gemeinden),

— Neuordnung des ländlichen Raumes durch die Flurbereinigung einschließlich Dorferneuerung,

— Einzelbetriebliche Investitionsförderung einschließlich Ausgleichszulage.

Auf diese Maßnahmengruppen entfallen rd. 98 % des Mittelbedarfs.

Die sachlichen Schwerpunkte im Sinne des § 2 GemArgG liegen in den im Landesentwicklungsplan „Umwelt" ausgewiesenen landwirtschaftlichen Vorranggebieten sowie in den Räumen, in denen die agrarstrukturellen Maßnahmen die Bemühungen zur Verbesserung der regionalen Wirtschafts- und Infrastruktur flankierend unterstützen.

Die bereits seit Jahren zu beobachtende Akzentverschiebung innerhalb der einzelbetrieblichen Förderung von Maßnahmen der Kapazitätsausweitung in entwicklungsfähigen Betrieben zugunsten von Maßnahmen, die in stärkerem Maße der Rationalisierung, Kostensenkung und Arbeitserleichterung in der Landwirtschaft dienen, hält an.

### Flurbereinigung

Die Flurbereinigung dient nicht nur der Landwirtschaft, sondern der Gesamtentwicklung des ländlichen Raumes, indem sie seine Funktionsfähigkeit als Produktions-, Erholungs- und Freizeitlandschaft sowie als Grundlage für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt sichert. Sie schafft einen sinnvollen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen flächenbezogenen Interessen und hilft damit, Enteignungen zu vermeiden, das Interesse an der Landwirtschaft und das im Saarland besonders breit gestreute Eigentum an Grund und Boden zu erhalten.

Die in der Anmeldung veranschlagten Förderungsmittel werden in den zur Zeit anhängigen Flurbereinigungsverfahren eingesetzt. Ihr räumlicher Schwerpunkt liegt in den Verfahren, die durch Planungen der öffentlichen Hand, wie den Ausbau der Saar zur Großschiffahrtsstraße (Saarlouis-Lisdorf) und den Ausbau der Bundesautobahn Saarbrücken–Luxemburg (Eft–Hellendorf–Büschdorf) durchgeführt werden. Weitere Schwerpunkte liegen in den noch stärker landwirtschaftlich orientierten Gebieten des Landkreises St. Wendel, des südlichen Saar-Pfalz-Kreises, des Waderner Raumes sowie des Saar- und Moselgaues.

### Dorferneuerung

Die saarländischen Dörfer haben im letzten Krieg schwer gelitten. Sie waren zum großen Teil zweimal evakuiert und erheblich zerstört. Im Zuge des landwirtschaftlichen Strukturwandels der 50er und 60er Jahre haben die meisten Arbeiter- und Bergmannsbauern ihre Betriebe aufgegeben. Viele Haupterwerbsbetriebe wurden aus der Enge des Dorfes in die freie Feldmark ausgesiedelt. Die alten Bauernhäuser haben damit vielfach ihre Funktion verloren; oft wurden sie abgerissen oder im Zuge von Modernisierungsmaßnahmen total entstellt.

Der Schwerpunkt der Förderung liegt in den Maßnahmen zur Erhaltung und Gestaltung landwirtschaftlicher oder ehemals landwirtschaftlich genutzter Bausubstanz mit ortsbildprägendem Charakter einschließlich der dazu gehörigen Grüngestaltung.

### Einzelbetriebliche Investitionsförderung

Aufgrund der hohen Bodenmobilität, die den Strukturwandel der saarländischen Landwirtschaft bis vor einigen Jahren kennzeichnete, konnten sich die Betriebe stark vergrößern, so daß sie hinsichtlich der Ausstattung mit Eigentum und Pachtflächen günstige Entwicklungsmöglichkeiten besitzen. Sie müssen jedoch durch gezielte einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen in die Lage versetzt werden, die dadurch gebotenen Chancen betriebswirtschaftlich zu nutzen.

Zu diesem Zweck sind vor allem umfassende Neu-, Um- und Ausbauten der Wirtschaftsgebäude erforderlich. Die Maßnahmen dienen zugleich der Landschaftserhaltung, der Dorfentwicklung, dem Immissionsschutz und insbesondere in gartenbaulichen Betrieben der Energieeinsparung.

Das *Agrarkreditprogramm* ist eine wertvolle Ergänzung zur bisherigen einzelbetrieblichen Investitionsförderung. Angesichts der derzeit schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt soll es über eine verstärkte Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe dazu beitragen, deren Einkommensentwicklung zu verbessern, die Chancengleichheit innerhalb der Landwirtschaft zu erhöhen, soziale Spannungen zu vermeiden und damit insgesamt eine größere Zahl selbständiger bäuerlicher Existenzen zu erhalten.

### Ausgleichszulage

Die Entwicklung der Ertragslage der landwirtschaftlichen Betriebe macht es dringend erforderlich, zum Ausgleich naturbedingter Nachteile sowie für die Einkommensverluste durch markt- und preispolitische Entscheidungen die Ausgleichszulage zu gewähren.

Es ist auch aus übergeordneten gesellschaftspolitischen Belangen notwendig, das Interesse an der Landbewirtschaftung über die Gewährung der Ausgleichszulage als direkte Einkommenshilfe zu erhalten und zu fördern und somit einen Beitrag zur Fortführung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit zu leisten.

Bei der Durchführung der Maßnahme wird eine Differenzierung der Förderung nach dem Grad der Benachteiligung und der betrieblichen Einkommenssituation vorgenommen.

### Marktstrukturverbesserung

In konsequenter Fortführung der mit Landesmitteln geförderten Maßnahmen zur Restrukturierung der saarländischen Molkereistruktur sollen in 1990 Entschädigungen für die Stillegung von Kapazitäten und Abfindungen gezahlt werden.

Hierdurch soll erreicht werden, daß die saarländischen Molkereien in die Lage versetzt werden, den durch die Garantiemengenregelung Milch verursachten Rückgang der Milchanlieferungsmengen durch den Abbau von nicht mehr benötigten Verarbeitungskapazitäten zu kompensieren.

### Vermarktung nach besonderen Regeln erzeugter landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Die gezielte Förderung der Umstellung von der herkömmlichen Wirtschaftsweise auf den ökologischen Landbau erfordert auch eine Anpassung der Vermarktungsstrategie für diese Produkte. Deshalb sollen Start- und Investitionshilfen für Landwirte, die alternativ erzeugte Produkte gemeinsam vermarkten wollen, gewährt werden.

### Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen

Das Schwergewicht der Förderung liegt im Bereich der Abwasseranlagen.

Der Mittelansatz für den Bau von Abwasseranlagen in ländlichen Gemeinden wird vorwiegend für die Finanzierung bereits im Bau befindlicher Anlagen im nördlichen Saarland benötigt.

## Berlin

Die hauptsächliche Aufgabe der landwirtschaftlichen Betriebe ist die Bewirtschaftung größerer und zusammenhängender Freiräume am Stadtrand und die damit verbundene Erhaltung dieser Flächen, die derzeit ca. 1 000 ha umfassen, als Kultur- und Erholungslandschaft. Die Produktion von Nahrungsmitteln hat dagegen für die Versorgung der Stadt mengenmäßig nur noch eine geringe Bedeutung. Schwerpunkt im 18. Rahmenplan ist die Modernisierung und Rationalisierung des Berliner Fleischgroßmarktes nach den „Grundsätzen für die Förderung im Bereich der Marktstrukturverbesserung". Dieser, seit über 20 Jahren an der Beusselstraße bestehende Großmarkt, wird heutigen Markterfordernissen nicht mehr gerecht. Das erforderliche Investitionsvolumen wird auf 54 Mio. DM geschätzt. Im laufenden Haushaltsjahr ist eine Zuschußrate von 4,5 Mio. DM vorgesehen.

Damit die ertragsschwachen extensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen weiterhin ackerbaulich genutzt werden und dadurch der Bevölkerung für Erholungszwecke erhalten bleiben, soll weiterhin eine Ausgleichszulage von 240 pro ha gewährt werden.

Die Förderung einzelbetrieblicher Investitionen in landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betrieben wird weiterhin stark nachgefragt. Das gleiche gilt für Investitionen zur Energieeinsparung in Berliner Gartenbaubetrieben. Für dieses Maßnahmenbündel sind öffentliche Darlehen und Zuschüsse in Höhe von 100 000,— DM bzw. 550 000,— DM vorgesehen.

Im Ortsteil Gatow des Bezirks Spandau von Berlin werden Maßnahmen zur Dorferneuerung, die aus den Empfehlungen des 1987 abgeschlossenen Dorfentwicklungsplans resultieren, gefördert.

# TEIL V

## Zusammenfassung der Anmeldungen 1990 für das Bundesgebiet

In der Übersicht 1 (Seite 118) ist das Mittelvolumen für alle Maßnahmen des 18. Rahmenplanes enthalten. Der Rahmenplan hat ein Finanzvolumen an Kassenmitteln von 2 509,238 Mio. DM; auf den Bund entfallen davon 1 525,000 Mio. DM, auf die Länder 984,238 Mio. DM.

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen beträgt rd. 1 240 Mio. DM (Übersicht 2, Seite 119). Für 1990 ergibt sich folgende Verteilung der Bundesmittel:

| Land | Mio. DM |
|---|---|
| Schleswig-Holstein | 139,981 |
| Hamburg | 14,032 |
| Niedersachsen | 329,099 |
| Bremen | 7,008 |
| Nordrhein-Westfalen | 149,937 |
| Hessen | 103,106 |
| Rheinland-Pfalz | 119,946 |
| Baden-Württemberg | 223,292 |
| Bayern | 419,987 |
| Saarland | 15,328 |
| Berlin | 3,284 |
| Bundesmittel | 1 525,000 |

**TEIL VI**

## Fortschreibung des Rahmenplanes für die Finanzplanjahre 1991 bis 1993

Die Übersichten 15, 16 und 17 (Seiten 181 bis 183) zeigen die Anmeldungen der Länder für die Finanzplanjahre 1991 bis 1993. Danach würden sich folgende Bundesanteile ergeben:

1991 1 816,655 Mio. DM

1992 1 813,875 Mio. DM

1993 1 815,644 Mio. DM

Diese Anmeldungen der Länder übersteigen die Ansätze der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes.

**TEIL VII**

## Vollzug des Rahmenplanes 1988 bis 1991

Der sechzehnte Rahmenplan für den Zeitraum 1988 bis 1991 hatte ein Finanzvolumen von rund 2 443 Mio. DM. Davon entfielen auf den Bund 1 485 Mio. DM und auf die Länder rund 958 Mio. DM.

In der Übersicht 18 ist ein Soll-Ist-Vergleich für die Kassenmittel 1988 für die einzelnen Maßnahmen — geordnet nach Ländern — durchgeführt. Eine ausführliche Darstellung der Ist-Ergebnisse erfolgt im Agrarstrukturbericht.

In der Übersicht 19 ist ein Soll-Ist-Vergleich für die Verpflichtungsermächtigungen 1988 zusammengestellt.

Übersicht 1

## Verteilung der Mittel auf Länder und Maßnahmen für das Haushaltsjahr 1990

— Beträge in Mio. DM —

| Land | Mittel-ansatz insgesamt | Von dem Betrag in Sp. 2 entfallen auf Bund | Von dem Betrag in Sp. 2 entfallen auf Land | Von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Agrar-strukturelle Vorplanung | Flur-bereinigung | Dorf-erneuerung | Einzelbetriebliche Maßnahmen | | | Markt-struktur-verbesserung | Wasser-wirtschaftliche und kultur-bautechnische Maßnahmen | Forst-liche Maßnahmen | Weitere Maßnahmen | Küsten-schutz |
| | | | | | | | zusammen | darunter Ausgleichszulage | nachrichtlich Mindestbeträge | | | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 9a | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| SH | 219,413 | 139,981 | 79,432 | 0,162 | 7,500 | 8,400 | 75,012 | 32,714 | 32,713 | 3,649 | 28,561 | 5,758 | 7,028 | 83,343 |
| HH | 20,634 | 14,032 | 6,602 | 0,016 | 0,005 | — | 1,732 | 0,322 | 0,322 | 0,450 | 1,851 | 0,025 | 0,032 | 16,523 |
| NS | 533,453 | 329,099 | 204,354 | 0,300 | 49,330 | 23,250 | 210,170 | 124,158 | 122,243 | 22,923 | 110,790 | 20,000 | 6,420 | 90,270 |
| HB | 10,938 | 7,008 | 3,930 | — | — | 0,200 | 1,660 | 0,650 | 0,408 | 4,000 | 0,275 | 0,350 | — | 4,453 |
| NW | 249,895 | 149,937 | 99,958 | 1,600 | 39,200 | 24,000 | 90,383 | 38,123 | 38,123 | 7,350 | 79,362 | 4,000 | 4,000 | — |
| HE | 171,844 | 103,106 | 68,738 | 0,500 | 21,000 | 12,000 | 81,327 | 51,760 | 47,032 | 6,500 | 33,467 | 14,000 | 3,050 | — |
| RPf | 199,910 | 119,946 | 79,964 | — | 37,000 | 10,000 | 77,860 | 50,687 | 43,997 | 8,300 | 47,000 | 17,400 | 2,350 | — |
| BW | 372,153 | 223,292 | 148,861 | 0,200 | 57,500 | 4,500 | 184,000 | 126,000 | 111,262 | 19,500 | 70,000 | 28,750 | 7,703 | — |
| BY | 699,978 | 419,987 | 279,991 | 0,300 | 172,100 | — | 405,100 | 297,500 | 290,478 | 29,280 | 57,600 | 32,098 | 3,500 | — |
| SA | 25,546 | 15,328 | 10,218 | 0,100 | 5,256 | 1,145 | 8,730 | 5,300 | 4,765 | 0,680 | 8,730 | 0,590 | 0,315 | — |
| B | 5,474 | 3,284 | 2,190 | — | — | 0,054 | 0,920 | 0,221 | 0,222 | 4,500 | — | — | — | — |
| insgesamt | 2 509,238 | 1 525,000 | 984,238 | 3,178 | 388,891 | 83,549 | 1 136,894 | 727,435 | 691,565 | 107,132 | 437,636 | 122,971 | 34,398 | 194,589 |

| | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 9a | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Bundesanteil | 1,907 | 233,335 | 50,129 | 682,136 | 436,461 | 414,939 | 64,279 | 262,581 | 73,783 | 20,639 | 136,212 |
| Länderanteil | 1,271 | 155,556 | 33,420 | 454,758 | 290,974 | 276,626 | 42,853 | 175,055 | 49,188 | 13,759 | 58,377 |

Übersicht 2

**Zusammenstellung der Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 1990**

— Beträge in Mio. DM —

| Land | Mittelansatz insgesamt | Von Spalte 1 entfallen auf | | Von dem Betrag in Spalte 1 entfallen auf | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Agrarstrukturelle Vorplanung | Flurbereinigung | | Dorferneuerung | Einzelbetriebliche Maßnahmen | |
| | | Bund | Land | | Darlehen und Zuschüsse | Zins- und Zuschüsse | | Darlehen und Zuschüsse | Zinszuschüsse |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
| Schleswig-Holstein | 133,530 | 84,644 | 48,886 | 0,000 | 10,739 | 0,000 | 11,531 | 22,152 | 18,284 |
| Hamburg | 8,125 | 5,571 | 2,554 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,431 | 0,737 |
| Bremen | 6,318 | 4,323 | 1,995 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 1,000 |
| Niedersachsen | 260,800 | 162,580 | 98,220 | 0,200 | 39,400 | 0,000 | 17,200 | 38,000 | 8,000 |
| Nordrhein-Westfalen | 86,650 | 51,990 | 34,660 | 1,350 | 10,100 | 0,000 | 16,500 | 21,800 | 1,000 |
| Hessen | 53,173 | 31,904 | 21,269 | 0,000 | 20,000 | 0,000 | 4,000 | 6,500 | 6,000 |
| Rheinland-Pfalz | 104,312 | 62,587 | 41,725 | 0,000 | 26,000 | 0,000 | 7,500 | 9,850 | 10,875 |
| Saarland | 15,756 | 9,454 | 6,302 | 0,000 | 4,825 | 0,000 | 1,000 | 1,150 | 3,506 |
| Baden-Württemberg | 216,800 | 130,080 | 86,720 | 0,100 | 61,200 | 0,000 | 5,000 | 28,200 | 32,000 |
| Bayern | 345,000 | 207,000 | 138,000 | 0,300 | 160,200 | 0,000 | 0,000 | 54,000 | 40,000 |
| Berlin | 9,550 | 5,730 | 3,820 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,550 | 0,000 |
| insgesamt | 1 240,014 | 755,863 | 484,151 | 1,950 | 332,464 | 0,000 | 62,731 | 182,633 | 121,402 |

noch Übersicht 2

| Land | Von dem Betrag in Spalte 1 entfallen auf | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Verbesserung der Marktstruktur | Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen | | Forstliche Maßnahmen | weitere Maßnahmen | | Küstenschutz | Summe der Spalten 4 bis 16 | |
| | | Darlehen und Zuschüsse | Zinszuschüsse | | Leistungsprüfungen | Landarbeiterwohnungsbau und Anpassungshilfe | | Darlehen und Zuschüsse | Zinszuschüsse |
| | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 |
| Schleswig-Holstein | 1,300 | 20,053 | 0,000 | 1,315 | 0,400 | 2,500 | 45,256 | 115,246 | 18,284 |
| Hamburg | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 6,957 | 7,388 | 0,737 |
| Bremen | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 5,318 | 5,318 | 1,000 |
| Niedersachsen | 3,500 | 79,000 | 0,000 | 14,500 | 0,000 | 0,000 | 61,000 | 252,800 | 8,000 |
| Nordrhein-Westfalen | 2,300 | 33,600 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 85,650 | 1,000 |
| Hessen | 3,000 | 13,333 | 0,000 | 0,300 | 0,000 | 0,040 | 0,000 | 47,173 | 6,000 |
| Rheinland-Pfalz | 6,225 | 35,250 | 0,000 | 8,500 | 0,000 | 0,112 | 0,000 | 93,437 | 10,875 |
| Saarland | 0,175 | 5,100 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 12,250 | 3,506 |
| Baden-Württemberg | 16,500 | 67,000 | 0,000 | 6,000 | 0,000 | 0,800 | 0,000 | 184,800 | 32,000 |
| Bayern | 28,000 | 43,000 | 0,000 | 12,000 | 0,000 | 7,500 | 0,000 | 305,000 | 40,000 |
| Berlin | 9,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 9,550 | 0,000 |
| insgesamt | 70,000 | 296,336 | 0,000 | 42,615 | 0,400 | 10,952 | 118,531 | 1 118,612 | 121,402 |

noch Übersicht 2

| Land | Von den Beträgen in den Spalten 17 und 18 werden fällig im Haushaltsjahr | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1991 Darlehen und Zuschüsse | 1991 Zinszuschüsse | 1992 Darlehen und Zuschüsse | 1992 Zinszuschüsse | 1993 Darlehen und Zuschüsse | 1993 Zinszuschüsse | in den Folgejahren Darlehen und Zuschüsse | in den Folgejahren Zinszuschüsse |
| Schleswig-Holstein | 78,828 | 3,950 | 28,308 | 1,846 | 7,410 | 1,736 | 0,700 | 10,752 |
| Hamburg | 7,222 | 0,080 | 0,095 | 0,077 | 0,071 | 0,070 | 0,000 | 0,510 |
| Bremen | 5,318 | 0,250 | 0,000 | 0,250 | 0,000 | 0,250 | 0,000 | 0,250 |
| Niedersachsen | 75,450 | 3,400 | 72,850 | 2,400 | 66,000 | 1,400 | 38,500 | 0,800 |
| Nordrhein-Westfalen | 44,450 | 1,000 | 26,200 | 0,000 | 9,300 | 0,000 | 5,700 | 0,000 |
| Hessen | 16,786 | 4,000 | 9,887 | 2,000 | 2,500 | 0,000 | 18,000 | 0,000 |
| Rheinland-Pfalz | 37,487 | 2,300 | 28,450 | 1,775 | 23,500 | 0,800 | 4,000 | 6,000 |
| Saarland | 12,250 | 0,522 | 0,000 | 0,254 | 0,000 | 0,236 | 0,000 | 2,494 |
| Baden-Württemberg | 68,280 | 7,300 | 44,820 | 6,200 | 35,100 | 4,000 | 36,600 | 14,500 |
| Bayern | 138,990 | 2,500 | 89,510 | 2,800 | 48,500 | 2,700 | 28,000 | 32,000 |
| Berlin | 5,050 | 0,000 | 4,500 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| insgesamt | 490,111 | 25,302 | 304,620 | 17,602 | 192,381 | 11,192 | 131,500 | 67,306 |
| Bundesanteil | 299,703 | 15,181 | 186,289 | 10,561 | 117,329 | 6,716 | 79,700 | 40,384 |
| Länderanteil | 190,408 | 10,121 | 118,331 | 7,041 | 75,052 | 4,476 | 51,800 | 26,922 |

Übersicht 3

## Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs

— Beträge in Mio. DM —

Bundesrepublik Deutschland
Haushaltsjahr (HJ) 1990

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **1. Agrarstrukturelle** | a | 1 | 54 | 89 000 | ha | 3,856 | | 0,508 | 1,398 | | | |
| **Vorplanung** | b | 2 | | | | | | | 1,780 | | | |
| **2. Flurbereinigung** | | | | | | | | | | | | |
| 2.1. Flurbereinigungs- | A | 3 | 463 | 166 688 | ha | 447,390 | 32,700 | 81,540 | 47,646 | 2,740 | | |
| verfahren | b | 4 | | | | | | | 281,429 | 1,450 | 0,160 | 1,482 |
| 2.2. Weinbergs- | a | 5 | 116 | 11 157 | ha | 76,300 | 2,950 | 21,490 | 15,350 | 2,260 | | |
| Flurbereinigungen | b | 6 | | | | | | | 18,900 | | 0,060 | 0,103 |
| 2.3. Beschleunigte | a | 7 | 89 | 35 066 | ha | 23,919 | | 5,283 | 4,786 | | | |
| Zusammenlegung | b | 8 | | | | | | | 10,216 | 0,500 | 0,020 | 0,024 |
| 2.4. Freiwilliger | a | 9 | 268 | 3 222 | ha | 2,754 | 0,050 | 0,599 | 0,505 | | | |
| Landtausch | b | 10 | | | | | | | 1,500 | | | |
| 2.5. Langfrist. Verpachtung | a | 11 | | | | | | | | | | |
| in der Flurbereinigung | b | 12 | | | | | | | | | | |
| 2. Insges. Maßnahmen 2. | a | 13 | 936 | 216.133 | ha | 550,363 | 35,700 | 108,912 | 68,287 | 5,000 | | |
| (Flurbereinigung) | b | 14 | | | | | | | 312,045 | 1,950 | 0,240 | 1,609 |
| **3. Dorferneuerung** | a | 130 | 5 332 | | | 228,405 | 8,000 | 129,291 | 28,383 | | | |
| | b | 131 | | | | | | | 55,166 | | | |
| **4. Einzelbetriebliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 4.1. Invest. in Betrieben | a | 15 | 6 673 | | | 879,105 | 13,178 | 438,309 | 41,885 | 15,475 | 192,340 | 2,242 |
| mit Betr. Verb. Plan u. Kooperationen | b | 16 | | | | | | | 85,119 | 81,825 | 1 437,818 | 133,279 |
| 4.1.1. darunter Sonderförderung | a | 136 | 2 155 | | | 84,066 | 1,538 | 52,483 | 18,095 | | | |
| Junglandwirte | b | 137 | | | | | | | 12,847 | | | |
| 4.2. Ausgleichs- | a | 17 | 248 505 | | | 727,435 | | | 727,435 | | | |
| zulage | b | 18 | | | | | | | | | | |
| 4.4. Überbrückungshilfe | a | 19 | | | | | | | | | | |
| | b | 20 | | | | | | | | | 20,536 | 1,080 |
| 4.6. Verbesserung | a | 23 | | | | | | | | | | |
| des Wohnteils | b | 24 | | | | | | | | | 56,345 | 3,570 |
| 4.7. Energie- | a | 25 | 1 456 | | | 26,785 | | 20,605 | 4,380 | | | |
| einsparung | b | 26 | | | | | | | 1,250 | | | |

noch Übersicht 3

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 4.9. Bodenzwischen- | a | 29 | 45 | | | 14,200 | | 2,200 | | | 12,000 | 0,020 |
| erwerb | b | 30 | | | | | | | | | 10,200 | 2,520 |
| 4.13. Agrarkredit- | a | 132 | 2 399 | | | 248,105 | | 75,905 | | | 169,285 | 13,486 |
| programm | b | 133 | | | | | | | | | 106,500 | 23,328 |
| 4. Insges. Maßnahmen 4. | a | 37 | 259 078 | | | 1 895,630 | 13,178 | 537,019 | 773,700 | 15,475 | 373,625 | 15,748 |
| (einzelbetr. Maßnahmen) | b | 38 | | | | | | | 86,369 | 81,825 | 1 631,399 | 163,777 |
| **5. Marktstrukturverbesserung** | | | | | | | | | | | | |
| **5.1. Förderung einzelner Marktstrukturbereiche** | | | | | | | | | | | | |
| 5.1.1. Molkerei- | a | 39 | 116 | | | 36,580 | | 19,340 | 9,650 | | | |
| struktur | b | 40 | | | | | | | 1,496 | | | |
| 5.1.2. Schlachthof- | a | 41 | 1 | | | 54,000 | | 40,500 | 4,500 | | | |
| struktur | b | 42 | | | | | | | | | | |
| 5.1.3. Obst und | a | 43 | 43 | | | 55,288 | | 44,503 | 4,555 | | | |
| Gemüse | b | 44 | | | | | | | 4,208 | | | |
| 5.1.4. Blumen und | a | 45 | 16 | | | 20,936 | | 17,626 | 2,430 | | | |
| Zierpflanzen | b | 46 | | | | | | | 4,455 | | | |
| 5.1.5. Be- u. Verarbeitung | a | 47 | 8 | | | 33,758 | 2,556 | 24,614 | 5,588 | | | |
| von Kartoffeln | b | 48 | | | | | | | 2,541 | | | |
| 5.1.6. Seefisch- | a | 49 | 5 | | | 27,870 | | 25,070 | 2,800 | | | |
| märkte | b | 50 | | | | | | | | | | |
| 5.1.8. Maßnahme gem. | a | 122 | 44 | | | 158,600 | 16,572 | 121,614 | 3,234 | | | |
| EG-VO-355/77 | b | 123 | | | | | | | 30,435 | | | |
| 5.1.9. Lein- und Leinfasern | a | 138 | 1 | | | 14,000 | | 7,000 | 3,660 | | | |
| einschl. Flachsschwinge | b | 139 | | | | | | | 0,300 | | | |
| 5.1.10. Kellereien | a | 140 | | | | | | | | | | |
| Mosel-Saar-Ruwer | b | 141 | | | | | | | | | | |
| 5.1. Insgesamt | a | 53 | 234 | | | 401,032 | 19,128 | 300,267 | 36,417 | | | |
| Maßnahmen 5.1. | b | 54 | | | | | | | 43,435 | | | |

noch Übersicht 3

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **5.2. Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz** | | | | | | | | | | | | |
| 5.2.1. Start- | a | 55 | 109 | | | 22,116 | | 15,930 | 3,386 | | | |
| beihilfen | b | 56 | | | | | | | 1,910 | | | |
| 5.2.2. Investitions- | a | 57 | 74 | | | 85,700 | 5,465 | 61,734 | 7,606 | | | |
| beihilfen | b | 58 | | | | | | | 9,300 | | | |
| 5.2. Insgesamt | a | 67 | 183 | | | 107,816 | 5,465 | 77,664 | 10,992 | | | |
| | b | 68 | | | | | | | 11,210 | | | |
| **5.3. Förderung der Vermarktung nach besond. Regeln erzeugter landw. Erzeugnisse** | | | | | | | | | | | | |
| 5.3.1. Start- | a | 142 | 167 | | | 12,950 | | 7,040 | 2,150 | | | |
| beihilfen | b | 143 | | | | | | | | | | |
| 5.3.2. Investitions- | a | 144 | 126 | | | 41,010 | | 30,757 | 2,928 | | | |
| beihilfen | b | 145 | | | | | | | | | | |
| 5.3. Insgesamt | a | 146 | 293 | | | 53,960 | | 37,797 | 5,078 | | | |
| | b | 147 | | | | | | | | | | |
| 5. insgesamt | a | 126 | 710 | | | 562,808 | 24,593 | 415,728 | 52,487 | | | |
| (Marktstruktur) | b | 127 | | | | | | | 54,645 | | | |
| **6. Wasserwirtschaftliche u. kulturbautechn. Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 6.0. Vorarbeiten | a | 69 | 20 | | | 5,954 | | | 3,954 | | | |
| | b | 70 | | | | | | | 2,000 | | | |
| 6.1. Beseitigung natur- | a | 71 | 34 | | | 38,960 | | 14,390 | 14,737 | | | |
| gegebener Nachteile | b | 72 | | | | | | | 8,656 | | 0,250 | 0,340 |
| 6.2. und 6.3. Ausgleich d. | a | 73 | 150 | | | 154,108 | | 33,788 | 32,820 | | | |
| Wasserabflusses usw. | b | 74 | | | | | | | 111,367 | | | 0,728 |
| 6.4. Ländliche | a | 75 | 182 | | | 46,700 | | 25,320 | 3,380 | | | |
| Wege | b | 76 | | | | | | | 16,061 | | 2,000 | 1,939 |
| 6.5. Wasserversorgungs- | a | 79 | 59 | | | 87,085 | 13,150 | 36,792 | 9,863 | | | |
| Anlagen | b | 80 | | | | | | | 33,532 | | | 2,890 |

noch Übersicht 3

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)
Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren

| | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 6.6. | Abwasser- | a | 81 | 300 | | | 537,425 | 21,800 | 300,477 | 63,425 | | | |
| | Anlagen | b | 82 | | | | | | | 126,345 | | | 5,599 |
| 6. | Insges. Maßnahm. 6. | a | 83 | 745 | | | 870,232 | 34,950 | 410,767 | 128,179 | | | |
| | (Wass.- u. Kulturbau) | b | 84 | | | | | | | 297,961 | | 2,250 | 11,498 |
| **7.** | **Forstliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 7.1. | Waldbauliche | a | 85 | 20 073 | | | 80,686 | | 37,973 | 29,398 | | | |
| | und sonstige | b | 86 | | | | | | | 14,215 | | | |
| | forstl. Maßnahmen | | | | | | | | | | | | |
| 7.2. | Maßnahm. aufgrund | a | 134 | 10 540 | | | 111,220 | 1,500 | 50,460 | 39,560 | | | |
| | neuartig. Waldschäden | b | 135 | | | | | | | 19,960 | | | |
| 7.3. | Forstwirtschaftliche | a | 87 | 471 | | | 6,860 | | 4,270 | 1,790 | | | |
| | Zusammenschlüsse | b | 88 | | | | | | | 0,750 | | | |
| 7.4. | Forstwirtschaftliche | a | 77 | 394 | | | 29,950 | | 10,250 | 10,900 | | | |
| | Wege | b | 78 | | | | | | | 6,300 | | | 0,098 |
| 7. | Insges. Maßnahmen 7. | a | 89 | 31 478 | | | 228,716 | 1,500 | 102,953 | 81,648 | | | |
| | (Forstl. Maßnahmen) | b | 90 | | | | | | | 41,225 | | | 0,098 |
| **8.** | **Weitere Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| **8.1.** | **Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung** | | | | | | | | | | | | |
| 8.1.1. | Milchleistungsprüf. | a | 91 | 265 017 | | | 107,467 | 2,071 | 78,594 | 26,802 | | | |
| | Kontrollringe | b | 92 | | | | | | | | | | |
| 8.1.2. | Leistungsprüfungs- | a | 93 | 2 | | | 2,100 | | | 1,700 | | | |
| | Anstalten | b | 94 | | | | | | | 0,900 | | | |
| 8.1. | Insgesamt | a | 95 | 265 019 | | | 109,567 | 2,071 | 78,594 | 28,502 | | | |
| | Maßnahmen 8.1. | b | 96 | | | | | | | 0,900 | | | |
| | (Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung) | | | | | | | | | | | | |
| **8.2.** | **Maßnahmen f. landwirtschaftl. Arbeitnehmer** | | | | | | | | | | | | |
| 8.2.1. | Anpassungs- | a | 97 | 204 | | | 0,829 | | | 0,829 | | | |
| | hilfe | b | 98 | | | | | | | 0,007 | | | |

noch Übersicht 3

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr: Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 8.2.2. Landarbeiter-Wohnungsbau | a | 99 | 46 | | | 7,312 | 0,950 | 4,478 | 0,232 | | | |
| | b | 100 | | | | | | | 1,000 | | | |
| 8.2. Insgesamt Maßnahmen 8.2. (landwirtschaftliche Arbeitnehmer) | a | 101 | 250 | | | 8,141 | 0,950 | 4,478 | 1,061 | | | |
| | b | 102 | | | | | | | 1,007 | | | |
| 8.3. Umstellungshilfen an jüngere Landwirte bei Umschulung | a | 148 | 364 | | | 12,228 | | | 2,928 | | | |
| | | 149 | | | | | | | | | | |
| 8. Insgesamt Maßnahmen 8. (weitere Maßnahm.) | a | 128 | 265 633 | | | 129,936 | 3,021 | 83,072 | 32,491 | | | |
| | b | 129 | | | | | | | 1,907 | | | |
| **9. Küstenschutz** | | | | | | | | | | | | |
| 9.1. Vorarbeiten | a | 103 | 11 | | | 6,650 | | | 3,790 | | | |
| | b | 104 | | | | | | | 1,700 | | | |
| 9.2. Sperrwerke | a | 105 | 3 | | | 6,200 | | | 0,700 | | | |
| | b | 106 | | | | | | | 13,900 | | | |
| 9.3. Neubau von Schutzwerken, Buhnen usw. | a | 107 | 54 | | | 200,226 | | 6,729 | 83,326 | | | |
| | b | 108 | | | | | | | 91,173 | | | |
| 9. Insgesamt Maßnahmen 9. (Küstenschutz) | a | 109 | 68 | | | 213,076 | | 6,729 | 87,816 | | | |
| | b | 110 | | | | | | | 106,773 | | | |
| Mittelbedarf insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.) | a | 111 | 564 034 | | | 4 683,022 | 120,942 | 1 794,979 | 1 254,389 | 20,475 | 373,625 | 15,748 |
| | b | 112 | | | | | | | 957,871 | 83,775 | 1 633,889 | 176,980 |
| | a+b | 113 | 564 034 | | | 4 683,022 | 120,942 | 1 794,979 | 2 212,260 | 104,250 | 2 007,514 | 192,728 |
| Bundesanteil | a | 114 | | | | | | | 761,414 | 12,285 | | 9,448 |
| | b | 115 | | | | | | | 585,401 | 50,265 | | 106,187 |
| | a+b | 116 | | | | | | | 1 346,815 | 62,550 | | 115,635 |
| Landesanteil | a | 117 | | | | | | | 492,975 | 8,190 | | 6,300 |
| | b | 118 | | | | | | | 372,470 | 33,510 | | 70,793 |
| | a+b | 119 | | | | | | | 865,445 | 41,700 | | 77,093 |

Übersicht 4

## Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs

— Beträge in Mio. DM —

Land: Schleswig-Holstein
Haushaltsjahr (HJ) 1990

Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)
Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren

| | | | | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | | Von Sp. 5 entfallen auf | | | | | |
| | | Zeile | Lfd. Nr. | Anzahl | Umfang | Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 1. | **Agrarstrukturelle Vorplanung** | a | 1 | 11 | 12 000 | ha | 0,230 | | 0,068 | 0,162 | | | |
| | | b | 2 | | | | | | | | | | |
| 2. | **Flurbereinigung** | | | | | | | | | | | | |
| 2.1. | Flurbereinigungsverfahren | a | 3 | 140 | 7 000 | ha | 14,000 | | 2,098 | 1,563 | | | |
| | | b | 4 | | | | | | | 4,600 | 0,600 | | 0,174 |
| 2.2. | Weinbergs-Flurbereinigungen | a | 5 | | | | | | | | | | |
| | | b | 6 | | | | | | | | | | |
| 2.3. | Beschleunigte Zusammenlegung | a | 7 | 1 | 50 | ha | 0,060 | | 0,010 | 0,050 | | | |
| | | b | 8 | | | | | | | 0,050 | 0,050 | | 0,013 |
| 2.4. | Freiwilliger Landtausch | a | 9 | 50 | 700 | ha | 0,650 | | 0,150 | 0,100 | | | |
| | | b | 10 | | | | | | | 0,300 | | | |
| 2.5. | Langfrist. Verpachtung in der Flurbereinigung | a | 11 | | | | | | | | | | |
| | | b | 12 | | | | | | | | | | |
| 2. | Insges. Maßnahmen 2. (Flurbereinigung) | a | 13 | 191 | 7 750 | ha | 14,710 | | 2,258 | 1,713 | | | |
| | | b | 14 | | | | | | | 4,950 | 0,650 | | 0,187 |
| 3. | **Dorferneuerung** | a | 130 | 2 200 | | | 38,000 | 7,000 | 16,736 | 2,733 | | | |
| | | b | 131 | | | | | | | 5,667 | | | |
| 4. | **Einzelbetriebliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 4.1. | Invest. in Betrieben mit Betr.Verb.Plan u. Kooperationen | a | 15 | 550 | | | 90,100 | 6,000 | 16,148 | | 1,200 | 45,000 | 0,450 |
| | | b | 16 | | | | | | | 9,448 | 12,000 | | 15,830 |
| 4.1.1. | darunter Sonderförderung Junglandwirte | a | 136 | | | | | | | | | | |
| | | b | 137 | | | | | | | | | | |
| 4.2. | Ausgleichszulage | a | 17 | 7 000 | | | 32,714 | | | 32,714 | | | |
| | | b | 18 | | | | | | | | | | |
| 4.4. | Überbrückungshilfe | a | 19 | | | | | | | | | | |
| | | b | 20 | | | | | | | | | | 0,020 |
| 4.6. | Verbesserung des Wohnteils | a | 23 | | | | | | | | | | |
| | | b | 24 | | | | | | | | | | 0,800 |
| 4.7. | Energieeinsparung | a | 25 | 120 | | | 2,000 | | 1,600 | | | | |
| | | b | 26 | | | | | | | 0,400 | | | |

noch Übersicht 4

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 4.9. Bodenzwischen- | a | 29 | | | | | | | | | | |
| erwerb | b | 30 | | | | | | | | | | |
| 4.13. Agrarkredit- | a | 132 | 200 | | | 16,000 | | 5,000 | | | 11,000 | |
| programm | b | 133 | | | | | | | | | | 2,150 |
| 4. Insgesamt | a | 37 | 7 870 | | | 140,814 | 6,000 | 22,748 | 32,714 | 1,200 | 56,000 | 0,450 |
| Maßnahmen 4. (einzelbetriebliche Maßnahmen) | b | 38 | | | | | | | 9,848 | 12,000 | | 18,800 |
| **5. Marktstrukturverbesserung** | | | | | | | | | | | | |
| **5.1. Förderung einzelner Marktstrukturbereiche** | | | | | | | | | | | | |
| 5.1.1. Molkerei- | a | 39 | 3 | | | 1,400 | | 0,700 | 0,700 | | | |
| struktur | b | 40 | | | | | | | | | | |
| 5.1.2. Schlachthof- | a | 41 | | | | | | | | | | |
| struktur | b | 42 | | | | | | | | | | |
| 5.1.3. Obst und | a | 43 | 1 | | | 0,488 | | 0,488 | | | | |
| Gemüse | b | 44 | | | | | | | 0,162 | | | |
| 5.1.4. Blumen und | a | 45 | 1 | | | 0,400 | | 0,300 | 0,100 | | | |
| Zierpflanzen | b | 46 | | | | | | | | | | |
| 5.1.5. Be- u. Verarbeitung | a | 47 | | | | | | | | | | |
| von Kartoffeln | b | 48 | | | | | | | | | | |
| 5.1.6. Seefisch- | a | 49 | | | | | | | | | | |
| märkte | b | 50 | | | | | | | | | | |
| 5.1.8. Maßnahme gem. | a | 122 | 7 | | | 20,100 | 4,072 | 14,444 | 1,084 | | | |
| EG-VO-355/77 | b | 123 | | | | | | | 0,219 | | | |
| 5.1.9. Lein u. Leinfasern | a | 138 | | | | | | | | | | |
| einschl. Flachsschwinge | b | 139 | | | | | | | | | | |
| 5.1.10. Kellereien | a | 140 | | | | | | | | | | |
| Mosel–Saar–Ruwer | b | 141 | | | | | | | | | | |
| 5.1. Insgesamt | a | 53 | 12 | | | 22,388 | 4,072 | 15,932 | 1,884 | | | |
| Maßnahmen 5.1. | b | 54 | | | | | | | 0,381 | | | |

noch Übersicht 4

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **5.2. Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz** | | | | | | | | | | | | |
| 5.2.1. Start-beihilfen | a | 55 | 4 | | | 4,776 | | 3,980 | 0,496 | | | |
| | b | 56 | | | | | | | | | | |
| 5.2.2. Investitions-beihilfen | a | 57 | 4 | | | 3,732 | | 2,799 | 0,433 | | | |
| | b | 58 | | | | | | | 0,317 | | | |
| 5.2. Insgesamt | a | 67 | 8 | | | 8,508 | | 6,779 | 0,929 | | | |
| | b | 68 | | | | | | | 0,317 | | | |
| **5.3. Förderung der Vermarktung nach bes. Regeln erzeugter landw. Erzeugnisse** | | | | | | | | | | | | |
| 5.3.1. Start-beihilfen | a | 142 | 4 | | | 3,300 | | 3,200 | 0,100 | | | |
| | b | 143 | | | | | | | | | | |
| 5.3.2. Investitions-beihilfen | a | 144 | 3 | | | 0,150 | | 0,112 | 0,038 | | | |
| | b | 145 | | | | | | | | | | |
| 5.3. Insgesamt | a | 146 | 7 | | | 3,450 | | 3,312 | 0,138 | | | |
| | b | 147 | | | | | | | | | | |
| 5. Insgesamt (Marktstruktur) | a | 126 | 27 | | | 34,346 | 4,072 | 26,023 | 2,951 | | | |
| | b | 127 | | | | | | | 0,698 | | | |
| **6. Wasserwirtschaftliche u. kulturbautechn. Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 6.0. Vorarbeiten | a | 69 | 2 | | | 0,280 | | | 0,280 | | | |
| | b | 70 | | | | | | | | | | |
| 6.1. Beseitigung naturgegebener Nachteile | a | 71 | | | | | | | | | | |
| | b | 72 | | | | | | | | | | 0,253 |
| 6.2. und 6.3. Ausgleich d. Wasserabflusses usw. | a | 73 | 3 | | | 1,936 | | 0,253 | 0,983 | | | |
| | b | 74 | | | | | | | 0,517 | | | 0,028 |
| 6.4. Ländliche Wege | a | 75 | 50 | | | 8,000 | | 4,789 | 1,211 | | | |
| | b | 76 | | | | | | | 0,810 | | | 0,079 |
| 6.5. Wasserversorgungs-Anlagen | a | 79 | 7 | | | 5,995 | | 2,702 | 1,413 | | | |
| | b | 80 | | | | | | | 1,632 | | | 1,240 |

noch Übersicht 4

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 6.6. | Abwasser- | a | 81 | 50 | | | 39,625 | | 17,831 | 6,321 | | | |
| | Anlagen | b | 82 | | | | | | | 12,495 | | | 1,299 |
| 6. | Insges. Maßnahm. 6. | a | 83 | 112 | | | 55,836 | | 25,575 | 10,208 | | | |
| | (Wass.- u. Kulturbau) | b | 84 | | | | | | | 15,454 | | | 2,899 |
| **7.** | **Forstliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 7.1. | Waldbauliche | a | 85 | 1 080 | | | 7,330 | | 2,342 | 4,073 | | | |
| | und sonstige | b | 86 | | | | | | | 0,915 | | | |
| | forstl. Maßnahmen | | | | | | | | | | | | |
| 7.2. | Maßnahmen aufgrund | a | 134 | 20 | | | 0,420 | | 0,110 | 0,310 | | | |
| | neuartig. Waldschäden | b | 135 | | | | | | | | | | |
| 7.3. | Forstwirtschaftliche | a | 87 | 21 | | | 0,850 | | 0,590 | 0,260 | | | |
| | Zusammenschlüsse | b | 88 | | | | | | | | | | |
| 7.4. | Forstwirtschaftliche | a | 77 | 5 | | | 0,750 | | 0,250 | 0,100 | | | |
| | Wege | b | 78 | | | | | | | 0,100 | | | |
| 7. | Insges. Maßnahmen 7. | a | 89 | 1 126 | | | 9,350 | | 3,292 | 4,743 | | | |
| | (Forstl. Maßnahmen) | b | 90 | | | | | | | 1,015 | | | |
| **8.** | **Weitere Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| **8.1.** | **Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung** | | | | | | | | | | | | |
| 8.1.1. | Milchleistungsprüf. | a | 91 | 265 000 | | | 15,216 | | 9,476 | 5,740 | | | |
| | Kontrollringe | b | 92 | | | | | | | | | | |
| 8.1.2. | Leistungsprüfungs- | a | 93 | 1 | | | 0,800 | | | 0,400 | | | |
| | Anstalten | b | 94 | | | | | | | | | | |
| 8.1. | Insgesamt | a | 95 | 265 001 | | | 16,016 | | 9,476 | 6,140 | | | |
| | Maßnahmen 8.1. | b | 96 | | | | | | | | | | |
| | (Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung) | | | | | | | | | | | | |
| **8.2.** | **Maßnahmen f. landwirtschaftl. Arbeitnehmer** | | | | | | | | | | | | |
| 8.2.1. | Anpassungs- | a | 97 | 50 | | | 0,216 | | | 0,216 | | | |
| | hilfe | b | 98 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 4

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 8.2.2. Landarbeiter- | a | 99 | 33 | | | 5,200 | 0,800 | 3,200 | | | | |
| Wohnungsbau | b | 100 | | | | | | | 0,672 | | | |
| 8.2. Insgesamt | a | 101 | 83 | | | 5,416 | 0,800 | 3,200 | 0,216 | | | |
| Maßnahmen 8.2. | b | 102 | | | | | | | 0,672 | | | |
| (landw. Arbeitnehmer) | | | | | | | | | | | | |
| 8.3. Umstellungshilfen an jüngere Landwirte bei Umschulung | a | 148 | | | | 1,300 | | | | | | |
| 8. Insgesamt | a | 128 | 265 084 | | | 22,732 | 0,800 | 12,676 | 6,356 | | | |
| Maßnahmen 8. | b | 129 | | | | | | | 0,672 | | | |
| (weitere Maßnahm.) | | | | | | | | | | | | |
| **9. Küstenschutz** | | | | | | | | | | | | |
| 9.1. Vorarbeiten | a | 103 | 5 | | | 4,650 | | | 2,790 | | | |
| | b | 104 | | | | | | | 0,700 | | | |
| 9.2. Sperrwerke | a | 105 | 3 | | | 6,200 | | | 0,700 | | | |
| | b | 106 | | | | | | | 5,900 | | | |
| 9.3. Neubau von Schutz- | a | 107 | 10 | | | 81,999 | | | 44,103 | | | |
| werken, Buhnen usw. | b | 108 | | | | | | | 29,150 | | | |
| 9. Insgesamt | a | 109 | 18 | | | 92,849 | | | 47,593 | | | |
| Maßnahmen 9. | b | 110 | | | | | | | 35,750 | | | |
| (Küstenschutz) | | | | | | | | | | | | |
| Mittelbedarf insgesamt | a | 111 | 276 639 | | | 408,867 | 17,872 | 109,376 | 109,173 | 1,200 | 56,000 | 0,450 |
| (Maßnahmen 1. bis 9.) | b | 112 | | | | | | | 74,054 | 12,650 | | 21,886 |
| | a+b | 113 | 276 639 | | | 408,867 | 17,872 | 109,376 | 183,227 | 13,850 | 56,000 | 22,336 |
| Bundesanteil | a | 114 | | | | | | | 70,263 | 0,720 | | 0,270 |
| | b | 115 | | | | | | | 48,007 | 7,590 | | 13,131 |
| | a+b | 116 | | | | | | | 118,270 | 8,310 | | 13,401 |
| Landesanteil | a | 117 | | | | | | | 38,910 | 0,480 | | 0,180 |
| | b | 118 | | | | | | | 26,047 | 5,060 | | 8,755 |
| | a+b | 119 | | | | | | | 64,957 | 5,540 | | 8,935 |

Übersicht 5

## Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs

— Beträge in Mio. DM —

Land: Hamburg
Haushaltsjahr (HJ) 1990

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 1. | **Agrarstrukturelle Vorplanung** | a | 1 | | | | 0,016 | | | 0,016 | | | |
| | | b | 2 | | | | | | | | | | |
| 2. | **Flurbereinigung** | | | | | | | | | | | | |
| 2.1. | Flurbereinigungs-verfahren | a | 3 | | | | | | | | | | |
| | | b | 4 | | | | | | | | | | |
| 2.2. | Weinbergs-Flurbereinigungen | a | 5 | | | | | | | | | | |
| | | b | 6 | | | | | | | | | | |
| 2.3. | Beschleunigte Zusammenlegung | a | 7 | | | | | | | | | | |
| | | b | 8 | | | | | | | | | | |
| 2.4. | Freiwilliger Landtausch | a | 9 | 1 | | | 0,007 | | 0,002 | 0,005 | | | |
| | | b | 10 | | | | | | | | | | |
| 2.5. | Langfrist. Verpachtung in der Flurbereinigung | a | 11 | | | | | | | | | | |
| | | b | 12 | | | | | | | | | | |
| 2. | Insges. Maßnahmen 2. (Flurbereinigung) | a | 13 | 1 | | | 0,007 | | 0,002 | 0,005 | | | |
| | | b | 14 | | | | | | | | | | |
| 3. | **Dorferneuerung** | a | 130 | | | | | | | | | | |
| | | b | 131 | | | | | | | | | | |
| 4. | **Einzelbetriebliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 4.1. | Invest. in Betrieben mit Betr. Verb. Plan u. Kooperationen | a | 15 | 20 | | | 3,211 | | 0,870 | 0,160 | 0,350 | 1,600 | 0,023 |
| | | b | 16 | | | | | | | 0,090 | 0,050 | | 0,478 |
| 4.1.1. | darunter Sonderförderung Junglandwirte | a | 136 | | | | | | | | | | |
| | | b | 137 | | | | | | | | | | |
| 4.2. | Ausgleichs-zulage | a | 17 | 80 | | | 0,322 | | | 0,322 | | | |
| | | b | 18 | | | | | | | | | | |
| 4.4. | Überbrückungshilfe | a | 19 | | | | | | | | | | |
| | | b | 20 | | | | | | | | | | |
| 4.6. | Verbesserung des Wohnteils | a | 23 | | | | | | | | | | |
| | | b | 24 | | | | | | | | | | |
| 4.7. | Energie-einsparung | a | 25 | 30 | | | 0,750 | | 0,600 | 0,150 | | | |
| | | b | 26 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 5

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 4.9. | Bodenzwischen- | a | 29 | | | | | | | | | | |
| | erwerb | b | 30 | | | | | | | | | | |
| 4.13. | Agrarkredit- | a | 132 | 20 | | | 1,000 | | 0,400 | | | 0,400 | 0,070 |
| | programm | b | 133 | | | | | | | | | | 0,030 |
| 4. | Insgesamt | a | 37 | 150 | | | 5,283 | | 1,870 | 0,632 | 0,350 | 2,000 | 0,102 |
| | Maßnahmen 4. (einzelbetriebliche Maßnahmen) | b | 38 | | | | | | | 0,090 | 0,050 | | 0,508 |
| **5.** | **Marktstruktur-verbesserung** | | | | | | | | | | | | |
| **5.1.** | **Förderung einzelner Marktstrukturbereiche** | | | | | | | | | | | | |
| 5.1.1. | Molkerei- | a | 39 | | | | | | | | | | |
| | struktur | b | 40 | | | | | | | | | | |
| 5.1.2. | Schlachthof- | a | 41 | | | | | | | | | | |
| | struktur | b | 42 | | | | | | | | | | |
| 5.1.3. | Obst und | a | 43 | 1 | | | 0,400 | | 0,300 | 0,100 | | | |
| | Gemüse | b | 44 | | | | | | | | | | |
| 5.1.4. | Blumen und | a | 45 | 1 | | | 0,600 | | 0,450 | 0,150 | | | |
| | Zierpflanzen | b | 46 | | | | | | | 0,150 | | | |
| 5.1.5. | Be- u. Verarbeitung | a | 47 | | | | | | | | | | |
| | von Kartoffeln | b | 48 | | | | | | | | | | |
| 5.1.6. | Seefisch- | a | 49 | | | | | | | | | | |
| | märkte | b | 50 | | | | | | | | | | |
| 5.1.8. | Maßnahme gem. | a | 122 | | | | | | | | | | |
| | EG-VO-355/77 | b | 123 | | | | | | | | | | |
| 5.1.9. | Lein u. Leinfasern | a | 138 | | | | | | | | | | |
| | einschl. Flachsschwinge | b | 139 | | | | | | | | | | |
| 5.1.10. | Kellereien | a | 140 | | | | | | | | | | |
| | Mosel-Saar-Ruwer | b | 141 | | | | | | | | | | |
| 5.1. | Insgesamt | a | 53 | 2 | | | 1,000 | | 0,750 | 0,250 | | | |
| | Maßnahmen 5.1. | b | 54 | | | | | | | 0,150 | | | |

noch Übersicht 5

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **5.2. Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz** | | | | | | | | | | | |
| 5.2.1. Start- a | 55 | | | | | | | | | | |
| beihilfen b | 56 | | | | | | | | | | |
| 5.2.2. Investitions- a | 57 | 1 | | | 0,200 | | 0,150 | 0,050 | | | |
| beihilfen b | 58 | | | | | | | | | | |
| 5.2. insgesamt a | 67 | 1 | | | 0,200 | | 0,150 | 0,050 | | | |
| b | 68 | | | | | | | | | | |
| 5.3. Förderung der Vermarktung nach besond. Regeln erzeugter landw. Erzeugnisse | | | | | | | | | | | |
| 5.3.1. Start- a | 142 | | | | | | | | | | |
| beihilfen b | 143 | | | | | | | | | | |
| 5.3.2. Investitions- a | 144 | | | | | | | | | | |
| beihilfen b | 145 | | | | | | | | | | |
| 5.3. insgesamt a | 146 | | | | | | | | | | |
| b | 147 | | | | | | | | | | |
| 5. insgesamt a | 126 | 3 | | | 1,200 | | 0,900 | 0,300 | | | |
| (Marktstruktur) b | 127 | | | | | | | 0,150 | | | |
| **6. Wasserwirtschaftliche u. kulturbautechnische Maßnahmen** | | | | | | | | | | | |
| 6.0. Vorarbeiten a | 69 | 1 | | | 0,074 | | | 0,074 | | | |
| b | 70 | | | | | | | | | | |
| 6.1. Beseitigung natur- a | 71 | | | | | | | | | | |
| gegebener Nachteile b | 72 | | | | | | | | | | 0,077 |
| 6.2. und 6.3. Ausgleich des a | 73 | 1 | | | 0,850 | | | 0,850 | | | |
| Wasserabflusses usw. b | 74 | | | | | | | | | | |
| 6.4. Ländliche a | 75 | | | | | | | | | | |
| Wege b | 76 | | | | | | | | | | |
| 6.5. Wasserversorgungs- a | 79 | | | | | | | | | | |
| Anlagen b | 80 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 5

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 6.6. Abwasser- a | 81 | 1 | | | 0,850 | | | 0,850 | | | |
| Anlagen b | 82 | | | | | | | | | | |
| 6. Insges. Maßnahm. 6. a | 83 | 3 | | | 1,774 | | | 1,774 | | | |
| (Wass.- u. Kulturbau) b | 84 | | | | | | | | | | 0,077 |
| **7. Forstliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | |
| 7.1. Waldbauliche a | 85 | 1 | | | 0,036 | | 0,011 | 0,025 | | | |
| und sonstige b | 86 | | | | | | | | | | |
| forstl. Maßnahmen | | | | | | | | | | | |
| 7.2. Maßnahm. aufgrund a | 134 | | | | | | | | | | |
| neuartig. Waldschäden b | 135 | | | | | | | | | | |
| 7.3. Forstwirtschaftliche a | 87 | | | | | | | | | | |
| Zusammenschlüsse b | 88 | | | | | | | | | | |
| 7.4. Forstwirtschaftliche a | 77 | | | | | | | | | | |
| Wege b | 78 | | | | | | | | | | |
| 7. Insges. Maßnahmen 7. a | 89 | 1 | | | 0,036 | | 0,011 | 0,025 | | | |
| (Forstl. Maßnahmen) b | 90 | | | | | | | | | | |
| **8. Weitere Maßnahmen** | | | | | | | | | | | |
| **8.1. Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung** | | | | | | | | | | | |
| 8.1.1. Milchleistungsprüf. a | 91 | 1 | | | 0,032 | | | 0,032 | | | |
| Kontrollringe b | 92 | | | | | | | | | | |
| 8.1.2. Leistungsprüfungs- a | 93 | | | | | | | | | | |
| Anstalten b | 94 | | | | | | | | | | |
| 8.1. Insgesamt a | 95 | 1 | | | 0,032 | | | 0,032 | | | |
| Maßnahmen 8.1. b | 96 | | | | | | | | | | |
| Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung | | | | | | | | | | | |
| **8.2. Maßnahmen f. landwirtschaftl. Arbeitnehmer** | | | | | | | | | | | |
| 8.2.1. Anpassungs- a | 97 | | | | | | | | | | |
| hilfe b | 98 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 5

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 8.2.2. Landarbeiter- | a | 99 | | | | | | | | | | |
| Wohnungsbau | b | 100 | | | | | | | | | | |
| 8.2. Insgesamt | a | 101 | | | | | | | | | | |
| Maßnahmen 8.2. (landwirtschaftliche Arbeitnehmer) | b | 102 | | | | | | | | | | |
| 8.3. Umstellungshilfen | a | 148 | | | | | | | | | | |
| an jüngere Landwirte bei Umschulung | b | 149 | | | | | | | | | | |
| 8. Insgesamt | a | 128 | 1 | | | 0,032 | | | 0,032 | | | |
| Maßnahmen 8. (weitere Maßnahmen) | b | 129 | | | | | | | | | | |
| **9. Küstenschutz** | | | | | | | | | | | | |
| 9.1. Vorarbeiten | a | 103 | | | | | | | | | | |
| | b | 104 | | | | | | | | | | |
| 9.2. Sperrwerke | a | 105 | | | | | | | | | | |
| | b | 106 | | | | | | | | | | |
| 9.3. Neubau von Schutz- | a | 107 | 7 | | | 14,457 | | | 7,500 | | | |
| werken, Buhnen usw. | b | 108 | | | | | | | 9,023 | | | |
| 9. Insgesamt | a | 109 | 7 | | | 14,457 | | | 7,500 | | | |
| Maßnahmen 9. (Küstenschutz) | b | 110 | | | | | | | 9,023 | | | |
| Mittelbedarf insgesamt | a | 111 | 167 | | | 22,805 | | 2,783 | 10,284 | 0,350 | 2,000 | 0,102 |
| (Maßnahmen 1. bis 9.) | b | 112 | | | | | | | 9,263 | 0,050 | | 0,585 |
| | a+b | 113 | 167 | | | 22,805 | | 2,783 | 19,547 | 0,400 | 2,000 | 0,687 |
| Bundesanteil | a | 114 | | | | | | | 6,920 | 0,210 | | 0,061 |
| | b | 115 | | | | | | | 6,460 | 0,030 | | 0,351 |
| | a+b | 116 | | | | | | | 13,380 | 0,240 | | 0,412 |
| Landesanteil | a | 117 | | | | | | | 3,364 | 0,140 | | 0,041 |
| | b | 118 | | | | | | | 2,803 | 0,020 | | 0,234 |
| | a+b | 119 | | | | | | | 6,167 | 0,160 | | 0,275 |

Übersicht 6

## Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs

— Beträge in Mio. DM —

Land: Niedersachsen
Haushaltsjahr (HJ) 1990

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **1.** | **Agrarstrukturelle** | a | 1 | 2 | 16 000 | ha | 0,300 | | | 0,100 | | | |
| | **Vorplanung** | b | 2 | | | | | | | 0,200 | | | |
| **2.** | **Flurbereinigung** | | | | | | | | | | | | |
| 2.1. | Flurbereinigungs- | a | 3 | 15 | 15 000 | ha | 55,500 | 2,000 | 13,439 | 3,561 | | | |
| | verfahren | b | 4 | | | | | | | 41,769 | | | |
| 2.2. | Weinbergs- | a | 5 | | | | | | | | | | |
| | Flurbereinigungen | b | 6 | | | | | | | | | | |
| 2.3. | Beschleunigte | a | 7 | 5 | 2 700 | ha | 4,000 | | 1,000 | 1,000 | | | |
| | Zusammenlegung | b | 8 | | | | | | | 2,000 | | | |
| 2.4. | Freiwilliger | a | 9 | 48 | 1 460 | ha | 1,350 | | 0,350 | 0,100 | | | |
| | Landtausch | b | 10 | | | | | | | 0,900 | | | |
| 2.5. | Langfrist. Verpachtung | a | 11 | | | | | | | | | | |
| | in der Flurbereinigung | b | 12 | | | | | | | | | | |
| 2. | Insges. Maßnahmen 2. | a | 13 | 68 | 19 160 | ha | 60,850 | 2,000 | 14,789 | 4,661 | | | |
| | (Flurbereinigung) | b | 14 | | | | | | | 44,669 | | | |
| **3.** | **Dorferneuerung** | a | 130 | 91 | | | 69,750 | | 46,500 | 6,050 | | | |
| | | b | 131 | | | | | | | 17,200 | | | |
| **4.** | **Einzelbetriebliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 4.1. | Invest. in Betrieben | a | 15 | 524 | | | 72,127 | | 24,299 | 5,228 | 5,300 | | |
| | mit Betr. Verb. Plan u. Kooperationen | b | 16 | | | | | | | 18,000 | 17,500 | 858,700 | 26,750 |
| 4.1.1. | darunter Sonderförderung | a | 136 | 350 | | | 12,800 | | 7,599 | 2,201 | | | |
| | Junglandwirte | b | 137 | | | | | | | 3,525 | | | |
| 4.2. | Ausgleichs- | a | 17 | 42,500 | | | 124,158 | | | 124,158 | | | |
| | zulage | b | 18 | | | | | | | | | | |
| 4.4. | Überbrückungshilfe | a | 19 | | | | | | | | | | |
| | | b | 20 | | | | | | | | | 1,400 | 0,050 |
| 4.6. | Verbesserung | a | 23 | | | | | | | | | | |
| | des Wohnteils | b | 24 | | | | | | | | | 24,700 | 1,400 |
| 4.7. | Energie- | a | 25 | 75 | | | 2,400 | | 1,100 | 0,600 | | | |
| | einsparung | b | 26 | | | | | | | 0,500 | | | |

noch Übersicht 6

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 4.9. | Bodenzwischen- | a | 29 | 35 | | | 12,000 | | 2,000 | | | 10,000 | |
| | erwerb | b | 30 | | | | | | | | | | 2,000 |
| 4.13. | Agrarkredit- | a | 132 | 520 | | | 43,100 | | 10,800 | | | 32,300 | 2,684 |
| | programm | b | 133 | | | | | | | | | 75,400 | 6,000 |
| 4. | Insgesamt | a | 37 | 43 654 | | | 253,785 | | 38,199 | 129,986 | 5,300 | 42,300 | 2,684 |
| | Maßnahmen 4. (einzelbetriebliche Maßnahmen) | b | 38 | | | | | | | 18,500 | 17,500 | 960,200 | 36,200 |
| **5.** | **Marktstruktur-verbesserung** | | | | | | | | | | | | |
| **5.1.** | **Förderung einzelner Marktstrukturbereiche** | | | | | | | | | | | | |
| 5.1.1. | Molkerei- | a | 39 | 5 | | | 2,000 | | 1,000 | 1,000 | | | |
| | struktur | b | 40 | | | | | | | | | | |
| 5.1.2. | Schlachthof- | a | 41 | | | | | | | | | | |
| | struktur | b | 42 | | | | | | | | | | |
| 5.1.3. | Obst und | a | 43 | 10 | | | 8,000 | | 6,400 | 1,600 | | | |
| | Gemüse | b | 44 | | | | | | | 0,400 | | | |
| 5.1.4. | Blumen und | a | 45 | 2 | | | 0,500 | | 0,400 | 0,100 | | | |
| | Zierpflanzen | b | 46 | | | | | | | | | | |
| 5.1.5. | Be- und Verarbeitung | a | 47 | 4 | | | 15,258 | 2,556 | 10,673 | 2,029 | | | |
| | von Kartoffeln | b | 48 | | | | | | | 0,600 | | | |
| 5.1.6. | Seefisch- | a | 49 | | | | | | | | | | |
| | märkte | b | 50 | | | | | | | | | | |
| 5.1.8. | Maßnahme gem. | a | 122 | 10 | | | 20,000 | 5,000 | 13,000 | | | | |
| | EG-VO-355/77 | b | 123 | | | | | | | 10,694 | | | |
| 5.1.9. | Lein u. Leinfasern | a | 138 | | | | | | | | | | |
| | einschl. Flachsschwinge | b | 139 | | | | | | | | | | |
| 5.1.10 | Kellereien | a | 140 | | | | | | | | | | |
| | Mosel–Saar–Ruwer | b | 141 | | | | | | | | | | |
| 5.1. | Insgesamt | a | 53 | 31 | | | 45,758 | 7,556 | 31,473 | 4,729 | | | |
| | Maßnahmen 5.1. | b | 54 | | | | | | | 11,694 | | | |

noch Übersicht 6

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr: Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **5.2. Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz** | | | | | | | | | | | | |
| 5.2.1. Start-beihilfen | a | 55 | 40 | | | 3,000 | | 2,000 | 1,000 | | | |
| | b | 56 | | | | | | | | | | |
| 5.2.2. Investitions-beihilfen | a | 57 | 22 | | | 30,000 | 3,750 | 22,250 | 2,500 | | | |
| | b | 58 | | | | | | | 1,500 | | | |
| 5.2. Insgesamt | a | 67 | 62 | | | 33,000 | 3,750 | 24,250 | 3,500 | | | |
| | b | 68 | | | | | | | 1,500 | | | |
| **5.3. Förderung der Vermarktung nach besond. Regeln erzeugter landw. Erzeugnisse** | | | | | | | | | | | | |
| 5.3.1. Start-beihilfen | a | 142 | 5 | | | 0,830 | | 0,330 | 0,500 | | | |
| | b | 143 | | | | | | | | | | |
| 5.3.2. Investitions-beihilfen | a | 144 | 5 | | | 4,000 | | 3,000 | 1,000 | | | |
| | b | 145 | | | | | | | | | | |
| 5.3. insgesamt | a | 146 | 10 | | | 4,830 | | 3,330 | 1,500 | | | |
| | b | 147 | | | | | | | | | | |
| 5. Insgesamt (Marktstruktur) | a | 126 | 103 | | | 83,588 | 11,306 | 59,053 | 9,729 | | | |
| | b | 127 | | | | | | | 13,194 | | | |
| **6. Wasserwirtschaftliche u. kulturbautechn. Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 6.0. Vorarbeiten | a | 69 | | | | | | | | | | |
| | b | 70 | | | | | | | | | | |
| 6.1. Beseitigung naturgegebener Nachteile | a | 71 | 26 | | | 6,600 | | 4,630 | 1,970 | | | |
| | b | 72 | | | | | | | | | | |
| 6.2. und 6.3. Ausgleich d. Wasserabflusses usw. | a | 73 | 24 | | | 28,600 | | 3,450 | 1,150 | | | |
| | b | 74 | | | | | | | 40,650 | | | |
| 6.4. Ländliche Wege | a | 75 | | | | | | | | | | |
| | b | 76 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 6

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 6.5. | Wasserversorgungs- | a | 79 | | | | | | | | | | |
| | Anlagen | b | 80 | | | | | | | | | | |
| 6.6. | Abwasser- | a | 81 | 130 | | | 206,000 | | 133,880 | 17,120 | | | |
| | Anlagen | b | 82 | | | | | | | 49,900 | | | |
| 6. | Insges. Maßnahm. 6. | a | 83 | 180 | | | 241,200 | | 141,960 | 20,240 | | | |
| | (Wass.- u. Kulturbau) | b | 84 | | | | | | | 90,550 | | | |
| **7.** | **Forstliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 7.1. | Waldbauliche | a | 85 | 2 000 | | | 15,000 | | 5,300 | 2,700 | | | |
| | und sonstige | b | 86 | | | | | | | 7,000 | | | |
| | forstl. Maßnahmen | | | | | | | | | | | | |
| 7.2. | Maßnahm. aufgrund | a | 134 | 2 300 | | | 12,000 | 1,500 | 1,800 | 2,200 | | | |
| | neuartig. Waldschäden | b | 135 | | | | | | | 6,500 | | | |
| 7.3. | Forstwirtschaftliche | a | 87 | 140 | | | 2,200 | | 1,400 | 0,400 | | | |
| | Zusammenschlüsse | b | 88 | | | | | | | 0,400 | | | |
| 7.4. | Forstwirtschaftliche | a | 77 | 40 | | | 1,200 | | 0,400 | 0,200 | | | |
| | Wege | b | 78 | | | | | | | 0,600 | | | |
| 7. | Insges. Maßnahmen 7. | a | 89 | 4 480 | | | 30,400 | 1,500 | 8,900 | 5,500 | | | |
| | (Forstl. Maßnahmen) | b | 90 | | | | | | | 14,500 | | | |
| **8.** | **Weitere Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| **8.1.** | **Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung** | | | | | | | | | | | | |
| 8.1.1. | Milchleistungsprüf. | a | 91 | | | | 52,096 | | 47,396 | 4,700 | | | |
| | Kontrollringe | b | 92 | | | | | | | | | | |
| 8.1.2. | Leistungsprüfungs- | a | 93 | | | | | | | | | | |
| | Anstalten | b | 94 | | | | | | | 0,800 | | | |
| 8.1. | Insgesamt | a | 95 | | | | 52,096 | | 47,396 | 4,700 | | | |
| | Maßnahmen 8.1. | b | 96 | | | | | | | 0,800 | | | |
| | Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung | | | | | | | | | | | | |
| **8.2.** | **Maßnahmen f. landwirtschaftl. Arbeitnehmer** | | | | | | | | | | | | |
| 8.2.1. | Anpassungs- | a | 97 | 75 | | | 0,420 | | | 0,420 | | | |
| | hilfe | b | 98 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 6

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr: Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 8.2.2. Landarbeiter-Wohnungsbau | a | 99 | | | | | | | | | | |
| | b | 100 | | | | | | | | | | |
| 8.2. Insgesamt Maßnahmen 8.2. (landw. Arbeitnehmer) | a | 101 | 75 | | | 0,420 | | | 0,420 | | | |
| | b | 102 | | | | | | | | | | |
| 8.3. Umstellungshilfen an jüngere Landwirte bei Umschulung | a | 148 | 20 | | | 0,500 | | | 0,500 | | | |
| | b | 149 | | | | | | | | | | |
| 8. Insgesamt Maßnahmen 8. (weitere Maßnahm.) | a | 128 | 95 | | | 53,016 | | 47,396 | 5,620 | | | |
| | b | 129 | | | | | | | 0,800 | | | |
| **9. Küstenschutz** | | | | | | | | | | | | |
| 9.1. Vorarbeiten | a | 103 | 6 | | | 2,000 | | | 1,000 | | | |
| | b | 104 | | | | | | | 1,000 | | | |
| 9.2. Sperrwerke | a | 105 | | | | | | | | | | |
| | b | 106 | | | | | | | 8,000 | | | |
| 9.3. Neubau von Schutzwerken, Buhnen usw. | a | 107 | 32 | | | 87,270 | | | 27,270 | | | |
| | b | 108 | | | | | | | 53,000 | | | |
| 9. Insgesamt Maßnahmen 9. (Küstenschutz) | a | 109 | 38 | | | 89,370 | | | 28,270 | | | |
| | b | 110 | | | | | | | 62,000 | | | |
| Mittelbedarf insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.) | a | 111 | 48 711 | | | 882,159 | 14,806 | 356,797 | 210,156 | 5,300 | 42,300 | 2,684 |
| | b | 112 | | | | | | | 261,613 | 17,500 | 960,200 | 36,200 |
| | a+b | 113 | 48 711 | | | 882,159 | 14,806 | 356,797 | 471,769 | 22,800 | 1 002,500 | 38,884 |
| Bundesanteil | a | 114 | | | | | | | 128,921 | 3,180 | | 1,610 |
| | b | 115 | | | | | | | 163,168 | 10,500 | | 21,720 |
| | a+b | 116 | | | | | | | 292,089 | 13,680 | | 23,330 |
| Landesanteil | a | 117 | | | | | | | 81,235 | 2,120 | | 1,074 |
| | b | 118 | | | | | | | 98,445 | 7,000 | | 14,480 |
| | a+b | 119 | | | | | | | 179,680 | 9,120 | | 15,554 |

Übersicht 7

## Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs

— Beträge in Mio. DM —

Land: Bremen
Haushaltsjahr (HJ) 1990

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **1. Agrarstrukturelle Vorplanung** | a | 1 | | | | | | | | | | |
| | b | 2 | | | | | | | | | | |
| **2. Flurbereinigung** | | | | | | | | | | | | |
| 2.1. Flurbereinigungsverfahren | a | 3 | | | | | | | | | | |
| | b | 4 | | | | | | | | | | |
| 2.2. Weinbergs-Flurbereinigungen | a | 5 | | | | | | | | | | |
| | b | 6 | | | | | | | | | | |
| 2.3. Beschleunigte Zusammenlegung | a | 7 | | | | | | | | | | |
| | b | 8 | | | | | | | | | | |
| 2.4. Freiwilliger Landtausch | a | 9 | | | | | | | | | | |
| | b | 10 | | | | | | | | | | |
| 2.5. Langfrist. Verpachtung in der Flurbereinigung | a | 11 | | | | | | | | | | |
| | b | 12 | | | | | | | | | | |
| 2. Insges. Maßnahmen 2. (Flurbereinigung) | a | 13 | | | | | | | | | | |
| | b | 14 | | | | | | | | | | |
| **3. Dorferneuerung** | a | 130 | 4 | | | 1,300 | | 1,100 | 0,200 | | | |
| | b | 131 | | | | | | | | | | |
| **4. Einzelbetriebliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 4.1. Invest. in Betrieben mit Betr. Verb. Plan u. Kooperationen | a | 15 | 4 | | | 1,250 | | | 0,510 | | 0,740 | 0,060 |
| | b | 16 | | | | | | | | | 9,030 | 0,290 |
| 4.1.1. darunter Sonderförderung Junglandwirte | a | 136 | | | | | | | | | | |
| | b | 137 | | | | | | | | | | |
| 4.2. Ausgleichszulage | a | 17 | 190 | | | 0,650 | | | 0,650 | | | |
| | b | 18 | | | | | | | | | | |
| 4.4. Überbrückungshilfe | a | 19 | | | | | | | | | | |
| | b | 20 | | | | | | | | | | |
| 4.6. Verbesserung des Wohnteils | a | 23 | | | | | | | | | | |
| | b | 24 | | | | | | | | | | |
| 4.7. Energieeinsparung | a | 25 | 15 | | | 0,300 | | 0,250 | 0,050 | | | |
| | b | 26 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 7

## noch Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr: Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 4.9. Bodenzwischen- | a | 29 | | | | | | | | | | |
| erwerb | b | 30 | | | | | | | | | | |
| 4.13. Agrarkredit- | a | 132 | 5 | | | 0,945 | | 0,500 | | | 0,445 | 0,100 |
| programm | b | 133 | | | | | | | | | | |
| 4. Insgesamt | a | 37 | 214 | | | 3,145 | | 0,750 | 1,210 | | 1,185 | 0,160 |
| Maßnahmen 4. (einzelbetriebliche Maßnahmen) | b | 38 | | | | | | | | | 9,030 | 0,290 |
| **5. Marktstrukturverbesserung** | | | | | | | | | | | | |
| **5.1. Förderung einzelner Marktstrukturbereiche** | | | | | | | | | | | | |
| 5.1.1. Molkerei- | a | 39 | | | | | | | | | | |
| struktur | b | 40 | | | | | | | | | | |
| 5.1.2. Schlachthof- | a | 41 | | | | | | | | | | |
| struktur | b | 42 | | | | | | | | | | |
| 5.1.3. Obst und | a | 43 | | | | | | | | | | |
| Gemüse | b | 44 | | | | | | | | | | |
| 5.1.4. Blumen und | a | 45 | | | | | | | | | | |
| Zierpflanzen | b | 46 | | | | | | | | | | |
| 5.1.5. Be- u. Verarbeitung | a | 47 | | | | | | | | | | |
| von Kartoffeln | b | 48 | | | | | | | | | | |
| 5.1.6. Seefisch- | a | 49 | 5 | | | 27,470 | | 24,870 | 2,600 | | | |
| märkte | b | 50 | | | | | | | | | | |
| 5.1.8. Maßnahme gem. | a | 122 | 10 | | | 52,500 | | 51,100 | 1,400 | | | |
| EG-VO-355/77 | b | 123 | | | | | | | | | | |
| 5.1.9. Lein u. Leinfasern | a | 138 | | | | | | | | | | |
| einschl. Flachsschwinge | b | 139 | | | | | | | | | | |
| 5.1.10. Kellereien | a | 140 | | | | | | | | | | |
| Mosel-Saar-Ruwer | b | 141 | | | | | | | | | | |
| 5.1. Insgesamt | a | 53 | 15 | | | 79,970 | | 75,970 | 4,000 | | | |
| Maßnahmen 5.1. | b | 54 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 7

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr: Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **5.2.** | **Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz** | | | | | | | | | | | | |
| 5.2.1. | Start-beihilfen | a | 55 | | | | | | | | | | |
| | | b | 56 | | | | | | | | | | |
| 5.2.2. | Investitions-beihilfen | a | 57 | | | | | | | | | | |
| | | b | 58 | | | | | | | | | | |
| 5.2. | Insgesamt | a | 67 | | | | | | | | | | |
| | | b | 68 | | | | | | | | | | |
| **5.3.** | **Förderung der Vermarktung nach besond. Regeln erzeugter landw. Erzeugnisse** | | | | | | | | | | | | |
| 5.3.1. | Start-beihilfen | a | 142 | | | | | | | | | | |
| | | b | 143 | | | | | | | | | | |
| 5.3.2. | Investitions-beihilfen | a | 144 | | | | | | | | | | |
| | | b | 145 | | | | | | | | | | |
| 5.3. | insgesamt | a | 146 | | | | | | | | | | |
| | | b | 147 | | | | | | | | | | |
| 5. | Insgesamt (Marktstruktur) | a | 126 | 15 | | | 79,970 | | 75,970 | 4,000 | | | |
| | | b | 127 | | | | | | | | | | |
| **6.** | **Wasserwirtschaftliche u. kulturbautechnische Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 6.0. | Vorarbeiten | a | 69 | | | | | | | | | | |
| | | b | 70 | | | | | | | | | | |
| 6.1. | Beseitigung naturgegebener Nachteile | a | 71 | | | | | | | | | | |
| | | b | 72 | | | | | | | | | | |
| 6.2. und 6.3. | Ausgleich d. Wasserabflusses usw. | a | 73 | 2 | | | 0,510 | | 0,235 | 0,275 | | | |
| | | b | 74 | | | | | | | | | | |
| 6.4. | Ländliche Wege | a | 75 | | | | | | | | | | |
| | | b | 76 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 7

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 6.5. | Wasserversorgungs- | a | 79 | | | | | | | | | | |
| | Anlagen | b | 80 | | | | | | | | | | |
| 6.6. | Abwasser- | a | 81 | | | | | | | | | | |
| | Anlagen | b | 82 | | | | | | | | | | |
| 6. | Insges. Maßnahm. 6. | a | 83 | 2 | | | 0,510 | | 0,235 | 0,275 | | | |
| | (Wass.- u. Kulturbau) | b | 84 | | | | | | | | | | |
| **7.** | **Forstliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 7.1. | Waldbauliche | a | 85 | 2 | | | 0,600 | | 0,250 | 0,350 | | | |
| | und sonstige | b | 86 | | | | | | | | | | |
| | forstl. Maßnahmen | | | | | | | | | | | | |
| 7.2. | Maßnahm. aufgrund | a | 134 | | | | | | | | | | |
| | neuartig. Waldschäden | b | 135 | | | | | | | | | | |
| 7.3. | Forstwirtschaftliche | a | 87 | | | | | | | | | | |
| | Zusammenschlüsse | b | 88 | | | | | | | | | | |
| 7.4. | Forstwirtschaftliche | a | 77 | | | | | | | | | | |
| | Wege | b | 78 | | | | | | | | | | |
| 7. | Insges. Maßnahmen 7. | a | 89 | 2 | | | 0,600 | | 0,250 | 0,350 | | | |
| | (Forstl. Maßnahmen) | b | 90 | | | | | | | | | | |
| **8.** | **Weitere Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| **8.1.** | **Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung** | | | | | | | | | | | | |
| 8.1.1. | Milchleistungsprüf. | a | 91 | | | | | | | | | | |
| | Kontrollringe | b | 92 | | | | | | | | | | |
| 8.1.2. | Leistungsprüfungs- | a | 93 | | | | | | | | | | |
| | Anstalten | b | 94 | | | | | | | | | | |
| 8.1. | Insgesamt | a | 95 | | | | | | | | | | |
| | Maßnahmen 8.1. | b | 96 | | | | | | | | | | |
| | Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung | | | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 7

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **8.2. Maßnahmen f. landwirtschaftl. Arbeitnehmer** | | | | | | | | | | | | |
| 8.2.1. Anpassungshilfe | a | 97 | | | | | | | | | | |
| | b | 98 | | | | | | | | | | |
| 8.2.2. Landarbeiter-Wohnungsbau | a | 99 | | | | | | | | | | |
| | b | 100 | | | | | | | | | | |
| 8.2. Insgesamt Maßnahmen 8.2. (landw. Arbeitnehmer) | a | 101 | | | | | | | | | | |
| | b | 102 | | | | | | | | | | |
| 8.3. Umstellungshilfen an jüngere Landwirte bei Umschulung | a | 148 | | | | | | | | | | |
| | b | 149 | | | | | | | | | | |
| 8. Insgesamt Maßnahmen 8. (weitere Maßnahmen) | a | 128 | | | | | | | | | | |
| | b | 129 | | | | | | | | | | |
| **9. Küstenschutz** | | | | | | | | | | | | |
| 9.1. Vorarbeiten | a | 103 | | | | | | | | | | |
| | b | 104 | | | | | | | | | | |
| 9.2. Sperrwerke | a | 105 | | | | | | | | | | |
| | b | 106 | | | | | | | | | | |
| 9.3. Neubau von Schutzwerken, Buhnen usw. | a | 107 | 5 | | | 16,500 | | 6,729 | 4,453 | | | |
| | b | 108 | | | | | | | | | | |
| 9. Insgesamt Maßnahmen 9. (Küstenschutz) | a | 109 | 5 | | | 16,500 | | 6,729 | 4,453 | | | |
| | b | 110 | | | | | | | | | | |
| Mittelbedarf insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.) | a | 111 | 242 | | | 102,025 | | 85,034 | 10,488 | | 1,185 | 0,160 |
| | b | 112 | | | | | | | | | 9,030 | 0,290 |
| | a+b | 113 | 242 | | | 102,025 | | 85,034 | 10,488 | | 10,215 | 0,450 |
| Bundesanteil | a | 114 | | | | | | | 6,738 | | | 0,096 |
| | b | 115 | | | | | | | | | | 0,174 |
| | a+b | 116 | | | | | | | 6,738 | | | 0,270 |
| Landesanteil | a | 117 | | | | | | | 3,750 | | | 0,064 |
| | b | 118 | | | | | | | | | | 0,116 |
| | a+b | 119 | | | | | | | 3,750 | | | 0,180 |

Übersicht 8

## Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs

— Beträge in Mio. DM —

Land: Nordrhein-Westfalen
Haushaltsjahr (HJ) 1990

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr: Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **1. Agrarstrukturelle Vorplanung** | a | 1 | 25 | 8 000 | ha | 2,265 | | 0,405 | 0,510 | | | |
| | b | 2 | | | | | | | 1,090 | | | |
| **2. Flurbereinigung** | | | | | | | | | | | | |
| 2.1. Flurbereinigungsverfahren | a | 3 | 10 | 4 500 | ha | 12,500 | | 2,500 | | | | |
| | b | 4 | | | | | | | 39,000 | | | |
| 2.2. Weinbergs-Flurbereinigungen | a | 5 | | | | | | | | | | |
| | b | 6 | | | | | | | | | | |
| 2.3. Beschleunigte Zusammenlegung | a | 7 | | | | | | | | | | |
| | b | 8 | | | | | | | | | | |
| 2.4. Freiwilliger Landtausch | a | 9 | 50 | 800 | ha | 0,230 | | 0,030 | 0,100 | | | |
| | b | 10 | | | | | | | 0,100 | | | |
| 2.5. Langfrist. Verpachtung in der Flurbereinigung | a | 11 | | | | | | | | | | |
| | b | 12 | | | | | | | | | | |
| 2. Insges. Maßnahmen 2. (Flurbereinigung) | a | 13 | 60 | 5 300 | | 12,730 | | 2,530 | 0,100 | | | |
| | b | 14 | | | | | | | 39,100 | | | |
| **3. Dorferneuerung** | a | 130 | 1 200 | | | 42,530 | | 17,010 | 9,020 | | | |
| | b | 131 | | | | | | | 14,980 | | | |
| **4. Einzelbetriebliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 4.1. Invest. in Betrieben mit Betr. Verb. Plan u. Kooperationen | a | 15 | 756 | | | 93,617 | | 58,110 | 9,646 | 4,061 | | |
| | b | 16 | | | | | | | 7,554 | 8,739 | | 17,460 |
| 4.1.1. darunter Sonderförderung Junglandwirte | a | 136 | 326 | | | 12,000 | | 7,110 | 4,890 | | | |
| | b | 137 | | | | | | | | | | |
| 4.2. Ausgleichszulage | a | 17 | 13 000 | | | 38,123 | | | 38,123 | | | |
| | b | 18 | | | | | | | | | | |
| 4.4. Überbrückungshilfe | a | 19 | | | | | | | | | | |
| | b | 20 | | | | | | | | | | |
| 4.6. Verbesserung des Wohnteils | a | 23 | | | | | | | | | | |
| | b | 24 | | | | | | | | | | |
| 4.7. Energieeinsparung | a | 25 | | | | | | | | | | |
| | b | 26 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 8

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 4.9. | Bodenzwischen- | a | 29 | | | | | | | | | | |
| | erwerb | b | 30 | | | | | | | | | | |
| 4.13. | Agrarkredit- | a | 132 | 214 | | | 37,860 | | 6,200 | | | 31,660 | 3,800 |
| | programm | b | 133 | | | | | | | | | | 1,000 |
| 4. | Insgesamt | a | 37 | 13 970 | | | 169,600 | | 64,310 | 47,769 | 4,061 | 31,660 | 3,800 |
| | Maßnahmen 4. (einzelbetriebliche Maßnahmen) | b | 38 | | | | | | | 7,554 | 8,739 | | 18,460 |
| **5.** | **Marktstruktur-verbesserung** | | | | | | | | | | | | |
| **5.1.** | **Förderung einzelner Marktstrukturbereiche** | | | | | | | | | | | | |
| 5.1.1. | Molkerei- | a | 39 | 5 | | | 2,000 | | 1,000 | 1,000 | | | |
| | struktur | b | 40 | | | | | | | | | | |
| 5.1.2. | Schlachthof- | a | 41 | | | | | | | | | | |
| | struktur | b | 42 | | | | | | | | | | |
| 5.1.3. | Obst und | a | 43 | 11 | | | 19,550 | | 16,620 | 1,930 | | | |
| | Gemüse | b | 44 | | | | | | | 0,370 | | | |
| 5.1.4. | Blumen und | a | 45 | 10 | | | 18,536 | | 15,756 | 2,080 | | | |
| | Zierpflanzen | b | 46 | | | | | | | 0,320 | | | |
| 5.1.5. | Be- u. Verarbeitung | a | 47 | | | | | | | | | | |
| | von Kartoffeln | b | 48 | | | | | | | | | | |
| 5.1.6. | Seefisch- | a | 49 | | | | | | | | | | |
| | märkte | b | 50 | | | | | | | | | | |
| 5.1.8. | Maßnahme gem. | a | 122 | | | | | | | | | | |
| | EG-VO-355/77 | b | 123 | | | | | | | | | | |
| 5.1.9. | Lein u. Leinfasern | a | 138 | | | | | | | | | | |
| | einschl. Flachsschwinge | b | 139 | | | | | | | | | | |
| 5.1.10. | Kellereien | a | 140 | | | | | | | | | | |
| | Mosel–Saar–Ruwer | b | 141 | | | | | | | | | | |
| 5.1. | Insgesamt | a | 53 | 26 | | | 40,086 | | 33,376 | 5,010 | | | |
| | Maßnahmen 5.1. | b | 54 | | | | | | | 0,690 | | | |

noch Übersicht 8

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **5.2. Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz** | | | | | | | | | | | | |
| 5.2.1. Start- | a | 55 | | | | | | | | | | |
| beihilfen | b | 56 | | | | | | | | | | |
| 5.2.2. Investitions- | a | 57 | 8 | | | 8,573 | 1,715 | 5,572 | 0,786 | | | |
| beihilfen | b | 58 | | | | | | | 0,364 | | | |
| 5.2. Insgesamt | a | 67 | 8 | | | 8,573 | 1,715 | 5,572 | 0,786 | | | |
| | b | 68 | | | | | | | 0,364 | | | |
| **5.3. Förderung der Vermarktung nach besond. Regeln erzeugter landw. Erzeugnisse** | | | | | | | | | | | | |
| 5.3.1. Start- | a | 142 | | | | | | | | | | |
| beihilfen | b | 143 | | | | | | | | | | |
| 5.3.2. Investitions- | a | 144 | 6 | | | 2,400 | | 1,800 | 0,500 | | | |
| beihilfen | b | 145 | | | | | | | | | | |
| 5.3. insgesamt | a | 146 | 6 | | | 2,400 | | 1,800 | 0,500 | | | |
| | b | 147 | | | | | | | | | | |
| 5. Insgesamt | a | 126 | 40 | | | 51,059 | 1,715 | 40,748 | 6,296 | | | |
| (Marktstruktur) | b | 127 | | | | | | | 1,054 | | | |
| **6. Wasserwirtschaftliche u. kulturbautechn. Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 6.0. Vorarbeiten | a | 69 | | | | 0,400 | | | 0,400 | | | |
| | b | 70 | | | | | | | | | | |
| 6.1. Beseitigung natur- | a | 71 | 5 | | | 2,800 | | 0,800 | 2,000 | | | |
| gegebener Nachteile | b | 72 | | | | | | | 7,000 | | | |
| 6.2. und 6.3. Ausgleich des | a | 73 | 7 | | | 6,662 | | 2,000 | 4,662 | | | |
| Wasserabflusses usw. | b | 74 | | | | | | | 13,100 | | | |
| 6.4. Ländliche | a | 75 | | | | | | | | | | |
| Wege | b | 76 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 8

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr: Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 6.5. Wasserversorgungs- | a | 79 | | | | | | | | | | |
| Anlagen | b | 80 | | | | | | | 8,000 | | | |
| 6.6. Abwasser- | a | 81 | 28 | | | 156,900 | | 102,000 | 21,300 | | | |
| Anlagen | b | 82 | | | | | | | 22,900 | | | |
| 6. Insges. Maßnahm. 6. | a | 83 | 40 | | | 166,762 | | 104,800 | 28,362 | | | |
| (Wass.- u. Kulturbau) | b | 84 | | | | | | | 51,000 | | | |
| **7. Forstliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 7.1. Waldbauliche | a | 85 | | | | | | | | | | |
| und sonstige | b | 86 | | | | | | | | | | |
| forstl. Maßnahmen | | | | | | | | | | | | |
| 7.2. Maßnahm. aufgrund | a | 134 | | | | | | | | | | |
| neuartig. Waldschäden | b | 135 | | | | | | | | | | |
| 7.3. Forstwirtschaftliche | a | 87 | 90 | | | 0,500 | | 0,300 | 0,200 | | | |
| Zusammenschlüsse | b | 88 | | | | | | | | | | |
| 7.4. Forstwirtschaftliche | a | 77 | 120 | | | 5,400 | | 1,600 | 3,800 | | | |
| Wege | b | 78 | | | | | | | | | | |
| 7. Insges. Maßnahmen 7. | a | 89 | 210 | | | 5,900 | | 1,900 | 4,000 | | | |
| (Forstl. Maßnahmen) | b | 90 | | | | | | | | | | |
| **8. Weitere Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| **8.1. Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung** | | | | | | | | | | | | |
| 8.1.1. Milchleistungsprüf. | a | 91 | 9 | | | 3,900 | | | 3,900 | | | |
| Kontrollringe | b | 92 | | | | | | | | | | |
| 8.1.2. Leistungsprüfungs- | a | 93 | | | | | | | | | | |
| Anstalten | b | 94 | | | | | | | | | | |
| 8.1. Insgesamt | a | 95 | 9 | | | 3,900 | | | 3,900 | | | |
| Maßnahmen 8.1. | b | 96 | | | | | | | | | | |
| (Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung) | | | | | | | | | | | | |
| **8.2. Maßnahmen f. landwirtschaftl. Arbeitnehmer** | | | | | | | | | | | | |
| 8.2.1. Anpassungs- | a | 97 | 44 | | | 0,100 | | | 0,100 | | | |
| hilfe | b | 98 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 8

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 8.2.2. Landarbeiter-wohnungsbau | a<br>b | 99<br>100 | | | | | | | | | | |
| 8.2. Insgesamt Maßnahmen 8.2. (landw. Arbeitnehmer) | a<br>b | 101<br>102 | 44 | | | 0,100 | | | 0,100 | | | |
| 8.3. Umstellungshilfen an jüngere Landwirte bei Umschulung | a<br>b | 148<br>149 | | | | | | | | | | |
| 8. Insgesamt Maßnahmen 8. (weitere Maßnahmen) | a<br>b | 128<br>129 | 53 | | | 4,000 | | | 4,000 | | | |
| **9. Küstenschutz** | | | | | | | | | | | | |
| 9.1. Vorarbeiten | a<br>b | 103<br>104 | | | | | | | | | | |
| 9.2. Sperrwerke | a<br>b | 105<br>106 | | | | | | | | | | |
| 9.3. Neubau von Schutzwerken, Buhnen usw. | a<br>b | 107<br>108 | | | | | | | | | | |
| 9. Insgesamt Maßnahmen 9. (Küstenschutz) | a<br>b | 109<br>110 | | | | | | | | | | |
| Mittelbedarf insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.) | a<br>b<br>a+b | 111<br>112<br>113 | 15 598<br><br>15 598 | | | 454,846<br><br>454,846 | 1,715<br><br>1,715 | 231,703<br><br>231,703 | 100,057<br>114,778<br>214,835 | 4,061<br>8,739<br>12,800 | 31,660<br><br>31,660 | 3,800<br>18,460<br>22,260 |
| Bundesanteil | a<br>b<br>a+b | 114<br>115<br>116 | | | | | | | 60,034<br>68,867<br>128,901 | 2,437<br>5,243<br>7,680 | | 2,280<br>11,076<br>13,356 |
| Landesanteil | a<br>b<br>a+b | 117<br>118<br>119 | | | | | | | 40,023<br>45,911<br>85,934 | 1,624<br>3,496<br>5,120 | | 1,520<br>7,384<br>8,904 |

Übersicht 9

**Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

Land: Hessen
Haushaltsjahr (HJ) 1990

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **1. Agrarstrukturelle Vorplanung** | a | 1 | 7 | | | 0,410 | | | 0,410 | | | |
| | b | 2 | | | | | | | 0,090 | | | |
| **2. Flurbereinigung** | | | | | | | | | | | | |
| 2.1. Flurbereinigungsverfahren | a | 3 | 14 | 12 000 | ha | 48,000 | 8,000 | 7,200 | 15,000 | 2,500 | | |
| | b | 4 | | | | | | | | | | |
| 2.2. Weinbergs-Flurbereinigungen | a | 5 | 4 | 3 000 | ha | 12,000 | 2,000 | 1,800 | 3,000 | 0,500 | | |
| | b | 6 | | | | | | | | | | |
| 2.3. Beschleunigte Zusammenlegung | a | 7 | | | | | | | | | | |
| | b | 8 | | | | | | | | | | |
| 2.4. Freiwilliger Landtausch | a | 9 | | | | | | | | | | |
| | b | 10 | | | | | | | | | | |
| 2.5. Langfrist. Verpachtung in der Flurbereinigung | a | 11 | | | | | | | | | | |
| | b | 12 | | | | | | | | | | |
| 2. Insges. Maßnahmen 2. (Flurbereinigung) | a | 13 | 18 | 15 000 | ha | 60,000 | 10,000 | 9,000 | 18,000 | 3,000 | | |
| | b | 14 | | | | | | | | | | |
| **3. Dorferneuerung** | a | 130 | 900 | | | 33,000 | 1,000 | 20,000 | 8,000 | | | |
| | b | 131 | | | | | | | 4,000 | | | |
| **4. Einzelbetriebliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 4.1. Invest. in Betrieben mit Betr. Verb. Plan u. Kooperationen | a | 15 | 531 | | | 55,175 | 1,778 | 37,569 | 7,364 | 1,964 | | |
| | b | 16 | | | | | | | 4,381 | 2,036 | 124,088 | 2,622 |
| 4.1.1. darunter Sonderförderung Junglandwirte | a | 136 | 406 | | | 16,516 | 1,538 | 8,878 | 5,100 | | | |
| | b | 137 | | | | | | | 0,276 | | | |
| 4.2. Ausgleichszulage | a | 17 | 18 500 | | | 51,760 | | | 51,760 | | | |
| | b | 18 | | | | | | | | | | |
| 4.4. Überbrückungshilfe | a | 19 | | | | | | | | | | |
| | b | 20 | | | | | | | | | 6,336 | 0,200 |
| 4.6. Verbesserung des Wohnteils | a | 23 | | | | | | | | | | |
| | b | 24 | | | | | | | | | 6,645 | 0,200 |
| 4.7. Energieeinsparung | a | 25 | 25 | | | 0,775 | | 0,675 | 0,100 | | | |
| | b | 26 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 9

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr: Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 4.9. Bodenzwischen- | a | 29 | | | | | | | | | | |
| erwerb | b | 30 | | | | | | | | | | |
| 4.13. Agrarkredit- | a | 132 | 560 | | | 67,200 | | 26,320 | | | 40,880 | 5,942 |
| programm | b | 133 | | | | | | | | | | 4,758 |
| 4. Insgesamt | a | 37 | 19,616 | | | 174,910 | 1,778 | 64,564 | 59,224 | 1,964 | 40,880 | 5,942 |
| Maßnahmen 4. (einzelbetriebliche Maßnahmen) | b | 38 | | | | | | | 4,381 | 2,036 | 137,069 | 7,780 |
| **5. Marktstrukturverbesserung** | | | | | | | | | | | | |
| **5.1. Förderung einzelner Marktstrukturbereiche** | | | | | | | | | | | | |
| 5.1.1. Molkerei- | a | 39 | 5 | | | 9,000 | | 5,500 | 2,500 | | | |
| struktur | b | 40 | | | | | | | | | | |
| 5.1.2. Schlachthof- | a | 41 | | | | | | | | | | |
| struktur | b | 42 | | | | | | | | | | |
| 5.1.3. Obst und | a | 43 | 2 | | | 4,000 | | 3,000 | | | | |
| Gemüse | b | 44 | | | | | | | | | | |
| 5.1.4. Blumen und | a | 45 | | | | | | | | | | |
| Zierpflanzen | b | 46 | | | | | | | | | | |
| 5.1.5. Be- u. Verarbeitung | a | 47 | | | | | | | | | | |
| von Kartoffeln | b | 48 | | | | | | | | | | |
| 5.1.6. Seefisch- | a | 49 | | | | 0,400 | | 0,200 | 0,200 | | | |
| märkte | b | 50 | | | | | | | | | | |
| 5.1.8. Maßnahme gem. | a | 122 | 11 | | | | | | | | | |
| EG-VO-355/77 | b | 123 | | | | | | | 2,480 | | | |
| 5.1.9. Lein u. Leinfasern | a | 138 | | | | | | | | | | |
| einschl. Flachsschwinge | b | 139 | | | | | | | 0,100 | | | |
| 5.1.10. Kellereien | a | 140 | | | | | | | | | | |
| Mosel-Saar-Ruwer | b | 141 | | | | | | | | | | |
| 5.1. Insgesamt | a | 53 | 7 | | | 13,400 | | 8,700 | 2,700 | | | |
| Maßnahmen 5.1. | b | 54 | | | | | | | 2,480 | | | |

noch Übersicht 9

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr: Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **5.2. Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz** | | | | | | | | | | | | |
| 5.2.1. Start-beihilfen | a | 55 | 10 | | | 2,500 | | 2,000 | 0,500 | | | |
| | b | 56 | | | | | | | | | | |
| 5.2.2. Investitions-beihilfen | a | 57 | 5 | | | 5,520 | | 4,140 | 0,380 | | | |
| | b | 58 | | | | | | | 0,400 | | | |
| 5.2. Insgesamt | a | 67 | 15 | | | 8,020 | | 6,140 | 0,880 | | | |
| | b | 68 | | | | | | | 0,400 | | | |
| **5.3. Förderung der Vermarktung nach besond. Regeln erzeugter landw. Erzeugnisse** | | | | | | | | | | | | |
| 5.3.1. Start-beihilfen | a | 142 | | | | | | | | | | |
| | b | 143 | | | | | | | | | | |
| 5.3.2. Investitions-beihilfen | a | 144 | 5 | | | 0,160 | | 0,120 | 0,040 | | | |
| | b | 145 | | | | | | | | | | |
| 5.3. insgesamt | a | 146 | 5 | | | 0,160 | | 0,120 | 0,040 | | | |
| | b | 147 | | | | | | | | | | |
| 5. Insgesamt (Marktstruktur) | a | 126 | 27 | | | 21,580 | | 14,960 | 3,620 | | | |
| | b | 127 | | | | | | | 2,880 | | | |
| **6. Wasserwirtschaftliche u. kulturbautechn. Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 6.0. Vorarbeiten | a | 69 | | | | 0,800 | | | 0,800 | | | |
| | b | 70 | | | | | | | | | | |
| 6.1. Beseitigung naturgegebener Nachteile | a | 71 | 1 | | | 18,760 | | 3,750 | 6,677 | | | |
| | b | 72 | | | | | | | 1,656 | | | |
| 6.2. und 6.3. Ausgleich d. Wasserabflusses usw. | a | 73 | 2 | | | 15,250 | | 3,050 | 7,200 | | | |
| | b | 74 | | | | | | | 8,300 | | | |
| 6.4. Ländliche Wege | a | 75 | | | | | | | | | | |
| | b | 76 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 9

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 6.5. | Wasserversorgungs- | a | 79 | | | | 4,500 | | 2,000 | 2,500 | | | |
| | Anlagen | b | 80 | | | | | | | | | | |
| 6.6. | Abwasser- | a | 81 | | | | 11,500 | | 5,166 | 6,334 | | | |
| | Anlagen | b | 82 | | | | | | | | | | |
| 6. | Insges. Maßnahm. 6. | a | 83 | 3 | | | 50,810 | | 13,966 | 23,511 | | | |
| | (Wass.- u. Kulturbau) | b | 84 | | | | | | | 9,956 | | | |
| **7.** | **Forstliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 7.1. | Waldbauliche | a | 85 | | | | 11,000 | | 6,600 | 4,100 | | | |
| | und sonstige | b | 86 | | | | | | | 0,300 | | | |
| | forstl. Maßnahmen | | | | | | | | | | | | |
| 7.2. | Maßnahm. aufgrund | a | 134 | | | | 21,000 | | 12,600 | 8,400 | | | |
| | neuartig. Waldschäden | b | 135 | | | | | | | | | | |
| 7.3. | Forstwirtschaftliche | a | 87 | | | | 1,250 | | 0,750 | 0,500 | | | |
| | Zusammenschlüsse | b | 88 | | | | | | | | | | |
| 7.4. | Forstwirtschaftliche | a | 77 | | | | 1,750 | | 1,050 | 0,700 | | | |
| | Wege | b | 78 | | | | | | | | | | |
| 7. | Insges. Maßnahmen 7. | a | 89 | | | | 35,000 | | 21,000 | 13,700 | | | |
| | (Forstl. Maßnahmen) | b | 90 | | | | | | | 0,300 | | | |
| **8.** | **Weitere Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| **8.1.** | **Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung** | | | | | | | | | | | | |
| 8.1.1. | Milchleistungsprüf. | a | 91 | | | | 9,264 | 1,145 | 5,219 | 2,900 | | | |
| | Kontrollringe | b | 92 | | | | | | | | | | |
| 8.1.2. | Leistungsprüfungs- | a | 93 | | | | | | | | | | |
| | Anstalten | b | 94 | | | | | | | 0,100 | | | |
| 8.1. | Insgesamt | a | 95 | | | | 9,264 | 1,145 | 5,219 | 2,900 | | | |
| | Maßnahmen 8.1. | b | 96 | | | | | | | 0,100 | | | |
| | Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung | | | | | | | | | | | | |
| **8.2.** | **Maßnahmen f. landwirtschaftl. Arbeitnehmer** | | | | | | | | | | | | |
| 8.2.1. | Anpassungs- | a | 97 | | | | | | | | | | |
| | hilfe | b | 98 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 9

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 8.2.2. Landarbeiter- | a | 99 | 2 | | | 0,500 | | 0,438 | 0,022 | | | |
| Wohnungsbau | b | 100 | | | | | | | 0,028 | | | |
| 8.2. Insgesamt | a | 101 | 2 | | | 0,500 | | 0,438 | 0,022 | | | |
| Maßnahmen 8.2. | b | 102 | | | | | | | 0,028 | | | |
| (landw. Arbeitnehmer) | | | | | | | | | | | | |
| 8.3. Umstellungshilfen | a | 148 | | | | | | | | | | |
| an jüngere Land- | b | 149 | | | | | | | | | | |
| wirte bei Umschulung | | | | | | | | | | | | |
| 8. Insgesamt | a | 128 | 2 | | | 9,764 | 1,145 | 5,657 | 2,922 | | | |
| Maßnahmen 8. | b | 129 | | | | | | | 0,128 | | | |
| (weitere Maßnahmen) | | | | | | | | | | | | |
| **9. Küstenschutz** | | | | | | | | | | | | |
| 9.1. Vorarbeiten | a | 103 | | | | | | | | | | |
| | b | 104 | | | | | | | | | | |
| 9.2. Sperrwerke | a | 105 | | | | | | | | | | |
| | b | 106 | | | | | | | | | | |
| 9.3. Neubau von Schutz- | a | 107 | | | | | | | | | | |
| werken, Buhnen usw. | b | 108 | | | | | | | | | | |
| 9. Insgesamt | a | 109 | | | | | | | | | | |
| Maßnahmen 9. | b | 110 | | | | | | | | | | |
| (Küstenschutz) | | | | | | | | | | | | |
| Mittelbedarf insgesamt | a | 111 | 20 573 | | | 385,474 | 13,923 | 149,147 | 129,387 | 4,964 | 40,880 | 5,942 |
| (Maßnahmen 1. bis 9.) | b | 112 | | | | | | | 21,735 | 2,036 | 137,069 | 7,780 |
| | a+b | 113 | 20 573 | | | 385,474 | 13,923 | 149,147 | 151,122 | 7,000 | 177,949 | 13,722 |
| Bundesanteil | a | 114 | | | | | | | 77,632 | 2,978 | | 3,565 |
| | b | 115 | | | | | | | 13,041 | 1,222 | | 4,668 |
| | a+b | 116 | | | | | | | 90,673 | 4,200 | | 8,233 |
| Landesanteil | a | 117 | | | | | | | 51,755 | 1,986 | | 2,377 |
| | b | 118 | | | | | | | 8,694 | 0,814 | | 3,112 |
| | a+b | 119 | | | | | | | 60,449 | 2,800 | | 5,489 |

Übersicht 10

## Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs

— Beträge in Mio. DM —

Land: Rheinland-Pfalz
Haushaltsjahr (HJ) 1990

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 1. | **Agrarstrukturelle** | a | 1 | | | | | | | | | | |
| | **Vorplanung** | b | 2 | | | | | | | | | | |
| 2. | **Flurbereinigung** | | | | | | | | | | | | |
| 2.1. | Flurbereinigungs- | a | 3 | 178 | 42 403 | ha | 30,500 | | 7,238 | 11,122 | 0,240 | | |
| | verfahren | b | 4 | | | | | | | 4,860 | | | |
| 2.2. | Weinbergs- | a | 5 | 100 | 7 746 | ha | 37,600 | | 13,190 | 10,950 | 1,760 | | |
| | Flurbereinigungen | b | 6 | | | | | | | 4,800 | | | |
| 2.3. | Beschleunigte | a | 7 | 43 | 9 873 | ha | 5,500 | | 0,889 | 2,211 | | | |
| | Zusammenlegung | b | 8 | | | | | | | 0,957 | | | |
| 2.4. | Freiwilliger | a | 9 | 49 | 62 | ha | 0,117 | | 0,017 | 0,100 | | | |
| | Landtausch | b | 10 | | | | | | | | | | |
| 2.5. | Langfrist. Verpachtung | a | 11 | | | | | | | | | | |
| | in der Flurbereinigung | b | 12 | | | | | | | | | | |
| 2. | Insges. Maßnahmen 2. | a | 13 | 370 | 60 084 | ha | 73,717 | | 21,334 | 24,383 | 2,000 | | |
| | (Flurbereinigung) | b | 14 | | | | | | | 10,617 | | | |
| 3. | **Dorferneuerung** | a | 130 | 806 | | | 29,000 | | 19,319 | 2,181 | | | |
| | | b | 131 | | | | | | | 7,819 | | | |
| 4. | **Einzelbetriebliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 4.1. | Invest. in Betrieben | a | 15 | 550 | | | 61,085 | | 31,623 | 2,327 | | 20,000 | 0,200 |
| | mit Betr. Verb. Plan | b | 16 | | | | | | | 5,946 | 6,300 | | 9,250 |
| | u. Kooperationen | | | | | | | | | | | | |
| 4.1.1. | darunter | | | | | | | | | | | | |
| | Sonderförderung | a | 136 | 400 | | | 20,000 | | 15,146 | 1,854 | | | |
| | Junglandwirte | b | 137 | | | | | | | 2,146 | | | |
| 4.2. | Ausgleichs- | a | 17 | 12 000 | | | 50,687 | | | 50,687 | | | |
| | zulage | b | 18 | | | | | | | | | | |
| 4.4. | Überbrückungshilfe | a | 19 | | | | | | | | | | |
| | | b | 20 | | | | | | | | | | 0,300 |
| 4.6. | Verbesserung | a | 23 | | | | | | | | | | |
| | des Wohnteils | b | 24 | | | | | | | | | | 0,250 |
| 4.7. | Energie- | a | 25 | 20 | | | 0,500 | | 0,400 | 0,100 | | | |
| | einsparung | b | 26 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 10

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr: Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 4.9. | Bodenzwischen- | a | 29 | | | | | | | | | | |
| | erwerb | b | 30 | | | | | | | | | | |
| 4.13. | Agrarkredit- | a | 132 | 200 | | | 20,000 | | 7,585 | | | 9,700 | 0,840 |
| | programm | b | 133 | | | | | | | | | | 1,660 |
| 4. | Insgesamt | a | 37 | 12 770 | | | 132,272 | | 39,608 | 53,114 | | 29,700 | 1,040 |
| | Maßnahmen 4. (einzelbetriebliche Maßnahmen) | b | 38 | | | | | | | 5,946 | 6,300 | | 11,460 |
| 5. | **Marktstrukturverbesserung** | | | | | | | | | | | | |
| 5.1. | **Förderung einzelner Marktstrukturbereiche** | | | | | | | | | | | | |
| 5.1.1. | Molkerei- | a | 39 | 1 | | | 0,080 | | 0,040 | 0,040 | | | |
| | struktur | b | 40 | | | | | | | | | | |
| 5.1.2. | Schlachthof- | a | 41 | | | | | | | | | | |
| | struktur | b | 42 | | | | | | | | | | |
| 5.1.3. | Obst und | a | 43 | | | | | | | | | | |
| | Gemüse | b | 44 | | | | | | | | | | |
| 5.1.4. | Blumen und | a | 45 | | | | | | | | | | |
| | Zierpflanzen | b | 46 | | | | | | | | | | |
| 5.1.5. | Be- u. Verarbeitung | a | 47 | 1 | | | 10,000 | | 7,500 | 2,500 | | | |
| | von Kartoffeln | b | 48 | | | | | | | | | | |
| 5.1.6. | Seefisch- | a | 49 | | | | | | | | | | |
| | märkte | b | 50 | | | | | | | | | | |
| 5.1.8. | Maßnahme gem. | a | 122 | 7 | | | 8,100 | | 4,250 | 0,750 | | | |
| | EG-VO-355/77 | b | 123 | | | | | | | 0,550 | | | |
| 5.1.9. | Lein u. Leinfasern | a | 138 | | | | | | | | | | |
| | einschl. Flachsschwinge | b | 139 | | | | | | | 0,300 | | | |
| 5.1.10 | Kellereien | a | 140 | | | | | | | | | | |
| | Mosel–Saar–Ruwer | b | 141 | | | | | | | | | | |
| 5.1. | Insgesamt | a | 53 | 9 | | | 18,180 | | 11,790 | 3,290 | | | |
| | Maßnahmen 5.1. | b | 54 | | | | | | | 0,850 | | | |

noch Übersicht 10

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **5.2. Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz** | | | | | | | | | | | | |
| 5.2.1. Startbeihilfen | a | 55 | 3 | | | 0,900 | | 0,550 | 0,350 | | | |
| | b | 56 | | | | | | | | | | |
| 5.2.2. Investitionsbeihilfen | a | 57 | 8 | | | 12,875 | | 7,700 | 2,050 | | | |
| | b | 58 | | | | | | | 1,760 | | | |
| 5.2. Insgesamt | a | 67 | 11 | | | 13,775 | | 8,250 | 2,400 | | | |
| | b | 68 | | | | | | | 1,760 | | | |
| **5.3. Förderung der Vermarktung nach besond. Regeln erzeugter landw. Erzeugnisse** | | | | | | | | | | | | |
| 5.3.1. Startbeihilfen | a | 142 | | | | | | | | | | |
| | b | 143 | | | | | | | | | | |
| 5.3.2. Investitionsbeihilfen | a | 144 | | | | | | | | | | |
| | b | 145 | | | | | | | | | | |
| 5.3. insgesamt | a | 146 | | | | | | | | | | |
| | b | 147 | | | | | | | | | | |
| 5. Insgesamt (Marktstruktur) | a | 126 | 20 | | | 31,955 | | 20,040 | 5,690 | | | |
| | b | 127 | | | | | | | 2,610 | | | |
| **6. Wasserwirtschaftliche u. kulturbautechn. Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 6.0. Vorarbeiten | a | 69 | 2 | | | 1,000 | | | 1,000 | | | |
| | b | 70 | | | | | | | | | | |
| 6.1. Beseitigung naturgegebener Nachteile | a | 71 | 2 | | | 8,200 | | 3,700 | 3,000 | | | |
| | b | 72 | | | | | | | | | | |
| 6.2. und 6.3. Ausgleich d. Wasserabflusses usw. | a | 73 | 8 | | | 15,500 | | 4,700 | 6,000 | | | |
| | b | 74 | | | | | | | 2,300 | | | |
| 6.4. Ländliche Wege | a | 75 | 87 | | | 13,900 | | 9,231 | 1,669 | | | |
| | b | 76 | | | | | | | 2,331 | | | |

noch Übersicht 10

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 6.5. | Wasserversorgungs- | a | 79 | 6 | | | 26,300 | 13,150 | | 4,000 | | | |
| | Anlagen | b | 80 | | | | | | | 7,900 | | | |
| 6.6. | Abwasser- | a | 81 | 12 | | | 43,600 | 21,800 | | 5,000 | | | |
| | Anlagen | b | 82 | | | | | | | 13,800 | | | |
| 6. | Insges. Maßnahm. 6. | a | 83 | 117 | | | 108,500 | 34,950 | 17,631 | 20,669 | | | |
| | (Wass.- u. Kulturbau) | b | 84 | | | | | | | 26,331 | | | |
| **7.** | **Forstl. Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 7.1. | Waldbauliche | a | 85 | 1 350 | | | 17,800 | | 9,100 | 7,200 | | | |
| | und sonstige | b | 86 | | | | | | | 1,500 | | | |
| | forstl. Maßnahmen | | | | | | | | | | | | |
| 7.2. | Maßnahm. aufgrund | a | 134 | 1 800 | | | 15,800 | | 8,300 | 1,500 | | | |
| | neuartig. Waldschäden | b | 135 | | | | | | | 6,000 | | | |
| 7.3. | Forstwirtschaftliche | a | 87 | 39 | | | 0,610 | | 0,410 | 0,200 | | | |
| | Zusammenschlüsse | b | 88 | | | | | | | | | | |
| 7.4. | Forstwirtschaftliche | a | 77 | 23 | | | 3,250 | | 2,250 | | | | |
| | Wege | b | 78 | | | | | | | 1,000 | | | |
| 7. | Insges. Maßnahmen 7. | a | 89 | 3 212 | | | 37,460 | | 20,060 | 8,900 | | | |
| | (Forstl. Maßnahmen) | b | 90 | | | | | | | 8,500 | | | |
| **8.** | **Weitere Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| **8.1.** | **Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung** | | | | | | | | | | | | |
| 8.1.1. | Milchleistungsprüf. | a | 91 | 3 | | | 7,155 | | 5,155 | 2,000 | | | |
| | Kontrollringe | b | 92 | | | | | | | | | | |
| 8.1.2. | Leistungsprüfungs- | a | 93 | | | | | | | | | | |
| | Anstalten | b | 94 | | | | | | | | | | |
| 8.1. | Insgesamt | a | 95 | 3 | | | 7,155 | | 5,155 | 2,000 | | | |
| | Maßnahmen 8.1. | b | 96 | | | | | | | | | | |
| | (Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung) | | | | | | | | | | | | |
| **8.2.** | **Maßnahmen f. landwirtschaftl. Arbeitnehmer** | | | | | | | | | | | | |
| 8.2.1. | Anpassungs- | a | 97 | | | | | | | | | | |
| | hilfe | b | 98 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 10

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 8.2.2. Landarbeiter- | a | 99 | 3 | | | 0,412 | | 0,150 | 0,150 | | | |
| Wohnungsbau | b | 100 | | | | | | | | | | |
| 8.2. Insgesamt | a | 101 | 3 | | | 0,412 | | 0,150 | 0,150 | | | |
| Maßnahmen 8.2. (landw. Arbeitnehmer) | b | 102 | | | | | | | | | | |
| 8.3. Umstellungshilfen | a | 148 | 12 | | | 0,200 | | | 0,200 | | | |
| an jüngere Landwirte bei Umschulung | b | 149 | | | | | | | | | | |
| 8. Insgesamt | a | 128 | 18 | | | 7,767 | | 5,305 | 2,350 | | | |
| Maßnahmen 8. (weitere Maßnahm.) | b | 129 | | | | | | | | | | |
| **9. Küstenschutz** | | | | | | | | | | | | |
| 9.1. Vorarbeiten | a | 103 | | | | | | | | | | |
| | b | 104 | | | | | | | | | | |
| 9.2. Sperrwerke | a | 105 | | | | | | | | | | |
| | b | 106 | | | | | | | | | | |
| 9.3. Neubau von Schutz- | a | 107 | | | | | | | | | | |
| werken, Buhnen usw. | b | 108 | | | | | | | | | | |
| 9. Insgesamt | a | 109 | | | | | | | | | | |
| Maßnahmen 9. (Küstenschutz) | b | 110 | | | | | | | | | | |
| Mittelbedarf insgesamt | a | 111 | 17 313 | | | 420,671 | 34,950 | 143,297 | 117,287 | 2,000 | 29,700 | 1,040 |
| (Maßnahmen 1. bis 9.) | b | 112 | | | | | | | 61,823 | 6,300 | | 11,460 |
| | a+b | 113 | 17 313 | | | 420,671 | 34,950 | 143,297 | 179,110 | 8,300 | 29,700 | 12,500 |
| Bundesanteil | a | 114 | | | | | | | 70,372 | 1,200 | | 0,624 |
| | b | 115 | | | | | | | 37,094 | 3,780 | | 6,876 |
| | a+b | 116 | | | | | | | 107,466 | 4,980 | | 7,500 |
| Landesanteil | a | 117 | | | | | | | 46,915 | 0,800 | | 0,416 |
| | b | 118 | | | | | | | 24,729 | 2,520 | | 4,584 |
| | a+b | 119 | | | | | | | 71,644 | 3,320 | | 5,000 |

Übersicht 11

## Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs

— Beträge in Mio. DM —

Land: Baden-Württemberg
Haushaltsjahr (HJ) 1990

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **1. Agrarstrukturelle** | a | 1 | 3 | 10 000 | ha | 0,200 | | | 0,100 | | | |
| **Vorplanung** | b | 2 | | | | | | | 0,100 | | | |
| **2. Flurbereinigung** | | | | | | | | | | | | |
| 2.1. Flurbereinigungs- | a | 3 | 30 | 16 835 | ha | 68,900 | 6,500 | 15,800 | 5,000 | | | |
| verfahren | b | 4 | | | | | | | 35,200 | | 0,160 | 0,008 |
| 2.2. Weinbergs- | a | 5 | 11 | 331 | ha | 19,700 | 0,950 | 4,500 | 1,400 | | | |
| Flurbereinigungen | b | 6 | | | | | | | 10,100 | | 0,060 | 0,003 |
| 2.3. Beschleunigte | a | 7 | 10 | 9 943 | ha | 9,764 | | 2,335 | 0,679 | | | |
| Zusammenlegung | b | 8 | | | | | | | 5,009 | | 0,020 | 0,001 |
| 2.4. Freiwilliger | a | 9 | | | | 0,160 | 0,050 | 0,010 | 0,100 | | | |
| Landtausch | b | 10 | | | | | | | | | | |
| 2.5. Langfrist. Verpachtung | a | 11 | | | | | | | | | | |
| in der Flurbereinigung | b | 12 | | | | | | | | | | |
| 2. Insges. Maßnahmen 2. | a | 13 | 51 | 27 109 | ha | 98,524 | 7,500 | 22,645 | 7,179 | | | |
| (Flurbereinigung) | b | 14 | | | | | | | 50,309 | | 0,240 | 0,012 |
| **3. Dorferneuerung** | a | 130 | 100 | | | 12,500 | | 7,500 | | | | |
| | b | 131 | | | | | | | 4,500 | | | |
| **4. Einzelbetriebliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 4.1. Invest. in Betrieben | a | 15 | 1 000 | | | 117,750 | 5,400 | 35,750 | 4,100 | | 45,000 | 0,500 |
| mit Betr. Verb. Plan u. Kooperationen | b | 16 | | | | | | | 12,500 | 10,850 | 446,000 | 20,050 |
| 4.1.1. darunter Sonderförderung | a | 136 | 650 | | | 22,750 | | 13,750 | 3,700 | | | |
| Junglandwirte | b | 137 | | | | | | | 6,900 | | | |
| 4.2. Ausgleichs- | a | 17 | 44 000 | | | 126,000 | | | 126,000 | | | |
| zulage | b | 18 | | | | | | | | | | |
| 4.4. Überbrückungshilfe | a | 19 | | | | | | | | | | |
| | b | 20 | | | | | | | | | 12,800 | 0,510 |
| 4.6. Verbesserung | a | 23 | | | | | | | | | | |
| des Wohnteils | b | 24 | | | | | | | | | 25,000 | 0,920 |
| 4.7. Energie- | a | 25 | 150 | | | 4,100 | | 3,200 | 0,200 | | | |
| einsparung | b | 26 | | | | | | | 0,350 | | | |

noch Übersicht 11

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 4.9. | Bodenzwischen- | a | 29 | 10 | | | 2,200 | | 0,200 | | | 2,000 | 0,020 |
| | erwerb | b | 30 | | | | | | | | | 10,200 | 0,520 |
| 4.13. | Agrarkredit- | a | 132 | 650 | | | 57,800 | | 17,300 | | | 40,500 | |
| | programm | b | 133 | | | | | | | | | 31,100 | 7,480 |
| 4. | Insgesamt | a | 37 | 45 810 | | | 307,850 | 5,400 | 56,450 | 130,300 | | 87,500 | 0,520 |
| | Maßnahmen 4. (einzelbetriebliche Maßnahmen) | b | 38 | | | | | | | 12,850 | 10,850 | 525,100 | 29,480 |
| **5.** | **Marktstruktur-verbesserung** | | | | | | | | | | | | |
| **5.1.** | **Förderung einzelner Marktstrukturbereiche** | | | | | | | | | | | | |
| 5.1.1. | Molkerei- | a | 39 | 6 | | | 18,000 | | 10,800 | 0,610 | | | |
| | struktur | b | 40 | | | | | | | 0,996 | | | |
| 5.1.2. | Schlachthof- | a | 41 | | | | | | | | | | |
| | struktur | b | 42 | | | | | | | | | | |
| 5.1.3. | Obst und | a | 43 | 10 | | | 11,150 | | 8,920 | | | | |
| | Gemüse | b | 44 | | | | | | | 1,601 | | | |
| 5.1.4. | Blumen und | a | 45 | 2 | | | 0,900 | | 0,720 | | | | |
| | Zierpflanzen | b | 46 | | | | | | | 3,985 | | | |
| 5.1.5. | Be- u. Verarbeitung | a | 47 | | | | | | | | | | |
| | von Kartoffeln | b | 48 | | | | | | | | | | |
| 5.1.6. | Seefisch- | a | 49 | | | | | | | | | | |
| | märkte | b | 50 | | | | | | | | | | |
| 5.1.8. | Maßnahme gem. | a | 122 | 6 | | | 7,900 | | 6,320 | | | | |
| | EG-VO-355/77 | b | 123 | | | | | | | 8,392 | | | |
| 5.1.9. | Lein u. Leinfasern | a | 138 | | | | | | | | | | |
| | einschl. Flachsschwinge | b | 139 | | | | | | | | | | |
| 5.1.10. | Kellereien | a | 140 | | | | | | | | | | |
| | Mosel-Saar-Ruwer | b | 141 | | | | | | | | | | |
| 5.1. | Insgesamt | a | 53 | 24 | | | 37,950 | | 26,760 | 0,610 | | | |
| | Maßnahmen 5.1. | b | 54 | | | | | | | 14,974 | | | |

noch Übersicht 11

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **5.2. Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz** | | | | | | | | | | | | |
| 5.2.1. Start- | a | 55 | 5 | | | 4,300 | | 2,800 | | | | |
| beihilfen | b | 56 | | | | | | | 1,100 | | | |
| 5.2.2. Investitions- | a | 57 | 12 | | | 8,600 | | 6,880 | | | | |
| beihilfen | b | 58 | | | | | | | 2,316 | | | |
| 5.2. Insgesamt | a | 67 | 17 | | | 12,900 | | 9,680 | | | | |
| | b | 68 | | | | | | | 3,416 | | | |
| **5.3. Förderung der Vermarktung nach besond. Regeln erzeugter landw. Erzeugnisse** | | | | | | | | | | | | |
| 5.3.1. Start- | a | 142 | | 6 | | | 2,800 | | 1,100 | 0,200 | | |
| beihilfen | b | 143 | | | | | | | | | | |
| 5.3.2. Investitions- | a | 144 | 5 | | | 6,000 | | 4,500 | 0,300 | | | |
| beihilfen | b | 145 | | | | | | | | | | |
| 5.3. insgesamt | a | 146 | 11 | | | 8,800 | | 5,600 | 0,500 | | | |
| | b | 147 | | | | | | | | | | |
| 5. Insgesamt | a | 126 | 52 | | | 59,650 | | 42,040 | 1,110 | | | |
| (Marktstruktur) | b | 127 | | | | | | | 18,390 | | | |
| **6. Wasserwirtschaftliche u. kulturbautechnische Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 6.0. Vorarbeiten | a | 69 | | | | 0,400 | | | 0,400 | | | |
| | b | 70 | | | | | | | | | | |
| 6.1. Beseitigung naturgegebener | a | 71 | | | | 2,600 | | 1,510 | 1,090 | | | |
| Nachteile | b | 72 | | | | | | | | | 0,250 | 0,010 |
| 6.2. und 6.3. Ausgleich d. | a | 73 | 19 | | | 25,000 | | 10,000 | | | | |
| Wasserabflusses usw. | b | 74 | | | | | | | 13,500 | | | |
| 6.4. Ländliche | a | 75 | 20 | | | 20,000 | | 10,000 | | | | |
| Wege | b | 76 | | | | | | | 9,920 | | 2,000 | 0,080 |

noch Übersicht 11

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 6.5. | Wasserversorgungs- | a | 79 | 40 | | | 45,890 | | 30,290 | 0,600 | | | |
| | Anlagen | b | 80 | | | | | | | 15,400 | | | |
| 6.6. | Abwasser- | a | 81 | 37 | | | 70,750 | | 37,500 | 6,250 | | | |
| | Anlagen | b | 82 | | | | | | | 22,750 | | | |
| 6. | Insges. Maßnahm. 6. | a | 83 | 116 | | | 164,640 | | 89,300 | 8,340 | | | |
| | (Wass.- u. Kulturbau) | b | 84 | | | | | | | 61,570 | | 2,250 | 0,090 |
| **7.** | **Forstliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 7.1. | Waldbauliche | a | 85 | 600 | | | 6,460 | | 3,270 | 3,190 | | | |
| | und sonstige forstl. Maßnahmen | b | 86 | | | | | | | | | | |
| 7.2. | Maßnahm. aufgrund | a | 134 | 1 400 | | | 44,600 | | 19,250 | 20,350 | | | |
| | neuartig. Waldschäden | b | 135 | | | | | | | 4,460 | | | |
| 7.3. | Forstwirtschaftliche | a | 87 | 40 | | | 0,420 | | 0,220 | | | | |
| | Zusammenschlüsse | b | 88 | | | | | | | 0,150 | | | |
| 7.4. | Forstwirtschaftliche | a | 77 | 30 | | | 1,700 | | 0,900 | | | | |
| | Wege | b | 78 | | | | | | | 0,600 | | | |
| 7. | Insges. Maßnahmen 7. | a | 89 | 2 070 | | | 53,180 | | 23,640 | 23,540 | | | |
| | (Forstl. Maßnahmen) | b | 90 | | | | | | | 5,210 | | | |
| **8.** | **Weitere Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| **8.1.** | **Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung** | | | | | | | | | | | | |
| 8.1.1. | Milchleistungsprüf. | a | 91 | | | | 19,174 | 0,860 | 11,014 | 7,300 | | | |
| | Kontrollringe | b | 92 | | | | | | | | | | |
| 8.1.2. | Leistungsprüfungs- | a | 93 | | | | | | | | | | |
| | Anstalten | b | 94 | | | | | | | | | | |
| 8.1. | Insgesamt | a | 95 | | | | 19,174 | 0,860 | 11,014 | 7,300 | | | |
| | Maßnahmen 8.1. Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung | b | 96 | | | | | | | | | | |
| **8.2.** | **Maßnahmen f. landwirtschaftl. Arbeitnehmer** | | | | | | | | | | | | |
| 8.2.1. | Anpassungs- | a | 97 | | | | | | | | | | |
| | hilfe | b | 98 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 11

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 8.2.2. | Landarbeiter- | a | 99 | | | | | | | | | | |
| | Wohnungsbau | b | 100 | | | | | | | | | | |
| 8.2. | Insgesamt | a | 101 | | | | | | | | | | |
| | Maßnahmen 8.2. | b | 102 | | | | | | | | | | |
| | (landw. Arbeitnehmer) | | | | | | | | | | | | |
| 8.3. | Umstellungshilfen | a | 148 | 50 | | | 1,203 | | | 0,403 | | | |
| | an jüngere Land- | b | 149 | | | | | | | | | | |
| | wirte bei Umschulung | | | | | | | | | | | | |
| 8. | Insgesamt | a | 128 | 50 | | | 20,377 | 0,860 | 11,014 | 7,703 | | | |
| | Maßnahmen 8. | b | 129 | | | | | | | | | | |
| | (weitere Maßnahmen) | | | | | | | | | | | | |
| **9.** | **Küstenschutz** | | | | | | | | | | | | |
| 9.1. | Vorarbeiten | a | 103 | | | | | | | | | | |
| | | b | 104 | | | | | | | | | | |
| 9.2. | Sperrwerke | a | 105 | | | | | | | | | | |
| | | b | 106 | | | | | | | | | | |
| 9.3. | Neubau von Schutz- | a | 107 | | | | | | | | | | |
| | werken, Buhnen usw. | b | 108 | | | | | | | | | | |
| 9. | Insgesamt | a | 109 | | | | | | | | | | |
| | Maßnahmen 9. | b | 110 | | | | | | | | | | |
| | (Küstenschutz) | | | | | | | | | | | | |
| Mittelbedarf insgesamt | | a | 111 | 48 251 | | | 716,921 | 13,760 | 252,589 | 178,272 | | 87,500 | 0,520 |
| (Maßnahmen 1. bis 9.) | | b | 112 | | | | | | | 152,929 | 10,850 | 527,590 | 29,582 |
| | | a+b | 113 | 48 251 | | | 716,921 | 13,760 | 252,589 | 331,201 | 10,850 | 615,090 | 30,102 |
| Bundesanteil | | a | 114 | | | | | | | 106,963 | | | 0,312 |
| | | b | 115 | | | | | | | 91,758 | 6,510 | | 17,749 |
| | | a+b | 116 | | | | | | | 198,721 | 6,510 | | 18,061 |
| Landesanteil | | a | 117 | | | | | | | 71,309 | | | 0,208 |
| | | b | 118 | | | | | | | 61,171 | 4,340 | | 11,833 |
| | | a+b | 119 | | | | | | | 132,480 | 4,340 | | 12,041 |

Übersicht 12

## Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs

— Beträge in Mio. DM —

Land: Bayern
Haushaltsjahr (HJ) 1990

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **1.** | **Agrarstrukturelle Vorplanung** | a | 1 | 5 | 40 000 | ha | 0,335 | | 0,035 | | | | |
| | | b | 2 | | | | | | | 0,300 | | | |
| **2.** | **Flurbereinigung** | | | | | | | | | | | | |
| 2.1. | Flurbereinigungsverfahren | a | 3 | 60 | 55 000 | ha | 214,000 | 16,200 | 32,600 | 11,200 | | | |
| | | b | 4 | | | | | | | 153,500 | | | 1,300 |
| 2.2. | Weinbergs-Flurbereinigungen | a | 5 | 1 | 80 | ha | 7,000 | | 2,000 | | | | |
| | | b | 6 | | | | | | | 4,000 | | | 0,100 |
| 2.3. | Beschleunigte Zusammenlegung | a | 7 | 10 | 2 500 | ha | 2,500 | | 0,700 | 0,800 | | | |
| | | b | 8 | | | | | | | 1,000 | | | |
| 2.4. | Freiwilliger Landtausch | a | 9 | 70 | 200 | ha | 0,240 | | 0,040 | | | | |
| | | b | 10 | | | | | | | 0,200 | | | |
| 2.5. | Langfrist. Verpachtung in der Flurbereinigung | a | 11 | | | | | | | | | | |
| | | b | 12 | | | | | | | | | | |
| 2. | Insges. Maßnahmen 2. (Flurbereinigung) | a | 13 | 141 | 57 780 | ha | 223,740 | 16,200 | 35,340 | 12,000 | | | |
| | | b | 14 | | | | | | | 158,700 | | | 1,400 |
| **3.** | **Dorferneuerung** | a | 130 | | | | | | | | | | |
| | | b | 131 | | | | | | | | | | |
| **4.** | **Einzelbetriebliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 4.1. | Invest. in Betrieben mit Betr. Verb. Plan u. Kooperationen | a | 15 | 2 700 | | | 374,000 | | 230,800 | 11,800 | 2,400 | 75,000 | 1,000 |
| | | b | 16 | | | | | | | 26,800 | 23,600 | | 39,000 |
| 4.1.1. | darunter Sonderförderung Junglandwirte | a | 136 | | | | | | | | | | |
| | | b | 137 | | | | | | | | | | |
| 4.2. | Ausgleichszulage | a | 17 | 110 000 | | | 297,500 | | | 297,500 | | | |
| | | b | 18 | | | | | | | | | | |
| 4.4. | Überbrückungshilfe | a | 19 | | | | | | | | | | |
| | | b | 20 | | | | | | | | | | |
| 4.6. | Verbesserung des Wohnteils | a | 23 | | | | | | | | | | |
| | | b | 24 | | | | | | | | | | |
| 4.7. | Energieeinsparung | a | 25 | 1 000 | | | 15,000 | | 12,000 | 3,000 | | | |
| | | b | 26 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 12

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr: Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 4.9. | Bodenzwischen- | a | 29 | | | | | | | | | | |
| | erwerb | b | 30 | | | | | | | | | | |
| 4.13. | Agrarkredit- | a | 132 | | | | | | | | | | |
| | programm | b | 133 | | | | | | | | | | |
| 4. | Insgesamt | a | 37 | 113 700 | | | 686,500 | | 242,800 | 312,300 | 2,400 | 75,000 | 1,000 |
| | Maßnahmen 4. (einzelbetriebliche Maßnahmen) | b | 38 | | | | | | | 26,800 | 23,600 | | 39,000 |
| **5.** | **Marktstrukturverbesserung** | | | | | | | | | | | | |
| **5.1.** | **Förderung einzelner Marktstrukturbereiche** | | | | | | | | | | | | |
| 5.1.1. | Molkerei- | a | 39 | 90 | | | 3,500 | | | 3,500 | | | |
| | struktur | b | 40 | | | | | | | 0,500 | | | |
| 5.1.2. | Schlachthof- | a | 41 | | | | | | | | | | |
| | struktur | b | 42 | | | | | | | | | | |
| 5.1.3. | Obst und | a | 43 | 8 | | | 11,700 | | 8,775 | 0,925 | | | |
| | Gemüse | b | 44 | | | | | | | 1,675 | | | |
| 5.1.4. | Blumen und | a | 45 | | | | | | | | | | |
| | Zierpflanzen | b | 46 | | | | | | | | | | |
| 5.1.5. | Be- u. Verarbeitung | a | 47 | 3 | | | 8,500 | | 6,441 | 1,059 | | | |
| | von Kartoffeln | b | 48 | | | | | | | 1,941 | | | |
| 5.1.6. | Seefisch- | a | 49 | | | | | | | | | | |
| | märkte | b | 50 | | | | | | | | | | |
| 5.1.8. | Maßnahme gem. | a | 122 | 4 | | | 50,000 | 7,500 | 32,500 | | | | |
| | EG-VO-355/77 | b | 123 | | | | | | | 8,100 | | | |
| 5.1.9. | Lein u. Leinfasern | a | 138 | 1 | | | 14,000 | | 7,000 | 3,660 | | | |
| | einschl. Flachsschwinge | b | 139 | | | | | | | | | | |
| 5.1.10. | Kellereien | a | 140 | | | | | | | | | | |
| | Mosel–Saar–Ruwer | b | 141 | | | | | | | | | | |
| 5.1. | Insgesamt | a | 53 | 106 | | | 87,700 | 7,500 | 54,716 | 9,144 | | | |
| | Maßnahmen 5.1. | b | 54 | | | | | | | 12,216 | | | |

noch Übersicht 12

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **5.2. Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz** | | | | | | | | | | | | |
| 5.2.1. Start- | a | 55 | 42 | | | 6,600 | | 4,580 | 1,020 | | | |
| beihilfen | b | 56 | | | | | | | 0,810 | | | |
| 5.2.2. Investitions- | a | 57 | 11 | | | 14,400 | | 10,893 | 1,107 | | | |
| beihilfen | b | 58 | | | | | | | 2,643 | | | |
| 5.2. Insgesamt | a | 67 | 53 | | | 21,000 | | 15,473 | 2,127 | | | |
| | b | 68 | | | | | | | 3,453 | | | |
| **5.3. Förderung der Vermarktung nach besond. Regeln erzeugter landw. Erzeugnisse** | | | | | | | | | | | | |
| 5.3.1. Start- | a | 142 | 150 | | | 6,000 | | 2,400 | 1,340 | | | |
| beihilfen | b | 143 | | | | | | | | | | |
| 5.3.2. Investitions- | a | 144 | 100 | | | 28,000 | | 21,000 | 1,000 | | | |
| beihilfen | b | 145 | | | | | | | | | | |
| 5.3. insgesamt | a | 146 | 250 | | | 34,000 | | 23,400 | 2,340 | | | |
| | b | 147 | | | | | | | | | | |
| 5. Insgesamt | a | 126 | 409 | | | 142,700 | 7,500 | 93,589 | 13,611 | | | |
| (Marktstruktur) | b | 127 | | | | | | | 15,669 | | | |
| **6. Wasserwirtschaftliche u. kulturbautechn. Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 6.0. Vorarbeiten | a | 69 | 12 | | | 2,000 | | | | | | |
| | b | 70 | | | | | | | 2,000 | | | |
| 6.1. Beseitigung natur- | a | 71 | | | | | | | | | | |
| gegebener Nachteile | b | 72 | | | | | | | | | | |
| 6.2. und 6.3. Ausgleich d. | a | 73 | 80 | | | 58,000 | | 9,500 | 10,500 | | | |
| Wasserabflusses usw. | b | 74 | | | | | | | 33,000 | | | 0,700 |
| 6.4. Ländliche | a | 75 | 25 | | | 4,800 | | 1,300 | 0,500 | | | |
| Wege | b | 76 | | | | | | | 3,000 | | | 1,600 |

noch Übersicht 12

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 6.5. Wasserversorgungs- | a | 79 | 2 | | | 1,200 | | 0,200 | 1,000 | | | |
| Anlagen | b | 80 | | | | | | | | | | 1,000 |
| 6.6. Abwasser- | a | 81 | | | | | | | | | | |
| Anlagen | b | 82 | | | | | | | | | | 4,300 |
| 6. Insges. Maßnahm. 6. | a | 83 | 119 | | | 66,000 | | 11,000 | 12,000 | | | |
| (Wass.- u. Kulturbau) | b | 84 | | | | | | | 38,000 | | | 7,600 |
| **7. Forstliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 7.1. Waldbauliche | a | 85 | 15 000 | | | 22,000 | | 10,900 | 7,500 | | | |
| und sonstige forstl. Maßnahmen | b | 86 | | | | | | | 4,500 | | | |
| 7.2. Maßnahm. aufgrund | a | 134 | 5 000 | | | 17,000 | | 8,200 | 6,600 | | | |
| neuartig. Waldschäden | b | 135 | | | | | | | 3,000 | | | |
| 7.3. Forstwirtschaftliche | a | 87 | 140 | | | 1,000 | | 0,600 | 0,200 | | | |
| Zusammenschlüsse | b | 88 | | | | | | | 0,200 | | | |
| 7.4. Forstwirtschaftliche | a | 77 | 170 | | | 15,600 | | 3,600 | 6,000 | | | |
| Wege | b | 78 | | | | | | | 4,000 | | | 0,098 |
| 7. Insges. Maßnahmen 7. | a | 89 | 20 310 | | | 55,600 | | 23,300 | 20,300 | | | |
| (Forstl. Maßnahmen) | b | 90 | | | | | | | 11,700 | | | 0,098 |
| **8. Weitere Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| **8.1. Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung** | | | | | | | | | | | | |
| 8.1.1. Milchleistungsprüf. | a | 91 | | | | | | | | | | |
| Kontrollringe | b | 92 | | | | | | | | | | |
| 8.1.2. Leistungsprüfungs- | a | 93 | 1 | | | 1,300 | | | 1,300 | | | |
| Anstalten | b | 94 | | | | | | | | | | |
| 8.1. Insgesamt | a | 95 | 1 | | | 1,300 | | | 1,300 | | | |
| Maßnahmen 8.1. Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung | b | 96 | | | | | | | | | | |
| **8.2. Maßnahmen f. landwirtschaftl. Arbeitnehmer** | | | | | | | | | | | | |
| 8.2.1. Anpassungs- | a | 97 | 35 | | | 0,093 | | | 0,093 | | | |
| hilfe | b | 98 | | | | | | | 0,007 | | | |

noch Übersicht 12

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 8.2.2. Landarbeiter- | a | 99 | 6 | | | 0,900 | 0,150 | 0,450 | | | | |
| Wohnungsbau | b | 100 | | | | | | | 0,300 | | | |
| 8.2. Insgesamt | a | 101 | 41 | | | 0,993 | 0,150 | 0,450 | 0,093 | | | |
| Maßnahmen 8.2. | b | 102 | | | | | | | 0,307 | | | |
| (landw. Arbeitnehmer) | | | | | | | | | | | | |
| 8.3. Umstellungshilfen | a | 148 | 280 | | | 9,000 | | | 1,800 | | | |
| an jüngere Land- | b | 149 | | | | | | | | | | |
| wirte bei Umschulung | | | | | | | | | | | | |
| 8. Insgesamt | a | 128 | 322 | | | 11,293 | 0,150 | 0,450 | 3,193 | | | |
| Maßnahmen 8. | b | 129 | | | | | | | 0,307 | | | |
| (weitere Maßnahm.) | | | | | | | | | | | | |
| **9. Küstenschutz** | | | | | | | | | | | | |
| 9.1. Vorarbeiten | a | 103 | | | | | | | | | | |
| | b | 104 | | | | | | | | | | |
| 9.2. Sperrwerke | a | 105 | | | | | | | | | | |
| | b | 106 | | | | | | | | | | |
| 9.3. Neubau von Schutz- | a | 107 | | | | | | | | | | |
| werken, Buhnen usw. | b | 108 | | | | | | | | | | |
| 9. Insgesamt | a | 109 | | | | | | | | | | |
| Maßnahmen 9. | b | 110 | | | | | | | | | | |
| (Küstenschutz) | | | | | | | | | | | | |
| Mittelbedarf insgesamt | a | 111 | 135 006 | | | 1 186,168 | 23,850 | 406,514 | 373,404 | 2,400 | 75,000 | 1,000 |
| (Maßnahmen 1. bis 9.) | b | 112 | | | | | | | 251,476 | 23,600 | | 48,098 |
| | a+b | 113 | 135 006 | | | 1 186,168 | 23,850 | 406,514 | 624,880 | 26,000 | 75,000 | 49,098 |
| Bundesanteil | a | 114 | | | | | | | 224,042 | 1,440 | | 0,600 |
| | b | 115 | | | | | | | 150,886 | 14,160 | | 28,859 |
| | a+b | 116 | | | | | | | 374,928 | 15,600 | | 29,459 |
| Landesanteil | a | 117 | | | | | | | 149,362 | 0,960 | | 0,400 |
| | b | 118 | | | | | | | 100,590 | 9,440 | | 19,239 |
| | a+b | 119 | | | | | | | 249,952 | 10,400 | | 19,639 |

Übersicht 13

## Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs

— Beträge in Mio. DM —

Land: Saarland
Haushaltsjahr (HJ) 1990

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **1. Agrarstrukturelle Vorplanung** | a | 1 | 1 | 3 800 | ha | 0,100 | | | 0,100 | | | |
| | b | 2 | | | | | | | | | | |
| **2. Flurbereinigung** | | | | | | | | | | | | |
| 2.1. Flurbereinigungsverfahren | a | 3 | 16 | 13 950 | ha | 3,990 | | 0,665 | 0,200 | | | |
| | b | 4 | | | | | | | 2,500 | 0,850 | | |
| 2.2. Weinbergs-Flurbereinigungen | a | 5 | | | | | | | | | | |
| | b | 6 | | | | | | | | | | |
| 2.3. Beschleunigte Zusammenlegung | a | 7 | 20 | 10 000 | ha | 2,095 | | 0,349 | 0,046 | | | |
| | b | 8 | | | | | | | 1,200 | 0,450 | | 0,010 |
| 2.4. Freiwilliger Landtausch | a | 9 | | | | | | | | | | |
| | b | 10 | | | | | | | | | | |
| 2.5. Langfrist. Verpachtung in der Flurbereinigung | a | 11 | | | | | | | | | | |
| | b | 12 | | | | | | | | | | |
| 2. Insges. Maßnahmen 2. (Flurbereinigung) | a | 13 | 36 | 23 950 | ha | 6,085 | | 1,014 | 0,246 | | | |
| | b | 14 | | | | | | | 3,700 | 1,300 | | 0,010 |
| **3. Dorferneuerung** | a | 130 | 30 | | | 2,145 | | 1,000 | 0,145 | | | |
| | b | 131 | | | | | | | 1,000 | | | |
| **4. Einzelbetriebliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 4.1. Invest. in Betrieben mit Betr. Verb. Plan u. Kooperationen | a | 15 | 30 | | | 8,800 | | 2,200 | 0,350 | 0,100 | 5,000 | |
| | b | 16 | | | | | | | 0,400 | 0,750 | | 1,500 |
| 4.1.1. darunter Sonderförderung Junglandwirte | a | 136 | 23 | | | | | | 0,350 | | | |
| | b | 137 | | | | | | | | | | |
| 4.2. Ausgleichszulage | a | 17 | 1 200 | | | 5,300 | | | 5,300 | | | |
| | b | 18 | | | | | | | | | | |
| 4.4. Überbrückungshilfe | a | 19 | | | | | | | | | | |
| | b | 20 | | | | | | | | | | |
| 4.6. Verbesserung des Wohnteils | a | 23 | | | | | | | | | | |
| | b | 24 | | | | | | | | | | |
| 4.7. Energieeinsparung | a | 25 | 6 | | | 0,150 | | 0,120 | 0,030 | | | |
| | b | 26 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 13

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 4.9. Bodenzwischen- | a | 29 | | | | | | | | | | |
| erwerb | b | 30 | | | | | | | | | | |
| 4.13. Agrarkredit- | a | 132 | 30 | | | 4,200 | | 1,800 | | | 2,400 | 0,050 |
| programm | b | 133 | | | | | | | | | | 0,250 |
| 4. Insgesamt | a | 37 | 1 266 | | | 18,450 | | 4,120 | 5,680 | 0,100 | 7,400 | 0,050 |
| Maßnahmen 4. (einzelbetriebliche Maßnahmen) | b | 38 | | | | | | | 0,400 | 0,750 | | 1,750 |
| **5. Marktstrukturverbesserung** | | | | | | | | | | | | |
| **5.1. Förderung einzelner Marktstrukturbereiche** | | | | | | | | | | | | |
| 5.1.1. Molkerei- | a | 39 | 1 | | | 0,600 | | 0,300 | 0,300 | | | |
| struktur | b | 40 | | | | | | | | | | |
| 5.1.2. Schlachthof- | a | 41 | | | | | | | | | | |
| struktur | b | 42 | | | | | | | | | | |
| 5.1.3. Obst und | a | 43 | | | | | | | | | | |
| Gemüse | b | 44 | | | | | | | | | | |
| 5.1.4. Blumen und | a | 45 | | | | | | | | | | |
| Zierpflanzen | b | 46 | | | | | | | | | | |
| 5.1.5. Be- u. Verarbeitung | a | 47 | | | | | | | | | | |
| von Kartoffeln | b | 48 | | | | | | | | | | |
| 5.1.6. Seefisch- | a | 49 | | | | | | | | | | |
| märkte | b | 50 | | | | | | | | | | |
| 5.1.8. Maßnahme gem. | a | 122 | | | | | | | | | | |
| EG-VO-355/77 | b | 123 | | | | | | | | | | |
| 5.1.9. Lein u. Leinfasern | a | 138 | | | | | | | | | | |
| einschl. Flachsschwinge | b | 139 | | | | | | | | | | |
| 5.1.10. Kellereien | a | 140 | | | | | | | | | | |
| Mosel-Saar-Ruwer | b | 141 | | | | | | | | | | |
| 5.1. Insgesamt | a | 53 | 1 | | | 0,600 | | 0,300 | 0,300 | | | |
| Maßnahmen 5.1. | b | 54 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 13

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **5.2. Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz** | | | | | | | | | | | | |
| 5.2.1. Start- | a | 55 | 5 | | | 0,040 | | 0,020 | 0,020 | | | |
| beihilfen | b | 56 | | | | | | | | | | |
| 5.2.2. Investitions- | a | 57 | 3 | | | 1,800 | | 1,350 | 0,300 | | | |
| beihilfen | b | 58 | | | | | | | | | | |
| 5.2. Insgesamt | a | 67 | 8 | | | 1,840 | | 1,370 | 0,320 | | | |
| | b | 68 | | | | | | | | | | |
| **5.3. Förderung der Vermarktung nach besond. Regeln erzeugter landw. Erzeugnisse** | | | | | | | | | | | | |
| 5.3.1. Start- | a | 142 | 2 | | | 0,020 | | 0,010 | 0,010 | | | |
| beihilfen | b | 143 | | | | | | | | | | |
| 5.3.2. Investitions- | a | 144 | 2 | | | 0,300 | | 0,225 | 0,050 | | | |
| beihilfen | b | 145 | | | | | | | | | | |
| 5.3. insgesamt | a | 146 | 4 | | | 0,320 | | 0,235 | 0,060 | | | |
| | b | 147 | | | | | | | | | | |
| 5. Insgesamt | a | 126 | 13 | | | 2,760 | | 1,905 | 0,680 | | | |
| (Marktstruktur) | b | 127 | | | | | | | | | | |
| **6. Wasserwirtschaftliche u. kulturbautechnische Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 6.0. Vorarbeiten | a | 69 | 3 | | | 1,000 | | | 1,000 | | | |
| | b | 70 | | | | | | | | | | |
| 6.1. Beseitigung natur- | a | 71 | | | | | | | | | | |
| gegebener Nachteile | b | 72 | | | | | | | | | | |
| 6.2. und 6.3. Ausgleich d. | a | 73 | 4 | | | 1,800 | | 0,600 | 1,200 | | | |
| Wasserabflusses usw. | b | 74 | | | | | | | | | | |
| 6.4. Ländliche | a | 75 | | | | | | | | | | |
| Wege | b | 76 | | | | | | | | | | 0,180 |

noch Übersicht 13

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 6.5. | Wasserversorgungs- | a | 79 | 4 | | | 3,200 | | 1,600 | 0,350 | | | |
| | Anlagen | b | 80 | | | | | | | 0,600 | | | 0,650 |
| 6.6. | Abwasser- | a | 81 | 42 | | | 8,200 | | 4,100 | 0,250 | | | |
| | Anlagen | b | 82 | | | | | | | 4,500 | | | |
| 6. | Insges. Maßnahm. 6. | a | 83 | 53 | | | 14,200 | | 6,300 | 2,800 | | | |
| | (Wass.- u. Kulturbau) | b | 84 | | | | | | | 5,100 | | | 0,830 |
| **7.** | **Forstliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 7.1. | Waldbauliche | a | 85 | 40 | | | 0,460 | | 0,200 | 0,260 | | | |
| | und sonstige | b | 86 | | | | | | | | | | |
| | forstl. Maßnahmen | | | | | | | | | | | | |
| 7.2. | Maßnahm. aufgrund | a | 134 | 20 | | | 0,400 | | 0,200 | 0,200 | | | |
| | neuartig. Waldschäden | b | 135 | | | | | | | | | | |
| 7.3. | Forstwirtschaftliche | a | 87 | 1 | | | 0,030 | | | 0,030 | | | |
| | Zusammenschlüsse | b | 88 | | | | | | | | | | |
| 7.4. | Forstwirtschaftliche | a | 77 | 6 | | | 0,300 | | 0,200 | 0,100 | | | |
| | Wege | b | 78 | | | | | | | | | | |
| 7. | Insges. Maßnahmen 7. | a | 89 | 67 | | | 1,190 | | 0,600 | 0,590 | | | |
| | (Forstl. Maßnahmen) | b | 90 | | | | | | | | | | |
| **8.** | **Weitere Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| **8.1.** | **Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung** | | | | | | | | | | | | |
| 8.1.1. | Milchleistungsprüf. | a | 91 | 4 | | | 0,630 | 0,066 | 0,334 | 0,230 | | | |
| | Kontrollringe | b | 92 | | | | | | | | | | |
| 8.1.2. | Leistungsprüfungs- | a | 93 | | | | | | | | | | |
| | Anstalten | b | 94 | | | | | | | | | | |
| 8.1. | Insgesamt | a | 95 | 4 | | | 0,630 | 0,066 | 0,334 | 0,230 | | | |
| | Maßnahmen 8.1. | b | 96 | | | | | | | | | | |
| | Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung | | | | | | | | | | | | |
| **8.2.** | **Maßnahmen f. landwirtschaftl. Arbeitnehmer** | | | | | | | | | | | | |
| 8.2.1. | Anpassungs- | a | 97 | | | | | | | | | | |
| | hilfe | b | 98 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 13

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 8.2.2. Landarbeiter-Wohnungsbau | a | 99 | 2 | | | 0,300 | | 0,240 | 0,060 | | | |
| | b | 100 | | | | | | | | | | |
| 8.2. Insgesamt Maßnahmen 8.2. (landw. Arbeitnehmer) | a | 101 | 2 | | | 0,300 | | 0,240 | 0,060 | | | |
| | b | 102 | | | | | | | | | | |
| 8.3. Umstellungshilfen an jüngere Landwirte bei Umschulung | a | 148 | 2 | | | 0,025 | | | 0,025 | | | |
| | b | 149 | | | | | | | | | | |
| 8. Insgesamt Maßnahmen 8. (weitere Maßnahmen) | a | 128 | 8 | | | 0,955 | 0,066 | 0,574 | 0,315 | | | |
| | b | 129 | | | | | | | | | | |
| **9. Küstenschutz** | | | | | | | | | | | | |
| 9.1. Vorarbeiten | a | 103 | | | | | | | | | | |
| | b | 104 | | | | | | | | | | |
| 9.2. Sperrwerke | a | 105 | | | | | | | | | | |
| | b | 106 | | | | | | | | | | |
| 9.3. Neubau von Schutzwerken, Buhnen usw. | a | 107 | | | | | | | | | | |
| | b | 108 | | | | | | | | | | |
| 9. Insgesamt Maßnahmen 9. (Küstenschutz) | a | 109 | | | | | | | | | | |
| | b | 110 | | | | | | | | | | |
| Mittelbedarf insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.) | a | 111 | 1 474 | | | 45,885 | 0,066 | 15,513 | 10,556 | 0,100 | 7,400 | 0,050 |
| | b | 112 | | | | | | | 10,200 | 2,050 | | 2,590 |
| | a+b | 113 | 1 474 | | | 45,885 | 0,066 | 15,513 | 20,756 | 2,150 | 7,400 | 2,640 |
| Bundesanteil | a | 114 | | | | | | | 6,334 | 0,060 | | 0,030 |
| | b | 115 | | | | | | | 6,120 | 1,230 | | 1,554 |
| | a+b | 116 | | | | | | | 12,454 | 1,290 | | 1,584 |
| Landesanteil | a | 117 | | | | | | | 4,222 | 0,040 | | 0,020 |
| | b | 118 | | | | | | | 4,080 | 0,820 | | 1,036 |
| | a+b | 119 | | | | | | | 8,302 | 0,860 | | 1,056 |

Übersicht 14

## Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs

— Beträge in Mio. DM —

Land: Berlin
Haushaltsjahr (HJ) 1990

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr: Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **1. Agrarstrukturelle** | a | 1 | | | | | | | | | | |
| **Vorplanung** | b | 2 | | | | | | | | | | |
| **2. Flurbereinigung** | | | | | | | | | | | | |
| 2.1. Flurbereinigungs- | a | 3 | | | | | | | | | | |
| verfahren | b | 4 | | | | | | | | | | |
| 2.2. Weinbergs- | a | 5 | | | | | | | | | | |
| Flurbereinigungen | b | 6 | | | | | | | | | | |
| 2.3. Beschleunigte | a | 7 | | | | | | | | | | |
| Zusammenlegung | b | 8 | | | | | | | | | | |
| 2.4. Freiwilliger | a | 9 | | | | | | | | | | |
| Landtausch | b | 10 | | | | | | | | | | |
| 2.5. Langfrist. Verpachtung | a | 11 | | | | | | | | | | |
| in der Flurbereinigung | b | 12 | | | | | | | | | | |
| 2. Insges. Maßnahmen 2. | a | 13 | | | | | | | | | | |
| (Flurbereinigung) | b | 14 | | | | | | | | | | |
| **3. Dorferneuerung** | a | 130 | 1 | | | 0,180 | | 0,126 | 0,054 | | | |
| | b | 131 | | | | | | | | | | |
| **4. Einzelbetriebliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 4.1. Invest. in Betrieben | a | 15 | 8 | | | 1,990 | | 0,940 | 0,400 | 0,100 | | |
| mit Betr. Verb. Plan u. Kooperationen | b | 16 | | | | | | | | | | 0,049 |
| 4.1.1. darunter Sonderförderung | a | 136 | | | | | | | | | | |
| Junglandwirte | b | 137 | | | | | | | | | | |
| 4.2. Ausgleichs- | a | 17 | 35 | | | 0,221 | | | 0,221 | | | |
| zulage | b | 18 | | | | | | | | | | |
| 4.4. Überbrückungshilfe | a | 19 | | | | | | | | | | |
| | b | 20 | | | | | | | | | | |
| 4.6. Verbesserung | a | 23 | | | | | | | | | | |
| des Wohnteils | b | 24 | | | | | | | | | | |
| 4.7. Energie- | a | 25 | 15 | | | 0,810 | | 0,660 | 0,150 | | | |
| einsparung | b | 26 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 14

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr: Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Umfang | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben: Einheit | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf: Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Von Sp. 5 entfallen auf: Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 4.9. | Bodenzwischen- | a | 29 | | | | | | | | | | |
| | erwerb | b | 30 | | | | | | | | | | |
| 4.13. | Agrarkredit- | a | 132 | | | | | | | | | | |
| | programm | b | 133 | | | | | | | | | | |
| 4. | Insgesamt | a | 37 | 58 | | | 3,021 | | 1,600 | 0,771 | 0,100 | | |
| | Maßnahmen 4. (einzelbetriebliche Maßnahmen) | b | 38 | | | | | | | | | | 0,049 |
| **5.** | **Marktstruktur-verbesserung** | | | | | | | | | | | | |
| **5.1.** | **Förderung einzelner Marktstrukturbereiche** | | | | | | | | | | | | |
| 5.1.1. | Molkerei- | a | 39 | | | | | | | | | | |
| | struktur | b | 40 | | | | | | | | | | |
| 5.1.2. | Schlachthof- | a | 41 | 1 | | | 54,000 | | 40,500 | 4,500 | | | |
| | struktur | b | 42 | | | | | | | | | | |
| 5.1.3. | Obst und | a | 43 | | | | | | | | | | |
| | Gemüse | b | 44 | | | | | | | | | | |
| 5.1.4. | Blumen und | a | 45 | | | | | | | | | | |
| | Zierpflanzen | b | 46 | | | | | | | | | | |
| 5.1.5. | Be- u. Verarbeitung | a | 47 | | | | | | | | | | |
| | von Kartoffeln | b | 48 | | | | | | | | | | |
| 5.1.6. | Seefisch- | a | 49 | | | | | | | | | | |
| | märkte | b | 50 | | | | | | | | | | |
| 5.1.8. | Maßnahme gem. | a | 122 | | | | | | | | | | |
| | EG-VO-355/77 | b | 123 | | | | | | | | | | |
| 5.1.9. | Lein u. Leinfasern | a | 138 | | | | | | | | | | |
| | einschl. Flachsschwinge | b | 139 | | | | | | | | | | |
| 5.1.10. | Kellereien | a | 140 | | | | | | | | | | |
| | Mosel-Saar-Ruwer | b | 141 | | | | | | | | | | |
| 5.1. | Insgesamt | a | 53 | 1 | | | 54,000 | | 40,500 | 4,500 | | | |
| | Maßnahmen 5.1. | b | 54 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 14

noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| **5.2. Maßnahmen gemäß Marktstrukturgesetz** | | | | | | | | | | | | |
| 5.2.1. Start- | a | 55 | | | | | | | | | | |
| beihilfen | b | 56 | | | | | | | | | | |
| 5.2.2. Investitions- | a | 57 | | | | | | | | | | |
| beihilfen | b | 58 | | | | | | | | | | |
| 5.2. Insgesamt | a | 67 | | | | | | | | | | |
| | b | 68 | | | | | | | | | | |
| **5.3. Förderung der Vermarktung nach besond. Regeln erzeugter landw. Erzeugnisse** | | | | | | | | | | | | |
| 5.3.1. Start- | a | 142 | | | | | | | | | | |
| beihilfen | b | 143 | | | | | | | | | | |
| 5.3.2. Investitions- | a | 144 | | | | | | | | | | |
| beihilfen | b | 145 | | | | | | | | | | |
| 5.3. insgesamt | a | 146 | | | | | | | | | | |
| | b | 147 | | | | | | | | | | |
| 5. Insgesamt | a | 126 | 1 | | | 54,000 | | 40,500 | 4,500 | | | |
| (Marktstruktur) | b | 127 | | | | | | | | | | |
| **6. Wasserwirtschaftliche u. kulturbautechn. Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 6.0. Vorarbeiten | a | 69 | | | | | | | | | | |
| | b | 70 | | | | | | | | | | |
| 6.1. Beseitigung natur- | a | 71 | | | | | | | | | | |
| gegebener Nachteile | b | 72 | | | | | | | | | | |
| 6.2. und 6.3. Ausgleich des | a | 73 | | | | | | | | | | |
| Wasserabflusses usw. | b | 74 | | | | | | | | | | |
| 6.4. Ländliche | a | 75 | | | | | | | | | | |
| Wege | b | 76 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 14

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 6.5. | Wasserversorgungs- | a | 79 | | | | | | | | | | |
| | Anlagen | b | 80 | | | | | | | | | | |
| 6.6. | Abwasser- | a | 81 | | | | | | | | | | |
| | Anlagen | b | 82 | | | | | | | | | | |
| 6. | Insges. Maßnahm. 6. | a | 83 | | | | | | | | | | |
| | (Wass.- u. Kulturbau) | b | 84 | | | | | | | | | | |
| **7.** | **Forstliche Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| 7.1. | Waldbauliche | a | 85 | | | | | | | | | | |
| | und sonstige | b | 86 | | | | | | | | | | |
| | forstl. Maßnahmen | | | | | | | | | | | | |
| 7.2. | Maßnahm. aufgrund | a | 134 | | | | | | | | | | |
| | neuartig. Waldschäden | b | 135 | | | | | | | | | | |
| 7.3. | Forstwirtschaftliche | a | 87 | | | | | | | | | | |
| | Zusammenschlüsse | b | 88 | | | | | | | | | | |
| 7.4. | Forstwirtschaftliche | a | 77 | | | | | | | | | | |
| | Wege | b | 78 | | | | | | | | | | |
| 7. | Insges. Maßnahmen 7. | a | 89 | | | | | | | | | | |
| | (Forstl. Maßnahmen) | b | 90 | | | | | | | | | | |
| **8.** | **Weitere Maßnahmen** | | | | | | | | | | | | |
| **8.1.** | **Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung** | | | | | | | | | | | | |
| 8.1.1. | Milchleistungsprüf. | a | 91 | | | | | | | | | | |
| | Kontrollringe | b | 92 | | | | | | | | | | |
| 8.1.2. | Leistungsprüfungs- | a | 93 | | | | | | | | | | |
| | Anstalten | b | 94 | | | | | | | | | | |
| 8.1. | Insgesamt | a | 95 | | | | | | | | | | |
| | Maßnahmen 8.1. | b | 96 | | | | | | | | | | |
| | (Leistungsprüfungen i. d. tierischen Erzeugung) | | | | | | | | | | | | |
| **8.2.** | **Maßnahmen f. landwirtschaftl. Arbeitnehmer** | | | | | | | | | | | | |
| 8.2.1. | Anpassungs- | a | 97 | | | | | | | | | | |
| | hilfe | b | 98 | | | | | | | | | | |

noch Übersicht 14

## noch **Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs**

— Beträge in Mio. DM —

| Zeile a = Neu zu bewilligende Vorhaben (einschließlich Ausgabereste)<br>Zeile b = Haushaltsrechtliche Verpflichtungen aus Vorjahren | | Lfd. Nr. | Neu zu bewilligende Vorhaben im laufenden Haushaltsjahr | | | | | | Von den im laufenden Haushaltsjahr zu finanzierenden Maßnahmen entfallen auf: | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Anzahl | Umfang der neu zu bewilligenden Vorhaben | | Förderungsfähige Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Vorhaben | Von Sp. 5 entfallen auf | | Zuschüsse Bedarf an Kassenmitteln | Öffentliche Darlehen Bedarf an Kassenmitteln | Zinsverbilligte Darlehen | Bedarf an Zinszuschüssen aus Spalte 10 |
| | | | | Umfang | Einheit | | Sonstige öffentl. Zuschüsse und Darlehen | Eigenleistungen und Kapitalmarktmittel | | | | |
| | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 8.2.2. Landarbeiterwohnungsbau | a | 99 | | | | | | | | | | |
| | b | 100 | | | | | | | | | | |
| 8.2. Insgesamt Maßnahmen 8.2. (landw. Arbeitnehmer) | a | 101 | | | | | | | | | | |
| | b | 102 | | | | | | | | | | |
| 8.3. Umstellungshilfen an jüngere Landwirte bei Umschulung | a | 148 | | | | | | | | | | |
| | b | 149 | | | | | | | | | | |
| 8. Insgesamt Maßnahmen 8. (weitere Maßnahmen) | a | 128 | | | | | | | | | | |
| | b | 129 | | | | | | | | | | |
| **9. Küstenschutz** | | | | | | | | | | | | |
| 9.1. Vorarbeiten | a | 103 | | | | | | | | | | |
| | b | 104 | | | | | | | | | | |
| 9.2. Sperrwerke | a | 105 | | | | | | | | | | |
| | b | 106 | | | | | | | | | | |
| 9.3. Neubau von Schutzwerken, Buhnen usw. | a | 107 | | | | | | | | | | |
| | b | 108 | | | | | | | | | | |
| 9. Insgesamt Maßnahmen 9. (Küstenschutz) | a | 109 | | | | | | | | | | |
| | b | 110 | | | | | | | | | | |
| Mittelbedarf insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.) | a | 111 | 60 | | | 57,201 | | 42,226 | 5,325 | 0,100 | | |
| | b | 112 | | | | | | | | | | 0,049 |
| | a+b | 113 | 60 | | | 57,201 | | 42,226 | 5,325 | 0,100 | | 0,049 |
| Bundesanteil | a | 114 | | | | | | | 3,195 | 0,060 | | |
| | b | 115 | | | | | | | | | | 0,029 |
| | a+b | 116 | | | | | | | 3,195 | 0,060 | | 0,029 |
| Landesanteil | a | 117 | | | | | | | 2,130 | 0,040 | | |
| | b | 118 | | | | | | | | | | 0,020 |
| | a+b | 119 | | | | | | | 2,130 | 0,040 | | 0,020 |

Übersicht 15

## Verteilung der Mittel auf Länder und Maßnahmen für das Haushaltsjahr 1991

— Beträge in Mio. DM —

| Land | Mittelansatz insgesamt | Von dem Betrag in Sp. 2 entfallen auf Bund | Von dem Betrag in Sp. 2 entfallen auf Land | Von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Agrarstrukturelle Vorplanung | Flurbereinigung | Dorferneuerung | Einzelbetriebliche Maßnahmen zusammen | Einzelbetriebliche Maßnahmen darunter Ausgleichszulage | Marktstrukturverbesserung | Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen | Forstliche Maßnahmen | Weitere Maßnahmen | Küstenschutz |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| Schleswig-Holstein ..... | 223,275 | 141,980 | 81,295 | 0,162 | 7,900 | 8,400 | 78,916 | 32,714 | 3,000 | 30,704 | 6,009 | 8,033 | 80,151 |
| Hamburg .... | 22,831 | 15,469 | 7,362 | 0,020 | 0,005 | — | 1,684 | 0,322 | 1,000 | 2,365 | 0,025 | 0,032 | 17,700 |
| Niedersachsen | 534,448 | 329,695 | 204,753 | 0,300 | 50,880 | 20,250 | 210,170 | 124,158 | 25,330 | 111,208 | 20,000 | 6,040 | 90,270 |
| Bremen ..... | 11,580 | 7,394 | 4,186 | — | — | 0,830 | 1,220 | 0,750 | 4,000 | 0,170 | 0,900 | — | 4,460 |
| Nordrhein-Westfalen ... | 276,494 | 165,896 | 110,598 | 1,600 | 44,200 | 26,000 | 104,900 | 42,000 | 6,150 | 85,000 | 4,000 | 4,644 | — |
| Hessen ..... | 172,155 | 103,293 | 68,862 | 0,500 | 23,000 | 12,000 | 76,238 | 51,760 | 8,800 | 35,467 | 13,200 | 2,950 | — |
| Rheinland-Pfalz ........ | 200,273 | 120,164 | 80,190 | — | 37,000 | 10,000 | 73,423 | 52,000 | 8,300 | 52,000 | 17,400 | 2,150 | — |
| Baden-Württemberg | 375,000 | 225,000 | 150,000 | 0,300 | 58,920 | 10,000 | 186,500 | 134,500 | 12,300 | 70,080 | 29,600 | 7,300 | — |
| Bayern ...... | 1147,070 | 688,240 | 458,830 | 0,400 | 310,000 | 60,000 | 448,100 | 320,000 | 30,020 | 256,800 | 41,000 | 0,750 | — |
| Saarland .... | 27,050 | 16,230 | 10,820 | 0,060 | 5,700 | 1,300 | 9,010 | 5,500 | 0,620 | 9,500 | 0,580 | 0,280 | — |
| Berlin ....... | 5,490 | 3,294 | 2,196 | — | — | 0,070 | 0,920 | 0,221 | 4,500 | — | — | — | — |
| insgesamt ... | 2995,666 | 1816,655 | 1179,011 | 3,342 | 537,605 | 148,850 | 1191,081 | 763,925 | 104,020 | 653,294 | 132,714 | 32,179 | 192,581 |
| Bundesanteil ........................... | | | | 2,005 | 322,563 | 89,130 | 714,648 | 458,355 | 62,412 | 391,976 | 79,628 | 19,307 | 134,807 |
| Länderanteil ........................... | | | | 1,337 | 215,042 | 59,540 | 476,433 | 305,570 | 41,608 | 261,318 | 53,086 | 12,872 | 57,774 |

Übersicht 16

**Verteilung der Mittel auf Länder und Maßnahmen für das Haushaltsjahr 1992**

— Beträge in Mio. DM —

| Land | Mittelansatz insgesamt | Von dem Betrag in Sp. 2 entfallen auf Bund | Von dem Betrag in Sp. 2 entfallen auf Land | Von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Agrarstrukturelle Vorplanung | Flurbereinigung | Dorferneuerung | Einzelbetriebliche Maßnahmen | | Marktstrukturverbesserung | Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen | Forstliche Maßnahmen | Weitere Maßnahmen | Küstenschutz |
| | | | | | | | zusammen | darunter Ausgleichszulage | | | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| Schleswig-Holstein | 223,275 | 141,980 | 81,295 | 0,162 | 8,500 | 8,400 | 78,916 | 32,714 | 2,700 | 30,804 | 6,009 | 7,633 | 80,151 |
| Hamburg | 23,961 | 16,187 | 7,774 | 0,020 | 0,005 | — | 1,789 | 0,322 | 0,900 | 3,090 | 0,025 | 0,032 | 18,100 |
| Niedersachsen | 534,448 | 329,695 | 204,753 | 0,300 | 50,880 | 20,250 | 210,050 | 124,158 | 25,330 | 111,208 | 20,000 | 6,160 | 90,270 |
| Bremen | 11,610 | 7,412 | 4,198 | — | — | 0,830 | 1,250 | 0,750 | 4,000 | 0,170 | 0,900 | — | 4,460 |
| Nordrhein-Westfalen | 273,280 | 163,968 | 109,312 | 1,600 | 41,200 | 26,000 | 104,900 | 42,000 | 5,900 | 85,000 | 4,000 | 4,680 | — |
| Hessen | 172,155 | 103,293 | 68,862 | 0,500 | 23,000 | 12,000 | 76,238 | 51,760 | 8,800 | 35,467 | 13,200 | 2,950 | |
| Rheinland-Pfalz | 200,273 | 120,164 | 80,109 | — | 37,000 | 10,000 | 73,423 | 52,000 | 8,300 | 52,000 | 17,400 | 2,150 | — |
| Baden-Württemberg | 375,000 | 225,000 | 150,000 | 0,300 | 58,920 | 10,000 | 186,500 | 134,500 | 12,300 | 70,080 | 29,600 | 7,300 | — |
| Bayern | 1 147,070 | 688,240 | 458,830 | 0,400 | 310,000 | 60,000 | 448,100 | 320,000 | 30,020 | 256,800 | 41,000 | 0,750 | — |
| Saarland | 27,650 | 16,590 | 11,060 | 0,060 | 5,860 | 1,300 | 9,170 | 5,600 | 0,620 | 9,750 | 0,600 | 0,290 | — |
| Berlin | 2,240 | 1,344 | 0,896 | — | — | 0,070 | 0,670 | 0,211 | 1,500 | — | — | — | — |
| insgesamt | 2 990,962 | 1 813,875 | 1 177,087 | 3,342 | 535,365 | 148,850 | 1 191,006 | 764,025 | 100,370 | 654,369 | 132,734 | 31,945 | 192,981 |
| Bundesanteil | | | | 2,005 | 321,219 | 89,310 | 714,604 | 458,415 | 60,222 | 392,621 | 79,640 | 19,167 | 135,087 |
| Länderanteil | | | | 1,337 | 214,146 | 59,540 | 476,402 | 305,610 | 40,148 | 261,748 | 53,094 | 12,778 | 57,894 |

Übersicht 17

## Verteilung der Mittel auf Länder und Maßnahmen für das Haushaltsjahr 1993

— Beträge in Mio. DM —

| Land | Mittelansatz insgesamt | Von dem Betrag in Sp. 2 entfallen auf Bund | Von dem Betrag in Sp. 2 entfallen auf Land | Von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf: Agrarstrukturelle Vorplanung | Flurbereinigung | Dorferneuerung | Einzelbetriebliche Maßnahmen: zusammen | Einzelbetriebliche Maßnahmen: darunter Ausgleichszulage | Marktstrukturverbesserung | Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen | Forstliche Maßnahmen | Weitere Maßnahmen | Küstenschutz |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| Schleswig-Holstein | 223,275 | 141,980 | 81,295 | 0,162 | 8,500 | 8,400 | 78,916 | 32,714 | 2,700 | 30,804 | 6,009 | 7,633 | 80,151 |
| Hamburg | 25,311 | 17,117 | 8,194 | 0,020 | 0,005 | — | 1,797 | 0,322 | 0,900 | 3,232 | 0,025 | 0,032 | 19,300 |
| Niedersachsen | 534,448 | 329,695 | 204,753 | 0,300 | 50,880 | 20,250 | 210,350 | 124,158 | 25,330 | 11,208 | 20,000 | 5,860 | 90,270 |
| Bremen | 11,640 | 7,430 | 4,210 | — | — | 0,830 | 1,280 | 0,750 | 4,000 | 0,170 | 0,900 | — | 4,460 |
| Nordrhein-Westfalen | 274,006 | 164,404 | 109,602 | 1,600 | 38,200 | 29,000 | 104,900 | 42,000 | 6,590 | 85,000 | 4,000 | 4,716 | — |
| Hessen | 172,155 | 103,293 | 68,862 | 0,500 | 23,000 | 12,000 | 76,238 | 51,760 | 8,800 | 35,467 | 13,200 | 2,950 | — |
| Rheinland-Pfalz | 200,273 | 120,164 | 80,109 | — | 37,000 | 10,000 | 73,423 | 52,000 | 8,300 | 52,000 | 17,400 | 2,150 | — |
| Baden-Württemberg | 375,000 | 225,000 | 150,000 | 0,300 | 58,920 | 10,000 | 186,500 | 134,500 | 12,300 | 70,080 | 29,600 | 7,300 | — |
| Bayern | 1 147,070 | 688,240 | 458,830 | 0,400 | 310,000 | 60,000 | 448,100 | 320,000 | 30,020 | 256,800 | 41,000 | 0,750 | — |
| Saarland | 28,295 | 16,977 | 11,318 | 0,060 | 6,020 | 1,300 | 9,380 | 5,700 | 0,620 | 10,000 | 0,625 | 0,290 | — |
| Berlin | 2,240 | 1,344 | 0,896 | — | — | 0,070 | 0,670 | 0,221 | 1,500 | — | — | — | — |
| insgesamt | 2 993,713 | 1 815,644 | 1 178,069 | 3,342 | 532,525 | 151,850 | 1 191,554 | 764,125 | 101,060 | 654,761 | 132,759 | 31,681 | 194,181 |
| Bundesanteil | | | | 2,005 | 319,515 | 91,110 | 714,932 | 458,475 | 60,636 | 392,857 | 79,655 | 19,009 | 135,926 |
| Länderanteil | | | | 1,337 | 213,010 | 60,740 | 476,622 | 305,650 | 40,424 | 261,904 | 53,104 | 12,672 | 58,255 |

Übersicht 18

## Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes
## Zusammenstellung für das Haushaltsjahr 1988 (Kassenmittel)

(Beträge in Mio. DM)

Soll-Ist-Vergleich

D = Öffentliche Darlehen
Z = Zuschüsse
ZZ = Zuschüsse für zinsverbilligte Darlehen

| Land | von dem Betrag in Spalten 1, 2 und 5 entfallen auf | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Soll | | | | Ist | | |
| | Mittel-ansatz lt. Rahmen-plan | Mittel-ansatz nach Um-schichtung | von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf Bund | von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf Land | Mittel insgesamt | von dem Betrag in Spalte 5 entfallen auf Bund | von dem Betrag in Spalte 5 entfallen auf Land |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| Schleswig-Holstein | 211,707 | 211,790 | 135,039 | 76,751 | 211,740 | 135,008 | 76,732 |
| Hamburg | 20,397 | 20,230 | 13,822 | 6,408 | 20,198 | 13,799 | 6,399 |
| Niedersachsen | 520,191 | 520,191 | 321,142 | 199,049 | 519,838 | 320,929 | 198,909 |
| Bremen | 11,395 | 11,395 | 6,998 | 4,397 | 8,486 | 6,880 | 1,606 |
| Nordrhein-Westfalen | 244,082 | 244,081 | 146,448 | 97,633 | 244,064 | 146,437 | 97,627 |
| Hessen | 167,681 | 167,681 | 100,609 | 67,072 | 167,731 | 100,517 | 67,214 |
| Rheinland-Pfalz | 195,093 | 195,093 | 117,056 | 78,037 | 194,993 | 116,995 | 77,998 |
| Baden-Württemberg | 363,496 | 363,496 | 218,096 | 145,400 | 360,620 | 216,370 | 144,250 |
| Bayern | 683,195 | 683,195 | 409,917 | 273,278 | 683,195 | 409,917 | 273,278 |
| Saarland | 24,952 | 24,952 | 14,971 | 9,981 | 24,516 | 14,711 | 9,805 |
| Berlin | 1,505 | 1,505 | 0,903 | 0,602 | 1,156 | 0,694 | 0,462 |
| Bundesgebiet | 2 443,694 | 2 443,609 | 1 485,001 | 958,608 | 2 436,537 | 1 482,257 | 954,280 |

Übersicht 18

| von dem Betrag in Spalten 1, 2 und 5 entfallen auf | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Agrarstrukturelle Vorplanung | | | Flurbereinigung | | | | | |
| Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist |
| Z | Z | Z | D | D | D | Z | Z | Z |
| 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 |
| 0,162 | 0,160 | 0,160 | 0,240 | 0,266 | 0,266 | 5,821 | 7,799 | 7,799 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 0,300 | 0,270 | 0,270 | — | — | — | 48,319 | 47,369 | 47,369 |
| — | 0,023 | 0,023 | — | — | — | — | — | — |
| 1,627 | 1,537 | 1,537 | 2,000 | 1,720 | 1,720 | 32,000 | 31,280 | 31,280 |
| 0,100 | 0,350 | 0,350 | 3,000 | 3,262 | 3,262 | 19,500 | 17,744 | 17,744 |
| — | — | — | 2,800 | 2,599 | 2,599 | 35,600 | 35,843 | 35,906 |
| 0,350 | 0,327 | 0,327 | — | — | — | 59,752 | 59,794 | 59,794 |
| 0,343 | 0,323 | 0,323 | — | — | — | 171,500 | 186,076 | 186,076 |
| 0,050 | — | — | 2,284 | 1,740 | 1,740 | 3,253 | 4,027 | 4,024 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 2,932 | 2,990 | 2,990 | 10,324 | 9,587 | 9,587 | 375,745 | 389,932 | 389,992 |

noch Übersicht 18

| Land | von dem Betrag in Spalten 1, 2 und 5 entfallen auf | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Flurbereinigung | | | freiwilliger Landtausch | | | Langfristige Verpachtung (Flurbereinigung) | | |
| | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist |
| | ZZ | ZZ | ZZ | Z | Z | Z | Z | Z | Z |
| | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 |
| Schleswig-Holstein | 0,239 | 0,156 | 0,156 | 0,300 | 0,500 | 0,500 | — | — | — |
| Hamburg | — | — | — | 0,005 | — | — | — | — | — |
| Niedersachsen | — | — | — | 1,000 | 1,045 | 1,045 | — | — | — |
| Bremen | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Nordrhein-Westfalen | — | — | — | 0,183 | 0,140 | 0,140 | — | — | — |
| Hessen | — | — | — | — | 0,002 | 0,002 | — | 0,003 | 0,003 |
| Rheinland-Pfalz | — | — | — | 0,100 | 0,100 | 0,020 | — | — | 0,003 |
| Baden-Württemberg | 0,098 | 0,087 | 0,087 | 0,100 | 0,086 | 0,086 | 0,050 | — | 0,022 |
| Bayern | 2,700 | 2,294 | 2,294 | 0,200 | 0,360 | 0,360 | — | — | — |
| Saarland | 0,010 | 0,010 | 0,003 | — | — | — | — | — | — |
| Berlin | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Bundesgebiet | 3,047 | 2,547 | 2,540 | 1,888 | 2,233 | 2,153 | 0,050 | 0,003 | 0,028 |

noch Übersicht 18

| von dem Betrag in Spalten 1, 2 und 5 entfallen auf | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Dorferneuerung | | | einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung | | | | | | davon Ausgleichszulage | | |
| Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist |
| Z | Z | Z | D | D | D | Z | Z | Z | Z | Z | Z |
| 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 32 | 33 | 34 | 32a | 33a | 34a |
| 6,240 | 6,495 | 6,494 | 7,500 | 10,091 | 10,090 | 46,712 | 44,382 | 44,381 | 32,714 | 29,549 | 29,549 |
| — | — | — | 0,250 | 0,370 | 0,370 | 0,621 | 0,792 | 0,808 | 0,321 | 0,321 | 0,318 |
| 20,250 | 23,209 | 23,209 | 17,331 | 21,796 | 21,796 | 136,532 | 137,496 | 137,461 | 124,158 | 116,158 | 116,157 |
| 0,200 | 0,287 | 0,287 | — | — | — | 0,458 | 0,523 | 0,518 | 0,408 | 0,473 | 0,473 |
| 17,000 | 17,998 | 17,998 | 10,707 | 9,857 | 9,857 | 54,923 | 48,845 | 48,845 | 40,000 | 32,547 | 32,547 |
| 12,000 | 13,175 | 13,169 | 2,000 | 2,167 | 2,167 | 58,230 | 59,882 | 59,876 | 51,580 | 51,580 | 51,580 |
| 10,500 | 10,300 | 10,284 | 2,000 | 2,000 | 2,053 | 53,543 | 54,139 | 54,059 | 50,893 | 48,666 | 48,649 |
| 13,400 | 11,400 | 9,400 | 10,585 | 9,102 | 7,255 | 147,681 | 144,274 | 144,275 | 136,000 | 132,367 | 132,368 |
| — | — | — | 30,659 | 27,697 | 27,697 | 337,894 | 332,744 | 332,744 | 300,000 | 292,087 | 292,087 |
| 1,000 | 1,474 | 1,451 | 0,800 | 0,650 | 0,650 | 5,782 | 5,611 | 5,545 | 5,000 | 4,944 | 4,944 |
| 0,050 | 0,050 | — | 0,100 | 0,100 | — | 0,571 | 0,571 | 0,491 | 0,221 | 0,221 | 0,172 |
| 80,640 | 84,388 | 82,292 | 81,932 | 81,983 | 83,782 | 842,947 | 829,259 | 829,003 | 741,295 | 708,913 | 708,844 |

| Land | von dem Betrag in Spalten 1, 2 und 5 entfallen auf | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Agrarkreditprogramm | | |
| | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist |
| | ZZ | ZZ | ZZ | ZZ | ZZ | ZZ |
| | 35 | 36 | 37 | 38 | 39 | 40 |
| Schleswig-Holstein ....... | 17,300 | 17,157 | 17,157 | 4,300 | 4,138 | 4,138 |
| Hamburg ................ | 0,455 | 0,427 | 0,427 | 0,105 | 0,114 | 0,113 |
| Niedersachsen ........... | 31,167 | 27,470 | 27,470 | 8,000 | 7,532 | 7,515 |
| Bremen ................. | 0,250 | 0,200 | 0,200 | 0,020 | 0,020 | 0,020 |
| Nordrhein-Westfalen ...... | 17,600 | 17,985 | 17,985 | 2,000 | 2,290 | 2,290 |
| Hessen .................. | 4,334 | 3,834 | 3,833 | 7,300 | 6,306 | 6,306 |
| Rheinland-Pfalz .......... | 10,000 | 9,740 | 9,727 | 3,350 | 2,203 | 2,185 |
| Baden-Württemberg ...... | 23,200 | 23,923 | 23,923 | 7,300 | 6,904 | 6,904 |
| Bayern .................. | 41,000 | 41,268 | 41,268 | — | — | — |
| Saarland ................ | 1,500 | 1,500 | 1,415 | 0,300 | 0,300 | 0,278 |
| Berlin ................... | 0,059 | 0,059 | 0,031 | — | — | — |
| Bundesgebiet ............ | 146,865 | 143,563 | 143,436 | 32,675 | 29,807 | 29,749 |

noch Übersicht 18

noch Übersicht 18

| von dem Betrag in Spalten 1, 2 und 5 entfallen auf | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Verbesserung der Marktstruktur | | | Marktstrukturgesetz | | | wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen | | | | | |
| Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist |
| Z | Z | Z | Z | Z | Z | Z | Z | Z | ZZ | ZZ | ZZ |
| 41 | 42 | 43 | 44 | 45 | 46 | 47 | 48 | 49 | 50 | 51 | 52 |
| 4,003 | 3,399 | 3,397 | 0,734 | 1,368 | 1,368 | 22,392 | 22,097 | 22,076 | 3,272 | 3,383 | 3,381 |
| 0,300 | 0,401 | 0,399 | 0,060 | 0,001 | 0,001 | 2,623 | 1,166 | 1,166 | 0,088 | 0,087 | 0,087 |
| 15,810 | 7,583 | 7,304 | 5,000 | 5,160 | 5,157 | 117,580 | 119,580 | 119,579 | — | — | — |
| 1,250 | 0,920 | 0,945 | 1,750 | 1,750 | 1,750 | 5,575 | 5,740 | 3,894 | — | — | — |
| 3,500 | 2,984 | 2,984 | 0,530 | 0,844 | 0,844 | 81,482 | 88,618 | 88,618 | — | — | — |
| 8,128 | 4,753 | 4,807 | 0,672 | 0,983 | 0,828 | 35,467 | 36,146 | 36,315 | — | — | — |
| 6,550 | 4,670 | 4,670 | 1,500 | 3,851 | 3,851 | 51,000 | 50,958 | 50,955 | — | — | — |
| 6,500 | 11,083 | 10,739 | 2,100 | 2,034 | 2,275 | 57,960 | 62,262 | 59,385 | 0,220 | 0,191 | 0,190 |
| 13,663 | 2,699 | 2,699 | 3,352 | 4,841 | 4,841 | 50,000 | 50,500 | 50,500 | 8,500 | 8,235 | 8,235 |
| 0,150 | — | — | 0,220 | 0,290 | 0,290 | 7,900 | 7,900 | 7,867 | 0,830 | 0,630 | 0,601 |
| 0,325 | 0,090 | — | — | — | — | 0,400 | 0,635 | 0,634 | — | — | — |
| 60,209 | 38,582 | 37,944 | 15,918 | 21,122 | 21,205 | 432,379 | 445,602 | 440,989 | 12,910 | 12,526 | 12,494 |

noch Übersicht 18

| Land | von dem Betrag in Spalten 1, 2 und 5 entfallen auf | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | waldbauliche Maßnahmen | | | waldbauliche Maßnahmen | | | Erhaltung des Waldes und Förderung der Forstwirtschaft | | |
| | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist |
| | Z | Z | Z | ZZ | ZZ | ZZ | Z | Z | Z |
| | 53 | 54 | 55 | 56 | 57 | 58 | 59 | 60 | 61 |
| Schleswig-Holstein | 3,400 | 3,356 | 3,356 | — | — | — | 0,258 | 0,245 | 0,245 |
| Hamburg | 0,025 | 0,002 | — | — | — | — | — | — | 0,002 |
| Niedersachsen | 9,500 | 10,153 | 10,148 | — | — | — | 0,800 | 1,003 | 1,000 |
| Bremen | 0,322 | 0,322 | 0,241 | — | — | — | — | — | 0,002 |
| Nordrhein-Westfalen | 6,300 | 3,462 | 6,097 | — | — | — | 0,200 | 0,105 | 0,104 |
| Hessen | 3,300 | 5,048 | 5,048 | — | — | — | 0,500 | 0,455 | 0,455 |
| Rheinland-Pfalz | 5,800 | 3,700 | 3,193 | — | — | — | 0,200 | 0,106 | 0,104 |
| Baden-Württemberg | 1,420 | 4,694 | 4,694 | — | — | — | 0,180 | 0,600 | 0,600 |
| Bayern | 18,000 | 17,943 | 17,943 | 0,120 | 0,108 | 0,108 | 0,400 | 0,224 | 0,224 |
| Saarland | 0,310 | 0,510 | 0,416 | — | — | — | — | — | — |
| Berlin | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Bundesgebiet | 48,377 | 49,190 | 51,136 | 0,120 | 0,108 | 0,108 | 2,538 | 2,738 | 2,736 |

noch Übersicht 18

| von dem Betrag in Spalten 1, 2 und 5 entfallen auf | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Maßnahmen aufgrund neuartiger Waldschäden | | | Leistungsprüfungen | | | Landarbeiterwohnungsbau, Anpassung | | | Küstenschutz | | |
| Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist | Soll lt. Rahmenplan | Soll nach Umschichtung | Ist |
| Z | Z | Z | Z | Z | Z | Z | Z | Z | Z | Z | Z |
| 62 | 63 | 64 | 65 | 66 | 67 | 68 | 69 | 70 | 71 | 72 | 73 |
| 0,310 | 0,343 | 0,343 | 6,726 | 5,694 | 5,695 | 1,617 | 1,114 | 1,114 | 80,151 | 79,647 | 79,625 |
| — | — | — | 0,032 | 0,031 | 0,030 | — | — | — | 15,833 | 16,839 | 16,795 |
| 8,700 | 10,290 | 10,288 | 7,992 | 8,350 | 8,350 | 1,640 | 1,615 | 1,607 | 90,270 | 90,270 | 90,270 |
| — | — | 0,065 | — | — | — | — | — | — | 1,570 | 1,610 | 0,541 |
| 10,000 | 12,448 | 9,797 | 3,900 | 3,900 | 3,900 | 0,130 | 0,068 | 0,068 | — | — | — |
| 9,400 | 10,373 | 10,371 | 3,700 | 3,175 | 3,172 | 0,050 | 0,023 | 0,023 | — | — | — |
| 10,000 | 12,700 | 13,200 | 2,000 | 2,000 | 2,000 | 0,150 | 0,184 | 0,184 | — | — | — |
| 25,000 | 21,295 | 21,295 | 7,500 | 7,287 | 7,522 | — | — | — | — | — | |
| 3,000 | 7,115 | 7,115 | 1,500 | 0,625 | 0,625 | 0,384 | 0,143 | 0,143 | — | — | — |
| 0,250 | 0,050 | — | 0,313 | 0,260 | 0,236 | — | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 66,660 | 74,614 | 72,474 | 33,663 | 31,322 | 31,529 | 4,051 | 3,147 | 3,139 | 187,824 | 188,366 | 187,231 |

Übersicht 19

**Zusammenstellung der Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 1988**
(Soll-Ist-Vergleich)
— Beträge in Mio. DM —

Zeile a = Soll
Zeile b = Ist
D = Darlehen
Z = Zuschüsse
ZZ = Zinszuschüsse

| Land | | insgesamt | davon für D Z | davon für ZZ |
|---|---|---|---|---|
| 1 | | 2 | 3 | 4 |
| Schleswig-Holstein | a | 136,456 | 117,682 | 18,774 |
| | b | 106,033 | 89,422 | 16,611 |
| Hamburg | a | 8,991 | 8,457 | 0,534 |
| | b | 8,710 | 8,108 | 0,602 |
| Niedersachsen | a | 288,800 | 280,800 | 8,000 |
| | b | 268,589 | 260,603 | 7,986 |
| Bremen | a | 7,060 | 6,560 | 0,500 |
| | b | 5,718 | 5,396 | 0,322 |
| Nordrhein-Westfalen | a | 159,395 | 158,395 | 1,000 |
| | b | 134,620 | 133,958 | 0,662 |
| Hessen | a | 23,407 | 18,774 | 4,633 |
| | b | 16,091 | 11,458 | 4,633 |
| Rheinland-Pfalz | a | 93,037 | 83,125 | 9,912 |
| | b | 87,314 | 77,704 | 9,610 |
| Baden-Württemberg | a | 216,800 | 186,600 | 30,200 |
| | b | 197,570 | 174,270 | 23,300 |
| Bayern | a | 324,900 | 284,900 | 40,000 |
| | b | 302,837 | 277,837 | 25,000 |
| Saarland | a | 15,893 | 12,250 | 3,643 |
| | b | 15,893 | 12,250 | 3,643 |
| Berlin | a | — | — | — |
| | b | — | — | — |
| insgesamt | a | 1 274,739 | 1 157,543 | 117,196 |
| | b | 1 143,375 | 1 051,006 | 92,369 |
| davon Bund | a | 778,296 | 707,979 | 70,317 |
| | b | 696,983 | 641,561 | 55,422 |

noch Übersicht 19

| Fälligkeiten: 1989 | | 1990 | | 1991 | | 1992 und Folgejahre | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| D Z | ZZ | D Z | ZZ | D Z | ZZ | D Z | ZZ |
| 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
| 78,981 | 6,033 | 27,917 | 1,641 | 10,783 | 1,543 | — | 9,557 |
| 71,416 | 3,870 | 14,910 | 1,641 | 2,889 | 1,543 | 0,207 | 9,557 |
| 8,107 | 0,054 | 0,300 | 0,051 | 0,050 | 0,049 | — | 0,380 |
| 8,072 | 0,046 | 0,036 | 0,055 | — | 0,057 | — | 0,444 |
| 94,250 | 1,400 | 81,930 | 3,400 | 60,820 | 2,400 | 43,800 | 0,800 |
| 87,730 | 1,400 | 72,942 | 3,400 | 58,210 | 2,400 | 41,721 | 0,786 |
| 6,560 | 0,050 | — | 0,045 | — | 0,040 | — | 0,365 |
| 5,396 | 0,036 | — | 0,034 | — | 0,032 | — | 0,220 |
| 64,925 | 1,000 | 43,674 | — | 26,453 | — | 23,343 | — |
| 55,359 | 0,588 | 40,542 | 0,074 | 16,502 | — | 21,555 | — |
| 11,387 | 2,666 | 6,387 | 1,467 | 1,000 | 0,167 | — | 0,333 |
| 8,957 | 2,666 | 2,151 | 1,467 | 0,350 | 0,167 | — | 0,333 |
| 29,500 | 3,000 | 30,360 | 1,812 | 20,240 | 0,700 | 3,025 | 4,400 |
| 31,231 | 2,660 | 27,936 | 1,350 | 17,307 | 0,700 | 1,230 | 4,900 |
| 70,300 | 7,200 | 44,700 | 6,000 | 32,400 | 1,800 | 39,200 | 15,200 |
| 62,820 | 5,760 | 41,740 | 4,740 | 30,925 | 1,400 | 38,785 | 11,400 |
| 130,800 | 2,500 | 82,000 | 2,800 | 47,100 | 2,700 | 25,000 | 32,000 |
| 125,208 | 2,400 | 80,529 | 2,700 | 47,100 | 2,600 | 25,000 | 17,300 |
| 12,250 | 0,522 | — | 0,254 | — | 0,236 | — | 2,631 |
| 12,250 | 0,522 | — | 0,254 | — | 0,236 | — | 2,631 |
| — | — | — | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — |
| 507,061 | 24,425 | 317,268 | 17,470 | 198,846 | 9,635 | 134,368 | 65,666 |
| 468,439 | 19,948 | 280,786 | 15,715 | 173,283 | 9,135 | 128,498 | 47,571 |
| 310,693 | 14,655 | 193,958 | 10,481 | 121,907 | 5,781 | 81,421 | 39,400 |
| 286,537 | 11,970 | 170,802 | 9,428 | 106,302 | 5,481 | 77,920 | 28,543 |



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333